

**50 Jahre Statistisches Bundesamt  
Ihr Partner für Information  
1950-2000**



Statistisches Bundesamt

# Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

- Bruttoinlandsprodukt ■ Entwicklung der Bevölkerung bis 2050
- Weinbau in Deutschland ■ Spiegelvergleich der deutschen und spanischen Intrahandelsergebnisse ■ Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich ■ 100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik ■

**1**

Januar

**2001**

**METZLER  
POESCHEL**

## Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

## Schriftleitung:

Johann Hahlen  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann,  
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 20 86
- E-Mail: [wirtschaft-und-statistik@statistik-bund.de](mailto:wirtschaft-und-statistik@statistik-bund.de)

## Verlag:

Metzler Poeschel, Stuttgart

## Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH  
Postfach 4343,  
72774 Reutlingen  
Telefon: 0 70 71/93 53 50  
Telefax: 0 70 71/93 53 35  
Internet: <http://www.s-f-g.com>  
E-Mail: [stba@s-f-g.com](mailto:stba@s-f-g.com)

## Druck

Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich  
Einzelpreis: DM 21,70; EUR 11,10  
Jahresbezugspreis: DM 222,-; EUR 113,51  
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-01101  
ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.

## Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

## Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
...	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unserem Informationsservice  
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 24 05
- Telefax: 0611/75 33 30
- E-Mail: [info@statistik-bund.de](mailto:info@statistik-bund.de)

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Kurznachrichten . . . . . 3

**Textteil**

Bruttoinlandsprodukt 2000 . . . . . 11  
Entwicklung der Bevölkerung bis 2050 . . . . . 22  
Weinbau in Deutschland 1999 . . . . . 30  
Spiegelvergleich der deutschen und  
spanischen Intrahandelsergebnisse . . . . . 46  
Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland  
und Frankreich . . . . . 51  
100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik . . . . . 64

**Tabellenteil**

Inhalt . . . . . 1\*  
Statistische Monatszahlen . . . . . 2\*

**Herausgeber**

Statistisches Bundesamt

**Verlag**

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

<b>Contents</b>	<b>Page</b>
News in brief .....	3
<b>Texts</b>	
Gross domestic product, 2000 .....	11
Population development until 2050 .....	22
Viticulture in Germany, 1999 .....	30
Mirror comparisons of German and Spanish intra-Community trade data .....	46
Short-term wage statistics in Germany and France .....	51
100 years statistics of the Reich and the German federal state .....	64
<b>Tables</b>	
Summary .....	1*
Monthly statistical figures .....	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

## In eigener Sache

### ■ Neues Herstellungsverfahren für Wirtschaft und Statistik

Mit diesem Heft beginnt für Wirtschaft und Statistik eine neue Ära. Im Rahmen des Projekts „Veröffentlichungen als Teil der Qualitätsoffensive Statistik“ wurde der Herstellungsprozess dieser Zeitschrift grundlegend umgestaltet.

Mit Hilfe des Layout-Programms InDesign, dessen Einführung in der zweiten Hälfte 2000 in der Redaktion von Wirtschaft und Statistik vorbereitet wurde, wird die Druckvorstufe künftig nicht mehr von einem externen Satzbetrieb, sondern im Statistischen Bundesamt erstellt. Neben einer erheblichen Rationalisierung der Arbeiten eröffnet sich damit auch die Möglichkeit, Wirtschaft und Statistik künftig als PDF-Dateien über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes im Internet zu vertreiben.

Wir hoffen, über dieses moderne Medium neue Leserkreise für Wirtschaft und Statistik erschließen zu können.

Als neuer Druckpartner hat im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens die Firma Kern & Birner GmbH + Co. KG, Frankfurt am Main, den Zuschlag erhalten. Der Firma Rhein Main Druck möchten wir an dieser Stelle für die langjährige gute Zusammenarbeit danken. Wir werden alles daransetzen, Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern, Wirtschaft und Statistik auch künftig inhaltlich wie äußerlich in der gewohnt hohen Qualität zu präsentieren.

Am äußeren Erscheinungsbild von Wirtschaft und Statistik wurden im Moment noch keine größeren Änderungen vorgenommen, weil hierbei die Überlegungen zu einem einheitlichen Corporate Design für das Statistische Bundesamt berücksichtigt werden sollen, die derzeit noch nicht abgeschlossen sind.

### ■ Gerhard-Fürst-Preis 2001

Um die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik zu intensivieren und junge Nachwuchswissenschaftler zu empirischen Forschungen anzuregen, lobt das Statistische Bundesamt auch in diesem Jahr den Gerhard-Fürst-Preis für Dissertationen bzw. Diplom-/Magisterarbeiten aus, die grundlegende theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

In Frage kommende Arbeiten aus den Jahren 1999 oder 2000 können bis zum 31. März 2001 beim Statistischen Bundesamt eingereicht werden. Nähere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis und zu den formalen Anforderungen an eine Teilnahme sind unter dem Stichwort „Wissenschaftsforum“ zu finden unter [www.statistik-bund.de](http://www.statistik-bund.de)

oder können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter

Telefon (06 11) 75 26 95,  
E-Mail: [institut@statistik-bund.de](mailto:institut@statistik-bund.de).

### ■ Hinweis an unsere Leserinnen und Leser

Der Aufsatz über die Preisentwicklung im Jahr 2000 erscheint wegen anderer vordringlicher Terminarbeiten ausnahmsweise erst im nächsten Heft von Wirtschaft und Statistik.

### ■ Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2001 gemeinsam auf Messen und Tagungen vertreten

Wie in den vergangenen Jahren sind die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auch im Jahr 2001 wieder gemeinsam auf Messen und Tagungen mit einem Informationsstand vertreten.

Auf folgenden Messen und Tagungen werden sich die statistischen Ämter als kompetente und moderne Informationsanbieter und -dienstleister präsentieren, deren Serviceleistungen alle Medien umfassen und für Politik, Wirtschaft und Verbände, Marktforschung und Wissenschaft unverzichtbar sind:

Messe/Tagung	Zeitraum
Internationale Handwerksmesse, München	08.03. – 14.03.2001
CeBIT, Hannover	22.03. – 28.03.2001
Leipziger Buchmesse	22.03. – 25.03.2001
Hannover Messe	23.04. – 28.04.2001
Infobase, Frankfurt am Main	08.05. – 10.05.2001
Statistische Woche, Dortmund	24.09. – 28.09.2001
Frankfurter Buchmesse	10.10. – 14.10.2001

Darüber hinaus wird das Statistische Bundesamt mit einem Informationsstand bei folgenden Veranstaltungen vertreten sein:

Messe/Tagung	Zeitraum
Anwender-Centrum Kommune, Staat & Wirtschaft (ENAC Europe) auf der CeBIT, Hannover	22.03. – 28.03.2001
Ausbildungsmesse, Wiesbaden	10.05. – 11.05.2001
Unternehmertag des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Berlin	November 2001
Deutscher Handelskongress, Frankfurt am Main	19.11. – 20.11.2001
Moderner Staat 2001, Berlin	19.11. – 20.11.2001

## Aus aller Welt

### ■ Zweites OECD-Treffen zur Handelsstatistik

Vom 20. bis 22. November 2000 fand in Paris das zweite Treffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Handelsstatistik statt, das sich mit aktuellen Fragen der Außenhandelsstatistik beschäftigte. An der Veranstaltung nahmen Vertreter von nationalen statistischen Ämtern verschiedener Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) bzw. Beitrittskandidaten, von Eurostat, der Kommission, der Weltzollorganisation (WCO), der Handels- und Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (UNCTAD), der Welthandelsorganisation (WTO), der Statistikabteilung der Vereinten Nationen und des Internationalen Währungsfonds (IWF) teil.

Aus der Vielzahl der behandelten Themen können an dieser Stelle nur wenige aufgegriffen werden.

Eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der Außenhandelsstatistik in den letzten Jahren ergab, dass die Lieferung von Außenhandelsdaten durch die Mitgliedstaaten an die OECD wesentlich aktueller geworden ist. Detaillierte Außenhandelsdaten nach Warenarten und Ländern werden von der OECD unmittelbar an die Statistikabteilung der Vereinten Nationen weitergeleitet, so dass eine gesonderte Datenübermittlung einzelstaatlicher Daten an die Vereinten Nationen nicht mehr erforderlich ist.

Die OECD präsentierte verschiedene Datenbanken, so etwa die neue OECD Zolltarif- und Handelsdatenbank. Nähere Informationen über das Datenangebot der OECD können über die Internetadresse <http://www.oecd.org> abgerufen werden. Eine Umfrage unter den Sitzungsteilnehmern ergab, dass alle Länder derzeit große Anstrengungen zur Ausweitung ihres Internetdatenangebots unternahmen.

Verschiedene Beiträge beschäftigten sich mit bilateralen Spiegelbildvergleichen und den dabei aufgetretenen Asymmetrien und deren Ursachen. Dabei wurden auch Quantifizierungen und daraus folgend Ergebnisanpassungen vorgenommen, mit deren Hilfe die Differenzen zum Teil erheblich reduziert werden konnten.

Die Spiegelbilddaten für 89 Länder können über die Internet-Adresse des International Trade Center (ITC), das von UNCTAD und WTO gemeinsam betrieben wird, abgerufen werden (<http://www.intracen.org>). Das ITC bietet unter der gleichen Adresse eine Reihe von Werkzeugen, mit deren Hilfe Export- bzw. Importprofile und -performance für 189 Länder und diverse Wirtschaftssektoren – unterstützt durch sehr anschauliche grafische Darstellungen – analysiert werden können.

Auf großes Interesse stieß eine Präsentation des nationalen Statistischen Amtes Italiens. Darin wurden die Ergebnisse einer Verknüpfung des Registers der Außenhandelsunternehmen mit dem allgemeinen Unterneh-

mensregister vorgestellt, anhand derer eine detaillierte Auswertung der Außenhandelsunternehmen in der Kombination nach Branchen, Größen und Regionen vorgenommen werden konnte, ohne die auskunftspflichtigen Unternehmen durch zusätzliche Befragungen zu belasten. Das Statistische Bundesamt führt derzeit im Auftrag von Eurostat eine Studie mit ähnlicher Zielsetzung durch.

Ein weiteres Thema, das von den Teilnehmern für die Zukunft als besonders wichtig erachtet wurde und deshalb vertieft behandelt werden soll, ist die Untersuchung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs zwischen verbundenen Unternehmen (intra firm trade). Zur Messung derartiger Globalisierungseffekte im Außenhandel bereitet das Statistische Bundesamt empirische Auswertungen vor, die ab 2001 durchgeführt werden.

Die Sitzungsdokumente können im Internet unter <http://www.oecd.org/std/tradhome.htm> abgerufen werden.

## Aus dem Inland

### ■ Sondersitzung des Statistischen Beirats

Auf der Sondersitzung des Statistischen Beirats am 5. Dezember 2000 wurden aktuelle Fragen der Bundesstatistik ausführlich diskutiert. Ein Thema war die Nutzung des Unternehmensregisters. Die Mitglieder des Statistischen Beirats waren sich einig, dass eine möglichst umfassende Nutzung des Unternehmensregisters insbesondere mit dem Ziel der Entlastung der befragten Unternehmen von statistischen Berichtspflichten geprüft werden sollte. Die Anregungen und Wünsche des Statistischen Beirats sollen bei den weiteren Arbeiten Berücksichtigung finden. Nach eingehender Diskussion sprach sich der Beirat für die Nutzung des Unternehmensregisters als Auswahlgrundlage für Stichproben der amtlichen Statistiken (einschl. Nutzung von anderen öffentlichen Stellen, insbesondere für die Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank) aus. Er unterstützte den Wunsch der Kommunalstatistik, Angaben aus dem Register an abgeschottete kommunale Statistikstellen zur Kompensation des Informationsverlustes durch den Wegfall einer erneuten Arbeitsstättenzählung oder anderer Großzählungen zu übermitteln. Der Statistische Beirat befürwortete auch die Möglichkeit einer Rückübermittlung von Angaben an die dateiführenden Stellen. Einschränkend wurde angemerkt, dass der Rückfluss von Adressen nicht unbedingt erforderlich sei, sondern ein Hinweis auf etwaige Unstimmigkeiten einzelner Angaben bereits ausreiche.

Ein weiterer Beratungspunkt war der sogenannte Paradigmenwechsel (von Primärstatistik zu Verwaltungsdatennutzung). Im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit die amtliche Statistik künftig anstehende Zählungen (z.B. Handels- und Gaststättenzählung 2003 und Handwerkszählung 2005) durch Registerauswertungen ersetzen soll, sprach sich die Mehrzahl der Teilnehmer für eine inten-

# Kurznachrichten . . . . .

sive Nutzung des Unternehmensregisters und damit für eine Entlastung der Auskunftspflichtigen aus. Von Seiten der Verbände stand die Frage der Zuverlässigkeit des Registers im Vordergrund. Es besteht die Notwendigkeit, die Qualität der Registerangaben zu beurteilen, bevor anstehende Großzählungen durch Registerauswertungen ersetzt werden.

Als weiteres Thema wurden Überlegungen zur Flexibilisierung des statistischen Programms diskutiert. Der Statistische Beirat begrüßte nachhaltig die Bemühungen um eine Flexibilisierung des statistischen Programms. Er war der Auffassung, dass eine inhaltliche Generalbevollmächtigung für die amtliche Statistik weder gewünscht noch verfassungsrechtlich möglich sei. Vielmehr sollten Flexibilisierungen erreicht werden, die im Einklang stehen müssen zum Umfang der Mitbestimmung des Programms durch den Beirat. Dabei wurde eine Modifizierung des § 7 Bundesstatistikgesetz als guter Ansatz gesehen, der relativ kurzfristig umgesetzt werden könnte. Einige Teilnehmer hielten es im Sinne einer größeren Flexibilisierung des statistischen Programms für erwägenswert, in den einzelstatistischen Gesetzen vermehrt vom Instrument der Verordnungsermächtigung Gebrauch zu machen.

Abschließend berichtete das Statistische Bundesamt über die Schwierigkeiten in den Arbeitsabläufen und den damit verbundenen Verzögerungen bei der Bereitstellung der Ergebnisse der Umweltstatistiken. Um diese zu überwinden und die Zeitspanne zwischen Ende des Berichtsjahres und Vorlage der vollständigen, tief gegliederten Ergebnisse wesentlich zu verkürzen, haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine Reihe von internen organisatorischen und aufbereitungstechnischen Maßnahmen ergriffen.

## ■ Außenhandel 2001 – mit w3stat im Aufwind

Wer Anfang 2000 auf die Aktie „Außenhandelsstatistik“ gesetzt hatte, wurde nicht enttäuscht. Der Kursverlauf dieses „Blue Chip“ unter den amtlichen Statistiken war mehr als zufriedenstellend und konnte die Erwartungen erfüllen. Der Wert hat sich am Markt behauptet.

Insbesondere das neu kreierte Online-Meldeverfahren „w3stat“ trieb den Kurs stark nach oben. Was im Herbst 1999 ausgetestet wurde, entwickelte sich im Jahr 2000 zu einem wahren „Renner“. Das w3stat-Verfahren eröffnet den zur Intrahandelsstatistik meldenden Unternehmen seit Januar 2000 die Möglichkeit, die Daten zu dieser Statistik über Internet online anzumelden. Dieses Angebot zur Online-Meldung wird von den Unternehmen dankend angenommen. Die Nachfrage nach der Nutzung dieses neuen Meldeverfahrens übertrifft die Erwartungen. Zum Jahresende 2000 meldeten bereits mehr als 2700 Unternehmen die Daten online über Internet zur Intrahandelsstatistik. Etwa 16% aller zur Intrahandelsstatistik eingehenden Meldungen wurden im November 2000 bereits online an das Statistische Bundesamt übermittelt.

Mit w3stat wurde in der Außenhandelsstatistik ein weiterer Meilenstein gesetzt. In Verbindung mit der Automatisierten Sachbearbeitung in der Intrahandelsstatistik (ASI), bei der die eingehenden Daten im Dialogverkehr am Bildschirm weiterverarbeitet werden, sowie dem Statistik-Shop, der u.a. die Online-Verbreitung der Außenhandelsdaten forciert, schließt das Online-Meldeverfahren w3stat eine Kette. Die Intrahandelsstatistik ist damit der erste Bereich in der amtlichen Statistik, bei dem von der Anmeldung bis zur Veröffentlichung alle Arbeitsschritte auf elektronischem Weg vollzogen werden. Dies ist eine Pionierleistung, die sich mit dem Prädikat „E-Statistik“ schmücken darf.

Auch im Jahr 2001 kann geraten werden, diesen „Blue Chip“ im Depot zu belassen. Die Kurserwartungen sind sehr günstig und versprechen einen positiven Verlauf.

Grund für diese Prognose bietet auch 2001 „w3stat“. Ab Januar 2001 wird mit dem neuen w3stat-Erfassungsprogramm den Unternehmen neben der Vordruck-Online-Meldung sowie der Datei-Online-Meldung eine weitere Meldevariante angeboten. Wir gehen davon aus, dass sich mit dieser Option die Zahl der online meldenden Unternehmen binnen Monaten mehr als verdoppeln wird. Gemessen an den gesamten Intrahandelsmeldungen werden bald 30% über Internet gemeldet werden.

Der Grund für diese günstigen Erwartungen liegt darin, dass das Online-Meldeverfahren sowohl den meldenden Unternehmen als auch dem Statistischen Bundesamt Kosten spart. Beide Partner haben dies erkannt, weswegen diese Symbiose auch 2001 erfolgreich fortgesetzt werden wird.

Im Februarheft 2001 dieser Zeitschrift werden wir in einem Aufsatz ausführlich über Einzelheiten des Online-Meldeverfahrens w3stat berichten.

## Kompakt

### ■ Bevölkerung in Städten und Gemeinden

Zum Stichtag 31. Dezember 1999 lebten 11,8 Mill. Menschen (14,4%) in den zwölf Städten Deutschlands mit mehr als einer halben Million Einwohner, vor zehn Jahren waren es 15,6%. 13,5 Mill. Menschen (16,4%) wohnten in 71 Städten mit 100000 bis 500000 Einwohnern (1990: 16,6%). Die Mehrzahl, nämlich 42,8 Mill. Menschen (52,1%), lebte in Gemeinden mit 5000 bis 100000 Einwohnern (1990: 49,3%). In Gemeinden mit bis zu 5000 Einwohnern waren Ende 1999 14,1 Mill. Personen (17,1%) zu Hause (1990: 18,5%).

Beim Vergleich zwischen Ost und West fällt auf, dass Anfang 2000 31,5% der Bevölkerung in den neuen Ländern und Berlin-Ost in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern lebten gegenüber 13,8% der Bevölkerung des früheren Bundesgebiets.

# Kurznachrichten . . . . .

Auf Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern entfiel im früheren Bundesgebiet knapp ein Drittel (31,9%), in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur gut ein Viertel (26,0%) der jeweiligen Bevölkerung.

Weitere Auskünfte erteilt  
Hermann Voit, Telefon (06 11) 75 21 16.

## ■ Einbürgerungen von Ausländern 1999

1999 wurden 143 300 ausländische Personen nach den zu diesem Zeitpunkt gültigen Gesetzen (insbesondere Ausländergesetz – alte Fassung – bzw. Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz) eingebürgert. Das sind 36 500 (+34%) mehr als 1998 (106 800); 1998 waren die Einbürgerungen gegenüber 1997 um 29% gestiegen.

Die weitere Zunahme der Einbürgerungen von Ausländern ging vor allem auf die gestiegene Einbürgerung türkischer Staatsangehöriger zurück, die 1999 gegenüber 1998 um 44 200 auf 103 900 Personen zugenommen hat. Damit stellten 1999 ehemals türkische Staatsangehörige über zwei Drittel (72,5%) aller Einbürgerungen von Ausländern, während der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden Ausländern 1999 mit 2,1 Mill. Personen rund 28% betrug. Mit weitem Abstand die nächst größere Gruppe von Eingebürgerten waren 5 000 Personen mit ehemals marokkanischer Staatsangehörigkeit. 4 200 Personen besaßen vor ihrer Einbürgerung die bosnische und 3 600 die jugoslawische Staatsangehörigkeit.

Weitere Auskünfte erteilt  
Hermann Voit, Telefon (06 11) 75 21 16.

## ■ Rohstahlproduktion im Jahr 2000

Die deutschen Hüttenwerke erzeugten im Jahr 2000 30,84 Mill. t Roheisen und 46,37 Mill. t Rohstahl. Damit liegt gegenüber 1999 ein bei Roheisen um 10,4% und bei Rohstahl um 10,2% höheres Produktionsergebnis vor.

Im Dezember 2000 blieb gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat sowohl bei Roheisen mit 2,45 Mill. t (+0,5%) als auch bei Rohstahl mit 3,53 Mill. t (+2,7%) die über den gesamten Jahresverlauf positive Tendenz erhalten.

Im früheren Bundesgebiet wurden in den Monaten Januar bis Dezember 2000 mit 40,22 Mill. t 11,3% mehr Rohstahl hergestellt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Dezember 2000 stieg die Produktion von Rohstahl gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 2,3% auf 3,04 Mill. t.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost stieg die Rohstahlproduktion im Vergleich zum Vorjahr um 3,6% auf 6,15 Mill. t. Im Dezember 2000 lag die Rohstahlproduktion mit 0,49 Mill. t um 5,2% über der von Dezember 1999.

Weitere Auskünfte erteilt  
Roman Hartmann, Telefon (0 18 88) 6 43 85 05.

## ■ Flugreisen im Sommer 2000

In der Sommerreisesaison 2000 (April bis Oktober) flogen 33,6 Mill. Passagiere von Deutschland ins Ausland. Das war ein Plus von 2,7 Mill. Fluggästen (+8,6%) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Nach Rückgängen in den Jahren 1998 (-3,9%) und 1999 (-21,5%) konnte die Türkei als Reiseziel mit einem weit überdurchschnittlichen Zuwachs von 30,0% auf 2,9 Mill. Passagiere ihr bisheriges Höchstniveau der Sommerreisesaison 1997 (3,0 Mill.) annähernd wieder erreichen. Griechenland hatten 2,3 Mill. Flugreisende (-0,8%) zum Ziel, wobei die griechischen Mittelmeerinseln (1,5 Mill. Fluggäste) das Vorjahresergebnis um knapp 4% unterschritten.

Insgesamt reisten 25,7 Mill. Fluggäste (+8,3% gegenüber der Sommerreisesaison 1999) in europäische Ziel Länder. Nach Spanien – dem traditionell bedeutendsten Zielland – flogen 6,4 Mill. Passagiere (fast 2% mehr); dabei mussten sowohl die Balearen (3,1 Mill. Passagiere; -1,2%) als auch die Kanaren (1,6 Mill.; -3,2%) Rückgänge hinnehmen. Großbritannien und Nordirland hatten 2,6 Mill. Flugreisende (+4,5%) zum Ziel. Nach Italien flogen 1,9 Mill. Passagiere (+13,2%), nach Frankreich 1,6 Mill. (+5,9%) und in die Schweiz 1,0 Mill. (+7,5%).

Afrika hatten 1,7 Mill. Passagiere (+9,6%) zum Ziel. Den größten Zuwachs (+40,2%) verbuchte Ägypten mit einer Passagierzahl von 0,5 Mill. Nach Tunesien reisten 0,8 Mill. Fluggäste (+0,9%).

Der amerikanische Kontinent war das Ziel von 3,9 Mill. Passagieren (+8,8%), davon besuchten 2,6 Mill. (+8,5%) die Vereinigten Staaten.

In asiatische Länder reisten 2,3 Mill. Fluggäste (+10,7%), darunter 324 000 Personen nach Japan (+13,6%), 221 000 (+8,9%) nach Israel und 215 000 (+10,9%) nach Thailand.

Im innerdeutschen Luftverkehr (13,3 Mill.) reisten 6,0% mehr Passagiere als in der Sommerreisesaison des Vorjahres.

Weitere Auskünfte erteilt  
Lothar Fiege, Telefon (06 11) 75 23 91.

## ■ 51,6 Mrd. DM Hochschulausgaben im Jahr 1998

Die öffentlichen und privaten Hochschulen in Deutschland gaben im Jahr 1998 insgesamt 51,6 Mrd. DM für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus (+1,3% gegenüber 1997). Von den Gesamtausgaben entfielen 6,0 Mrd. DM (12%) auf Baumaßnahmen und andere Investitionen. Die Ausgaben für Personal, Sachaufwand und andere laufende Zwecke beliefen sich auf 45,6 Mrd. DM (88% der Gesamtausgaben).

Die Hochschulen finanzieren ihre Ausgaben durch allgemeine Zuweisungen ihrer öffentlichen und privaten Träger

# Kurznachrichten . . . . .

sowie durch eigene Einnahmen. Eigene Einnahmen sind in erster Linie Entgelte für die Krankenbehandlung, für Gutachten u. ä. (1998: 16,1 Mrd. DM) sowie von Dritten erhaltene Mittel für Lehr- und Forschungszwecke (4,8 Mrd. DM).

Nach dem Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre differenzieren die Hochschulen weder bei der Finanzierung noch bei den Ausgaben nach ihren Hauptaufgaben (Lehre, Forschung und Krankenbehandlung). Da die Bedeutung der Krankenbehandlung und der Drittmittelforschung an den einzelnen Hochschulen unterschiedlich ist, berechnet das Statistische Bundesamt zum besseren Vergleich die laufenden Grundmittel für Forschung und Lehre: Von den laufenden Ausgaben der Hochschulen werden die Drittmiteleinnahmen und die Einnahmen für Krankenbehandlung und dergleichen abgezogen. Die laufenden Grundmittel für Forschung und Lehre beliefen sich 1998 für alle Hochschulen zusammen auf 24,6 Mrd. DM. Das waren 13 700 DM je Studierenden, 129 000 DM je Absolvent oder 600 500 DM je Professorenstelle.

Zwischen den Bundesländern zeigen sich deutliche Unterschiede:

In den Flächenländern des früheren Bundesgebietes beliefen sich die laufenden Grundmittel je Studierenden 1998 auf 12 800 DM, in den neuen Ländern auf 18 400 DM und in den Stadtstaaten auf 15 000 DM. Verglichen mit dem Wert für die Flächenländer des früheren Bundesgebietes für das Jahr 1980 (10 200 DM) waren die laufenden Grundmittel je Studierenden 1998 nominal etwa 26% höher. Um die Preissteigerungen bereinigt, ergibt sich für diesen Zeitraum jedoch ein realer Rückgang der laufenden Grundmittel je Studierenden um etwa 20%, der in erster Linie in der Entwicklung der 80er Jahre begründet ist. Im Vergleich zu 1990 lagen – preisbereinigt – die laufenden Grundmittel je Studierenden 1998 in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes rund 9% über dem Niveau von 1990.

Die Höhe der laufenden Grundmittel je Studierenden hängt deutlich von der Hochschulart und vom Fachgebiet ab. Die Universitäten wendeten 1998 15 100 DM je Studierenden auf, Kunsthochschulen 22 900 DM, Fachhochschulen 8 500 DM und Verwaltungsfachhochschulen 11 500 DM. In der Gliederung nach Fächergruppen war die Humanmedizin mit laufenden Grundmitteln von 48 700 DM am „teuersten“. Im Bereich der Veterinärmedizin standen 1998 je Studierenden 23 300 DM zur Verfügung, in den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften 15 000 DM, im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften 14 400 DM und in den Ingenieurwissenschaften 10 400 DM. Wesentlich niedriger waren die laufenden Grundmittel in den geisteswissenschaftlichen Fächern. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften betragen sie im Bundesdurchschnitt je Studierenden 4 000 DM, in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften 5 400 DM. Zu berücksichtigen ist bei der Interpretation dieser fächerspezifischen Kennzahlen, dass ein Teil der Hochschulausgaben (z. B. für die Zentralbibliotheken, Hochschulrechenzentren, Hoch-

schulverwaltungen) nicht fächerspezifisch zugeordnet werden kann. Die laufenden Grundmittel dieser zentralen Einrichtungen betragen für alle Fachgebiete zusammen 1998 je Studierenden 3 700 DM.

Die Hochschulen werben zusätzlich zu ihrer Grundausstattung Drittmittel für Lehr- und Forschungszwecke von öffentlichen und privaten Einrichtungen ein, 1998 insgesamt 4,8 Mrd. DM. Je Professorenstelle waren dies 118 000 DM. Die Höhe der eingeworbenen Drittmittel wird stark von Hochschulart und Fächergruppe beeinflusst. So beliefen sich die Drittmiteleinnahmen je Professorenstelle 1998 an Universitäten auf 194 600 DM, an Fachhochschulen auf 12 200 DM. Am höchsten waren die Drittmiteleinnahmen je Professorenstelle an den Universitäten in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften mit 363 700 DM. In der Humanmedizin wurden Drittmittel in Höhe von 290 900 DM je Professorenstelle eingenommen, in den Sprach- und Kulturwissenschaften 47 900 DM und in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 59 500 DM. Am niedrigsten waren die Drittmiteleinnahmen je Professorenstelle mit 18 500 DM in der Fächergruppe Kunst, Kunstwissenschaft.

Detaillierte Daten enthalten die Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 4.3.2 „Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1998“ sowie die gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene CD-ROM „Hochschulstatistische Kennzahlen, Teil A: Monetäre Kennzahlen 1997/98“.

Weitere Auskünfte erteilt

Wolfgang Göbel, Telefon (06 11) 75 41 48.

## ■ Fast jeder Zweite in Deutschland hat Übergewicht

Im April 1999 hatten etwa 47% der erwachsenen Bundesbürger (ab 18 Jahren) Übergewicht; stark übergewichtig waren 11%. Diese Ergebnisse basieren auf der Mikrozensus-Zusatzbefragung, bei der rund 0,5% der Bevölkerung (380 000 Personen) nach ihrem Körpergewicht und ihrer Körpergröße befragt wurden.

Die Feststellung von Übergewicht erfolgt mit dem so genannten Body Mass Index. Dieser Index wird errechnet, indem man das Körpergewicht (in kg) durch die Körpergröße (in Metern, quadriert) teilt, Geschlecht und Alter bleiben unberücksichtigt. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body Mass Index über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert über 30 als stark übergewichtig. So gilt beispielsweise ein 1,80 m großer Erwachsener ab 81 kg als übergewichtig und ab 97 kg als stark übergewichtig.

Diese Körpermaße können als Indikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung verwendet werden. Für die erwachsenen Bundesbürger ergab der Mikrozensus vom April 1999 Folgendes:

- Die Fälle von Übergewicht nehmen mit zunehmendem Alter zu und erreichen bei Männern wie auch bei Frauen

# Kurznachrichten . . . . .

im Alter von 65 bis unter 70 Jahren den höchsten Wert. In dieser Altersklasse waren 73% der Männer und 59% der Frauen übergewichtig; starkes Übergewicht hatten 18% der Männer und 19% der Frauen. In den höheren Altersklassen geht die Häufigkeit von Übergewicht bzw. starkem Übergewicht wieder zurück.

- Männer (56%) sind häufiger übergewichtig als Frauen (39%). Dies gilt für alle Altersklassen. Starkes Übergewicht haben 12% der Männer und 11% der Frauen.
- Untergewicht (Body Mass Index kleiner als 18,5) wurde bei 3% der erwachsenen Bevölkerung (4% Frauen, 1% Männer) ermittelt. Besonders häufig tritt Untergewicht bei den 18- bis unter 20-jährigen Frauen auf (18%).

Bei der Gruppe der 40- bis unter 65-Jährigen zeigt sich zusätzlich:

- Bei verwitweten (68%) und verheirateten Männern (67%) ist Übergewicht häufiger verbreitet als bei Geschiedenen (57%) oder Ledigen (58%); dieses gilt auch für Frauen. Hier liegt ein erhöhter Body Mass Index bei 56% der Verwitweten und 45% der Verheirateten gegenüber 43% bei Geschiedenen und 39% bei Ledigen vor.
- Unterschiede beim Übergewicht zeigen sich auch bei einer Betrachtung nach der Schulbildung: Personen mit Abitur oder Fachabitur waren zu 43% übergewichtig, Volks- oder Hauptschulabgänger zu 61%.
- Raucher (50%) haben seltener Übergewicht als Nichtraucher (58%). Noch höher liegt der Wert für ehemalige Raucher (66%), insbesondere für männliche ehemalige Raucher (75%).
- Von den Personen, die zum Zeitpunkt der Befragungangaben, krank zu sein, hatten 60% Übergewicht; der Anteil bei den Gesunden betrug 55%.

Übergewicht ist bei der erwachsenen Bevölkerung in den neuen Bundesländern (50%) stärker verbreitet als im früheren Bundesgebiet (46%). Spitzenreiter in den neuen Bundesländern ist Thüringen mit einem Anteil von 54% Übergewichtigen, in den alten Bundesländern Rheinland-Pfalz mit 48%. Die niedrigsten Anteilswerte lagen in den Stadtstaaten Hamburg (40%), Berlin (41%) und Bremen (42%).

Weitere Auskünfte erteilt  
Frank Treichler, Telefon (0 1888) 6 43 81 03.

## ■ Krankenhauskosten stiegen 1999 um 2%

Die Kosten der 2252 Krankenhäuser in Deutschland für die stationäre Behandlung von Krankenhauspatienten betragen 1999 101,6 Mrd. DM. Wie bereits im Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von 2,0%. Die Personalkosten beliefen sich 1999 auf 67,9 Mrd. DM (+2,2%), die Sachkosten stiegen um 1,6% auf 32,9 Mrd. DM.

Von den Personalkosten entfielen 26,7 Mrd. DM (39,4%) auf den Pflegedienst. Der ärztliche Dienst verursachte

Kosten von 14,6 Mrd. DM (21,6%). Bei den Sachkosten war der medizinische Bedarf (u.a. Arznei- und Verbandmittel) mit 16,4 Mrd. DM (49,9%) der größte Kostenblock. Die Instandhaltungskosten betragen 4,5 Mrd. DM (13,5%). Neben den Personal- und Sachkosten trugen die Kosten der Ausbildungsstätten mit 0,7 Mrd. DM und die Zinsen für Betriebsmittelkredite in Höhe von 0,1 Mrd. DM zu den Kosten der Krankenhäuser bei.

Die Zahl der Patienten (Behandlungsfälle) nahm 1999 um 1,9% auf 16,3 Mill. zu. Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten hingegen sank von 10,7 Tagen (1998) auf 10,4 Tage (1999). Dadurch reduzierte sich die Zahl der Pflgetage um 1,2% auf 169 Mill. Die durchschnittlichen Kosten je behandelten Patient blieben im Vergleich zu 1998 nahezu unverändert bei 6086 DM, während die Kosten je Pflgetag im Vergleich zum Vorjahr um 3,2% auf durchschnittlich 586 DM stiegen.

Weitere Auskünfte erteilt  
Rita Berning, Telefon (0 1888) 6 43 81 69.

## ■ Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe am Jahresende 1998

Zum Jahresende 1998 gab es in Deutschland 79800 Einrichtungen der Jugendhilfe, 13% mehr als 1994. In 48200 Tageseinrichtungen für Kinder und 31600 sonstigen Einrichtungen einschließlich Behörden und Geschäftsstellen wurden 573100 Personen (+4%) beschäftigt, und zwar 373200 in Kindertageseinrichtungen und 199900 in sonstigen Einrichtungen.

In den Tageseinrichtungen für Kinder gab es 3,1 Mill. Betreuungsplätze. Gegenüber 1994, als letztmalig entsprechende Daten erhoben wurden, standen 51700 Plätze (+2%) mehr zur Verfügung.

Der Schwerpunkt des Betreuungsangebots lag beim „klassischen“ Kindergarten für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt (2,5 Mill. Plätze). Rein rechnerisch hatten 90% der 3- bis unter 6 ½-Jährigen die Möglichkeit, einen Kindergarten zu besuchen. Ende 1994 lag diese Quote erst bei 77%.

Neben den Kindergartenplätzen wurden 166900 Plätze für Krippenkinder im Alter bis zu drei Jahren (Platz-Kind-Relation 7%) und 450700 Plätze für Hortkinder im schulpflichtigen Alter (Platz-Kind-Relation 13%) bereitgestellt.

Mit 58% stand der größte Teil der Einrichtungen unter Trägerschaft von freien Trägern, wie zum Beispiel der Caritas, des Diakonischen Werkes oder den freien gemeinnützigen Organisationen; 42% wurden durch öffentliche Träger, hauptsächlich die Gemeinden, betrieben.

Im früheren Bundesgebiet nahm die Anzahl der Tageseinrichtungen um 13% von 34200 (1994) auf 38500 (1998) zu. Die verfügbaren Plätze stiegen in diesem Zeitraum von 2,1 Mill. ebenfalls um 13% auf knapp 2,4 Mill. an. Die Platz-Kind-Relationen für die einzelnen Altersgrup-

# Kurznachrichten

pen lagen für Krippenkinder bei 3%, für Kindergartenkinder bei 87% und für Hortkinder bei 6%.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen nahmen die Tageseinrichtungen um 22% auf 9 700 (1998) ab; die Zahl der verfügbaren Plätze ging zwischen 1994 und 1998 um 24% auf 714 700 zurück. Trotzdem lagen die Platz-Kind-Relationen für die einzelnen Altersgruppen hier höher: für Krippenkinder bei 36%, für Kindergartenkinder bei 112% und für Hortkinder bei 48%.

Zu den genannten sonstigen Einrichtungen der Jugendhilfe gehören Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe, Einrichtungen der Frühförderung sowie der Jugendarbeit, Familienferienstätten, Jugendherbergen, Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen, aber auch Behörden und Geschäftsstellen der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Von 1994 bis 1998 ist die Zahl dieser Jugendhilfeeinrichtungen um 30 % angestiegen, die Beschäftigung um 8%.

Der wachsende Bedarf an Jugendhilfeangeboten führte insbesondere bei den freien Trägern der Jugendhilfe zu mehr Einrichtungen. Sie hatten Ende 1998 mit insgesamt 23 300 Einrichtungen einen Anteil von 74% (1994: 72%). Mit 67% stand auch der größte Teil der Beschäftigten im Dienst der Kirchen und der freien gemeinnützigen Organisationen (1994: 65%). Gegenüber 1994 erhöhte sich die Zahl der Einrichtungen in freier Trägerschaft um 33%, die Beschäftigung wuchs um 12%.

Die größten Anbieter unter den freien Trägern sind Diakonie (5 300 Einrichtungen) und Caritas (5 200 Einrichtungen), die gemeinsam 45% der Einrichtungen in freier Trägerschaft unterhalten.

Im früheren Bundesgebiet gab es gegenüber 1994 15% mehr sonstige Einrichtungen (Beschäftigte +4%).

In den neuen Ländern und Berlin-Ost haben sich in den vier Jahren die sonstigen Jugendhilfeeinrichtungen mehr als verdoppelt (+ 107%) und 29% mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Weitere Auskünfte erteilt  
Heike Tüllmann, Telefon (0 18 88) 6 43 81 51.

## ■ Bei Unfällen 7 000 m<sup>3</sup> wassergefährdende Stoffe freigesetzt

Von den zuständigen Behörden wurden 1999 2 630 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen registriert, das waren 14 Unfälle weniger als im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 1998. Bei über der Hälfte der Unfälle wurden wassergefährdende Stoffe (1 463) befördert, davon 1 286 auf den Straßen. Hinzu kommen 1 167 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, die beim Umgang mit diesen Stoffen in gewerblichen und privaten Anlagen geschahen. Die meisten dieser Schadensfälle (738) traten bei der Lagerung der wassergefährdenden Stoffe auf.

Bei den Unfällen wurden fast 7 000 m<sup>3</sup> wassergefährdende Stoffe freigesetzt (1996 bis 1998 durchschnittlich 4 500 m<sup>3</sup>). Ein Viertel der Menge (1 800 m<sup>3</sup>) waren Mineralölprodukte.

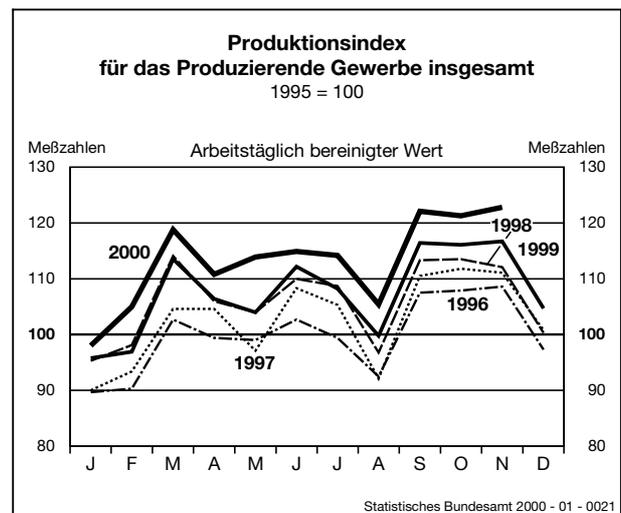
Während im Zeitraum 1996 bis 1998 im Jahresdurchschnitt 2 600 m<sup>3</sup> wassergefährdende Stoffe nicht wiedergewonnen wurden, belasteten 1999 rund 4 600 m<sup>3</sup> den Wasserhaushalt, weil sie weder wiedergewonnen noch einer geordneten Entsorgung zugeführt werden konnten.

Weitere Auskünfte erteilt  
Hermann Knichel, Telefon (0 18 88) 6 43 82 19.

## Weitere wichtige Monatszahlen

### ■ Produktion

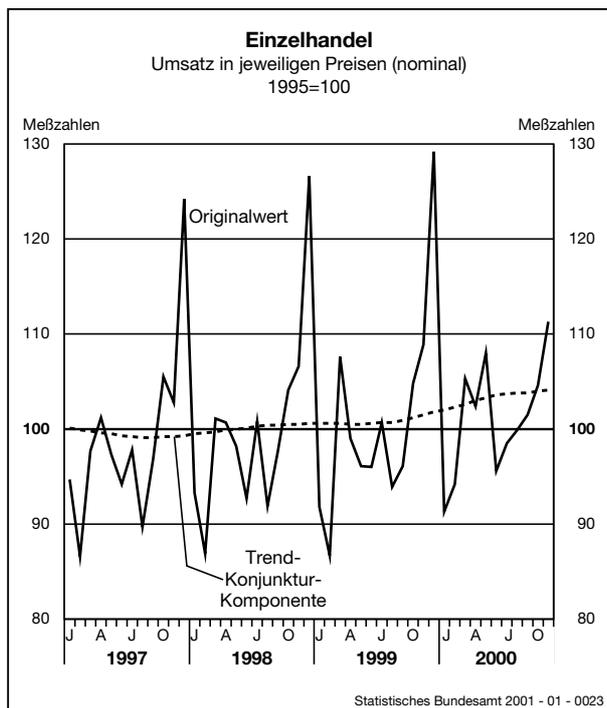
Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im *November 2000* mit einem Stand von 122,8 (1995 = 100) um 5,2% höher als im November 1999.



### ■ Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im *November 2000* nominal 2,2% und real 0,5% mehr als im November 1999 um. In den ersten elf Monaten des Jahres 2000 wurden nominal 2,9% und real 1,7% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Drei Branchen des Einzelhandels verzeichneten im November 2000 nominal und real höhere Umsätze als im Vorjahresmonat: der Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken (nominal +6,4%, real +5,7%), der sonstige Facheinzelhandel, der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter (u.a. Möbel, Elektrogeräte, Bekleidung) anbietet (nominal +1,2%, real +1,0%) und der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal +0,9%, real +0,3%). Ledig-



lich nominale Umsatzsteigerungen gegenüber November 1999 erzielten der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem sowohl der Versandhandel wie auch der Brennstoffhandel zählen (nominal +7,1%, real -6,5%) und der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (nominal +0,8%, real 0,0%).

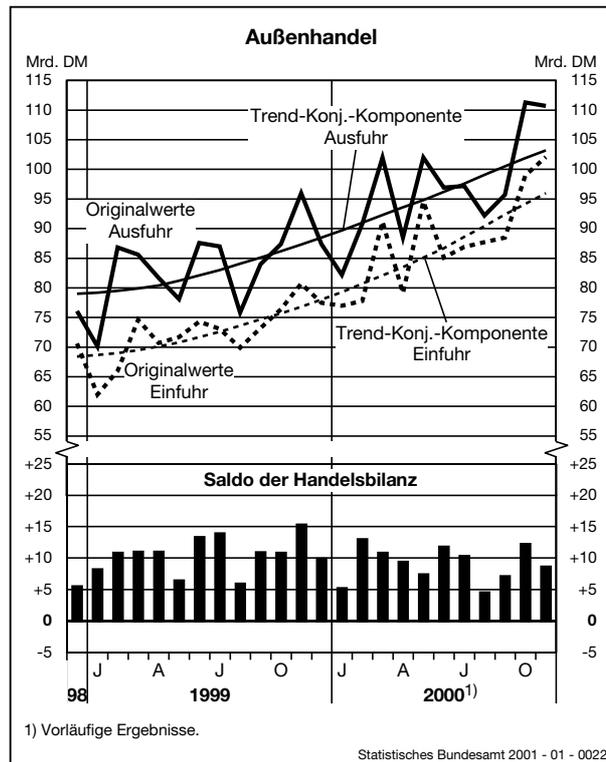
Im November 2000 wurde im Vergleich zum Oktober 2000 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 1,0% und real 1,3% weniger abgesetzt.

## ■ Außenhandel

Im *November 2000* wurden von Deutschland Waren im Wert von 110,7 Mrd. DM ausgeführt und Waren im Wert von 102,1 Mrd. DM eingeführt. Damit wurde einseitig erstmals für einen Monat die 100 Mrd. DM-Grenze überschritten. Gegenüber dem November 1999 stiegen die deutschen Ausfuhren im November 2000 um 15,3% und die Einfuhren um 26,5%. Diese hohen Zuwächse sind teilweise auch Ergebnis der Preisentwicklung. Der Index der Ausfuhrpreise stieg binnen Jahresfrist um 4,1% und der Index der Einfuhrpreise – größtenteils rohölpreisbedingt – um 12,5%.

Der Ausfuhrüberschuss in Höhe von 8,6 Mrd. DM reichte nicht aus, um die anderen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Bilanzen der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögensinkommen sowie Laufende Übertragungen) auszugleichen. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank schloss die Leistungsbilanz im November mit einem Defizit von 6,2 Mrd. DM ab.

Im November 2000 lag der Ausfuhrwert nominal um 0,5% unter dem Vormonat und der Einfuhrwert nominal um 3,1% darüber. Nach Herausrechnen von Kalender- und



Saisoneffekten fielen diese Zuwächse jedoch erheblich niedriger aus. Ausfuhrseitig war gegenüber dem Vormonat sogar ein Rückgang um 3,3% festzustellen. Bei der Einfuhr betrug der Zuwachs gegenüber dem Vormonat nur noch 1,6%. In längerfristiger Betrachtung befindet sich der deutsche Außenhandel jedoch weiterhin auf einem deutlichen Wachstumskurs. Dies belegt die nach dem „Berliner Verfahren, Version 4“ durchgeführte Zeitreihenzerlegung. Die Trend-Konjunktur-Komponente, welche die mittel- und langfristigen Grundtendenzen einer Zeitreihe beschreibt, verzeichnete im November 2000 gegenüber dem Vormonat einen Anstieg um 1,3% bei der Ausfuhr sowie um 1,9% bei der Einfuhr. ■

# Bruttoinlandsprodukt 2000

*Auch in diesem Jahr gibt das Statistische Bundesamt zu diesem frühen Zeitpunkt einen ersten Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres.*

*Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr real um 3,1%. Das war das stärkste Wirtschaftswachstum seit 1991 und es war doppelt so hoch wie im Durchschnitt des abgelaufenen Jahrzehnts. Nach rechnerischer Ausschaltung von kalenderbedingten Effekten – das Jahr 2000 hatte mehr als drei Arbeitstage weniger als das Jahr 1999 – ergibt sich ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,3%.*

*Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2000 von 38,53 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 584 000 Personen (+ 1,5%) mehr als im Jahresdurchschnitt 1999. Die Anzahl der Erwerbslosen (in europäischer Definition) ging im Berichtsjahr um 181 000 Personen (–5,3%) auf knapp 3,25 Mill. Personen zurück. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen verringerte sich damit von 8,3% im Jahr 1999 auf 7,8% im Jahr 2000.*

*Die Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts zeigt, dass zum Wirtschaftswachstum im Jahr 2000 die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+ 5,2%), das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe (+ 5,0%) sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+ 4,1%) am stärksten beigetragen haben. Dagegen hat die reale Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister (+ 1,2%) vergleichsweise schwach zugenommen. Die Wertschöpfung des Baugewerbes ging im sechsten Jahr in Folge zurück und war um 3,8% geringer als 1999.*

*Auf der Verwendungsseite trugen zum Wirtschaftswachstum 2000 die Ausrüstungsinvestitionen (+ 9,0%) sowie die sonstigen Anlagen (+ 9,7%) kräftig bei. Dagegen gingen die Bauinvestitionen nach einem leichten Anstieg im Vorjahr (+ 0,5%) im Berichtsjahr um 2,5% wieder zurück. Die privaten Konsumausgaben erhöhten sich um 1,9% und damit geringer als in den beiden Vorjahren, die Konsumausgaben des Staates vergleichsweise schwächer (+ 1,3%). Der reale Außenbeitrag legte 2000 deutlich zu; sein Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts lag bei einem Prozentpunkt. Dies resultierte aus einem Anstieg der realen Exporte (+ 12,9%), der über dem der realen Importe (+ 10,0%) lag.*

*In jeweiligen Preisen erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 auf 3982 Mrd. DM oder 2036 Mrd. Euro (+ 2,7%) und damit weniger stark als das reale Bruttoinlandsprodukt (+ 3,1%). Ursache hierfür sind die Importpreise, die – vor allem wegen gestiegener Erdölpreise und des gefallen Eurokurses – deutlich stärker zunahmen als die Exportpreise. Folglich wies der reale Außenbeitrag eine Zunahme auf (+ 37 Mrd. DM), der nominale Außenbeitrag ging dagegen zurück (– 18 Mrd. DM). Das Bruttonationaleinkommen (neuer Begriff für Bruttosozialprodukt) stieg auf 3949 Mrd. DM bzw. 2019 Mrd. Euro (+ 2,7%).*

---

Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann,  
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

---

## Vorbemerkung

Auch im Jahr 2000 gibt das Statistische Bundesamt zu diesem frühen Zeitpunkt einen ersten Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres. Die in diesem Aufsatz verwendeten Abgrenzungen, Definitionen, Gliederungen und Begriffe folgen dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), das seit Ende April des Jahres 1999 von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) verbindlich anzuwenden ist<sup>1)</sup>. Die Berechnungen für das in diesem Aufsatz dargestellte Jahr 2000 beruhen auf den bis Anfang Januar 2001 verfügbaren Informationen. Die Werte für den Dezember 2000 wurden komplett und für den November nahezu vollständig frei geschätzt. Auch für davorliegende Monate sind die Berechnungsgrundlagen in vielen Fällen noch lückenhaft.

Die in diesem Aufsatz enthaltenen Angaben wurden bereits am 11. Januar 2001 als Pressemitteilung und in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnun-

gen“, Reihe 1.1 „Erste Ergebnisse der Inlandsproduktberechnung 2000“ veröffentlicht. Dieser äußerst frühe Termin erklärt sich daraus, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung im Januar eines jeden Jahres dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat vorgelegt wird. Die aktuellen amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind als Ausgangspunkt für die Jahresprojektion der Bundesregierung erforderlich. Wegen des erwähnten hohen Schätzanteils vor allem im vierten Quartal werden nur Jahresergebnisse veröffentlicht. Aus der Differenz zwischen den hier veröffentlichten Jahresdaten und der Summe der bislang für die ersten drei Quartale 2000 veröffentlichten Ergebnisse kann nicht auf den Ansatz für das vierte Quartal geschlossen werden, da die Berechnungen für die ersten drei Quartale im Zuge der Jahresrechnung ebenfalls überarbeitet wurden. Wie bereits mehrfach erwähnt wurde, wird der Ergebnismachweis für die alten und neuen Bundesländer vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder fortgeführt und zwar länderscharf. Erste Ergebnisse für die Jahre 1991 bis 1999 nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) wurden Anfang August 1999 veröffentlicht. Vom Statistischen Bundesamt werden lediglich die Bauinvestitionen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost berechnet und nachgewiesen.

1) Siehe Strohm, W./Hartmann, N./Essig, H./Bleses, P.: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe“ in WiSta 4/1999, S. 257 ff. sowie Essig, H./Hartmann, N., u. a.: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998“ in WiSta 6/1999, S. 449 ff.

# 1 Entstehung des Inlandsprodukts

Das deutsche *Bruttoinlandsprodukt*, der Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung, nahm nach ersten vorläufigen Berechnungen im Jahr 2000 real (in Preisen von 1995 gemessen) um 3,1% gegenüber dem Vorjahr zu

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Jahr	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1995		
	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt <sup>1)</sup>	Bruttonationaleinkommen (Sp. 1 + 2)	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt <sup>1)</sup>	Bruttonationaleinkommen (Sp. 4 + 5)
	1	2	3	4	5	6
Mrd. DM						
1998	3 784,4	-25,8	3 758,6	3 673,5	-22,8	3 650,7
1999	3 877,2	-31,3	3 845,9	3 730,7	-27,4	3 703,3
2000	3 982,0	-33,1	3 948,9	3 846,0	-28,9	3 817,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
	in %	in Mrd. DM	in %	in Mrd. DM	in %	in %
1999	+ 2,5	-5,5	+ 2,3	+ 1,6	-4,6	+ 1,4
2000	+ 2,7	-1,8	+ 2,7	+ 3,1	-1,4	+ 3,1

1) Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleistete Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

(siehe Tabelle 1). Das war das stärkste Wirtschaftswachstum in Deutschland seit 1991 und es war doppelt so hoch wie im Durchschnitt des abgelaufenen Jahrzehnts (siehe Schaubild).

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
+ 2,2	- 1,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,6	+ 3,1

Im Jahr 2000 standen in Deutschland rund drei Arbeitstage weniger als im Vorjahr zur Verfügung. Nach rechnerischer Ausschaltung dieses Kalendereffekts ergibt sich eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 3,3%. Für die vorangegangenen Jahre hätten sich ohne Kalendereffekt folgende realen Veränderungsrate für das Bruttoinlandsprodukt ergeben:

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

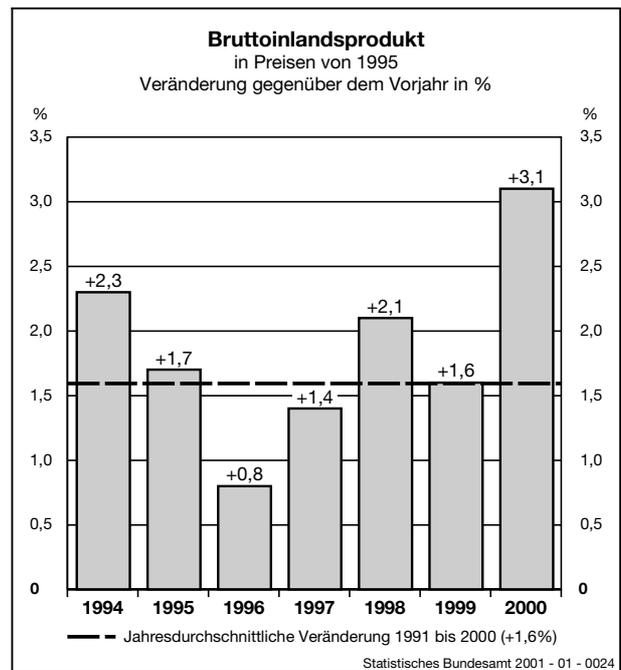
1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
+ 1,8	- 1,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 3,3

Tabelle 2: Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität<sup>1)</sup>

Jahr	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose <sup>2)</sup>	Geleistete Arbeitsstunden	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995		
	insgesamt	dar.: Arbeitnehmer			insgesamt	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
Durchschnitt in 1000				Mrd. Std.	Mrd. DM	1995=100	
1998	37 540	33 561	3 687	56,7	3 673,5	104	105
1999	37 942	34 002	3 428	57,0	3 730,7	106	106
2000	38 526	34 582	3 247	57,1	3 846,0	109	109
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
1999	+ 1,1	+ 1,3	- 7,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,9
2000	+ 1,5	+ 1,7	- 5,3	+ 0,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – 2) In der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

2) In der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).



Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2000 von 38,53 Mill. *Erwerbstätigen* erbracht, das waren 584 000 mehr (+1,5%) als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der Erwerbslosen (in europäischer Definition)<sup>2)</sup> sank im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 181 000 (-5,3%) auf 3,25 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen verringerte sich damit von 8,3% im Jahr 1999 auf 7,8% im Berichtsjahr.

Die *Arbeitsproduktivität*, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2000 um 1,5%. Je Arbeitsstunde war der Anstieg deutlich höher (+3,0%), was vor allem auf die geringere Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen sein dürfte (siehe Tabelle 2).

Neben den Erwerbstätigen spielt das *Anlagevermögen* als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle. Diese Größe umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind materielle und immaterielle Güter. Das *Sachanlagevermögen* umfasst die materiellen Anlagen und setzt sich zusammen aus dem Bestand an Ausrüstungen, Wohnbauten und Nichtwohnbauten sowie Nutztieren und Nutzpflanzungen. Wohn-

bauten zählen auch dann zum Anlagevermögen, wenn sie sich im Eigentum von privaten Haushalten befinden, da sowohl die Vermietung als auch die eigene Nutzung von Wohneigentum durch private Haushalte als unternehmerische Tätigkeit behandelt werden. Nutztiere und Nutzpflanzungen konnten noch nicht in die Berechnungen einbezogen werden. Zum *immateriellen Anlagevermögen* gehören die Ausgaben für Suchbohrungen, Computerprogramme und große Datenbanken sowie Urheberrechte. Der *Kapitalstock* misst das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen, bei dem – anders als nach dem Nettokonzept – die Wertminderung der Anlagegüter unberücksichtigt bleibt. Um geeignete Aussagen über die zeitliche Entwicklung zu ermöglichen, wird der Kapitalstock in konstanten Preisen (von 1995) nachgewiesen:

Kapitalstock, Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität  
Alle Wirtschaftsbereiche<sup>1)</sup>  
in Preisen von 1995

Jahr	Kapitalstock <sup>2)</sup>		Kapital-	Kapital-
	Mrd. DM	1991 = 100	koeffizient <sup>3)</sup>	intensität <sup>4)</sup>
			%	1 000 DM
1998 .....	18 859	120,6	5,1	502
1999 .....	19 301	123,4	5,2	509
2000 .....	19 751	126,3	5,1	513
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
1999 .....	+ 2,3		+ 0,8	+ 1,3
2000 .....	+ 2,3		- 0,7	+ 0,8

1) Ohne Nutztiere, Nutzpflanzungen; vorläufiges Ergebnis. – 2) Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1995 (Mittelwert aus dem Jahresanfangs- und Jahresendbestand). – 3) Verhältnis Kapitalstock zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995. – 4) Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt).

Im Jahr 2000 hat sich der Kapitalstock wie bereits in den beiden Vorjahren um 2,3% erhöht. Da das reale Bruttoinlandsprodukt im Berichtsjahr mit 3,1% den stärksten Anstieg seit 1991 zu verzeichnen hatte, war erstmals im gerade abgelaufenen Jahrzehnt die Zunahme des Kapitalstocks geringer als das Wirtschaftswachstum. Folglich ist der *Kapitalkoeffizient*, der den Kapitaleinsatz je Einheit Bruttoinlandsprodukt misst, um 0,7% gesunken. Andererseits hat sich die Kapitalproduktivität, der reziproke Wert des Kapitalkoeffizienten, in Deutschland erstmals seit 1991 erhöht, was auf eine höhere Auslastung der Produktionskapazitäten hindeutet. Dies wird für die westdeutsche Industrie durch die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests bestätigt, der für die ersten drei Quartale 2000 eine gestiegene – und seit 1992 mit Abstand höchste – Kapazitätsauslastung ausweist.<sup>3)</sup> Im Jahr 2000 entfiel auf einen Arbeitsplatz im Durchschnitt eine Kapitalausstattung in Höhe von über einer halben Million DM. Gegenüber dem Vorjahr ist die *Kapitalintensität* – der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen – um 0,8% gestiegen. Dies ist der geringste reale Zuwachs seit 1991. Gegenüber 1991 wurden im Jahr 2000 pro Arbeitsplatz im Durchschnitt der gesamten Volkswirtschaft wertmäßig rund ein Viertel mehr Anlagegüter eingesetzt.

In den folgenden Kapiteln wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die (unbereinigte) Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die nach den nunmehr gültigen, revidierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist.

Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und Produktionswerte) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden. Gütersteuern und -subventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z. B. Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (also der Saldo zwischen Gütersteuern und Gütersubventionen) global wieder hinzuzufügen. Außerdem muss, wie auch im früheren System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die unterstellte Bankgebühr (Zinsspanne der Kreditinstitute) als gesamtwirtschaftlicher Vorleistungsverbrauch abgesetzt werden, weil sie in der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche noch enthalten ist.

Die Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen zeigen, dass sich im Jahr 2000 die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Vorjahresvergleich deutlich beschleunigt hat (siehe Tabelle 3 auf S. 14). Zu dieser Entwicklung haben sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche beigetragen, die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei dagegen ist hinter dem Wachstum vom Vorjahr zurückgeblieben. Gemessen an der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen hat sich die wirtschaftliche Leistung im Produzierenden Gewerbe stark erhöht (+3,3% im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr), was in besonderem Maße durch das Verarbeitende Gewerbe geprägt wird (+5,8 nach +0,4 und +1,5% in den beiden vorangegangenen Jahren). Dabei hat sich vor allem das Auslandsgeschäft als besondere Stütze erwiesen. Gemessen am Volumenindex des Umsatzes der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Auslandsumsatz im Zeitraum Januar bis November 2000 um 13,6%, aber auch der Inlandsumsatz erhöhte sich um real 4,3%. Nach diesen Ergebnissen scheinen die schon seit längerem wirksamen außenwirtschaftlichen Impulse auch auf die Binnennachfrage überzugreifen. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe deuten darauf hin, dass sich dieses Entwicklungsmuster zunächst noch fortzusetzen scheint: Die Auslandsorders erhöhten sich in den ersten elf Monaten real um 17,0% und die Inlandsaufträge um 6,1%. In der Untergliederung nach Hauptgruppen hat sich im gleichen Berichtszeitraum vor allem die Produktion bei den Investitionsgüterproduzenten erhöht (gemessen am Produktionsindex um 10,5%), aber auch bei den Vorleistungs- und Gebrauchsgüterproduzenten (+5,6 und +7,1%), wogegen bei den Verbrauchsgüterproduzenten der Anstieg deutlich geringer ausfiel (+1,4%).

Im Gegensatz zur günstigen Industriekonjunktur setzt sich bei der Bautätigkeit der bisherige Abwärtstrend fort. Die reale Wertschöpfung im Baugewerbe verminderte sich im Berichtsjahr 2000 abermals recht deutlich um 3,8%. Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes in Deutschland ging damit im sechsten Jahr in Folge zurück. Ein Ende dieser Entwicklung scheint noch nicht in Sicht,

3) Siehe Lindlbauer, J. D.: „Westdeutsche Industrie: Unveränderte Auslastung, Auftragsbestände weiter gestiegen“ in ifo-Schnelldienst, 32-33/2000, S. 34.

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Alle Wirtschaftsbereiche			Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
		Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	Bruttowertschöpfung (bereinigt) <sup>1)</sup>	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)		zusammen	darunter		zusammen	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister
							Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
in jeweiligen Preisen												
Mrd. DM												
1998	3 784,4	367,3	3 417,1	3 547,5	43,9	1 085,9	797,2	197,8	2 417,7	623,3	1 034,2	760,2
1999	3 877,2	395,7	3 481,5	3 612,6	42,8	1 081,7	807,3	191,4	2 488,2	621,5	1 093,4	773,3
2000	3 982,0	409,3	3 572,7	3 704,7	43,6	1 114,7	859,0	180,1	2 546,4	638,1	1 127,2	781,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1999	+ 2,5	+ 7,7	+ 1,9	+ 1,8	- 2,6	- 0,4	+ 1,3	- 3,2	+ 2,9	- 0,3	+ 5,7	+ 1,7
2000	+ 2,7	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,9	+ 3,1	+ 6,4	- 5,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,1	+ 1,0
in Preisen von 1995												
Mrd. DM												
1998	3 673,5	348,5	3 325,0	3 478,5	45,7	1 056,2	761,6	206,4	2 376,6	615,2	1 023,8	737,6
1999	3 730,7	357,9	3 372,9	3 539,2	46,8	1 053,3	764,4	201,8	2 439,1	626,8	1 075,8	736,5
2000	3 846,0	357,9	3 488,1	3 666,6	47,7	1 088,5	808,5	194,1	2 530,5	652,6	1 132,2	745,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1999	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,4	- 0,3	+ 0,4	- 2,2	+ 2,6	+ 1,9	+ 5,1	- 0,2
2000	+ 3,1	+ 0,0	+ 3,4	+ 3,6	+ 2,0	+ 3,3	+ 5,8	- 3,8	+ 3,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 1,2

1) Ohne unterstellte Bankgebühren.

denn auch die Auftragseingänge (Volumen) waren bis zuletzt weiterhin rückläufig (-10,0% für die ersten zehn Monate des Jahres 2000 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum). Besonders ausgeprägt ist weiterhin die negative Entwicklung im Baubereich in den neuen Ländern und Berlin-Ost, wo beispielsweise die Auftragseingänge im gleichen Zeitraum um 13,4% zurückgingen.

In den distributiv tätigen Wirtschaftsbereichen Handel und Verkehr hat sich die insgesamt günstige Wirtschaftslage der industriellen Bereiche ausgewirkt, so dass sich die Bruttowertschöpfung preisbereinigt um 4,1% erhöht hat. Hier haben sich vor allem die Umsatzsteigerungen im produktionsnahen und außenhandelsabhängigen Großhandel niedergeschlagen, aber auch der Einzelhandel profitierte von einer stabilen Entwicklung des privaten Konsums. Auch die Nachrichtenübermittlung expandierte real (also nach Herausrechnung der Preissenkungen bei der Telekommunikation) weiterhin kräftig. Für den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wurde wiederum eine überdurchschnittliche Zunahme der realen Bruttowertschöpfung ermittelt (+5,2%). Als nach wie vor besonders dynamisch stellt sich dabei die Entwicklung im Bereich der Kreditinstitute und im Teilbereich der Datenverarbeitung dar. Andererseits erweist sich der Teilbereich Wohnungsvermietung, der die Nutzung des gesamten Wohnungsbestandes einschließlich der Eigentümerwohnungen umfasst, als relativ konjunkturunabhängig. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister ergab sich demgegenüber im Jahr 2000 nur eine moderate Zunahme der realen Wertschöpfung (+1,2%). Dieses Ergebnis wird in starkem Maße durch die öffentlichen Haushalte geprägt, deren Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen wegen des weiteren Beschäftigtenabbaus sogar leicht unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums lag. Es sei darauf hingewiesen, dass bei den aktuellen Berechnungen in vielen Dienstleistungsbereichen wegen einer fehlenden unterjährigen Dienstleistungsstatistik ersatzweise auf Erwerbstätigendaten und Ergebnisse der Arbeitszeitrechnung zurückgegriffen werden muss, aus denen unter

Berücksichtigung der (bisherigen) Produktivitätsentwicklung die Wertschöpfungsgrößen abgeleitet werden.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 3) erhöhte sich im Berichtsjahr 2000 die Bruttowertschöpfung (unbereinigt) aller Wirtschaftsbereiche um 2,5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. In den nominalen Ergebnissen spiegelt sich neben der bereits beschriebenen realen Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegung in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider. Rückschlüsse auf die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich aus der Differenz der Veränderungsraten der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen zu denen in konstanten Preisen ablesen. Preisdämpfende Einflüsse gingen demnach sowohl von der Landwirtschaft als auch vom Produzierenden Gewerbe aus, und hier insbesondere vom Baugewerbe und von der nicht explizit dargestellten Energieversorgung, wo sich die Liberalisierung des Strommarktes auswirkte. Innerhalb der Dienstleistungsbereiche gab es vor allem deutliche Preisrückgänge bei der Nachrichtenübermittlung. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass sich die Erhöhung der Energiesteuern wegen der Bewertung der Wertschöpfung zu Herstellungspreisen nicht direkt in den Wirtschaftsbereichen auswirkt, sondern stattdessen in der Position „Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen“. Allerdings hat der starke Anstieg der Importpreise (+11,5% im Zeitraum Januar bis November 2000, gemessen am Preisindex der Einfuhrpreise) inzwischen auch zu einem deutlichen Preisanstieg auf der Großhandelsstufe geführt (+5,6%) und auch die Erzeugerpreise im Verarbeitenden Gewerbe erfasst (+3,2%). Die Preiskonstellation der Entstehungsrechnung wird ebenfalls stark von der Verschlechterung der Terms of Trade beeinflusst, das heißt von dem Verhältnis zwischen Exportpreisentwicklung (+2,8%) und Importpreisentwicklung (+7,6%, gemessen nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; siehe hierzu auch den Abschnitt zum Außenbeitrag). Diese Konstellation führt in der Entstehungsrechnung zu einer auseinander laufenden Entwicklung

zwischen Output- und Inputpreisen, wie die folgende Aufstellung zeigt:

	Alle Wirtschaftsbereiche		
	Veränderung 2000 gegenüber 1999 in %		
	nominal	real	Preisindex
Produktionswert .....	+ 6,0	+ 4,2	+ 1,7
Vorleistungen .....	+ 9,9	+ 4,9	+ 4,8
Bruttowertschöpfung .....	+ 2,5	+ 3,6	- 1,0

Die Verschlechterung der Terms of Trade bedeutet, dass die Verteuerung der Einfuhren letztlich nicht in gleichem Maße wieder als Verteuerung der Ausfuhren an das Ausland weitergegeben wurde, sondern bei relativ schwachen Preiserhöhungen zu einem eingeschränkten Spielraum für die Einkommensverteilung im Inland führt.

## 2 Verwendung des Inlandsprodukts

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (siehe Tabelle 4) wurde das Wirtschaftswachstum vor allem durch kräftige reale Erhöhung der Ausrüstungsinvestitionen (+9,0%), und der sonstigen Anlagen (+9,7%) (insbesondere Computersoftware und Urheberrechte) sowie durch den Außenbeitrag mit einem Wachstumsbeitrag<sup>4)</sup> von einem Prozentpunkt geprägt. Die realen privaten und staatlichen Konsumausgaben stiegen vergleichsweise schwach (+1,9 bzw. +1,3%) und die Bauinvestitionen gingen nach einem leichten Anstieg im Vorjahr (+0,5%) im Berichtsjahr wieder zurück (-2,5%). Für die Vorratsveränderungen liegen zum frühen Zeitpunkt dieser Veröffentlichung keine aktuellen Berechnungsgrundlagen vor. Sie werden im Wesentlichen im Zuge des

Abstimmungsprozesses zwischen dem entstehungsseitig ermittelten Wert des Bruttoinlandsprodukts und der Summe der übrigen Verwendungsaggregate als Differenz ermittelt, wobei alle verfügbaren Informationen zur Umsatz- und Produktionsentwicklung sowie zur Lagerbeurteilung aus Befragungen des Instituts für Wirtschaftsforschung, München (ifo) herangezogen werden. Im Jahr 2000 ergab sich für die Größe Vorratsveränderungen eine Zunahme um rund 9 Mrd. DM gegenüber 1999, was einem Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten entspricht.

Die *privaten Konsumausgaben* betragen im Jahr 2000 in Deutschland 2316 Mrd. DM. Sie erhöhten sich gegenüber 1999 in jeweiligen Preisen um 3,3% und in Preisen des Jahres 1995 um 1,9%. Der Preisanstieg für die privaten Konsumausgaben war mit +1,4% um mehr als einen Prozentpunkt höher als im Vorjahr (+0,3%), was vor allem auf die starke Verteuerung von Kraftstoffen, Heizöl und Gas zurückzuführen war. Allein durch diese Preiserhöhungen hatten die privaten Haushalte im Jahr 2000 Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr in Höhe von knapp 19 Mrd. DM; das waren gut ein Fünftel der gesamten Mehrausgaben.

Die starken Preiserhöhungen bei Heizöl und Gas im Jahr 2000 schlugen sich auch in den Ausgaben für das Wohnen nieder, die gegenüber dem Vorjahr um 4,6% angestiegen sind (siehe Tabelle 5). Die Ausgaben der privaten Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur wiesen ebenfalls eine deutliche Zunahme auf (+5,3%), dagegen erhöhten sich die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung zusammengenommen nur um 1,6%. Letzteres ergab sich einerseits daraus, dass die Ausgaben für

Tabelle 4: Verwendung des Inlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung										Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Nachrichtlich	
		insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen				Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	Exporte		Importe	
			zusammen	private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	Staat	zusammen	zusammen	Ausrüstungen	Bauten					sonstige Anlagen <sup>2)</sup>
in jeweiligen Preisen														
Mrd. DM														
1998	3 784,4	3 726,9	2 900,4	2 177,9	722,4	826,5	806,9	293,5	475,3	38,1	19,6	57,5	1 092,4	1 034,9
1999	3 877,2	3 839,6	2 979,2	2 241,1	738,0	860,4	827,0	310,4	475,1	41,5	33,4	37,6	1 141,6	1 104,0
2000	3 982,0	3 962,6	3 065,4	2 315,6	749,8	897,3	850,6	340,1	466,2	44,3	46,7	19,4	1 325,1	1 305,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
1999	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,2	+ 4,1	+ 2,5	+ 5,8	- 0,0	+ 8,9	+ 13,8	- 19,9	+ 4,5	+ 6,7
2000	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,3	+ 1,6	+ 4,3	+ 2,8	+ 9,5	- 1,9	+ 6,7	+ 13,3	- 18,3	+ 16,1	+ 18,3
in Preisen von 1995														
Mrd. DM														
1998	3 673,5	3 613,2	2 786,1	2 078,5	707,7	827,1	812,1	292,5	479,6	40,0	15,0	60,3	1 079,0	1 018,7
1999	3 730,7	3 698,5	2 838,8	2 132,1	706,7	859,8	838,8	312,1	481,7	45,0	21,0	32,2	1 133,5	1 101,3
2000	3 846,0	3 777,2	2 888,2	2 172,0	716,2	889,0	859,1	340,0	469,8	49,3	29,9	68,8	1 279,8	1 211,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
1999	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,6	- 0,1	+ 4,0	+ 3,3	+ 6,7	+ 0,5	+ 12,4	+ 6,0	- 28,1	+ 5,1	+ 8,1
2000	+ 3,1	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,3	+ 4,0	+ 2,4	+ 9,0	- 2,5	+ 9,7	+ 8,9	+ 36,7	+ 12,9	+ 10,0

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter.

4) Veränderung in Mrd. DM in % des Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.



Tabelle 7: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen <sup>1)</sup>		
	insgesamt	Nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	Nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	Nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	Nicht-staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen												
Mrd. DM												
1998	806,9	738,3	68,6	293,5	284,0	9,6	475,3	418,8	56,4	38,1	35,5	2,7
1999	827,0	755,3	71,7	310,4	300,1	10,3	475,1	416,5	58,6	41,5	38,7	2,8
2000	850,6	779,8	70,8	340,1	329,5	10,6	466,2	409,0	57,3	44,3	41,4	3,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1999	+ 2,5	+ 2,3	+ 4,5	+ 5,8	+ 5,7	+ 8,0	- 0,0	- 0,6	+ 3,9	+ 8,9	+ 9,2	+ 4,5
2000	+ 2,8	+ 3,2	- 1,3	+ 9,5	+ 9,8	+ 2,5	- 1,9	- 1,8	- 2,3	+ 6,7	+ 6,8	+ 5,4
in Preisen von 1995												
Mrd. DM												
1998	812,1	740,3	71,7	292,5	282,7	9,8	479,6	420,5	59,0	40,0	37,1	2,9
1999	838,8	763,2	75,6	312,1	301,3	10,8	481,7	420,1	61,6	45,0	41,8	3,2
2000	859,1	785,2	74,0	340,0	329,2	10,8	469,8	410,1	59,7	49,3	45,9	3,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1999	+ 3,3	+ 3,1	+ 5,4	+ 6,7	+ 6,6	+ 10,3	+ 0,5	- 0,1	+ 4,4	+ 12,4	+ 12,6	+ 9,2
2000	+ 2,4	+ 2,9	- 2,2	+ 9,0	+ 9,3	+ 0,1	- 2,5	- 2,4	- 3,1	+ 9,7	+ 9,8	+ 8,2

1) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Preisen für Ausrüstungsgüter ergibt sich im gleichen Zeitraum in Preisen von 1995 eine Zunahme um + 9,0%. Damit wird sowohl die nominale wie auch die reale Entwicklung des Vorjahres (+ 5,8 bzw. + 6,7%) deutlich übertroffen.

Die *Bauinvestitionen* sind im Jahr 2000 nominal wie real zurückgegangen (- 1,9 bzw. - 2,5%). Wie Tabelle 7 zeigt, hatten sie im Vorjahr nominal stagniert und real leicht zugenommen. Die von vielen Seiten geäußerte Erwartung, dass die Talsohle für die Baukonjunktur 1999 erreicht sei, hat sich damit nicht erfüllt.

Zu dem Ergebnis im Berichtsjahr trug vor allem die schwache Nachfrage nach Wohnbauten bei, die im Jahr 2000 nominal um 2,3% und real um 2,8% abnahm. Auch die Bauinvestitionen des Staates gingen im Jahr 2000 in jeweiligen Preisen um 2,3% und preisbereinigt um 3,1% zurück.

Wie die folgende Übersicht zeigt, nahmen im *früheren Bundesgebiet* die Bauinvestitionen nominal um 0,4% zu, steigende Preise führten jedoch zu einer realen Abnahme um 0,5%. In den *neuen Ländern und Berlin-Ost* verminderten sich die Bauinvestitionen sowohl in jeweiligen Preisen als auch in konstanten Preisen (- 8,6 bzw. - 8,0%). Der preisbereinigte Rückgang der Bauinvestitionen war etwas schwächer als der nominale, da die schwache Baunachfrage auch im Jahr 2000 zu sinkenden Preisen führte:

	Bauinvestitionen			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995
1992 .....	+ 10,0	+ 4,6	+ 57,7	+ 43,0
1993 .....	+ 0,8	- 2,8	+ 26,0	+ 19,6
1994 .....	+ 3,2	+ 1,4	+ 28,0	+ 24,3
1995 .....	- 1,5	- 3,5	+ 4,6	+ 2,4
1996 .....	- 3,8	- 3,5	- 1,9	- 1,2
1997 .....	- 0,3	- 0,2	- 5,2	- 4,4
1998 .....	+ 2,2	+ 1,8	- 9,9	- 7,9
1999 .....	+ 1,2	+ 1,1	- 3,4	- 1,3
2000 .....	+ 0,4	- 0,5	- 8,6	- 8,0

Der *Außenbeitrag* (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) sank im Jahr 2000 in jeweiligen Preisen gerechnet gegenüber dem Vorjahr um 18,3 Mrd. DM auf 19,4 Mrd. DM (siehe Tabelle 8 auf S. 18). Dabei nahmen die Exporte (+ 16,1%) gegenüber dem Jahr 1999 weniger stark zu als die Importe (+ 18,3%).

Der Rückgang des Außenbeitrags insgesamt ergab sich daraus, dass sich der Überschuss im Warenhandel um 12,5 Mrd. DM verringerte und das traditionelle Defizit im Dienstleistungsverkehr um 5,8 Mrd. DM erhöhte.

In Preisen des Jahres 1995 gerechnet stieg dagegen der Außenbeitrag kräftig um 36,7 Mrd. DM auf 68,8 Mrd. DM. Die Zunahme des realen Außenbeitrags resultiert aus einer preisbereinigten Zunahme der Exporte um 12,9%, die deutlich über der realen Zunahme der Importe (+ 10,0%) lag. Ursache für die gegenläufige Entwicklung von nominalem und realem Außenbeitrag waren die Importpreise, die - vor allem wegen gestiegener Erdölpreise und des gefallen Eurokurses - stärker anstiegen (+ 7,6%) als die Exportpreise (+ 2,8%). Als Folge hiervon verschlechterten sich im Jahr 2000 die Terms of Trade, also das Verhältnis von Export- zu Importpreisentwicklung, gegenüber dem Vorjahr um 4,4%. Im Durchschnitt mussten also im Berichtsjahr 4,4% mehr Waren und Dienstleistungen exportiert werden, um die gleiche Menge an Gütern importieren zu können wie ein Jahr zuvor. Seit 1991 waren lediglich für die Jahre 1996 und 1997 negative Terms of Trade nachgewiesen worden.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Außenhandelsstatistik (Januar bis November 2000) stiegen in nominaler Betrachtung sowohl die Warenexporte als auch die Warenimporte in bzw. aus allen wichtigen Weltregionen mit zweistelligen Zuwachsraten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bei differenzierter regionaler Betrachtung zeigt sich, dass die Exporterfolge sowohl auf den Märkten der EU-Länder (+ 15,2%) als auch der Drittländer (+ 20,6%) erzielt wurden. Außerordentliche Zunahmen, wie etwa die Steigerung der Warenexporte in die Russische Föderation um mehr als 30%,

Tabelle 8: Exporte und Importe

Jahr	In jeweiligen Preisen							In Preisen von 1995							
	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen		insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen		
	Mrd. DM								Mrd. DM						
1998	1 092,4	953,7	138,7	1 034,9	813,5	221,3	57,5	1 079,0	944,4	134,6	1 018,7	811,3	207,4	60,3	
1999	1 141,6	997,2	144,4	1 104,0	863,0	241,0	37,6	1 133,5	994,6	138,9	1 101,3	875,7	225,7	32,2	
2000	1 325,1	1 166,1	158,9	1 305,7	1 044,3	261,4	19,4	1 279,8	1 129,3	150,5	1 211,0	972,9	238,1	68,8	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr								Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
	in %								in %						
	Mrd. DM								Mrd. DM						
1999	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,1	+ 6,7	+ 6,1	+ 8,9	- 19,9	+ 5,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,9	+ 8,8	- 28,1	
2000	+ 16,1	+ 16,9	+ 10,1	+ 18,3	+ 21,0	+ 8,4	- 18,3	+ 12,9	+ 13,5	+ 8,3	+ 10,0	+ 11,1	+ 5,5	+ 36,7	

fallen zwar ins Auge, mit rund 1% der gesamten deutschen Warenexporte aber nicht ins Gewicht. Hingegen übertraf der importierte Warenwert aus EU-Ländern den des vergleichbaren Vorjahreszeitraums um 16,5%, während für Warenimporte aus Drittländern 30,3% mehr ausgegeben wurde, was wie bereits erwähnt im Wesentlichen auf die Verteuerung des Erdöls und den gefallen Eurokurs zurückzuführen ist.

### 3 Gesamtwirtschaftliche Einkommen und Vermögensbildung, Verteilung des Volkseinkommens

Das *Bruttonationaleinkommen* als umfassende gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße hat im Jahr 2000 in jeweiligen Preisen mit 2,7% im gleichen Umfang zugenommen wie das Bruttoinlandsprodukt. Zwar stiegen sowohl die Primäreinkommen aus der übrigen Welt (+23,2%) als auch die Primäreinkommen an die übrige Welt (+20,5%) kräftig an. Der traditionell negative *Saldo der Primäreinkommen* mit der übrigen Welt hat in der Berichtsperiode jedoch nur geringfügig um 1,8 Mrd. DM auf -33,2 Mrd. DM zugenommen. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, erhöhten sich vor allem die grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen, in erster Linie Zins-einkommen, deutlich. Die an die EU geleisteten Produktions- und Importabgaben weisen mit +12,9% ebenfalls eine beachtliche Zunahme auf, dagegen waren die aus dem EU-Haushalt empfangenen Subventionen leicht rückläufig:

#### Grenzüberschreitende Primäreinkommen 2000

	Mrd. DM	Veränderung gegenüber 1999 in %
Primäreinkommen aus der übrigen Welt .....	213,11	+ 23,2
Arbeitnehmerentgelt .....	7,11	+ 2,6
Vermögenseinkommen .....	194,40	+ 25,9
Subventionen .....	11,60	- 0,9
Primäreinkommen an die übrige Welt .....	246,26	+ 20,5
Arbeitnehmerentgelt .....	9,24	+ 3,9
Vermögenseinkommen .....	211,08	+ 22,4
Produktions- und Importabgaben .....	25,94	+ 12,9

Da die Abschreibungen im Jahr 2000 mit +3,4% kräftiger als das Bruttonationaleinkommen stiegen, ergab sich für das *Nettonationaleinkommen* eine etwas schwächere Erhöhung (+2,5%). Der negative Saldo der laufenden Einkommenstransfers mit der übrigen Welt war im

Berichtsjahr mit -38,0 Mrd. DM geringfügig kleiner als im Vorjahr (-38,4 Mrd. DM). Während die geleisteten laufenden Transfers (56,3 Mrd. DM, darunter rund 17 Mrd. DM so genannter BSP-Eigenmittel an die EU) gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant blieben, nahmen die aus der übrigen Welt empfangenen Transfers um 2,2% auf 18,4 Mrd. DM zu. Für das *verfügbare Einkommen* der Volkswirtschaft ergab sich damit im Jahr 2000 ein Zuwachs von +2,6% auf 3 321,0 Mrd. DM.

Stärker als das verfügbare Einkommen erhöhten sich im Jahr 2000 die *Konsumausgaben* der Volkswirtschaft (um +2,9% auf 3 065,4 Mrd. DM). Zwar hat der Staat seinen Konsum nur um 1,6% ausgeweitet, doch errechnen sich für die privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (privater Konsum) im Berichtsjahr um 3,3% höhere Konsumausgaben. Für das *Sparen* der Volkswirtschaft ergibt sich daraus im Berichtsjahr ein Rückgang um 0,9% auf 255,7 Mrd. DM, was eine Verminderung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote von 8,0% im Jahr 1999 auf 7,7% im Jahr 2000 zur Folge hat.

Die aus der übrigen Welt empfangenen *Vermögensübertragungen*, die sich in den letzten Jahren auf rund 5 Mrd. DM beliefen, sind im Berichtsjahr sprunghaft auf 37,3 Mrd. DM gestiegen. Dahinter steht der Erwerb einer deutschen UMTS-Lizenz durch ein ausländisches Unternehmen im letztjährigen Versteigerungsverfahren. Nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist dieser Kauf als Erwerb eines nichtproduzierten immateriellen Vermögensgutes zu buchen, er wird hier jedoch zusammen mit den Vermögenstransfers nachgewiesen. Die an die übrige Welt geleisteten Vermögenstransfers betragen im Jahr 2000 5,6 Mrd. DM, so dass sich ein Saldo der Vermögenstransfers mit der übrigen Welt von 31,7 Mrd. DM ergab. Zusammen mit dem gesamtwirtschaftlichen Sparen belief sich die Geldvermögensbildung im Jahr 2000 auf 287,4 Mrd. DM. Diesem Betrag standen Nettoinvestitionen in Höhe von 307,5 Mrd. DM gegenüber, so dass sich ein *Finanzierungsdefizit* gegenüber der übrigen Welt von 20,1 Mrd. DM gegenüber 31,3 Mrd. DM im Vorjahr errechnet.

Der Finanzierungssaldo lässt sich auch anhand der außenwirtschaftlichen Transaktionen ermitteln: Einem *Außenbeitrag* (Exportüberschuss) im Jahr 2000 in Höhe von 19,4 Mrd. DM sowie per saldo aus der übrigen Welt empfangenen Vermögenstransfers von 31,7 Mrd. DM auf der einen Seite standen per saldo an die übrige Welt

Tabelle 9: Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögens-transfers von der übrigen Welt (Saldo) <sup>1)</sup>	Nettoinvestitionen	Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. DM													
1998	3 784,4	- 25,8	3 758,6	558,1	3 200,6	- 39,2	3 161,4	2 900,4	261,0	1,4	268,5	- 6,0	57,5
1999	3 877,2	- 31,3	3 845,9	570,2	3 275,7	- 38,4	3 237,3	2 979,2	258,1	0,8	290,2	- 31,3	37,6
2000	3 982,0	- 33,2	3 948,9	589,8	3 359,0	- 38,0	3 321,0	3 065,4	255,7	31,7	307,5	- 20,1	19,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
1999	+ 2,5	X	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	X	+ 2,4	+ 2,7	- 1,1	X	+ 8,1	X	X
2000	+ 2,7	X	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,5	X	+ 2,6	+ 2,9	- 0,9	X	+ 5,9	X	X

1) Im Jahr 2000 einschl. der Verkäufe von UMTS-Lizenzen (nichtproduzierte Vermögensgüter) an die übrige Welt.

geleistete Primäreinkommen von 33,2 Mrd. DM und per saldo geleistete laufende Transfers in Höhe von 38,0 Mrd. DM auf der anderen Seite gegenüber.

Das *Volkseinkommen* als Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die die inländischen Wirtschaftseinheiten in einer Periode empfangen haben, ergibt sich, wenn vom Nettonationaleinkommen die Produktions- und Importabgaben an den Staat abgezogen und die Subventionen des Staates hinzuaddiert werden (siehe Tabelle 10). Im Berichtsjahr waren um 2,6% höhere Produktionsabgaben an den Staat abzuführen (484,2 Mrd. DM) und die staatlichen Subventionen wiesen einen

Tabelle 10: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Nettonationaleinkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen <sup>1)</sup>	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
Mrd. DM						
1	2	3	4	5	6	
1998	3 200,6	368,2	2 832,4	2 011,7	820,7	71,0
1999	3 275,7	404,5	2 871,2	2 060,3	810,9	71,8
2000	3 359,0	417,1	2 942,0	2 120,2	821,8	72,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1999	+ 2,3	+ 9,9	+ 1,4	+ 2,4	- 1,2	X
2000	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,3	X

1) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

leichten Rückgang um 0,7% auf 67,2 Mrd. DM auf. Für das Volkseinkommen ergab sich daraus im Jahr 2000 ein Anstieg, der dem des Nettonationaleinkommens entsprach (+2,5%). Im Vorjahr hatte das Volkseinkommen schwächer zugenommen (+1,4%), was vor allem darauf zurückzuführen war, dass die Produktions- und Importabgaben (abzüglich der vom Staat gezahlten Subventionen) aufgrund der Mineralölsteuererhöhung und der Einführung einer Stromsteuer um knapp 10% kräftig zugenommen hatten.

Das *Arbeitnehmerentgelt* stieg im Jahr 2000 um 2,9% auf 2 120,2 Mrd. DM, also stärker als im Vorjahr (+2,4%). Die als Saldo ermittelten *Unternehmens- und Vermögenseinkommen* nahmen um 1,3% zu. Im Vorjahr waren sie um 1,2% zurückgegangen. Die Lohnquote (Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen) erhöhte sich von 71,8% im Jahr 1999 auf 72,1% im Berichtsjahr. Die *Lohnquote* zeigt, welcher Anteil der verteilten Erwerbs-

und Vermögenseinkommen dem Faktor Arbeit (ohne unternehmerische Tätigkeit) zuzurechnen ist. Der auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entfallende Teil der Erwerbs- und Vermögenseinkommen lässt dementsprechend erkennen, in welchem Umfang der Produktionsfaktor Kapital (einschl. der unternehmerischen Tätigkeit der Eigentümer) zum Volkseinkommen beigetragen hat. Aus der Lohnquote kann jedoch nicht ohne weiteres auf die Einkommenssituation der privaten Haushalte geschlossen werden, weil diese auch Vermögenseinkommen, beispielsweise in Form von Zinsen aus Sparguthaben und Dividenden aus Aktienbesitz, beziehen.

Tabelle 11 stellt das Arbeitnehmerentgelt und seine Komponenten dar. Aufgrund der im Vergleich zum Arbeitnehmerentgelt deutlich schwächeren Erhöhung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber (+1,6%) erhöhten sich im Berichtsjahr die *Bruttolöhne und -gehälter* mit 3,2% stärker. Die unterproportionale Zunahme der Sozialbeiträge der Arbeitgeber erklärt sich im Wesentlichen aus der nochmaligen Absenkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2000. Der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter setzte sich aus einer gegenüber dem Vorjahr höheren Arbeitnehmerzahl (+1,7%) und höheren Durchschnittsverdiensten (+1,5%) zusammen. Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die im Lohnabzugsverfahren abgeführte Lohnsteuer ab, verbleiben die *Nettolöhne und -gehälter*. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,7% auf 1 101,1 Mrd. DM im Jahr 2000. Das war die stärkste Zunahme nach 1992 (+6,5%). Der stärkere Anstieg im Vergleich zu den Bruttolöhnen und -gehältern im Berichtsjahr ergab sich durch die bereits erwähnte Senkung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung und Entlastungen bei der Lohnsteuer auf Grund des Steuerentlastungsgesetzes.

Tabelle 11: Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

Jahr	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber <sup>1)</sup>	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer <sup>2)</sup>	
Mrd. DM							
1998	2 011,7	391,4	1 620,4	585,4	269,0	316,5	1 034,9
1999	2 060,3	399,0	1 661,3	599,3	273,2	326,2	1 062,0
2000	2 120,2	405,2	1 715,0	613,9	279,0	335,0	1 101,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
1999	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6	+ 3,1	+ 2,6
2000	+ 2,9	+ 1,6	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,7	+ 3,7

1) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten u.ä. – 2) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

## 4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte betrug im Berichtsjahr 2 546,3 Mrd. DM, das waren 3,1% mehr als im Jahr 1999 (siehe Tabelle 12). Die wichtigste Komponente des verfügbaren Einkommens, die *Nettolöhne und -gehälter*, hat sich – wie im vorangegangenen Abschnitt ausführlicher beschrieben – im Jahr 2000 um 3,7% auf 1 101,1 Mrd. DM erhöht.

Die Summe aus *Betriebsüberschuss bzw. Selbständigeneinkommen und Vermögenseinkommen* ist mit +3,6% fast ebenso stark gestiegen wie die Nettolöhne und -gehälter; sie betrug im Berichtsjahr 867,4 Mrd. DM.

Die von den privaten Haushalten empfangenen *monetären Sozialleistungen* stiegen vergleichsweise schwach um 1,7% auf 795,8 Mrd. DM. Die moderate Zunahme ist in erster Linie auf ein geringeres Leistungsvolumen der Gebietskörperschaften (-0,9%) aufgrund abnehmender Empfängerzahlen zurückzuführen. Zu den Sozialleistungen der Gebietskörperschaften zählen u.a. die Arbeitslosenhilfe, die Sozialhilfe, das gesetzliche Kindergeld und das Wohngeld. Die Geldleistungen der Sozialversicherung, die mit Abstand die wichtigste Komponente der monetären Sozialleistungen darstellen und zu denen unter anderem die gesetzlichen Renten und das Arbeitslosengeld zählen, hatten einen Zuwachs von 2,1% zu verzeichnen. Dabei nahmen die Renten um 3,4% zu, dagegen gingen die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung (-2,7%) und die vom Bund gezahlte Arbeitslosenhilfe (-15,4%) zurück. Die Sozialleistungen der Arbeitgeber und aus privaten Sicherungssystemen, das sind beispielsweise Betriebsrenten und öffentliche Pensionen, waren im Berichtsjahr mit 128,8 Mrd. DM um 3,1% höher als 1999.

Die *auf soziale Leistungen erhobenen Abgaben* gingen gegenüber dem Vorjahr um 4,5% zurück. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, wie etwa Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung. Sie umfassen ferner

die Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen – von besonderer Bedeutung sind hier die Beiträge der Rentner zur Kranken- und zur Pflegeversicherung – sowie die Lohnsteuer auf Pensionen. Der Rückgang der Abgaben auf Sozialleistungen ist unter anderem auf niedrigere Rentenversicherungsbeiträge des Staates für Empfänger von Arbeitslosenhilfe infolge einer geänderten Bemessungsgrundlage zurückzuführen.

Der *Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers* wird ebenfalls von den empfangenen Einkommen abgezogen. Der Saldo umfasst die von den privaten Haushalten geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern, allerdings ohne die bereits bei den Nettolöhnen und -gehältern bzw. bei den Abgaben auf Sozialleistungen abgesetzte Lohnsteuer. Er enthält darüber hinaus die Sozialbeiträge der Selbständigen, die Übertragungen privater Haushalte an die übrige Welt sowie den Saldo aus geleisteten Nettoprämien und empfangenen Schadenversicherungsleistungen. Der Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers ist im Berichtsjahr um 11,3 Mrd. DM auf gut 97 Mrd. DM gestiegen. Ausschlaggebend hierfür war die bereits seit 1998 zu beobachtende dynamische Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer (+9 Mrd. DM) und ein kräftiger Anstieg der nichtveranlagten Steuern vom Ertrag (+5 Mrd. DM), zu denen die Kapitalertragsteuer und die Zinsabschlagsteuer zählen.

Tabelle 12 zeigt, dass die *privaten Konsumausgaben* im Jahr 2000 um 3,3% zunahmen und damit – wie in den vorangegangenen Jahren seit 1992 – stärker als das verfügbare Einkommen. Das *Sparen* der privaten Haushalte nahm lediglich um 1,2% zu; die Sparquote ging folglich von 9,9% im Jahr 1999 auf 9,7% im Berichtsjahr zurück. Im Jahr 1991 hatte sie 13,0% betragen. Wie bereits früher erläutert, wird im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche bei den privaten Haushalten auf der Aufkommenseite des Einkommensverwendungskontos gebucht. Da die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche damit auch im Sparen enthalten ist, setzt sich, wie Tabelle 12 veranschaulicht, die Bezugsgröße für die Berechnung der Sparquote der privaten Haushalte aus dem verfügbaren Einkommen und aus der Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche zusammen.

Tabelle 12: Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte<sup>1)</sup>

Jahr	Nettolöhne und -gehälter	Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen und Saldo der Vermögenseinkommen	Monetäre Sozialleistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	Private Konsumausgaben	Sparen (Sp. 6 + 7 – 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Sp. 9 in % von Sp. 6 + 7)
				Abgaben auf Sozialleistungen <sup>2)</sup>	Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers <sup>3)</sup>					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Mrd. DM									
1998	1 034,9	808,6	763,5	127,3	74,0	2 405,7	18,7	2 177,9	246,4	10,2
1999	1 062,0	837,2	782,3	126,7	85,8	2 469,0	19,4	2 241,1	247,3	9,9
2000	1 101,1	867,4	795,8	121,0	97,1	2 546,3	19,4	2 315,6	250,1	9,7
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
	in %			in Mrd. DM			in %			
1999	+ 2,6	+ 3,5	+ 2,5	- 0,5	+ 11,8	+ 2,6	+ 3,9	+ 2,9	+ 0,3	X
2000	+ 3,7	+ 3,6	+ 1,7	- 4,5	+ 11,3	+ 3,1	+ 0,2	+ 3,3	+ 1,2	X

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen. – 3) Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadenversicherungen, Transfers an die übrige Welt; empfangene Schadenversicherungsleistungen.

## 5 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Wie Tabelle 13 zeigt, verzeichnete der Staat aufgrund der hohen Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (99,4 Mrd. DM) im Jahr 2000 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 50,9 Mrd. DM. Ohne die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen hätte sich ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 48,5 Mrd. DM ergeben, nach einem Defizit von 55,0 Mrd. DM ein Jahr zuvor. Die Einnahmen erhöhten sich im Berichtsjahr um 2,2%. Die Ausgaben verringerten sich dagegen um 3,4%. Der Nachweis eines Ausgabenrückgangs ergibt sich daraus, dass die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht auf der Einnahmenseite, sondern auf der Ausgabenseite in dem (negativen) Saldo Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern nachgewiesen werden (siehe Tabelle 13). Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen verzeichneten der Bund (+ 54,9 Mrd. DM), die Gemeinden (+ 11,5 Mrd. DM) und die Sozialversicherung (+ 3,5 Mrd. DM) Finanzierungsüberschüsse, die Länder (- 19,0 Mrd. DM) dagegen ein Finanzierungsdefizit. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Finanzierungsüberschuss des Staates im Berichtsjahr + 1,3%, bereinigt um den Erlös aus der Mobilfunklizenzversteigerung ergibt sich eine Defizitquote von - 1,2%. Auch die um die Sondereinnahmen bereinigte Quote liegt deutlich unter dem im Protokoll zum Maastrichtvertrag genannten Referenzwert von - 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Tabelle 13: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Gegenstand der Nachweisung	1998	1999	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1999
	Mrd. DM			%
Einnahmen .....	1 761,8	1 830,0	1 871,1	+ 2,2
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung) .....	82,1	80,3	81,1	+ 1,0
Sonstige Subventionen .....	2,1	2,2	2,0	- 10,0
Vermögenseinkommen .....	32,6	32,7	28,0	- 14,2
Steuern .....	872,0	936,0	977,6	+ 4,4
Sozialbeiträge .....	727,7	733,6	739,8	+ 0,8
Sonstige laufende Transfers ..	28,3	28,2	25,8	- 8,7
Vermögenstransfers .....	17,1	17,0	16,8	- 1,3
- Ausgaben .....	1 839,6	1 885,0	1 820,2 <sup>1)</sup>	- 3,4
Vorleistungen .....	143,8	149,5	152,9	+ 2,2
Arbeitnehmerentgelt .....	319,7	322,8	322,7	- 0,0
Sonstige Produktionsabgaben ..	0,1	0,1	0,1	- 0,0
Vermögenseinkommen .....	136,1	137,3	136,7	- 0,4
Subventionen .....	69,4	67,6	67,2	- 0,7
Soziale Sachleistungen .....	283,2	289,8	298,0	+ 2,8
Monetäre Sozialleistungen ..	714,7	731,9	744,9	+ 1,8
Sonstige laufende Transfers ..	53,7	63,1	69,0	+ 9,4
Vermögenstransfers .....	53,5	54,3	61,4	+ 13,2
Bruttoinvestitionen .....	68,6	71,4	69,5	- 2,7
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern ..	- 3,1	- 2,9	- 102,2 <sup>1)</sup>	X
= Finanzierungssaldo .....	- 77,8	- 55,0	+ 50,9 <sup>1)</sup>	X

1) Einschl. UMTS-Erlösen in Höhe von 99,4 Mrd. DM.

Im Jahr 2000 hatte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 1 871,1 Mrd. DM; das waren 2,2% mehr als im Vorjahr. Unter den wichtigsten Einnahmearten stiegen die Einnahmen aus Verkäufen um 1,0%, die Sozialbeiträge um 0,8% und die Steuern um 4,4%. Bei den Steuern erhöhten sich das Aufkommen an Produktions-

Importabgaben um 2,6 % und das an Einkommen- und Vermögensteuern um 6,4%. Rückläufig waren die sonstigen laufenden Transfers (-8,7%) sowie die Vermögenseinkommen (- 14,2%), letztere aufgrund der gegenüber dem Vorjahr um knapp 5 Mrd. DM niedrigeren Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank (7,6 Mrd. DM).

Die Ausgaben des Staates (1 820,2 Mrd. DM) nahmen 2000 wegen der bereits erwähnten Buchung der Erlöse aus der Mobilfunklizenzversteigerung in dem Saldo Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern um 3,4% ab. Ohne diese Erlöse hätten die Ausgaben um 1,8% zugenommen. Aufgeteilt nach Ausgabearten erhöhten sich die Käufe an Vorleistungsgütern um 2,2% und an sozialen Sachleistungen um 2,8%. Als wichtigste Leistungsart der monetären Sozialleistungen an private Haushalte (+ 1,7%) wurden 3,4% mehr an Renten gezahlt. Die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung waren aufgrund der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt deutlich niedriger als im Vorjahr (-2,7%). Auch der Bund musste für Arbeitslosenhilfe, die sich an das Arbeitslosengeld anschließt, im Berichtsjahr 15,4% weniger aufwenden als im Vorjahr. Unter den übrigen Transfers nahmen die Subventionen um 0,7% ab, während bei den sonstigen laufenden Transfers (+ 9,4%) und bei den geleisteten Vermögenstransfers (+ 13,2%) Zuwächse zu verzeichnen waren. Für Zinsen wurden 0,4% weniger ausgegeben als im Vorjahr. Die Investitionen waren im Berichtsjahr um 2,7% niedriger als 1999. Der - weil auf der Ausgabenseite nachgewiesen - negative Saldo Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern belief sich wegen der Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen im Berichtsjahr auf - 102,2 Mrd. DM (1999: - 2,9 Mrd. DM). ■

# Entwicklung der Bevölkerung bis 2050

## Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder

*Mit der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung liegt eine neue, zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder in den Annahmen, dem Basisjahr und dem Vorausberechnungszeitraum abgestimmte Berechnung zur künftigen Bevölkerungsentwicklung vor. Neben den die Bevölkerungsentwicklung bestimmenden Komponenten Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Außenwanderungen sind hier insbesondere die Annahmen zu den Binnenwanderungen zwischen den Ländern koordiniert worden.*

*Die Vorausberechnung umfasst zwei Wanderungsvarianten mit langfristigen jährlichen Außenwanderungsgewinnen von etwa 100 000 (Variante 1) bzw. 200 000 Personen (Variante 2). In einer zusätzlichen Variante wurde untersucht, wie die Entwicklung ohne Wanderungsüberschüsse der ausländischen Bevölkerung verlaufen würde. Weiter wurde angenommen, dass sich die Sterblichkeit so verbessert, dass im Jahr 2050 die durchschnittliche Lebenserwartung etwa vier Jahre höher liegt als heute. Auch hierzu wurde eine Zusatzvariante berechnet, die einen noch stärkeren Anstieg der Lebenserwartung um etwa zwei zusätzliche Jahre vorsieht. Die Geburtenhäufigkeit wurde in allen Varianten auf dem gegenwärtigen Niveau von 1,4 Kindern je Frau konstant gehalten, wobei eine Angleichung der in den neuen Ländern und Berlin-Ost zur Zeit noch geringeren Werte an die im früheren Bundesgebiet bestehende Häufigkeit unterstellt wurde.*

*Die Vorausberechnung weist in allen Varianten von Beginn an abnehmende Bevölkerungszahlen auf. Die angenommene Geburtenhäufigkeit ist wesentlich niedriger, als sie zur langfristigen Erhaltung der Bevölkerungszahl notwendig wäre. Die Sterbefallüberschüsse liegen stets höher als die Wanderungsüberschüsse. Am Ende des Jahres 2050 wird Deutschland demnach noch gut 64 Mill. (Variante 1) bis 70 Mill. (Variante 2) Einwohner haben, heute sind es 82 Mill.*

*Die Altersstruktur wird sich erheblich verschieben, das Gewicht der Älteren deutlich zunehmen. Der Altenquotient, der das Verhältnis der Personen im Rentenalter (hier ab 60 Jahren) zu denjenigen im Erwerbsalter (hier 20 bis 59 Jahre) beschreibt, wird sich auf 81 (Variante 1) bzw. 75 (Variante 2) etwa verdoppeln. Wird die Altersgrenze zur Bestimmung des Altenquotienten bei 65 statt bei 60 Jahren angesetzt, so erreicht dieser Quotient Ende 2050 56 (Variante 1) bzw. 52 (Variante 2), also erheblich niedrigere Werte. Allerdings verdoppelt sich auch der Altenquotient mit der Grenze 65 Jahre gegenüber der Ausgangssituation.*

---

Dipl.-Volkswirtin Bettina Sommer

---

### Vorbemerkung

Mit der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung liegt eine neue, zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder in den Annahmen, dem Basisjahr und dem Vorausberechnungszeitraum abgestimmte Berechnung zur künftigen Bevölkerungsentwicklung vor. Neben den die Bevölkerungsentwicklung bestimmenden Komponenten Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Außenwanderungen sind hier insbesondere die Annahmen zu den Binnenwanderungen zwischen den Ländern koordiniert worden.

Bevölkerungsvorausberechnungen sollen aufzeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln würden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwieriger vorherzusehen ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind bei einem Vorausberechnungszeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, welche die Zukunft vorhersagen, sondern schreiben eine Entwicklung unter bestimmten Annahmen fort.

Um die Auswirkungen unterschiedlicher Entwicklungen der Komponenten und die sich daraus ergebende Bandbreite demographischer Verläufe aufzuzeigen, werden

häufig mehrere Varianten berechnet. Bei der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurden wegen der besonders schwierig abzuschätzenden künftigen Verläufe der Wanderungsbewegungen zwischen Deutschland und dem Ausland zwei Varianten mit positiven Wanderungssalden berücksichtigt. Um zu verdeutlichen, welche Konsequenzen sich allein aus unterschiedlichen Vorstellungen über das Zuwanderungsvolumen ergeben, wurde auch eine Variante mit einem ausgeglichenen Außenwanderungssaldo gerechnet. Auch die Auswirkungen eines unterschiedlich starken Anstiegs der Lebenserwartung werden mit einer zusätzlichen Variante verdeutlicht. Insgesamt umfasst die 9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung damit vier Varianten.

In diesem Beitrag werden die wichtigsten Annahmen dargestellt und wesentliche Ergebnisse präsentiert. Zwischen dem früheren Bundesgebiet einerseits und den neuen Ländern und Berlin-Ost andererseits bestehen noch demographische Unterschiede. Dementsprechend waren für die beiden Gebiete getrennte Annahmen zu treffen. Darauf wird bei der Beschreibung der Annahmen eingegangen. Ergebnisse werden allerdings nur für Deutschland insgesamt kommentiert, da die künftige Entwicklung in den beiden Gebietsteilen zwar weiterhin Unterschiede aufzeigt, die grundlegenden Tendenzen sich aber gleichen. Zudem ist für viele Zwecke, für die eine langfristige Betrachtungsweise erforderlich ist, etwa die Ausgestaltung der Altersvorsorge, die Entwicklung in Deutschland insgesamt von Bedeutung.

# Basis und Annahmen

## Basis

Basis der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung war der nach Geschlecht und 100 Altersjahren gegliederte Bevölkerungsstand zum 31. Dezember 1997. Darauf wurden altersspezifische Geburtenziffern und Sterbewahrscheinlichkeiten angewendet und Wanderungssalden für jedes Altersjahr vorgegeben. Damit wurde der Ausgangsbestand jahrgangsweise fortgeschrieben. Als Ergebnis steht für jedes Kalenderjahr der Vorausberechnung die Bevölkerung nach Geschlecht und einzelnen Altersjahren bis zum Alter 99 zur Verfügung.<sup>1)</sup>

## Konstante Geburtenhäufigkeit

Die Geburtenhäufigkeit liegt in Deutschland seit etwa 30 Jahren unter dem für die Bestandserhaltung der Bevölkerung notwendigen Niveau. Zieht man als Maß dafür die zusammengefasste Geburtenziffer heran, so zeigt sich, dass der für die Erhaltung der Bevölkerungszahl erforderliche Wert von 2,1 Kindern je Frau im früheren Bundesgebiet mit Ergebnissen um 1,4 und zeitweise auch 1,3 in den letzten Jahrzehnten erheblich unterschritten wurde. Eine grundlegende Änderung dieses Verhaltens wird nicht erwartet. Dies führte zu der Annahme, die Geburtenhäufigkeit im früheren Bundesgebiet auf dem derzeitigen Niveau (ermittelt als Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1997) konstant zu halten. Dementsprechend wurde eine zusammengefasste Geburtenziffer von 1,4 im Durchschnitt der alten Länder in der Vorausberechnung angesetzt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Geburtenhäufigkeit (wie die Geburtenzahlen) Anfang der 90er Jahre eingebrochen. Nach dem Tiefpunkt mit knapp 0,8 Kindern je Frau im Jahr 1994 steigt die zusammengefasste Geburtenziffer wieder an. 1997 betrug sie hier 1,0 und 1998 1,1. Für die Vorausberechnung wurde davon ausgegangen, dass sich diese Zunahme fortsetzt, bis im Jahr 2005 auch für den Durchschnitt der neuen Länder eine zusammengefasste Geburtenziffer von 1,4 erreicht wird. In zwei Ländern verläuft dieser Angleichungsprozess bis zum Jahr 2010. Mit der zusammengefassten Geburtenziffer insgesamt wurde auch eine Annäherung der Altersstruktur der Mütter angenommen. In den neuen Ländern verschiebt sich somit das Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder entsprechend dem in den alten Bundesländern bestehenden Muster nach oben.

## Anstieg der Lebenserwartung um vier Jahre

Die Sterblichkeitsverhältnisse in Deutschland haben sich auch in den letzten Jahren weiter verbessert. War in vergangenen Jahrzehnten der Rückgang der Säuglingssterblichkeit entscheidend für die Abnahme der Gesamtsterblichkeit, so hat inzwischen die Verringerung des Sterberisikos bei älteren Personen an Bedeutung gewonnen. Mit diesen Veränderungen ist die Lebenserwartung

angestiegen, wenn auch diese Entwicklung nicht stetig verlief. Für die künftige Entwicklung wurde eine weitere Zunahme der Lebenserwartung im gesamten Vorausberechnungszeitraum angenommen.

Dabei wird für das frühere Bundesgebiet in zwei Schritten vorgegangen. Bis 2035 soll die Lebenserwartung erreicht werden, die sich im Wesentlichen aus einer sogenannten Minimalsterbetafel ergibt. Basis dieser Minimalsterbetafel ist ein Vergleich der Sterblichkeit in Industrieländern mittels WHO<sup>2)</sup>-Daten (Stand 1995). Die Minimaltafel enthält über alle Altersjahre hinweg die jeweils günstigste altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit, die in einem der einbezogenen Länder erreicht wurde. Sie stellt damit eine hypothetische Tafel dar, deren Werte aber grundsätzlich erreichbar sind. War die aktuelle Sterblichkeit im früheren Bundesgebiet für ein Altersjahr geringer als die in der Minimalsterbetafel ausgewiesene, wurde dieser aktuelle Wert berücksichtigt. Für die weitere Entwicklung bis 2050 wurde der bis 2035 angenommene Anstieg der Lebenserwartung fortgesetzt. Hierbei wurde bei den Frauen von einem geringfügig abgeschwächten Trend ausgegangen, da eine einfache Extrapolation der bisherigen Verläufe zu einer als weniger wahrscheinlich angesehenen weiteren Zunahme der „Übersterblichkeit“ der Männer geführt hätte. Nach diesen Annahmen wird für Neugeborene im Jahr 2050 – ausgehend von den für dieses Jahr erwarteten Sterbewahrscheinlichkeiten – mit einer um vier Jahre höheren Lebenserwartung als heute gerechnet. Bei 60-jährigen Männern bzw. Frauen betragen die Zunahmen bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraums 2,7 bzw. 3,5 Jahre.

In den neuen Ländern ist die Sterblichkeit zur Zeit noch höher als im früheren Bundesgebiet. Dies spiegelt sich in der niedrigeren Lebenserwartung wider. Bei neugeborenen Jungen bzw. Mädchen ist sie etwa 2 Jahre bzw. 1 Jahr geringer als im Westen Deutschlands, bei den 60-Jährigen beträgt der Abstand etwa 1 Jahr. Zur künftigen Entwicklung wurde angenommen, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost bis zum Jahr 2005 die Sterblichkeit erreicht wird, die im früheren Bundesgebiet zum Ausgangszeitpunkt der Rechnung bestand. Bis 2025 wird die gleiche Sterblichkeit wie in den alten Bundesländern erreicht, und anschließend verläuft die Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern gleich.

Die folgende Übersicht zeigt die Lebenserwartung für einige Altersjahre im früheren Bundesgebiet zum Ausgangszeitpunkt der Vorausberechnung und die Annahmen zur künftigen Entwicklung in Deutschland:

Weitere Lebenserwartung bei Geburt bzw. vollendetem Alter von ... Jahren

	männlich			weiblich		
	0	60	65	0	60	65
1995/97 ....	74,1	18,7	15,1	80,2	23,1	18,8
1996/98 ....	74,4	18,9	15,3	80,5	23,2	19,0
2025 .....	76,2	20,2	16,4	82,6	25,1	20,8
2035 .....	77,0	20,8	16,9	83,5	25,8	21,5
2050 .....	78,1	21,6	17,7	84,5	26,7	22,3

1995/97 und 1996/98: früheres Bundesgebiet; ab 2025: Deutschland.

1) Die ausführlichen Ergebnisse für Deutschland, das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost sind als CD-ROM „Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis 2050“ veröffentlicht worden und können beim Statistischen Bundesamt bezogen werden. Ein Überblick über Ergebnisse nach Bundesländern findet sich in Roloff, J.: „Die demographische Entwicklung in den Bundesländern Deutschlands“, Wiesbaden 2000, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 100.

2) World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation.

Um die Auswirkungen eines noch schnelleren und stärkeren Anstiegs der Lebenserwartung zu untersuchen, wurde eine Zusatzvariante berechnet. Nach dieser beträgt die Lebenserwartung neugeborener Jungen im Jahr 2050 80,1 und diejenige neugeborener Mädchen 86,4 Jahre, also knapp sechs Jahre mehr als nach der Sterbetafel 1996/98. Für 60-jährige Männer wird in dieser Variante im Jahr 2050 eine fernere Lebenserwartung von 23,1 Jahren angesetzt und für 60-jährige Frauen von 28,4 Jahren.

## Langfristiger Wanderungssaldo bei etwa 100 000 bzw. 200 000 Personen

Als dritte Komponente der Bevölkerungsentwicklung sind die Wanderungen bei einer Vorausberechnung zu berücksichtigen. In der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurde zwar nicht nach Deutschen und Ausländern getrennt gerechnet. Die Annahmen zur Außenwanderung setzen sich aber aus einer gesonderten Einschätzung der künftigen Wanderungen Deutscher und Ausländer, die unterschiedlichen Bestimmungsfaktoren unterliegen, zusammen. Zum Wanderungsverhalten der deutschen Bevölkerung wurde angenommen, dass sich deren Zuwanderungsüberschüsse – die im wesentlichen durch Zuzüge von Aussiedlern geprägt sind – ausgehend von einem positiven Saldo von 80 000 im ersten Vorausberechnungsjahr allmählich verringern, bis im letzten Jahrzehnt ein ausgeglichener Wanderungssaldo eintritt.

Die Wanderungen der ausländischen Bevölkerung wiesen in der Vergangenheit große Schwankungen auf und sind besonders schwierig abzuschätzen. Um dem Rechnung zu tragen, wurden hier mehrere Varianten gerechnet. Ausgangspunkt war bei allen Varianten ein negativer Wanderungssaldo von 50 000 im Jahr 1998. In der ersten Variante wurde davon ausgehend ein allmählicher Anstieg bis zu einem Wanderungssaldo von 100 000 Personen im Jahr 2003 und für sämtliche Folgejahre ein Verharren auf diesem Wert angenommen. Die zweite Variante ist durch eine weitere Zunahme bis zu einem Wanderungssaldo von 200 000 Personen im Jahr 2008, der dann für sämtliche weiteren Jahre der Vorausberechnung angesetzt wird, gekennzeichnet. Mit dem Korridor, der sich aus diesen beiden Varianten ergibt, wird der langjährige Durchschnitt der Wanderungen der ausländischen Bevölkerung abgedeckt. Eine Variante, die einen grundsätzlichen Wechsel des Zuzugsverhaltens bzw. der die Wanderungen steuernden Regelungen berücksichtigt, ist nicht einbezogen worden, da es dafür bei der Festlegung der Annahmen weder eine allgemeine Orientierungsgröße noch gar konkrete zeitliche oder Größenordnungen betreffende Vorstellungen gab. Die angenommenen Zuwanderungssalden können daher auch nur als langfristiger Durchschnitt interpretiert werden.

In einer zusätzlichen Variante wurden ab 1999 keine Wanderungsüberschüsse, sondern ausgeglichene Wanderungssalden (mit dem Wert 0) angesetzt. In dieser „Nullvariante“ wurde allerdings eine „Sockelwanderung“ berücksichtigt und damit der Tatsache, dass die zuziehenden Ausländer im Durchschnitt jünger sind als die fortziehenden, Rechnung getragen. Hierbei wurde mit einem ständigen Zuzug von 400 000 Personen und ebenso vielen Wegzügen pro Jahr gerechnet. Dieser Effekt ist auch

in den beiden anderen Wanderungsvarianten berücksichtigt. Durch den Vergleich mit dieser Nullvariante lassen sich die Auswirkungen von Zuwanderungsüberschüssen bei der ausländischen Bevölkerung verdeutlichen.

Die Außenwanderung der deutschen und ausländischen Bevölkerung zusammen wächst in Variante 1 bis zu einem Saldo von 150 000 im Jahr 2003 an, nimmt dann – als Folge der geringer werdenden Wanderungssalden der deutschen Bevölkerung – schrittweise ab und beträgt schließlich jährlich 100 000 ab 2040. In Variante 2 wird im Jahr 2008 der maximale Wanderungssaldo mit 240 000 erreicht, dann setzt der gleiche Effekt wie in Variante 1 ein, bis der jährliche Wanderungssaldo ab dem Jahr 2040 bei 200 000 liegt.

Die Verteilung der Außenwanderungen auf die alten und neuen Länder wurde aus den Ergebnissen der Jahre 1994 bis 1996 abgeleitet (ohne Berücksichtigung der Jahre mit negativen Wanderungssalden der ausländischen Bevölkerung) und entspricht mit etwa 80 zu 20 weitgehend den gegenwärtigen Bevölkerungsanteilen.

Neben den Außenwanderungen sind bei einer koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung die Binnenwanderungen zwischen den einzelnen Bundesländern zu berücksichtigen. Dazu wurde eine allmähliche Verringerung dieser Salden bis 2015 und danach ein Ausgleich der Binnenwanderungen für jedes Bundesland angenommen. Der Wanderungsgewinn der alten gegenüber den neuen Bundesländern erreicht bis 2015 eine Größenordnung von insgesamt etwa 290 000 Personen.

Die folgende Übersicht zeigt, welche Annahmen zu den einzelnen Komponenten bei den vier Varianten der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung jeweils berücksichtigt sind:

Varianten der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

	Variante			
	1	2	0	2a
<b>Geburtenhäufigkeit</b>				
Konstant 1,4 Kinder je Frau (mit Angleichung an diesen Wert in den neuen Ländern und Berlin-Ost) .....	X	X	X	X
<b>Sterblichkeit</b>				
Lebenserwartung Neugeborener im Jahr 2050:				
Jungen 78,1 Jahre, Mädchen 84,5 Jahre ..	X	X	X	
Lebenserwartung Neugeborener im Jahr 2050:				
Jungen 80,1 Jahre, Mädchen 86,4 Jahre ..				X
<b>Außenwanderungen</b>				
Abnehmender Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung, langfristiger jährlicher Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung von ... Personen				
100 000 .....	X			
200 000 .....		X		X
0 .....			X	

## Ergebnisse

### Rückgang der Bevölkerungszahl um mindestens 12 Mill. bis 2050

Die Vorausberechnung weist ständig Sterbefallüberschüsse auf. Überwogen die Sterbefälle die Geburten im Jahr 1999 (nach den Ergebnissen der laufenden Bevölke-

Entwicklung der Bevölkerung  
9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050

Am 31.12. des Jahres	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Jugend- quotient <sup>1)</sup>	Alten- quotient <sup>2)</sup>	Gesamt- quotient <sup>3)</sup>
			unter 20		20 – 60		60 und mehr				
	1 000	%	1 000	%	1 000	%					
<b>Deutschland</b>											
<b>Basisbevölkerung</b>											
1997	82 057,4	17 661,4	21,5	46 469,0	56,6	17 927,0	21,8	38,0	38,6	76,6	
<b>Variante 1</b>											
2010	80 903,9	15 083,6	18,6	44 955,4	55,6	20 864,9	25,8	33,6	46,4	80,0	
2020	78 483,7	13 568,7	17,3	41 738,6	53,2	23 176,4	29,5	32,5	55,5	88,0	
2030	74 754,4	12 605,2	16,9	35 650,5	47,7	26 498,7	35,4	35,4	74,3	109,7	
2040	69 935,0	11 299,6	16,2	33 215,6	47,5	25 419,7	36,3	34,0	76,5	110,5	
2050	64 401,5	10 217,2	15,9	29 975,4	46,5	24 208,8	37,6	34,1	80,8	114,8	
<b>Variante 2</b>											
2010	81 421,9	15 214,6	18,7	45 327,3	55,7	20 880,1	25,6	33,6	46,1	79,6	
2020	80 151,7	14 015,0	17,5	42 915,4	53,5	23 221,3	29,0	32,7	54,1	86,8	
2030	77 672,4	13 350,1	17,2	37 679,9	48,5	26 642,5	34,3	35,4	70,7	106,1	
2040	74 155,2	12 272,8	16,6	36 004,2	48,6	25 878,2	34,9	34,1	71,9	106,0	
2050	69 940,0	11 397,0	16,3	33 385,3	47,7	25 157,7	36,0	34,1	75,4	109,5	
<b>Variante 2a</b>											
2010	81 534,7	15 214,9	18,7	45 331,4	55,6	20 988,4	25,7	33,6	46,3	79,9	
2020	80 509,3	14 016,8	17,4	42 943,7	53,3	23 548,7	29,2	32,6	54,8	87,5	
2030	78 374,6	13 354,1	17,0	37 731,5	48,1	27 289,0	34,8	35,4	72,3	107,7	
2040	75 283,1	12 279,1	16,3	36 086,5	47,9	26 917,5	35,8	34,0	74,6	108,6	
2050	71 624,8	11 405,9	15,9	33 492,8	46,8	26 726,1	37,3	34,1	79,8	113,9	
<b>Variante 0</b>											
2010	79 780,3	14 808,9	18,6	44 200,1	55,4	20 771,3	26,0	33,5	47,0	80,5	
2020	76 114,8	13 008,7	17,1	40 178,4	52,8	22 927,6	30,1	32,4	57,1	89,4	
2030	71 082,1	11 817,4	16,6	33 352,7	46,9	25 912,0	36,5	35,4	77,7	113,1	
2040	65 051,6	10 315,6	15,9	30 347,8	46,7	24 388,2	37,5	34,0	80,4	114,4	
2050	58 352,9	9 049,5	15,5	26 623,4	45,6	22 680,0	38,9	34,0	85,2	119,2	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>											
<b>Basisbevölkerung</b>											
1997	66 688,0	14 302,9	21,4	37 798,1	56,7	14 587,0	21,9	37,8	38,6	76,4	
<b>Variante 1</b>											
2010	66 188,8	12 865,4	19,4	36 367,9	54,9	16 955,5	25,6	35,4	46,6	82,0	
2020	64 306,7	11 147,9	17,3	34 431,7	53,5	18 727,1	29,1	32,4	54,4	86,8	
2030	61 505,0	10 537,8	17,1	29 320,9	47,7	21 646,3	35,2	35,9	73,8	109,8	
<b>Variante 2</b>											
2010	66 601,5	12 969,9	19,5	36 664,1	55,0	16 967,6	25,5	35,4	46,3	81,7	
2020	65 636,4	11 504,5	17,5	35 369,0	53,9	18 762,9	28,6	32,5	53,0	85,6	
2030	63 831,8	11 133,8	17,4	30 937,3	48,5	21 760,7	34,1	36,0	70,3	106,3	
<b>Variante 2a</b>											
2010	66 706,3	12 970,6	19,4	36 677,1	55,0	17 058,7	25,6	35,4	46,5	81,9	
2020	65 946,2	11 506,6	17,4	35 404,1	53,7	19 035,5	28,9	32,5	53,8	86,3	
2030	64 418,0	11 137,6	17,3	30 986,0	48,1	22 294,4	34,6	35,9	71,9	107,9	
<b>Variante 0</b>											
2010	65 285,9	12 645,3	19,4	35 765,5	54,8	16 875,1	25,8	35,4	47,2	82,5	
2020	62 398,7	10 699,1	17,1	33 186,8	53,2	18 512,8	29,7	32,2	55,8	88,0	
2030	58 542,8	9 906,5	16,9	27 486,9	47,0	21 149,4	36,1	36,0	76,9	113,0	
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>											
<b>Basisbevölkerung</b>											
1997	15 369,4	3 358,5	21,9	8 670,9	56,4	3 340,0	21,7	38,7	38,5	77,3	
<b>Variante 1</b>											
2010	14 715,1	2 218,2	15,1	8 587,5	58,4	3 909,5	26,6	25,8	45,5	71,4	
2020	14 177,0	2 420,8	17,1	7 307,0	51,5	4 449,3	31,4	33,1	60,9	94,0	
2030	13 249,4	2 067,4	15,6	6 329,6	47,8	4 852,4	36,6	32,7	76,7	109,3	
<b>Variante 2</b>											
2010	14 820,4	2 244,7	15,1	8 663,2	58,5	3 912,5	26,4	25,9	45,2	71,1	
2020	14 515,3	2 510,5	17,3	7 546,5	52,0	4 458,4	30,7	33,3	59,1	92,3	
2030	13 840,6	2 216,3	16,0	6 742,6	48,7	4 881,7	35,3	32,9	72,4	105,3	
<b>Variante 2a</b>											
2010	14 828,4	2 244,4	15,1	8 654,4	58,4	3 929,7	26,5	25,9	45,4	71,3	
2020	14 563,1	2 510,2	17,2	7 539,6	51,8	4 513,3	31,0	33,3	59,9	93,2	
2030	13 956,6	2 216,5	15,9	6 745,5	48,3	4 994,6	35,8	32,9	74,0	106,9	
<b>Variante 0</b>											
2010	14 494,4	2 163,6	14,9	8 434,6	58,2	3 896,2	26,9	25,7	46,2	71,8	
2020	13 716,0	2 309,6	16,8	6 991,6	51,0	4 414,8	32,2	33,0	63,1	96,2	
2030	12 539,3	1 911,0	15,2	5 865,8	46,8	4 762,6	38,0	32,6	81,2	113,8	

1) Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 60-Jährige. – 2) 60-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 60-Jährige. – 3) Summe aus Jugend- und Altenquotient.

rungsstatistik) noch um 76 000, so erreicht dieses Defizit nach Variante 2 im Jahr 2020 bereits 400 000, nimmt bis 2040 auf 590 000 zu und beträgt im Jahr 2050 schließlich etwa 640 000. Die Annahmen zur Wanderung sehen stets geringere Zuwanderungsgewinne als Geburtendefizite vor, so dass die Bevölkerung in allen Varianten ständig abnimmt. Dies gilt auch für die ersten Jahre des Vorausberechnungszeitraums mit noch relativ geringen Sterbefallüberschüssen, da für diese Zeit von einem allmählichen Anstieg des jährlichen Wanderungssaldos der ausländischen Bevölkerung auf 100 000 bzw. 200 000 ausgegangen wird. In den Jahren 2003 und 2008, in denen diese Salden ihre volle Höhe erreichen, sind die Geburtendefizite (2003: 200 000 in beiden Varianten, 2008: 285 000 in Variante 2) dann bereits deutlich höher als die Wanderungssalden. Aber auch ein noch höherer Wanderungssaldo, etwa von 300 000 Personen im Jahr, würde nur kurze Zeit zur Stabilität der Bevölkerungszahl führen.

Die Tabelle „Entwicklung der Bevölkerung“ zeigt die Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2050 auf. Bei einer jährlichen Nettozuwanderung von etwa 100 000 bzw. 200 000 Personen werden 2030 noch etwa 75 bzw. 78 Mill. Menschen in Deutschland leben, bis 2050 wird die Bevölkerung auf 64 bzw. 70 Mill. zurückgehen (Varianten 1 bzw. 2). Nach der Variante ohne Zuwanderung von Ausländern wird die Bevölkerung bis auf 58 Mill. abnehmen. Die Wanderungen über die Außengrenzen mindern also den Bevölkerungsrückgang, heben ihn aber nicht auf: Bei höherer Zuwanderung sinkt die Bevölkerungszahl geringer ab. Die Annahme einer höheren Zunahme der Lebenserwartung (Variante 2a) bremst den Bevölkerungsrückgang weiter ab. Die Bevölkerungszahl schrumpft hierbei „nur“ auf 71,6 Mill., da die Zahl der älteren Menschen hier größer ist.

## Mehr ältere, weniger jüngere Menschen

Neben den Annahmen zu den künftigen Geburten, Sterbefällen und Wanderungen bestimmt auch der aktuelle Altersaufbau der Bevölkerung lange Zeit die künftige Entwicklung. So zeigt der Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands heute zum Beispiel noch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise (Anfang der 30er Jahre), also lange zurückliegender Ereignisse. Heute sind neben den etwa 60-Jährigen die Mitte bis Ende 30-Jährigen die stärksten Jahrgänge, also die Anfang bis Mitte der 60er Jahre Geborenen. Die jüngeren Jahrgänge sind deutlich schwächer besetzt. Schon hieran ist zu erkennen, dass in etwa 20 bis 30 Jahren starke Rentnerjahrgänge (im Alter von 60 und mehr Jahren) vorhanden sein werden. Diesen werden schwächer besetzte jüngere Jahrgänge nachfolgen (die heute jünger als 30 Jahre sind).

Die Verschiebungen im Altersaufbau, die sich aus den demographischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte und den Annahmen zur weiteren Entwicklung ergeben, zeigt Schaubild 1 für die Jahre 2010, 2030 und 2050 für Variante 2 im Vergleich zum Altersaufbau des Basisjahres auf. Im Jahr 2030 werden demnach die etwa 65-jährigen Personen die stärkste Altersklasse stellen, also die Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge um 1965. 2050

ist die stärkste Altersgruppe bei den etwa 60-Jährigen zu finden – den heute zehn Jahre alten Kindern, die um 1990 geboren wurden. Zu erkennen ist auch, dass es relativ viele Frauen im Alter von etwa 80 Jahren geben wird (Geburtsjahrgänge vor 1970). Bei den unter 50-Jährigen werden die Jahrgänge mit abnehmendem Alter immer schwächer besetzt – die Folge der dauerhaft niedrigen Geburtenhäufigkeit: Eine Elterngeneration hat eine etwa um ein Drittel schwächere Kindergeneration, diese Kinder haben wiederum ein Drittel weniger Kinder als sie selbst Personen sind usw.

Die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung lassen sich auch beschreiben, indem bestimmte Altersgruppen gebildet werden und deren Entwicklung verfolgt wird. Hier werden drei Gruppen betrachtet: die unter 20-Jährigen, die 20- bis 59-Jährigen und die ab 60-Jährigen. Näherungsweise kann gesagt werden, dass die Angehörigen der mittleren, im Erwerbsalter stehenden Altersgruppe für die Angehörigen der beiden anderen Altersgruppen aufkommen. Bis Ende 2050<sup>3)</sup> nimmt die Gruppe der unter 20-Jährigen von etwa 17,7 Mill. Ende 1997 auf 10,2 bzw. 11,4 Mill. ab (Varianten 1 bzw. 2, siehe die Tabelle „Entwicklung der Bevölkerung“). Die Zahl der Personen in der mittleren Altersgruppe umfasste 1997 46,5 Mill. und wird am Jahresende 2000 etwa 45,3 Mill. betragen. Bis 2010 wird diese Altersgruppe nach Variante 2 etwa gleich groß bleiben, geht dann aber ebenfalls zurück und wird im Jahr 2050 noch etwa 33,4 Mill. umfassen. Nach Variante 1 wird die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen am Schluss des Vorausberechnungszeitraums noch aus 30 Mill. Personen bestehen. Die Zahl der Menschen im Alter von 60 Jahren und mehr, die Ende 1997 17,9 Mill. betrug und Ende 2000 voraussichtlich bereits 19,4 Mill. erreicht, nimmt nach der Vorausberechnung bis etwa 2030 in allen Varianten zu – am stärksten in den Varianten 2 und 2a mit etwa 50% Steigerung gegenüber der Basisbevölkerung. Dann nimmt ihre absolute Zahl ab und beträgt im Jahr 2050 noch 24,2 Mill. laut Variante 1 bzw. 25,2 Mill. nach Variante 2, liegt also um fünf bis sechs Mill. höher als Ende 2000. Variante 2a mit der höheren Lebenserwartung weist Ende 2050 etwa 1,5 Mill. mehr Menschen ab 60 Jahren aus als Variante 2 – bei gleichen Zuwanderungsannahmen.

Die Anteile dieser Altersgruppen an der Bevölkerung verschieben sich ebenfalls zugunsten der Älteren: Im Jahr 2050 wird mehr als ein Drittel der Bevölkerung 60 Jahre oder älter sein, 1997 war es noch gut ein Fünftel.

Wird die jüngere bzw. ältere Altersgruppe ins Verhältnis zur mittleren gesetzt, so erhält man den Jugend- bzw. Altenquotienten (ebenfalls in der Tabelle angegeben). Für die Alterssicherung ist hierbei das zahlenmäßige Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter als Gruppe potentieller Empfänger von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme zur Bevölkerung im Erwerbsalter wesentlich, das mit dem Altenquotienten beschrieben wird.

Der Jugendquotient geht – unter Schwankungen – leicht von 38 auf 34 (alle Varianten) am Ende des Jahres 2050 zurück. Der Altenquotient dagegen steigt stark an.

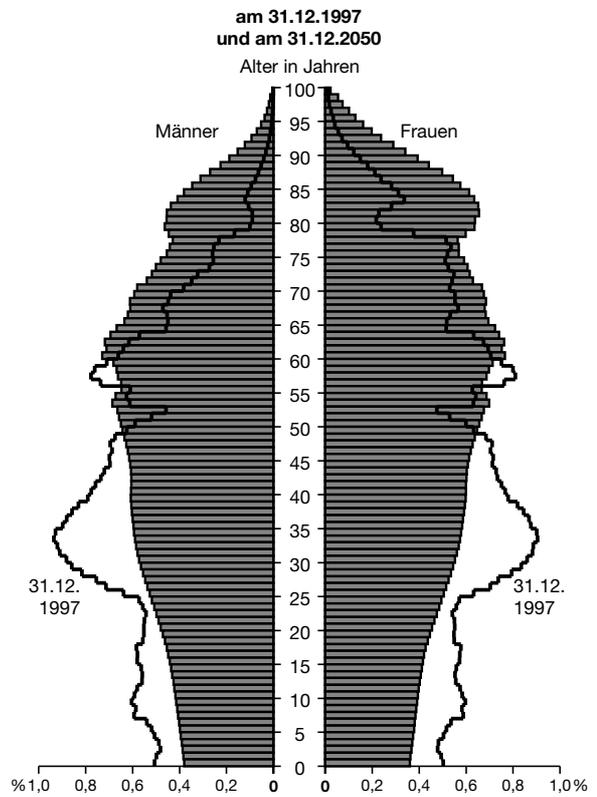
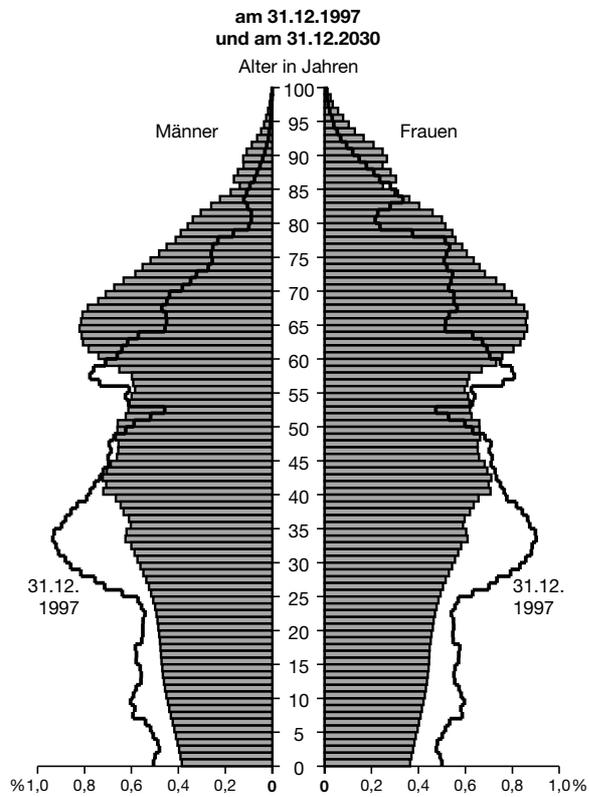
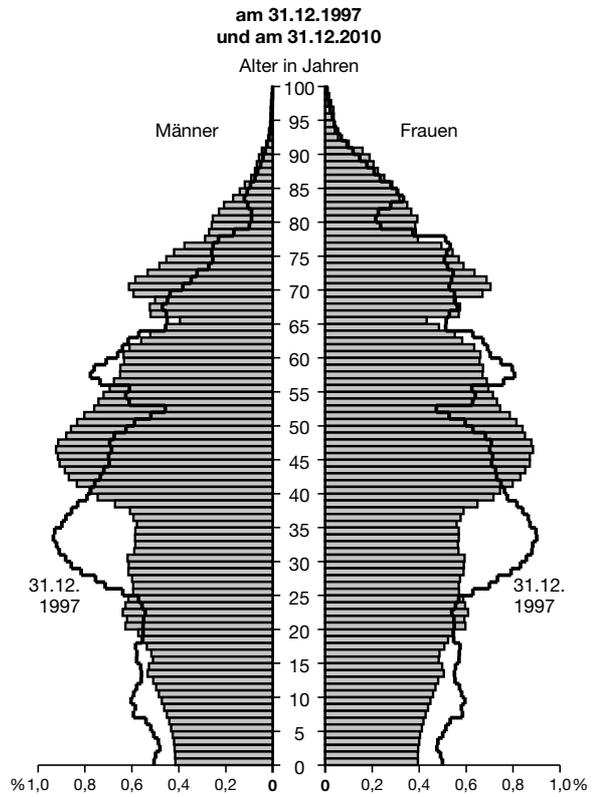
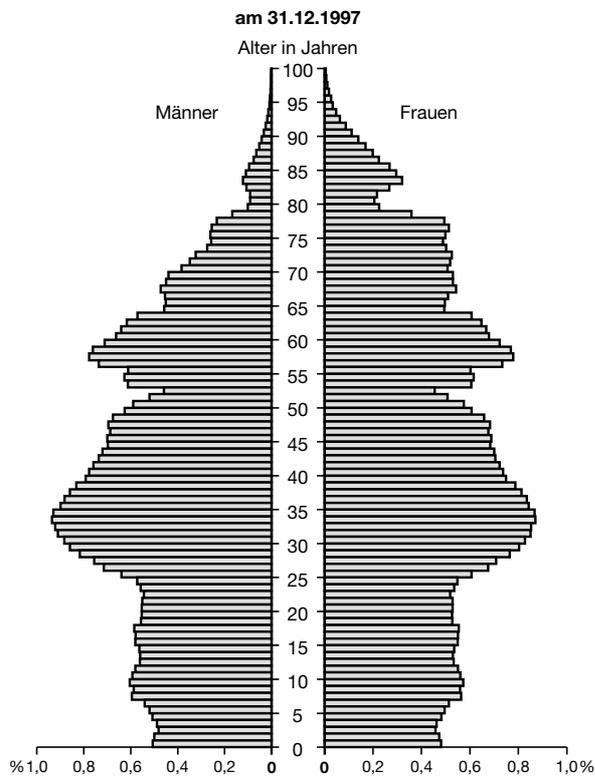
<sup>3)</sup> Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich, wie in vorangegangenen Beiträgen zu koordinierten Vorausberechnungen, jeweils auf den 31.12. eines Jahres.

Schaubild 1

### Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland

9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung<sup>1)</sup>

Variante 2



1) Basis 31.12.1997 (Ergebnis der laufenden Bevölkerungsfortschreibung).

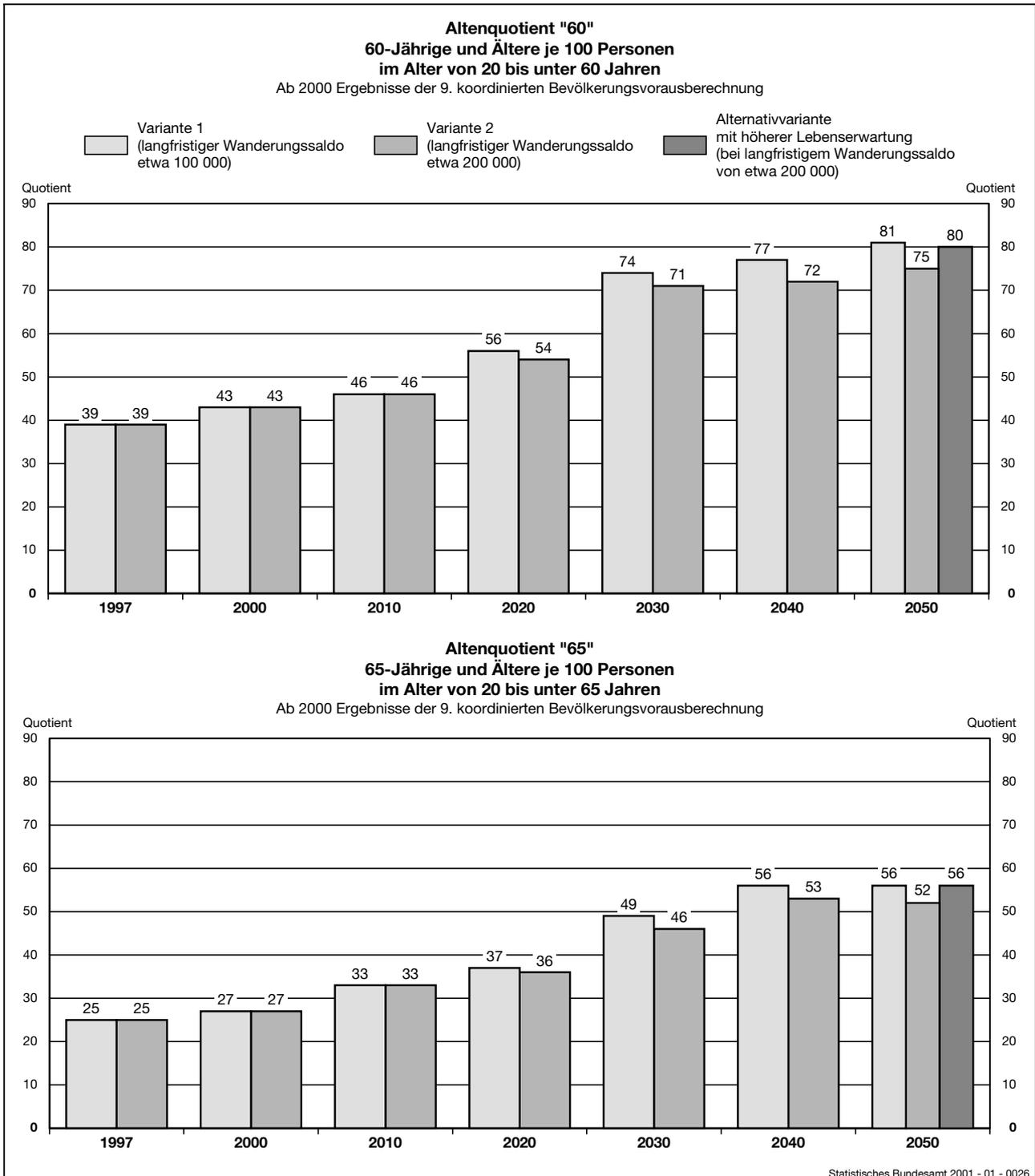
Ende 1997 lag er bei 39, das heißt 100 Menschen im Erwerbsalter standen 39 Personen im Rentenalter (60 Jahre und älter) gegenüber. Ende 2000 beträgt er voraussichtlich bereits 43. Diese kurzfristige starke Erhöhung folgt aus dem aktuellen Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands (siehe Schaubild 2).

Nach Variante 1 ergibt sich Ende 2020 ein Altenquotient von 56 und 2030 bereits von 74. Bis zum Schluss des Vorausberechnungszeitraums kommt es zu einem weiteren Anstieg auf 81. Der Altenquotient fällt im Jahr 2050

also doppelt so hoch aus wie noch Mitte der 90er Jahre und etwa 1,75-mal so hoch wie im Jahr 2000.

In Variante 2 werden die jüngeren Altersgruppen durch die höhere Zuwanderung verstärkt. Dementsprechend nimmt der Altenquotient in geringerem Maße zu: Er wird 2030 bei 71 und im Jahr 2050 bei 75 liegen. Der Anstieg des Altenquotienten wird hiernach also etwas gedämpft, der Alterungsprozess aber selbst bei Zuwanderungen von über 200 000 Personen im Jahr nicht grundsätzlich angehalten.

Schaubild 2



Gibt es per saldo keine Zuwanderung von Ausländern, so erhöht sich der Altenquotient stärker bis auf 85 im Jahr 2050 (Variante 0). Ein Vergleich mit den Varianten 1 und 2 zeigt, dass durch Zuwanderungen von langfristig jährlich etwa 100 000 bzw. 200 000 Personen eine begrenzte Absenkung dieses Quotienten (von 85 auf 75) möglich ist.

Die Zuwanderungen verhindern den Alterungsprozess der Bevölkerung aber nicht, weil vor allem das niedrige Geburtenniveau – auch die ausländische Bevölkerung weist nicht die für die Bestandserhaltung erforderliche Geburtenhäufigkeit auf – sowie die abnehmende Sterblichkeit den Anteil der jüngeren Bevölkerung mindern und das Gewicht der älteren Bevölkerung erhöhen und dieser Prozess auch durch das relativ niedrige Durchschnittsalter der Zuziehenden nicht kompensiert wird. Außerdem unterliegen auch die Zugewanderten dem Alterungsprozess, der durch das niedrigere Durchschnittsalter der Zuziehenden im Vergleich zu den Fortziehenden zwar abgemildert, aber nicht aufgehalten wird.

Die Annahme eines stärkeren Anstiegs der Lebenserwartung führt bei sonst gleichen Annahmen zu einer größeren Zahl älterer Menschen und damit zu einem höheren Altenquotienten. Variante 2a mit der höheren Lebenserwartung geht vom gleichen Zuwanderungsvolumen wie Variante 2 aus. Der Altenquotient steigt nach Variante 2a allerdings auf 80 im Jahr 2050 an, während er nach Variante 2 lediglich 75 erreicht. Die stärkere Zunahme der Lebenserwartung hat damit auf den Altenquotienten einen ähnlichen Effekt wie die geringere Zuwanderung bei gleicher Lebenserwartung in Variante 1.

Deutlich geringer fällt der Altenquotient aus, wenn man die Altersgrenze zu seiner Bestimmung nicht bei 60, sondern bei 65 Jahren ansetzt. Damit wird die Gruppe der Menschen im Erwerbsalter größer und zugleich die Gruppe im Rentenalter kleiner. Für Variante 1 ergibt sich nach dieser Abgrenzung für das Jahr 2050 ein Altenquotient von 56 (gegenüber 81 bei der Altersgrenze von 60 Jahren), bei der höheren Wanderungsvariante 2 erreicht der Altenquotient 52 (gegenüber 75 bei der Altersabgrenzung 60 Jahre). Auch in den beiden anderen Varianten ist der Altenquotient mit der Altersgrenze 65 niedriger als bei der Grenze von 60 Jahren.

Unter der Annahme einer höheren Zuwanderung (Variante 2) und einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit würde der Altenquotient demnach nur von 43 Ende 2000 (bei dem heutigen Rentenzugangsalter von 60 Jahren) auf 52 (bei einem durchschnittlichen Rentenzugangsalter von 65 Jahren) im Jahr 2050 steigen. Verglichen mit der Ausgangssituation eines von der Altersgrenze „65“ ausgehenden Altenquotienten bedeutet aber auch dies eine Verdopplung: Der Altenquotient mit der Altersgrenze von 65 Jahren beträgt heute nur etwa 27.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass mit der Annahme einer dauerhaft niedrigen Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern je Frau eine schrumpfende und insbesondere älter werdende Bevölkerung vorgegeben ist, da jede Elterngeneration weniger Kinder hat, als sie selbst an Personen umfasst. Die Alterung wird durch die zunehmende Lebenserwartung verstärkt (und die Schrumpfung der Bevölkerungszahl verlangsamt). Zuwanderun-

gen bis zu einer Größenordnung von über 200 000 Personen im Jahr schwächen den Alterungsprozess und den Bevölkerungsrückgang ab, verhindern diese Entwicklung aber nicht. ■

Der Weinbau hat in Deutschland und in Europa eine große und alte Tradition. Seine Entwicklung hat nicht nur ganzen Regionen Beschäftigung und wirtschaftlichen Wohlstand gebracht, sondern auch Kultur und Gesellschaft im mediterranen und mitteleuropäischen Raum nachhaltig beeinflusst. Von daher erklärt sich, dass der Anbau von Reben und der Ausbau von Wein heute noch eine Bedeutung in Wirtschaft und Politik besitzen, die ihren quantitativen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei weitem übersteigt.

In Deutschland gab es 1999 rund 34 000 landwirtschaftliche Betriebe mit Weinbau, das waren 7% der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt (rd. 472 000). Mit 317 000 ha bewirtschafteten sie 2% der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF).

Die deutschen Weinbaubetriebe stehen in direktem Wettbewerb mit ihren europäischen Nachbarn und weltweit. Von den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wiesen 1997 neun Länder Rebland aus. Von den 1,66 Mill. Weinbaubetrieben in der EU stellte Deutschland 2%, am Rebland (3,15 Mill. ha) hatte es einen Anteil von 3%. Mit 8,4 Mill. hl Weinmost (5% der gesamten Weinmostmenge der EU) lag Deutschland 1997 an vierter Stelle in der EU.

Der folgende Beitrag gibt einen detaillierten Überblick über die Situation im deutschen Weinbau im Jahr 1999. Nach einer Einführung in Konzept, Programm und Organisation der Weinbauerhebung 1999 und einer Standortbestimmung des deutschen Weinbaus im Gesamtrahmen der Landwirtschaft bzw. im europäischen Vergleich werden die Ergebnisse der Weinbauerhebung im Einzelnen vorgestellt sowie die Entwicklungen im deutschen Weinbau gegenüber den Erhebungen 1979 und 1989 skizziert.

---

Dr. Peter Gurrath

---

## 1 Konzept, Programm und Organisation der Weinbauerhebung 1999

Die Weinbauerhebung wird allgemein etwa alle zehn Jahre durchgeführt; sie soll die jährlichen Flächen-, Produktions- und Bestandsstatistiken durch betriebsbezogene Angaben ergänzen, um auch Informationen über die ökonomischen und organisatorisch-technischen Bedingungen zu gewinnen, unter denen Weinbau in Deutschland betrieben wird. Weinbauerhebungen sind die wichtigste und inhaltlich umfassendste Informationsquelle für Politik, Verwaltung und Wissenschaft zur Beobachtung und Beurteilung der mittel- und langfristigen Veränderungen der Produktionskapazitäten und -strukturen der Weinbaubetriebe. Ihre Ergebnisse dienen als Planungs- und Entscheidungshilfen für die Weinbaupolitik auf nationaler und EU-Ebene.

### 1.1 Erhebungskonzept

Bisher wurden Weinbauerhebungen als eigenständige primärstatistische Erhebungen durchgeführt: Die Weinbauerhebungen 1972/73 und 1979/80 wurden jeweils als Nacherhebungen zu den Landwirtschaftszählungen 1971 und 1979 sowie die Weinbauerhebung 1989/90 als Vorerhebung zur Landwirtschaftszählung 1991 durchgeführt.

Bei der Weinbauerhebung 1999 wurden Ergebnisse über die Struktur des Weinbaus überwiegend durch Aufbereitung aus der gemeinschaftlichen Weinbaukartei<sup>1)</sup> (EU-Weinbaukartei) und aus der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung zur Verfügung gestellt. Dies ist möglich, da die in der Weinbauerhebung zu erfassenden Betriebe auch in die Landwirtschaftszählung (Haupterhebung) einbezogen sind. Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass für die Weinbaubetriebe das Ausfüllen eines umfangreichen Fragebogens entfällt und die Ergebnisse kostengünstiger erstellt werden können. Dennoch war auch 1999 eine schriftliche Befragung der Weinbaubetriebe über die Vermarktung im Weinbau erforderlich. Eine gesetzliche Grundlage für die Integration der Weinbauerhebung in die Haupterhebung der Landwirtschaftszählung wurde mit der Novellierung des Gesetzes über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 3. März 1999 (BGBl. I S. 300) geschaffen.

### 1.2 Erhebungsmerkmale

Zur Darstellung der Struktur der Weinbaubetriebe wurden folgende Erhebungsmerkmale<sup>2)</sup> bei der Weinbauerhebung 1999 bei allen Betrieben ermittelt:

- Flächen des Betriebes,
- Rebsorten,
- Eigentums- und Pachtverhältnisse,

1) Durch die Verordnung (EWG) Nr. 2392/86 des Rates vom 24. Juli 1986 zur Einführung der gemeinschaftlichen Weinbaukartei (Amtsbl. der EG Nr. L 208, S. 1) wurden für die Mitgliedstaaten der EU die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen, eine Weinbaukartei aufbauen zu können.

2) Nach der AgrStatGAussV vom 3. März 1999 (BGBl. I S. 300) werden:

- bei den überbetrieblichen Bindungen beim Absatz: die Mitgliedschaft in Erzeugergemeinschaften, Winzergenossenschaften und einzelvertragliche Bindungen sowie die dort eingebrachten Rebflächen oder Weinmostmenge sowie
- die Erhebungsmerkmale über die Erzeugung vegetativen Vermehrungsgutes von Reben vom 1. September 1998 bis 31. August 2002 ausgesetzt.

- Rechtsstellung des Betriebsinhabers,
- Sozialökonomische Verhältnisse des Betriebes,
- Art der Gewinnermittlung,
- Merkmale über die Vermarktung im Weinbau und
- Arbeitskräfte.

Der Berichtszeitpunkt für die Flächen des Betriebes aus der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung, die Eigentums- und Pachtverhältnisse, die Rechtsstellung des Betriebsinhabers und die Gewinnermittlung war der erste Tag der Aufforderung zur Auskunftserteilung. Mit Ausnahme der Arbeitskräfte waren für die übrigen Merkmale die Verhältnisse des vorangegangenen Kalenderjahres maßgeblich. Für die Arbeitskräfte galt Mai 1998 bis April 1999 als Berichtszeitraum.

Der Berichtszeitpunkt für die Merkmale aus der EU-Weinbaukartei war das Ende des Weinwirtschaftsjahres 1998/99 (31. August 1999).

### 1.3 Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Weinbauerhebung 1999 waren:

1. für die Merkmale über die bestockte Rebfläche und die Rebsorte
  - a) alle Betriebe mit einer bestockten Rebfläche, auch soweit nicht im Ertrag stehend, von insgesamt mindestens 10 Ar,
  - b) alle Betriebe mit einer bestockten Rebfläche, auch soweit nicht im Ertrag stehend, von insgesamt weniger als 10 Ar, die Trauben, Traubenmost, Wein oder vegetatives Vermehrungsgut zum Verkauf erzeugen.
2. für die übrigen Merkmale alle Betriebe nach § 91 Abs. 1 des AgrStatG vom 25. Juni 1998 mit einer bestockten Rebfläche, auch soweit nicht im Ertrag stehend, von insgesamt mindestens 30 Ar.

### 1.4 Organisation der Weinbauerhebung 1999

In der Landwirtschaftszählung 1999 wurde erstmals ein neues Organisationskonzept verwirklicht: die Integrierte Erhebung. Bei der Integrierten Erhebung werden alle Produktions- und Strukturmerkmale der Agrarstrukturerhebung/Landwirtschaftszählung zeitgleich mit einem einheitlichen Erhebungsbereich und somit einheitlichen unteren Erfassungsgrenzen erhoben. In dieses neue Organisationsprinzip der Landwirtschaftszählung wurde auch die Weinbauerhebung integriert. Die Integration der Weinbauerhebung 1999 erfolgte, indem jeweils ein Teil der Daten aus der

- Haupterhebung der Landwirtschaftszählung und
- EU-Weinbaukartei

übernommen wurde sowie die

- weiteren Merkmale mit einem Zusatzblatt zum Erhebungsvordruck der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung erfragt wurden.

Die auskunftspflichtigen Betriebe zur Landwirtschaftszählung/Weinbauerhebung 1999 erhielten durch die Statistischen Ämter der Länder die Erhebungspapiere. Die Adressierung erfolgte ebenfalls in den Statistischen Landesämtern, die hierzu das Betriebsregister Landwirtschaft nutzten. Trotzdem blieb es für die Gemeinden und Erhebungsbeauftragten, sofern in das Erhebungsverfahren einbezogen, eine wichtige Aufgabe, für die vollständige Erfassung aller Betriebe zu sorgen. Der Nachweis der Ergebnisse der Weinbauerhebung erfolgte grundsätzlich nach dem so genannten Betriebsprinzip, das heißt die Daten wurden in der regionalen Einheit dargestellt, in der sich der Sitz des Betriebes befand. Eine Ausnahme von diesem Prinzip bildeten die wenigen in Nordrhein-Westfalen ansässigen Weinbaubetriebe. Diese wurden nicht eigens in Nordrhein-Westfalen, sondern unter dem Anbaugebiet Mittelrhein und in der Landessumme von Rheinland-Pfalz nachgewiesen.

#### 1.4.1 Angaben aus der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung 1999

Aus der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung wurden übernommen:

- die Rechtsstellung des Betriebsinhabers,
- die landwirtschaftlich genutzte Fläche und das Rebland/die Rebfläche,
- die sozialökonomischen Verhältnisse des Betriebes,
- die Gewinnermittlung und
- die Arbeitskräfte.

#### 1.4.2 Ermittlung der übrigen Merkmale

Mit Hilfe eines Zusatzblattes zum Erhebungsvordruck der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung 1999 wurden die übrigen Merkmale erhoben. Hierbei handelt es sich um Merkmale der Vermarktung im Weinbau. Der monetäre Betriebserfolg im Weinbau wird entscheidend von der Art des Weinabsatzes bestimmt. Die Sachkomplexe:

- Verwertung des eigenen Lesegutes,
- Weinabsatzarten und
- Absatzwege bei Flaschenwein

wurden daher mit einem Zusatzblatt erfragt.

### 1.5 Nutzung von Verwaltungsdaten

#### 1.5.1 EU-Weinbaukartei

Die gesetzliche Regelung für die Einführung der gemeinschaftlichen Weinbaukartei in den Mitgliedstaaten ist die Verordnung (EWG) Nr. 2392/86 des Rates vom 24. Juli 1986 (siehe Fußnote 1) in Verbindung mit der Verordnung (EWG) Nr. 649/87 der Kommission vom 3. März 1987 mit Durchführungsbestimmungen zur Einführung

der gemeinschaftlichen Weinbaukartei. Die Weinbaukartei, die regional bei den zuständigen Landesbehörden geführt wird, enthält obligatorische und fakultative Angaben. In Deutschland werden nur obligatorische Angaben, wie zum Beispiel Name und Sitz des Betriebes sowie allgemeine Merkmale des Betriebes, in der Weinbaukartei geführt.

Aus der Weinbaukartei wurden Merkmale zur Struktur des Anbaus und der Rebsorten übernommen, und zwar:

- die bestockte Rebfläche nach der Belegenheit, das heißt der tatsächlichen Lage der Rebparzellen, und jeweils der Art der Nutzung und der Unterstützungsvorrichtungen,
- die Rebsorten mit Name, Anbaufläche und Altersgruppen.

### 1.5.2 Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS)

Die vom Ministerrat der EU im Frühjahr 1992 beschlossene Reform der europäischen Agrarpolitik hat ein System von flächen- und tierbezogenen Beihilfen zur Folge. Zur Abwicklung und Überprüfung der zu gewährenden Auszahlungen an die Landwirte wurde ein Verwaltungsverfahren entwickelt, dessen Grundlage das bei den Landwirtschaftsverwaltungen zu führende und auf den Anträgen der landwirtschaftlichen Betriebe basierende Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) ist.

Für die Erfassung der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Rebfläche wurden in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Thüringen die dort vorliegenden InVeKoS-Datenbestände der Weinbaubetriebe genutzt. Die besondere Herausforderung dieses Vorgehens lag darin, dass es sich hierbei um keine reine Sekundärstatistik handelt, bei der die Daten aller Auskunftspflichtigen von anderen Verwaltungsstellen übernommen und statistisch ausgewertet werden. Vielmehr lagen nur für die Betriebe, die einen InVeKoS-Antrag gestellt haben, die Daten bei der Verwaltung vor und konnten von dort übernommen werden. Die Angaben für die restlichen Betriebe, die keinen InVeKoS-Antrag gestellt haben, wurden nach wie vor direkt bei den Betriebsinhabern erfragt.

Die Übernahme von Verwaltungsdaten für Zwecke der amtlichen Statistik ist mit der Verabschiedung des Dritten Statistikvereinigungsgesetzes und des neuen Gesetzes über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635) rechtlich verankert worden. Im Dritten Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (3. Statistikvereinigungsgesetz – 3. StatBerG) vom 19. September 1997 (BGBl. I S. 3158) ist festgelegt, dass im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen im Agrarbereich erteilte Angaben, soweit sie mit den Merkmalen der Bodennutzungshaupterhebung (Rebfläche und landwirtschaftlich genutzte Fläche) und der Viehzählung übereinstimmen und sich auf dieselben Erhebungszeitpunkte und -zeiträume beziehen, für die Agrarstatistik verwendet werden dürfen. Damit entfällt die bisher erforderliche Einwilligung der Betriebsinhaber in die Datenübermittlung.

## 1.6 EU-Anforderung: Grunderhebung der Rebflächen

Die Kommission benötigt zur Erfüllung der Aufgaben, die ihr durch den Vertrag und die Gemeinschaftsvorschriften über die gemeinsame Marktorganisation für Wein übertragen worden sind, detaillierte Angaben über das Produktionspotenzial der Rebflächen in der Gemeinschaft und über die mittelfristige Entwicklung der Erzeugung und des Marktangebots. Zur Beurteilung der Lage und der Entwicklung des Weinmarktes der Gemeinschaft ist es daher wichtig, alle zehn Jahre Grunderhebungen in den Weinbaubetrieben über die gesamte Rebfläche und zwischen den Grunderhebungen vergleichsweise einfache Zwischenerhebungen nur über die mit Keltertraubensorten bestockte Rebfläche durchzuführen. Bei den Zwischenerhebungen sind die in Form von Rodungen, Neu- oder Wiederanpflanzungen eingetretenen Änderungen bei der mit Keltertraubensorten bestockten Rebfläche zu erfassen.

Die erforderlichen Informationen für die Grunderhebung der Rebflächen wurden mit der Weinbauerhebung 1999 abgedeckt. In Deutschland wurden für diesen Zweck folgende Merkmale bei den Betrieben ermittelt:

- mit Keltertraubensorten bestockte Rebfläche zur Erzeugung von Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete (b.A.),
- ausschließlich für die Erzeugung von vegetativem Vermehrungsgut der Reben bestimmte Fläche, unterteilt nach Rebschulen und Unterlagenschnittgärten, und
- die Rebsorte und das Alter der Rebstöcke für die mit Keltertraubensorten bestockte Rebfläche.

Erhebungseinheiten sind für diese Fragekomplexe:

- alle Betriebe mit einer bestockten Rebfläche, auch soweit nicht im Ertrag stehend, von insgesamt mindestens 10 Ar,
- alle Betriebe mit einer bestockten Rebfläche, auch soweit nicht im Ertrag stehend, von insgesamt weniger als 10 Ar, die Trauben, Traubenmost, Wein oder vegetatives Vermehrungsgut zum Verkauf erzeugen.

Zudem sind bei der Grunderhebung der Rebflächen die Länder und Anbaugebiete zu theoretischen Ertragsklassen zuzuordnen. Hierzu wurden für die Länder und Anbaugebiete des früheren Bundesgebietes ein gewogener zehnjähriger Mittelwert (1990 bis 1999) und bei den neuen Bundesländern und ihren Anbaugebieten ein langjähriger Mittelwert berechnet.

Bisher wurde die Weinbaukartei als Datenquelle für die oben erwähnten Zwischenerhebungen verwendet [Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (Amtsbl. der EG Nr. L 54, S. 124) über statistische Erhebungen der Rebflächen, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2329/98 vom 22. Oktober 1998 (Amtsbl. der EG Nr. L 291, S. 2)]. Im Rahmen einer flexibleren Methodik wurde den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gestattet, die in der Verordnung (EWG) Nr. 2392/86 vorgesehene Weinbaukartei als Datenquelle für die sich auf die Grunderhebung beziehenden Angaben zu verwenden.

den. Hierbei wird der Tatsache Rechnung getragen, dass es auf Grund der Entwicklung im Bereich der Datenverarbeitung möglich ist, anhand zuverlässiger Daten aus einer aktualisierten Weinbaukartei ständig genauere und vollständiger Informationen zu erlangen. Diese Möglichkeit wurde in Deutschland genutzt, wie in Abschnitt 1.5.1 beschrieben wurde.

Die in der Weinbaukartei vorhandenen Rebflächen mussten auf Grund der EU-Anforderungen für 1999 betriebsweise aufbereitet werden. Eine Prüfung der Machbarkeit dieser Vorgehensweise zum Beispiel durch das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz zeigte, dass EU-Weinbaukartei und amtliche Statistik eine deutlich voneinander abweichende Zahl an Einheiten erfassen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Agrarstatistik nur technisch-wirtschaftliche Einheiten (Betriebe) nachweist, während in der EU-Weinbaukartei auch Besitzeinheiten geführt werden, bei denen der Besitzer nicht identisch mit dem Bewirtschafter ist. Um vergleichbare Ergebnisse zu erzielen, mussten daher zuerst die Einheiten aus der Weinbaukartei zu Betrieben im Sinne der Statistik zusammengefasst werden.

## 1.7 Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Weinbauerhebung 1999 mit früheren Weinbauerhebungen

Die Vergleichbarkeit der Grunderhebung der Rebflächen 1999 mit den beiden Grunderhebungen 1979 und 1989/90 ist nur eingeschränkt möglich, und zwar aus drei Gründen:

- neuer Gebietsstand,
- neu definierte Erhebungseinheiten und
- neu gefasstes Frageprogramm.

### 1.7.1 Neuer Gebietsstand

In die Weinbauerhebung 1999 wurden erstmals die Weinanbauenden neuen Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit einbezogen und zusammen als „Neue Länder“ ausgewiesen. Entsprechend dem Gesetz zur Reform des Weinrechts vom 8. Juli 1994 (BGBl. I S. 1467) werden die dargestellten Erhebungsmerkmale der neuen Länder bei den Anbaugebieten Saale-Unstrut und Sachsen aufgeführt. Bei der letzten Weinbauerhebung 1989/90 waren lediglich die Betriebe des früheren Bundesgebietes einbezogen.

Die Ergebnisse von Rheinland-Pfalz werden 1999 einschließlich der Betriebe von Nordrhein-Westfalen ausgewiesen; im Jahr 1989/90 wurden die Ergebnisse von Rheinland-Pfalz einschließlich derer von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland veröffentlicht.

Das Bundesergebnis lässt sich nicht als Summe der Ergebnisse der Anbaugebiete bilden, da die „übrigen Gebiete“ von Bayern nicht dem Anbaugebiet Franken zugeordnet sind.

### 1.7.2 Neue Erhebungseinheiten

Die Erhebungseinheiten der Grunderhebung der Rebflächen 1999 und 1989/90 sind identisch. Dagegen unterscheiden sich die Erhebungseinheiten für die übrigen Fragekomplexe, da bei der Weinbauerhebung 1989/90 noch die Inhaber/-innen oder Leiter/-innen

- aller Betriebe mit einer bestockten oder zur Wiederbestockung vorgesehenen Rebfläche von insgesamt mindestens 10 Ar,
- aller Betriebe, die Weinbauerzeugnisse, vegetatives Vermehrungsgut, Trauben, Maische, Most oder Erzeugnisse daraus zum Verkauf herstellen, auch wenn weniger als 10 Ar Rebfläche bewirtschaftet werden,

auskunftspflichtig waren, während bei der Weinbauerhebung 1999 alle Betriebe mit einer bestockten Rebfläche, auch soweit nicht im Ertrag stehend, von insgesamt mindestens 30 Ar zu befragen waren. Die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

### 1.7.3 Neu gefasstes Frageprogramm

Während das Frageprogramm der Weinbauerhebungen 1989/90, 1979/80 und 1972/73 weitgehend deckungsgleich war und somit die Ergebnisse auf Bundes- und Landesebene gut miteinander vergleichbar waren, ist ein Vergleich mit der Weinbauerhebung 1999 nur begrenzt möglich. Ursache hierfür sind zum einen Begriffe, die mittlerweile neu definiert wurden, und zum anderen Merkmale, deren Berechnungsweise sich geändert hat. Das betrifft im Einzelnen folgende Sachverhalte:

1. Der Nachweis der Rechtsstellung des Betriebsinhabers hat sich gegenüber der letzten Weinbauerhebung geändert. Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind, werden nunmehr getrennt nach Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen (Alleininhaber) und Betrieben der Rechtsform Personengesellschaften ausgewiesen.
2. Die sozialökonomische Betriebstypisierung erfolgte 1999 nur noch für die Betriebe der Rechtsform „Einzelunternehmen“ und nicht mehr für die Betriebe in der Hand von natürlichen Personen. Die Berechnungsweise hat sich ebenfalls geändert: 1989/90 wurde die Unterscheidung in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe allein anhand der Höhe des betrieblichen Einkommens vorgenommen. Nunmehr kommen der tatsächliche Arbeitseinsatz und das Verhältnis zwischen dem betrieblichen Einkommen und dem Gesamteinkommen des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten zur Anwendung: Als Haupterwerbsbetrieb wird jetzt der Betrieb definiert, der unabhängig vom Einkommen des Betriebsinhaberehegatten über 1,5 Arbeitskräfteeinheiten (Vollarbeitskräfte) und mehr verfügt. Zu den Haupterwerbsbetrieben werden aber auch die Betriebe gezählt, die mit weniger als 1,5 Arbeitskräfteeinheiten (AK-E) bewirtschaftet werden (0,75 AK-E bis unter 1,5 AK-E), und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten am Gesamteinkommen beider mindestens 50% beträgt.

3. Der Komplex Buchführung wurde mit dem novellierten Agrarstatistikgesetz neu gestaltet und auf die Art der Gewinnermittlung für steuerliche Zwecke abgestellt.
4. Eine eingeschränkte Vergleichbarkeit besteht auch bei den Arbeitskräften<sup>3)</sup>. Zu den Familienarbeitskräften gehören seit 1999 nur die Betriebsinhaber/-innen und ihre auf dem Betrieb lebenden und mithelfenden Familienangehörigen und Verwandten, wenn der Betrieb in der Rechtsform „Einzelunternehmen“ geführt wird. Die entsprechenden Arbeitskräfte in Betrieben mit der Rechtsform „Personengesellschaft“ werden jetzt grundsätzlich den familienfremden Arbeitskräften zugeordnet.

Geändert wurde auch der Umfang der Tätigkeiten für die einzelnen Arbeitszeitgruppen:

- Als vollbeschäftigt galt 1999 jede Familienarbeitskraft, die mindestens 42 und mehr Stunden in der Woche oder 240 und mehr Arbeitstage im Betrieb beschäftigt war, wobei ein Arbeitstag mindestens 8 Arbeitsstunden umfassen musste. Für eine familienfremde Arbeitskraft war die Anforderung für die Vollbeschäftigung auf Grund der tariflichen Bestimmungen etwas geringer: Sie war vollbeschäftigt, wenn sie 38 Stunden und mehr in der Woche oder 220 Tage und mehr im Betrieb beschäftigt war.
  - Überwiegend im Betrieb beschäftigte Familienarbeitskräfte mussten 27 bis unter 42 Stunden in der Woche oder 160 bis unter 240 Jahresarbeitstage leisten. Bei familienfremden Arbeitskräften galten 24 bis unter 38 Stunden in der Woche oder 140 bis unter 220 Jahresarbeitstage.
  - Für eine teilweise Beschäftigung genügten bei den Familienarbeitskräften 12 bis unter 27 Wochenstunden oder 80 bis unter 160 Jahresarbeitstage bzw. bei den familienfremden Arbeitskräften 10 bis unter 24 Wochenstunden oder 60 bis unter 140 Jahresarbeitstage.
  - Die übrigen im Betrieb Beschäftigten gehörten zur Gruppe der gering Beschäftigten.
5. Bei den Pachtentgelten handelt es sich um die Pachtzahlungen für gepachtete landwirtschaftlich genutzte Flächen. Die Pachtzahlungen beziehen sich auf Einzelgrundstücke sowie die landwirtschaftlich genutzte Fläche des als Ganzes mit Gebäuden gepachteten Betriebes. In früheren Erhebungen bezogen sich die Pachtverhältnisse und Pachtzahlungen dagegen auf die gesamte Rebfläche.
  6. Der Nachweis der Rebfläche war bei den Weinbauerhebungen 1999 und 1989/90 verschieden: Bei der Weinbauerhebung 1999 (Teil II) wird die Rebfläche insgesamt nachgewiesen, das heißt die bestockte Rebfläche einschließlich Rebschulen und Unterlagenschnittgärten sowie auf Grund von Wiederpflanzungsrechten noch zur Wiederbestockung vorgesehene Flächen, soweit derzeit nicht anderweitig genutzt. Bei

der Weinbauerhebung 1989/90 wurde lediglich die bestockte Rebfläche nachgewiesen.

7. Die Darstellung der Betriebe nach Betriebsarten ist nicht mehr möglich, da 1999 eine entsprechende Fragestellung nicht vorgesehen war.

## 1.8 Veröffentlichung der Ergebnisse

Für die bestockte Rebfläche und die Rebsorten einerseits und die übrigen Merkmale andererseits gelten unterschiedliche Erhebungseinheiten: Die Weinbauerhebung 1999 weist somit zwei Erfassungsbereiche auf. Aus diesem Grund werden die Ergebnisse der Weinbauerhebung in zwei Fachserien veröffentlicht, und zwar:

- Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, Reihe 3.1.5: „Landwirtschaftszählung 1999, Landwirtschaftliche Bodennutzung – Teil I der Weinbauerhebung/Rebflächen“,
- Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, Reihe 3.1.5: „Landwirtschaftszählung 1999 – Teil II der Weinbauerhebung“.

## 2 Der Weinbau im Rahmen der deutschen Landwirtschaft

### 2.1 Eckdaten über Weinbaubetriebe in Deutschland

In Deutschland gab es im Jahr 1999 rund 34 000 landwirtschaftliche Betriebe mit Weinbau. Diese Weinbaubetriebe bewirtschafteten nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung mit 164 000 voll- und teilzeitbeschäftigten Arbeitskräften eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 317 000 Hektar (ha), darunter 99 000 ha Rebfläche (RF). Von den Arbeitskräften waren 19 000 Personen oder 12% vollbeschäftigt. Familienbetriebe, das heißt Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, waren 95% aller Betriebe. 39% der Familienbetriebe wurden im Haupt- und 61% im Nebenerwerb geführt.

Der Schwerpunkt der Produktion lag nach wie vor bei Weißmost: Auf 76% der Rebfläche, die aus der Weinbaukartei übernommen wurde, wurden weiße und auf 24% rote Sorten angebaut. Die Weinmosternte betrug 1999 12,28 Mill. Hektoliter (hl), darunter 6,77 Mill. hl Qualitätswein mit Prädikat, 5,47 Mill. hl Qualitätswein und 0,04 Mill. hl Tafelwein. 42% der Betriebe mit 69% der Rebfläche verarbeiteten das Lesegut im eigenen Betrieb zu Wein. Von diesen ausbauenden Betrieben erzeugten 69% Flaschenwein. Der Flaschenwein wurde von den Betrieben in sieben von zehn Fällen direkt an den Endverbraucher verkauft. Neben dieser Absatzschiene nutzten zudem oder ausschließlich 26% der Betriebe die Möglichkeit, den Flaschenwein über Gaststätten abzusetzen, und 18% vermarkteten ihn über den Handel.

<sup>3)</sup> Die Ergebnisse zu den Arbeitskräften bei der Weinbauerhebung 1999 werden nach dem Personengruppenkonzept der Agrarstrukturerhebung veröffentlicht.

## 2.2 Vergleich der Ergebnisse des deutschen Weinbaus mit ...

... der Landwirtschaft in Deutschland

Nach der bundesweiten Landwirtschaftszählung 1999 gab es in Deutschland 472 000 landwirtschaftliche Betriebe (einschl. 34 000 Weinbaubetrieben), die eine LF von 17,15 Mill. ha bewirtschafteten. Der Anteil der Weinbaubetriebe betrug 7% an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt, sie bewirtschafteten 2% der LF in Deutschland. Die durchschnittliche Betriebsgröße belief sich auf 9,2 ha LF bei den Weinbaubetrieben und auf 38,5 ha LF bei den übrigen landwirtschaftlichen Betrieben.

In der Landwirtschaft einschließlich Weinbau wurden 1,44 Mill. Beschäftigte nachgewiesen. Von diesen Arbeitskräften waren 382 000 Personen vollbeschäftigt. 941 000 Personen gehörten zu den Familienarbeitskräften. Der

Anteil der Arbeitskräfte in den Weinbaubetrieben an den Arbeitskräften in der Landwirtschaft insgesamt betrug 11%. Dagegen belief sich der entsprechende Anteil bei den vollbeschäftigten Arbeitskräften lediglich auf 5%. Der Anteil der Familienarbeitskräfte der Weinbaubetriebe an den Familienarbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft machte 7% aus.

... dem Weinbau in der Europäischen Union

Von den 15 Mitgliedstaaten der EU wiesen neun Länder (Spanien, Frankreich, Italien, Portugal, Griechenland, Deutschland, Österreich, Luxemburg sowie Großbritannien und Nordirland) im Jahr 1997 Rebland aus. In der EU insgesamt wurden 1,66 Mill. Betriebe gezählt, davon lagen nur 2% in Deutschland. Die meisten Weinbaubetriebe gab es in Italien (48%), Portugal (16%) und Spanien (12%). An den 3,15 Mill. ha Rebland der EU wies

Schaubild 1

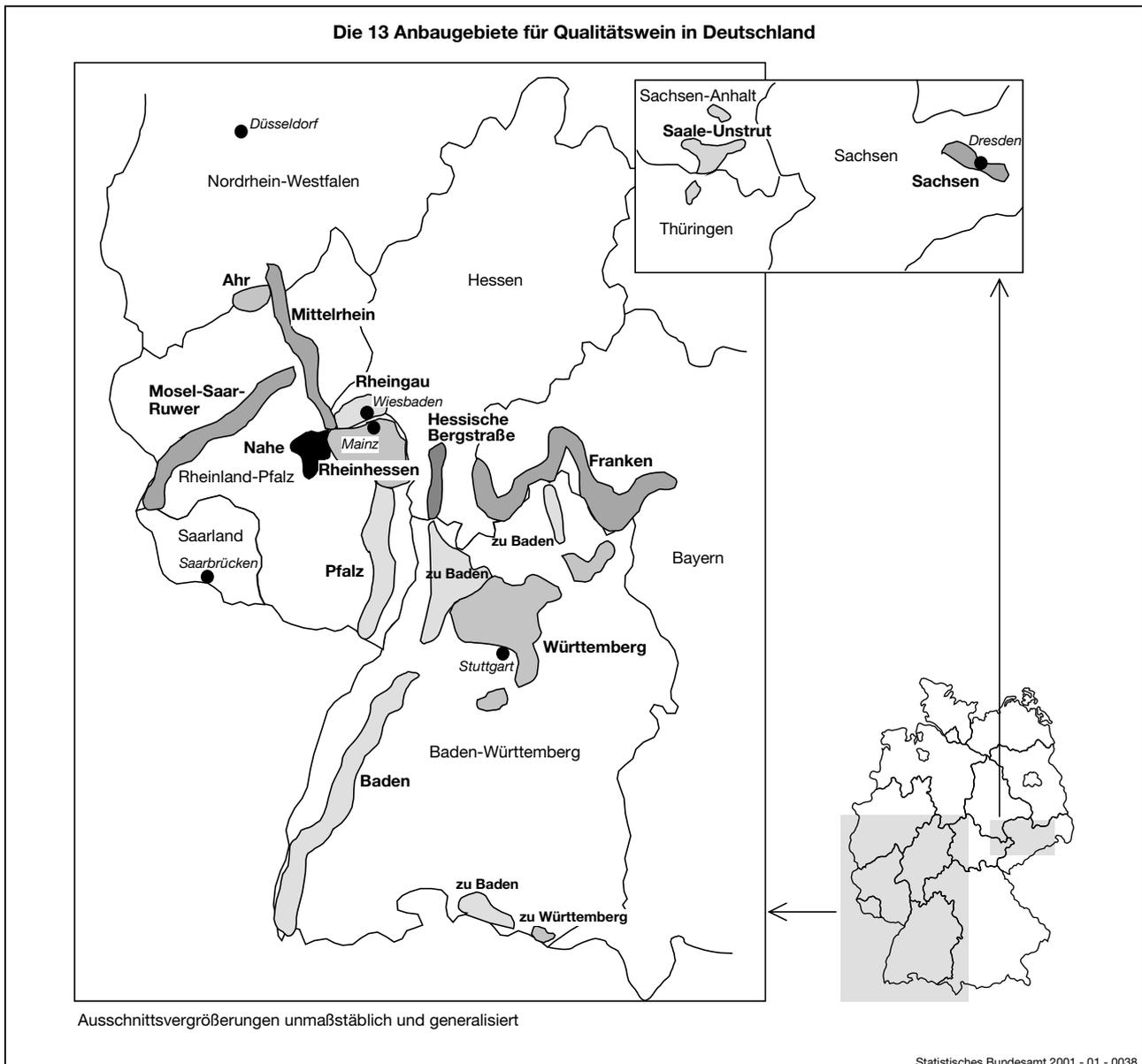
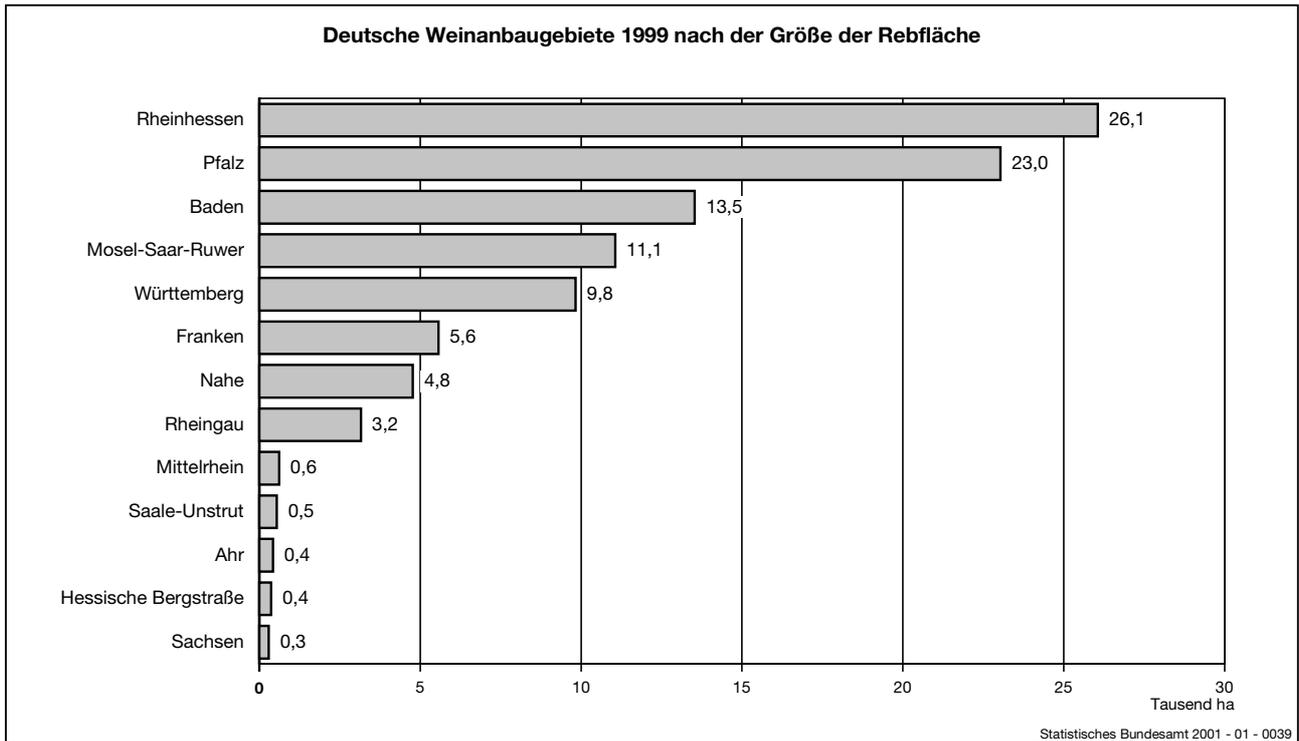


Schaubild 2



Deutschland im Jahr 1997 mit 98 000 ha einen Anteil von 3% auf und lag damit nach Spanien (931 000 ha), Frankreich (899 000 ha), Italien (825 000 ha), Portugal (231 000 ha) und Griechenland (112 000 ha) auf Platz sechs in der EU. In Deutschland wurden 8,4 Mill. hl Weinmost geerntet, das waren 5% der gesamten Weinmostmenge der EU. Nach Frankreich (53,6 Mill. hl), Italien (50,1 Mill. hl) sowie Spanien (33,2 Mill. hl) lag Deutschland hier an vierter Stelle in der Europäischen Union.

### 3 Die Ergebnisse der Weinbauerhebung 1999 im Einzelnen

#### 3.1 Entwicklung der Betriebe

Das Anbaugebiet mit den meisten Weinbaubetrieben war Baden mit 24% der Betriebe des Bundesgebietes vor

Schaubild 3

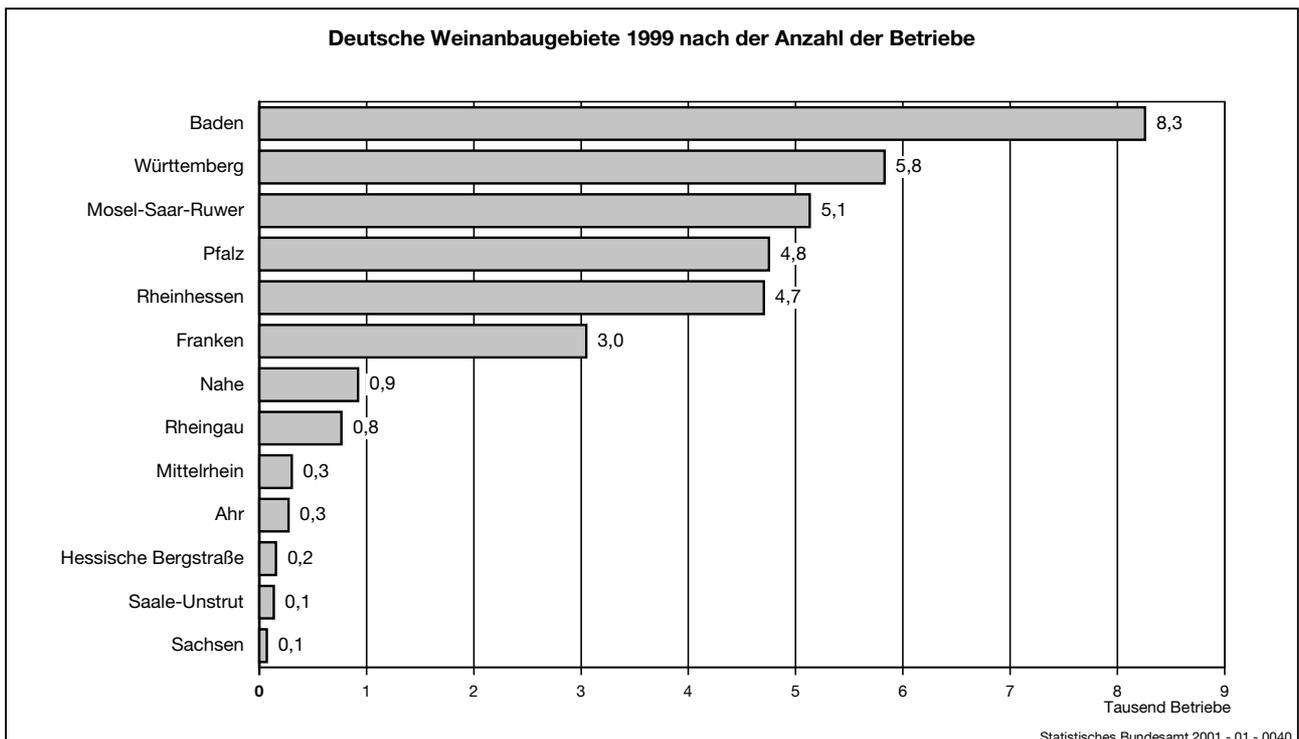
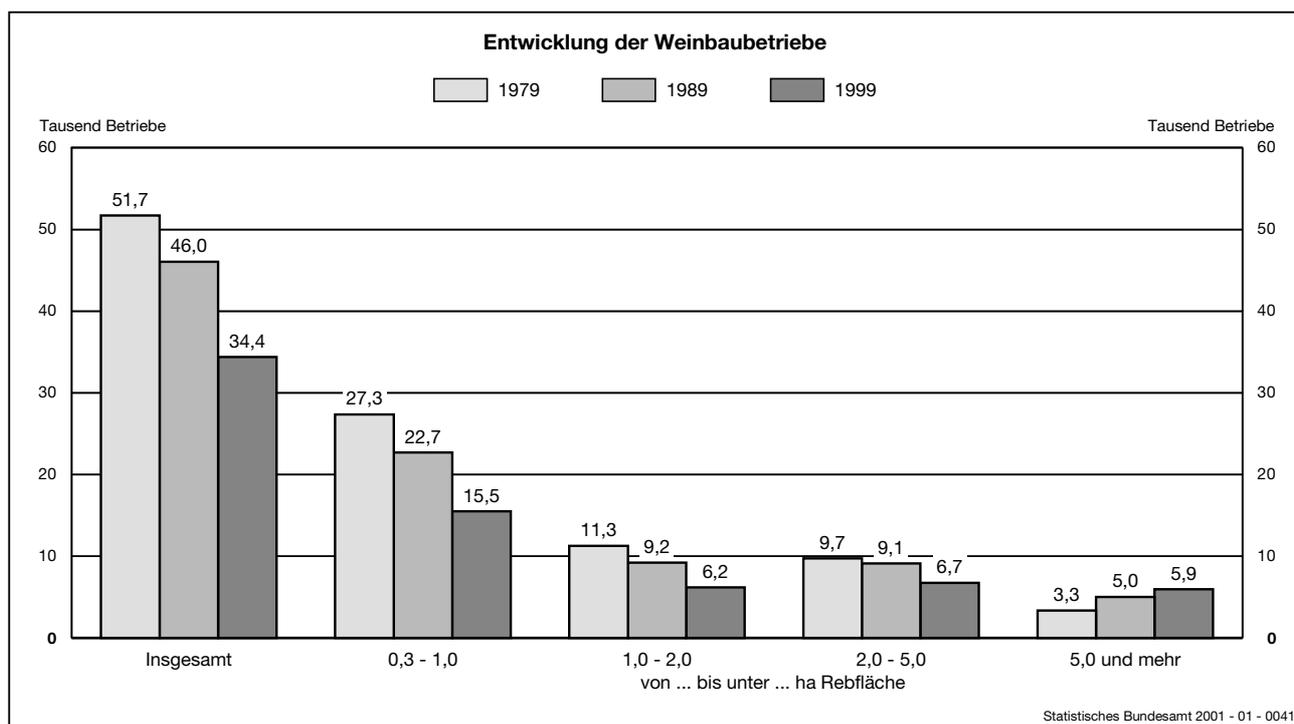


Schaubild 4



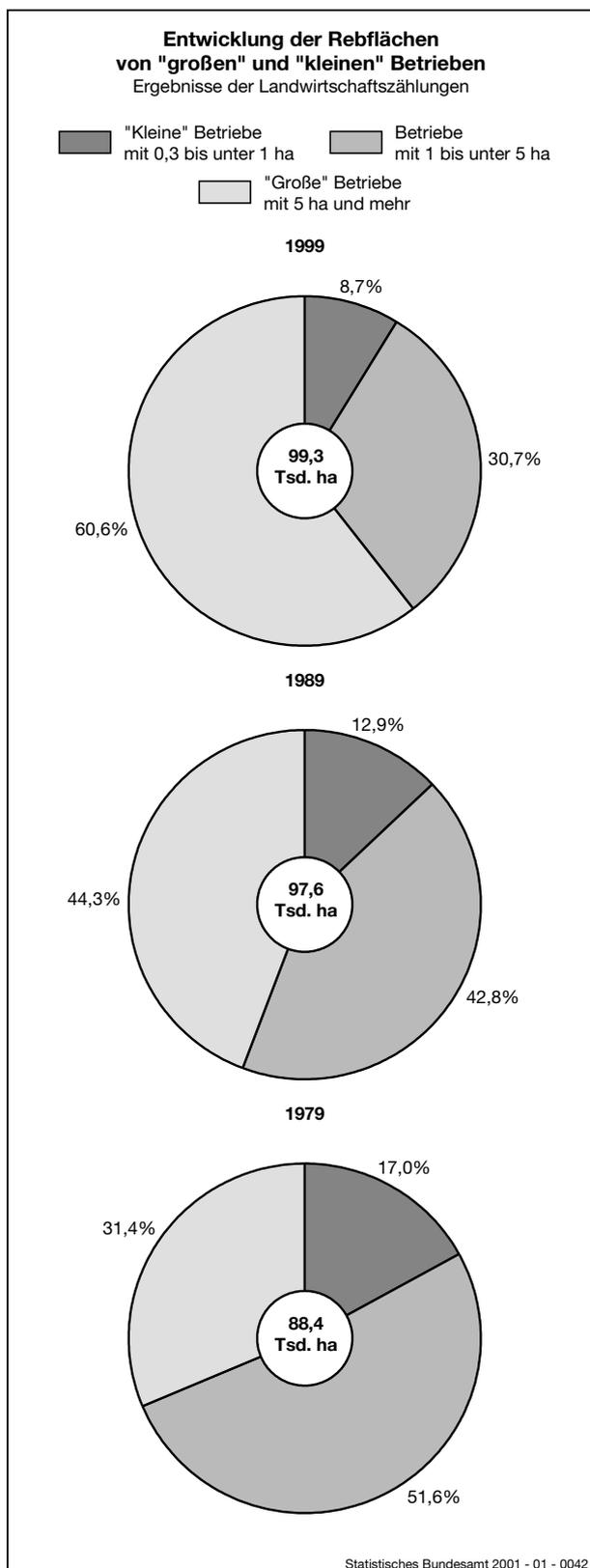
**Tabelle 1: Weinbau in Deutschland**  
Ergebnisse der 10-jährlichen Weinbauerhebungen 1979, 1989, 1999

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1979 <sup>1)</sup>	1989 <sup>1)</sup>	1999	Veränderung 1999 gegenüber	
					1989 <sup>1)</sup>	1979 <sup>1)</sup>
in %						
<b>Weinbaubetriebe nach Größenklassen der Rebfläche<sup>2)</sup></b>						
Weinbaubetriebe insgesamt	Anzahl	51 709	46 045	34 375	- 25,3	- 33,5
0,3 bis unter 1 ha Rebfläche	Anzahl	27 343	22 681	15 489	- 31,7	- 43,4
1,0 bis unter 2 ha Rebfläche	Anzahl	11 276	9 220	6 189	- 32,9	- 45,1
2,0 bis unter 3 ha Rebfläche	Anzahl	5 179	4 509	3 135	- 30,5	- 39,5
3,0 bis unter 5 ha Rebfläche	Anzahl	4 562	4 609	3 614	- 21,6	- 20,8
5,0 und mehr ha Rebfläche	Anzahl	3 349	5 026	5 948	+ 18,3	+ 77,6
Rebfläche insgesamt	ha	88 398	97 600	99 302	+ 1,7	+ 12,3
0,3 bis unter 1 ha Rebfläche	ha	15 021	12 594	8 684	- 31,0	- 42,2
1,0 bis unter 2 ha Rebfläche	ha	15 761	12 997	8 740	- 32,8	- 44,5
2,0 bis unter 3 ha Rebfläche	ha	12 497	11 010	7 684	- 30,2	- 38,5
3,0 bis unter 5 ha Rebfläche	ha	17 395	17 793	14 052	- 21,0	- 19,2
5,0 und mehr ha Rebfläche	ha	27 724	43 206	60 142	+ 39,2	+ 116,9
Durchschnittliche Rebfläche je Weinbaubetrieb	ha	1,71	2,12	2,89	+ 36,3	+ 69,0
<b>Weinbaubetriebe nach sozialökonomischen Betriebstypen</b>						
<b>Betrieb der Rechtsform Einzel-</b>						
unternehmen	Anzahl	51 544	45 876	32 574	- 29,0	- 36,8
Haupterwerb	Anzahl	26 782	19 875	12 548	- 36,9	- 53,1
Nebenerwerb	Anzahl	24 762	26 001	20 026	- 23,0	- 19,1
<b>Durchschnittliche Rebfläche dieser Betriebe</b>						
Haupterwerb	ha	2,6	3,6	5,1	+ 41,7	+ 96,2
Nebenerwerb	ha	0,8	1,0	1,1	+ 10,0	+ 37,5
<b>Arbeitskräfte in den Weinbaubetrieben</b>						
Arbeitskräfte insgesamt	Anzahl	333 362	318 553	163 564	- 48,7	- 50,9
dar.: Vollbeschäftigte	Anzahl	33 482	30 702	19 305	- 37,1	- 42,3
dar.: Familienarbeitskräfte	Anzahl	28 522	26 787	13 387	- 50,0	- 53,1
<b>Rebflächen ausgewählter Sorten</b>						
Weißer Riesling	ha	18 863	21 266	22 350	+ 5,1	+ 18,5
Müller-Thurgau	ha	25 029	24 688	20 667	- 16,3	- 17,4
Grüner Silvaner	ha	10 210	7 879	6 859	- 12,9	- 32,8
Blauer Spätburgunder	ha	3 573	5 612	8 643	+ 54,0	+ 141,9
Blauer Portugieser	ha	2 965	4 132	4 878	+ 18,1	+ 64,5
Weinmosterte insgesamt	1 000 hl	8 181	13 226	12 286	- 7,1	+ 50,2
Hektarertrag (Weinmost)	hl/ha	93,4	140,8	121,2	- 13,9	+ 29,8

1) Früheres Bundesgebiet. - 2) Mit 30 Ar und mehr bestockte Rebfläche.

Württemberg (17%), Mosel-Saar-Ruwer (15%), der Pfalz und Rheinhessen (jeweils 14%). In den beiden Anbaugebieten der neuen Länder, Saale-Unstrut und Sachsen, liegen 1% der Betriebe Deutschlands (siehe auch das vorstehende Schaubild 3 auf S. 36).

Schaubild 5



45% aller erfassten Betriebe bewirtschafteten weniger als 1 ha RF, 63% der Betriebe weniger als 2 ha RF. Dennoch ist ein Trend zu größeren Betrieben und damit verbunden ein Konzentrationsprozess auch im Weinbau auszumachen: In allen Betriebsgrößenklassen, mit Ausnahme der größten, nahm die Zahl der Betriebe im Vergleich zur letzten Weinbauerhebung 1989 ab. Lediglich bei den Betrieben mit 5 ha RF und mehr stieg die Zahl der Betriebe um 18% an. Die Betriebe mit 5 ha RF und mehr machten nur 17% der Weinbaubetriebe im Bundesgebiet aus, bearbeiteten aber 61% der RF in Deutschland (siehe die Schaubilder 4 und 5 sowie Tabelle 1).

### 3.2 Bedeutung der Haupterwerbsbetriebe

Im Bundesdurchschnitt wurden 39% der Familienbetriebe im Haupterwerb bewirtschaftet (siehe das nebenstehende Schaubild 6). Vergleichsweise hoch war der Anteil von Haupterwerbsbetrieben in Rheinhessen (53%), an der Nahe (51%), im Rheingau (50%) und an der Hessischen Bergstraße (48%). In anderen Anbaugebieten ist der Weinbau eine Domäne des Nebenerwerbs, so an Saale-Unstrut (85% der Familienbetriebe waren Nebenerwerbsbetriebe), der Ahr (81%), in Sachsen (75%) und Baden (73%).

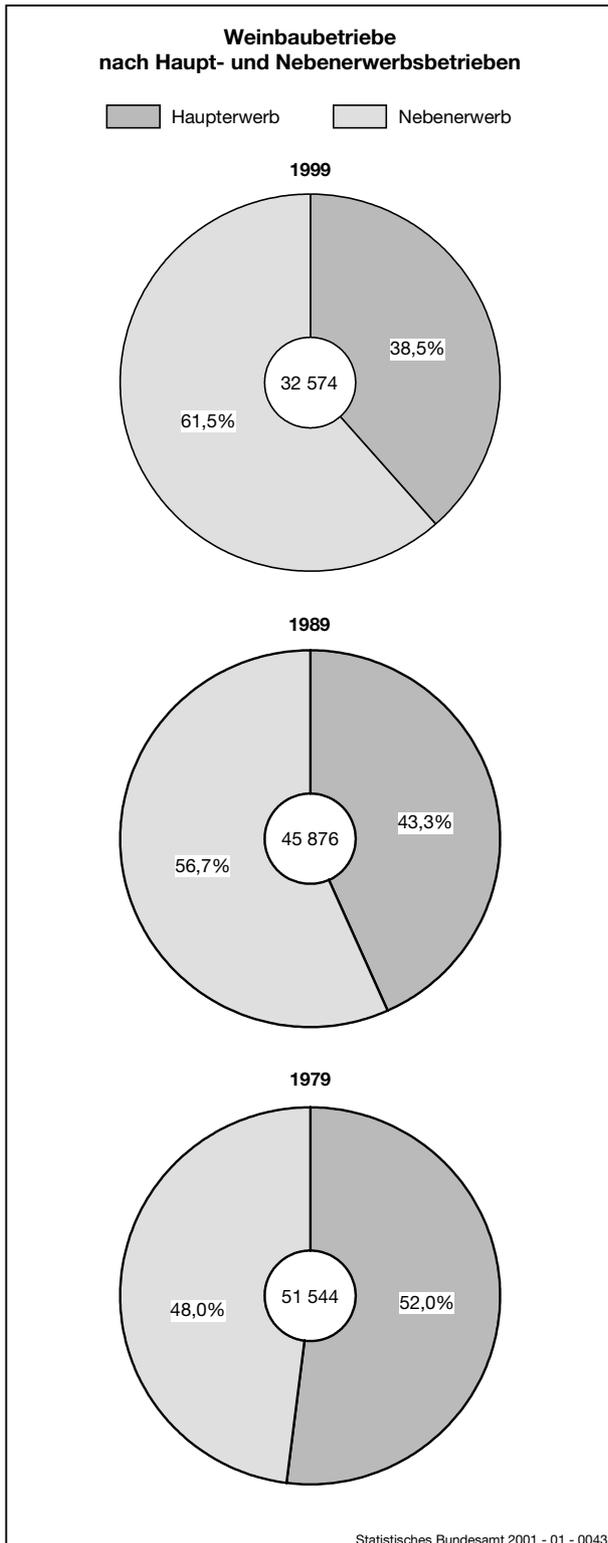
Die Haupterwerbsbetriebe bewirtschafteten 64% der Rebfläche in Deutschland. Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug im Haupterwerb 5,1 ha RF je Betrieb, im Nebenerwerb 1,1 ha RF je Betrieb. Innerhalb Deutschlands waren recht unterschiedliche Betriebsgrößen bei Haupterwerbsbetrieben festzustellen: Vergleichsweise groß waren die Haupterwerbsbetriebe in der Pfalz (8,3 ha RF je Betrieb), in Rheinhessen (8,1 ha RF je Betrieb) und der Nahe (7,1 ha RF je Betrieb). Dagegen waren die Haupterwerbsbetriebe in Württemberg (3 ha RF je Betrieb), Franken (3,1 ha RF je Betrieb) und an Mosel-Saar-Ruwer (3,3 ha RF je Betrieb) relativ klein. Diese Differenzen gehen im Wesentlichen auf die unterschiedlichen Möglichkeiten der Mechanisierung beim Bewirtschaften von Hang- und Flachlagen bzw. auf unterschiedliche Vermarktungssysteme zurück.

Die Haupterwerbsbetriebe haben die Möglichkeiten des arbeitssparenden technischen Fortschritts innerhalb der letzten zehn Jahre zu einer deutlichen Rebflächenausdehnung von 3,6 ha auf 5,1 ha RF (+42%) genutzt. Haupterwerbsbetriebe, die über eine zu geringe Flächenausstattung verfügten, mussten entweder aufgeben oder im Nebenerwerb weitergeführt werden. So reduzierte sich der Anteil der Haupterwerbsbetriebe im Rahmen des Strukturwandels seit 1989 um 5%.

### 3.3 Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte

Nach den Ergebnissen der Weinbauerhebung 1999 waren von den 164 000 Arbeitskräften insgesamt 43% Familienarbeitskräfte und 57% familienfremde Arbeitskräfte. Von den Familienarbeitskräften waren 19% vollbeschäftigt; überproportional viele in den Anbaugebieten Rheinhessen (30%), Nahe und Rheingau (jeweils 28%).

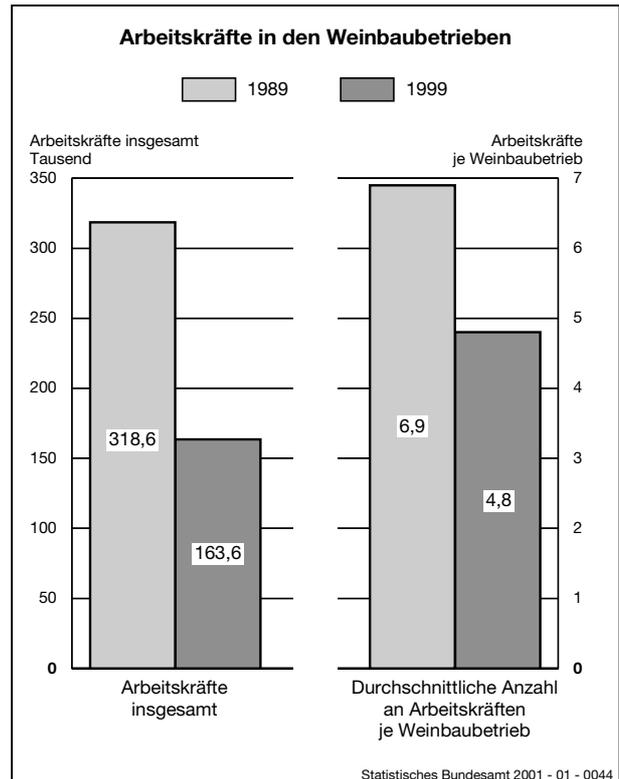
Schaubild 6



Von den familienfremden Arbeitskräften waren lediglich 6% vollbeschäftigt, 83% dagegen gering beschäftigt, das heißt weniger als 60 Tage im Jahr. In der Regel handelte es sich bei gering beschäftigten familienfremden Arbeitskräften um Erntehelfer und Erntehelferinnen.

In einem Intensivkulturbereich wie dem Weinbau spielt der Produktionsfaktor Arbeit eine wichtige Rolle für den Gesamterfolg des Betriebes: Im Vergleich zu 1989 waren

Schaubild 7



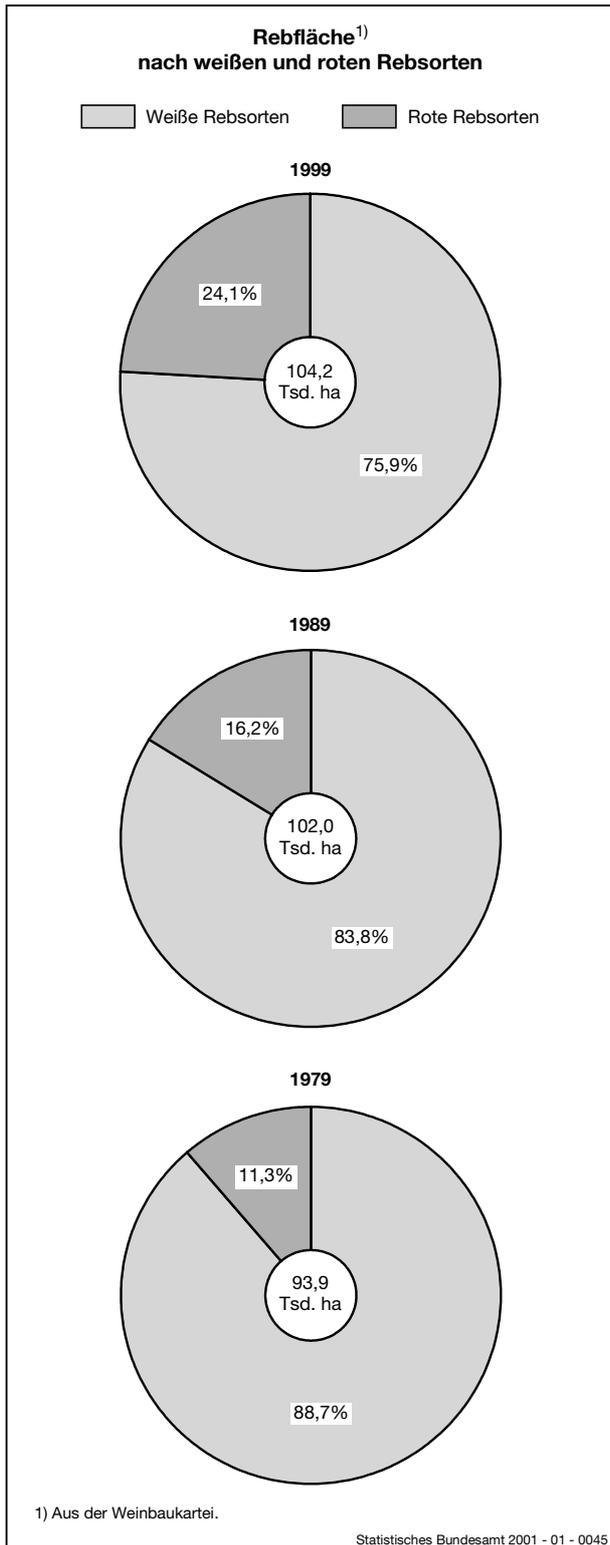
in Folge der zunehmenden Mechanisierung und des Konzentrationsprozesses 1999 um die Hälfte (- 155 000 Personen) weniger Arbeitskräfte im Weinbau tätig. Der Arbeitskräfteeinsatz je ha Rebfläche ging um die Hälfte von 3,3 Arbeitskräfte/ha im Jahr 1989 auf 1,6 Arbeitskräfte/ha im Jahr 1999 zurück.

### 3.4 Entwicklung der Rebfläche und des Anbaus weißer und roter Sorten

Wie die Ergebnisse der Grunderhebung der Rebflächen (aus der Weinbaukartei stammend) belegen, nahm die Rebfläche insgesamt in Deutschland in den letzten 20 Jahren um 10 000 ha oder 11% zu (siehe auch Schaubild 8 auf S. 40). Insbesondere in Rheinhessen (+3 000 ha), Württemberg und der Pfalz (jeweils +2 000 ha) sowie in Baden (+1 000 ha) wurde die Rebfläche in diesem Zeitraum deutlich ausgedehnt. Auf 76% der Rebfläche werden weiße Rebsorten angebaut. Vor 20 Jahren wurden im klassischen „Weißweinland“ Deutschland noch auf 89% der Rebfläche Weißgewächse angebaut. Die größten Weißweinanbaugebiete sind derzeit Rheinhessen (22 000 ha), die Pfalz (17 000 ha), Mosel-Saar-Ruwer (11 000 ha) und Baden (10 000 ha). Der Weißweinbau dominiert weiterhin mit über 90% der Rebfläche an Mosel-Saar-Ruwer und in Franken, am Mittelrhein und an der Hessischen Bergstraße.

Der Anbau von Rotweinrebsorten nahm innerhalb der letzten 20 Jahre auf das 2,4fache zu. Rotgewächse werden vor allem an der Ahr (83%) und in Württemberg angebaut (62%). Der Rotweinbau wurde in den letzten 20 Jahren besonders ausgeweitet in der Pfalz (+4 000

Schaubild 8

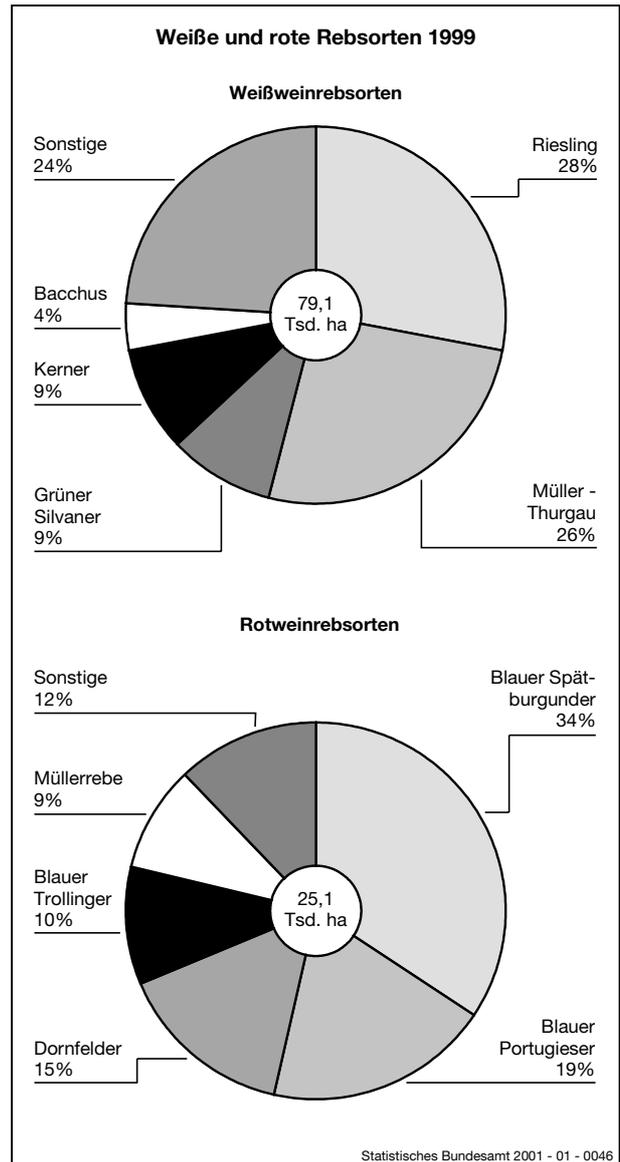


ha), in Rheinhessen und Württemberg (jeweils +3000 ha) sowie in Baden (+2000 ha).

### 3.5 Die Rebsorten im Einzelnen

Der Weiße Riesling ist derzeit die Rebsorte mit der größten Verbreitung in Deutschland: Auf 21% der RF wächst Riesling. Der Riesling-Anbau wurde in den vergangenen

Schaubild 9



20 Jahren von 19000 ha auf gut 22000 ha ausgedehnt. Am meisten Riesling wird an Mosel-Saar-Ruwer (6000 ha), in der Pfalz (5000 ha) sowie in Rheinhessen und im Rheingau (jeweils 3000 ha) angebaut. Der Riesling-Anbau dominiert mit 79% der RF im Rheingau und mit 73% der RF am Mittelrhein.

In der Präferenz gesunken ist der Müller-Thurgau; 20% der RF ist noch mit Müller-Thurgau bepflanzt. Die RF von Müller-Thurgau nahm in den letzten 20 Jahren um gut 4000 ha auf 21000 ha ab. Die stärkste Verbreitung hat der Müller-Thurgau in Rheinhessen (6000 ha), in Baden und der Pfalz (jeweils 4000 ha) sowie in Franken (2000 ha Rebfläche).

An dritter Stelle folgt der Blaue Spätburgunder mit 9000 ha oder 8% der RF. Vor 20 Jahren waren es lediglich 4%. Mehr als die Hälfte (57%) des Spätburgunderanbaus in Deutschland weist das Anbaugebiet Baden auf (knapp 5000 ha). An der Ahr wird auf 57% der Rebfläche (300 ha) diese spätreifende rote Sorte aus der Burgunderfamilie angebaut.

In der Rangfolge auf Platz vier liegt der Grüne Silvaner. Von den insgesamt 7 000 ha Grünem Silvaner wachsen in Rheinhessen mit über 3 000 ha allein 46% der Bestände des Bundesgebietes; zudem werden in der Pfalz und in Franken jeweils gut 1 000 ha angebaut. Vergleichsweise stark verbreitet ist der Grüne Silvaner in Franken (21% der RF) und in Rheinhessen (12% der RF).

Nach Kerner mit 7 000 ha Rebfläche folgt der Blaue Portugieser auf Platz sechs. Diese nach dem Blauen Spätburgunder verbreitetste rote Rebsorte wird vorwiegend

in der Pfalz (3 000 ha) und in Rheinhessen (2 000 ha) angebaut.

### 3.6 Altersaufbau der Rebbestände

Die Nutzungsdauer der Rebbestände hat sich in den vergangenen 20 Jahren deutlich erhöht: 1979 waren als Folge einer Verjüngung der Rebanlagen lediglich 14% der Rebstöcke 20 Jahre und älter. Mittlerweile ist dieser Anteil – auch als Folge eines zeitweisen Anbaustopps von

Tabelle 2: Weinbau in Deutschland nach Rebflächen und ausgewählten Rebsorten  
Ergebnisse der 10-jährlichen Weinbauerhebungen 1979, 1989, 1999

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1979 <sup>1)</sup>	1989 <sup>1)</sup>	1999	Veränderung 1999 gegenüber	
					1989 <sup>1)</sup>	1979 <sup>1)</sup>
in %						
<b>Rebflächen ausgewählter Sorten nach dem Alter der Bestände</b>						
<b>Weißer Riesling</b>						
unter 3 Jahre .....	ha	1 466	1 410	1 118	- 20,7	- 23,7
	%	7,8	6,6	5,0	X	X
3 bis 9 Jahre .....	ha	6 210	6 490	3 730	- 42,5	- 39,9
	%	32,9	30,5	16,7	X	X
10 bis 19 Jahre .....	ha	7 192	7 496	7 532	+ 0,5	+ 4,7
	%	38,1	35,2	33,7	X	X
20 und mehr Jahre .....	ha	3 996	5 871	9 970	+ 69,8	+ 149,5
	%	21,2	27,6	44,6	X	X
<b>Müller-Thurgau</b>						
unter 3 Jahre .....	ha	1 728	1 045	911	- 12,8	- 47,3
	%	6,9	4,2	4,4	X	X
3 bis 9 Jahre .....	ha	9 914	8 112	1 452	- 82,1	- 85,4
	%	39,6	32,9	7,0	X	X
10 bis 19 Jahre .....	ha	10 415	10 861	8 177	- 24,7	- 21,5
	%	41,6	44,0	39,6	X	X
20 und mehr Jahre .....	ha	2 972	4 670	10 127	+ 116,9	+ 240,7
	%	11,9	18,9	49,0	X	X
<b>Grüner Silvaner</b>						
unter 3 Jahre .....	ha	396	459	296	- 35,5	- 25,3
	%	3,9	5,8	4,3	X	X
3 bis 9 Jahre .....	ha	2 157	2 716	909	- 66,5	- 57,9
	%	21,1	34,5	13,3	X	X
10 bis 19 Jahre .....	ha	4 991	2 381	2 978	+ 25,1	- 40,3
	%	48,9	30,2	43,4	X	X
20 und mehr Jahre .....	ha	2 664	2 323	2 676	+ 15,2	+ 0,5
	%	26,1	29,5	39,0	X	X
<b>Blaue Spätburgunder</b>						
unter 3 Jahre .....	ha	472	628	1 210	+ 92,7	+ 156,4
	%	13,2	11,2	14,0	X	X
3 bis 9 Jahre .....	ha	1 109	2 336	2 003	- 14,3	+ 80,6
	%	31,0	41,6	23,2	X	X
10 bis 19 Jahre .....	ha	1 642	1 546	3 169	+ 105,0	+ 93,0
	%	46,0	27,5	36,7	X	X
20 und mehr Jahre .....	ha	349	1 102	2 261	+ 105,2	+ 547,9
	%	9,8	19,6	26,2	X	X
<b>Blaue Portugieser</b>						
unter 3 Jahre .....	ha	308	738	578	- 21,7	+ 87,7
	%	10,4	17,9	11,8	X	X
3 bis 9 Jahre .....	ha	513	1 909	620	- 67,5	+ 20,9
	%	17,3	46,2	12,7	X	X
10 bis 19 Jahre .....	ha	1 329	789	2 597	+ 229,2	+ 95,4
	%	44,8	19,1	53,2	X	X
20 und mehr Jahre .....	ha	815	696	1 083	+ 55,6	+ 32,9
	%	27,5	16,8	22,2	X	X
<b>Weinbaubetriebe nach Art der Weinverarbeitung und des Absatzes</b>						
Ausbauende Betriebe .....	Anzahl	21 577	18 264	14 376	- 21,3	- 33,4
Rebfläche der ausbauenden Betriebe .....	ha	60 263	66 244	68 725	+ 3,7	+ 14,0
darunter:						
Betriebe mit Absatz von Flaschenwein .....	Anzahl	11 980	12 024	9 981	- 17,0	- 16,7
Betriebe mit Absatz von Fasswein .....	Anzahl	17 071	14 440	10 355	- 28,3	- 39,3
Betriebe mit Ausschank, z.B. in Straußwirtschaften .....	Anzahl	566	1 018	1 402	+ 37,7	+ 147,7
Nichtausbauende Betriebe .....	Anzahl	30 132	27 781	19 999	- 28,0	- 33,6
Rebfläche der nichtausbauenden Betriebe .....	ha	32 710	34 771	30 576	- 12,1	- 6,5
darunter:						
Betriebe mit Lieferung der Ernte an Erzeuger- oder Winzergenossenschaften bzw. Verbundkellereien .....	Anzahl	25 289	25 605	18 655	- 27,1	- 26,2
Betriebe mit Verkauf der Ernte an Dritte .....	Anzahl	3 445	2 556	1 536	- 39,9	- 55,4

1) Früheres Bundesgebiet.

Rebneuanpflanzungen – auf 43% der Bestände angestiegen. Mit Rebstöcken, die 20 Jahre und älter sind, lassen sich in der Regel gute bis sehr gute Weinqualitäten erzielen. Allerdings sind die Erträge deutlich niedriger als bei Rebstöcken, die jünger als zehn Jahre sind.

Konsumenten bevorzugen in immer stärkerem Maße Rotwein. Der Trend zum Rotwein spiegelt sich auch bei der Sortenwahl der Winzer wider: 18% der Anlagen mit Rotgewächsen sind jünger als drei Jahre und nahezu vier von zehn Anlagen jünger als zehn Jahre. Dagegen ist bei den Weißgewächsen das Nachwuchsverhältnis eher ungünstig: Lediglich 5% der Anlagen mit weißen Sorten sind jünger als drei Jahre, 17% der Anlagen jünger als zehn Jahre.

Ein markantes Beispiel für den Vormarsch der roten Sorten ist der Dornfelder, eine Färrberbe, die von der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg gezüchtet wurde. Dornfelder liegt mittlerweile mit knapp 4000 ha Rebfläche in Deutschland auf dem siebten Platz des Sortenspiegels. 43% der Dornfelderbestände waren jünger als drei Jahre. Neben dem Dornfelder wurden vor allem die „klassischen“ Sorten Blauer Spätburgunder und Weißer Riesling (jeweils gut 1000 ha) und Müller-Thurgau (knapp 1000 ha) in den vergangenen drei Jahren neu gepflanzt.

Zu den Sorten, die an Bedeutung verloren, zählen vor allem weiße Neuzüchtungen der vergangenen viereinhalb Dekaden: 20 Jahre und älter sind 77% der Bestände von Morio-Muskat, 73% der Bestände von Faberrebe, 64% der Bestände von Scheurebe, 63% der Bestände von Bacchus und Huxelrebe sowie 57% der Bestände von Kerner.

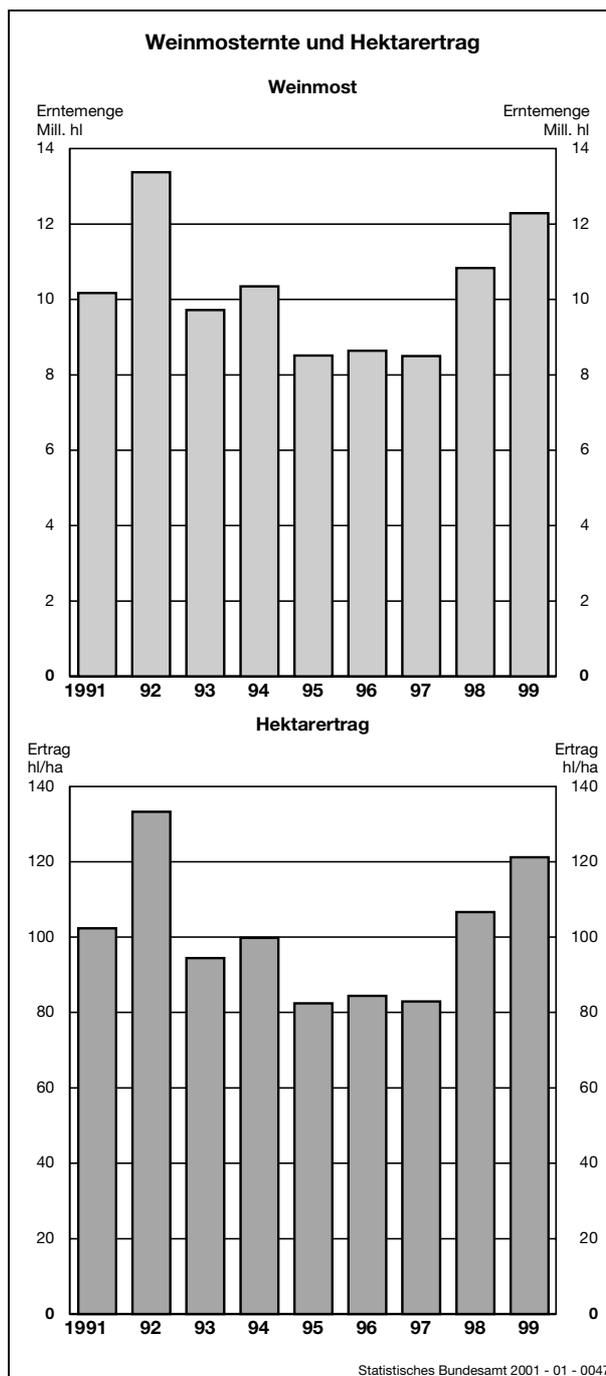
### 3.7 Betrachtung der Weinjahre 1990 bis 1999 im Hinblick auf Ertrag und Qualität

Für die Höhe des Hektarertrages und die Weinqualität ist der Witterungsverlauf entscheidend. Die Winzer bestimmen mit Winterschnitt, Düngung, Pflanzenschutz und Ausdünnen der Trauben vor der Lese den Hektarertrag und die Qualität des Lesegutes maßgeblich mit. Seit Anfang der 90er Jahre beschränken gesetzliche Regelungen, die auf die Qualitätsweinverordnung der EG zurückgehen, die Produktion von Weinmost. Dazu wurden „Hektarhöchstträge“ festgelegt. Die Hektarhöchstträge sind in den Anbaugebieten unterschiedlich, da zu ihrer Berechnung verschiedene Modelle verwendet werden.

In Deutschland variierten die Hektarerträge für Weinmost in den neunziger Jahren beträchtlich und reichten von 82,4 hl/ha im Jahr 1995 bis zum Spitzenertrag von 133,3 hl/ha im Jahr 1992 (siehe Schaubild 10). Der meiste Qualitätswein wurde in den Jahren 1991 (7,47 Mill. hl), 1992 (6,70 Mill. hl) und 1995 (6,33 Mill. hl) erzielt. Die besten Jahre für Qualitätswein mit Prädikat waren 1992 (6,40 Mill. hl), 1993 (6,42 Mill. hl) und 1999 (6,77 Mill. hl) (siehe Schaubild 11).

Die 90er Jahre zeichneten sich durch einen wärmeren Witterungsverlauf aus: Die mittlere Lufttemperatur in Freiburg im Breisgau zum Beispiel betrug im Mittel der 90er Jahre 15,3 °C von März bis Oktober. Der Durchschnitt der

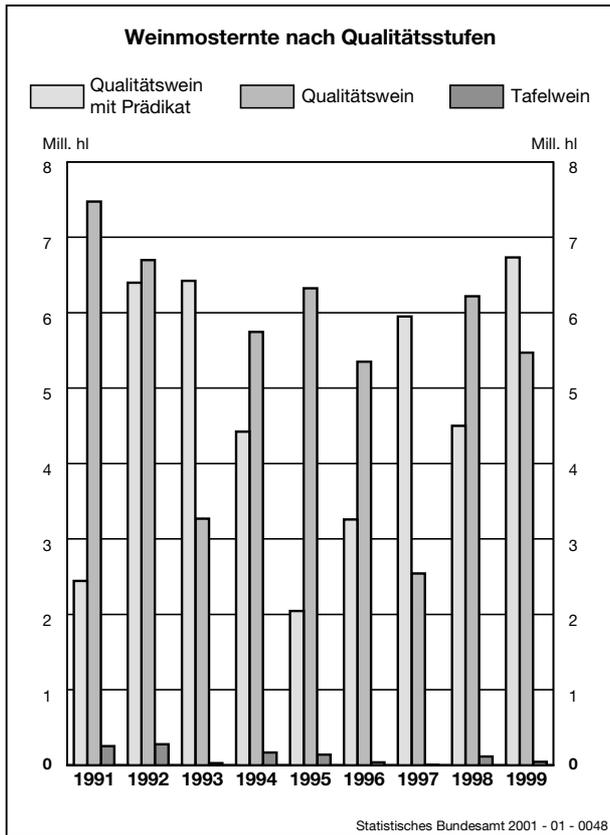
Schaubild 10



Jahre 1961 bis 1990 für dieselben Monate belief sich auf 14,4 °C. Die Jahre 1996 und 1999 hatten in Deutschland einen für die Traubenentwicklung gegensätzlichen Verlauf, der in den verschiedenen Anbaugebieten in unterschiedlichem Maß ausgeprägt war:

- 1996 (84,4 hl/ha): Zeichnete sich durch einen trockenen Winter und einen vielerorts regenreichen Mai aus. Ungleichmäßiger Austrieb, Blühbeginn Mitte bis Ende Juni. In Lagen mit später Blüte häufig schlechter Fruchtansatz (Verrieselung). Der Reifebeginn war verspätet. Der September war trocken, aber kühl; der Oktober warm und sonnig (38% Prädikats- und 62% Qualitätsweine).

Schaubild 11



- 1999 (121,2 hl/ha): keine Winter- oder Spätfrostschäden. Der Austrieb und die Blüte waren Anfang bis Mitte Juni. Ein idealer Witterungsverlauf führte zu optimaler Entwicklung der Reben und zu einem ungewöhnlich

frühen Beginn der Traubenreife. Pilzkrankheiten wie Echter und Falscher Mehltau waren vergleichsweise unbedeutend (55% Prädikats- und 45% Qualitätsweine).

### 3.8 Vermarktung des Lesegutes

Organisation und Rentabilität eines Weinbaubetriebes werden insbesondere von der Vermarktungsform beeinflusst. Zu unterscheiden sind Betriebe, die selbst Wein ausbauen und solche, die ihr Lesegut direkt nach der Ernte zur Weiterverarbeitung abgeben. Bei letzteren, den nicht- oder teilausbauenden Betrieben, kann dies auf der Grundlage von überbetrieblichen Bindungen, zum Beispiel an eine Winzergenossenschaft oder eine Erzeugergemeinschaft, bzw. über den freien Verkauf an Handel oder Kellereien erfolgen. Daneben gibt es Betriebe, die das Lesegut selbst ausbauen und den Wein im Fass, in der Flasche, als Sekt oder direkt über den Ausschank in Strauß-, Besen- oder Heckenwirtschaften vermarkten (siehe Schaubild 12).

58% aller Betriebe in Deutschland bauten 1999 selbst keinen Wein aus. Von den Betrieben ohne eigenen Weinausbau wiesen 61% weniger als 1 ha und 80% weniger als 2 ha Rebfläche auf. 93% dieser Betriebe lieferten ihr Lesegut an Erzeugergemeinschaften, Winzergenossenschaften oder Verbundkellereien ab. 8% der Betriebe ohne Weinausbau verkauften zudem oder ausschließlich ihre Ernte an Dritte. Der Anteil der nichtausbauenden Betriebe ist traditionell besonders hoch in Württemberg (89% aller Betriebe) und Baden (86%), an Saale-Unstrut (86%) und Ahr (82%), an der Hessischen Bergstraße (78%) und in Sachsen (77%).

Schaubild 12

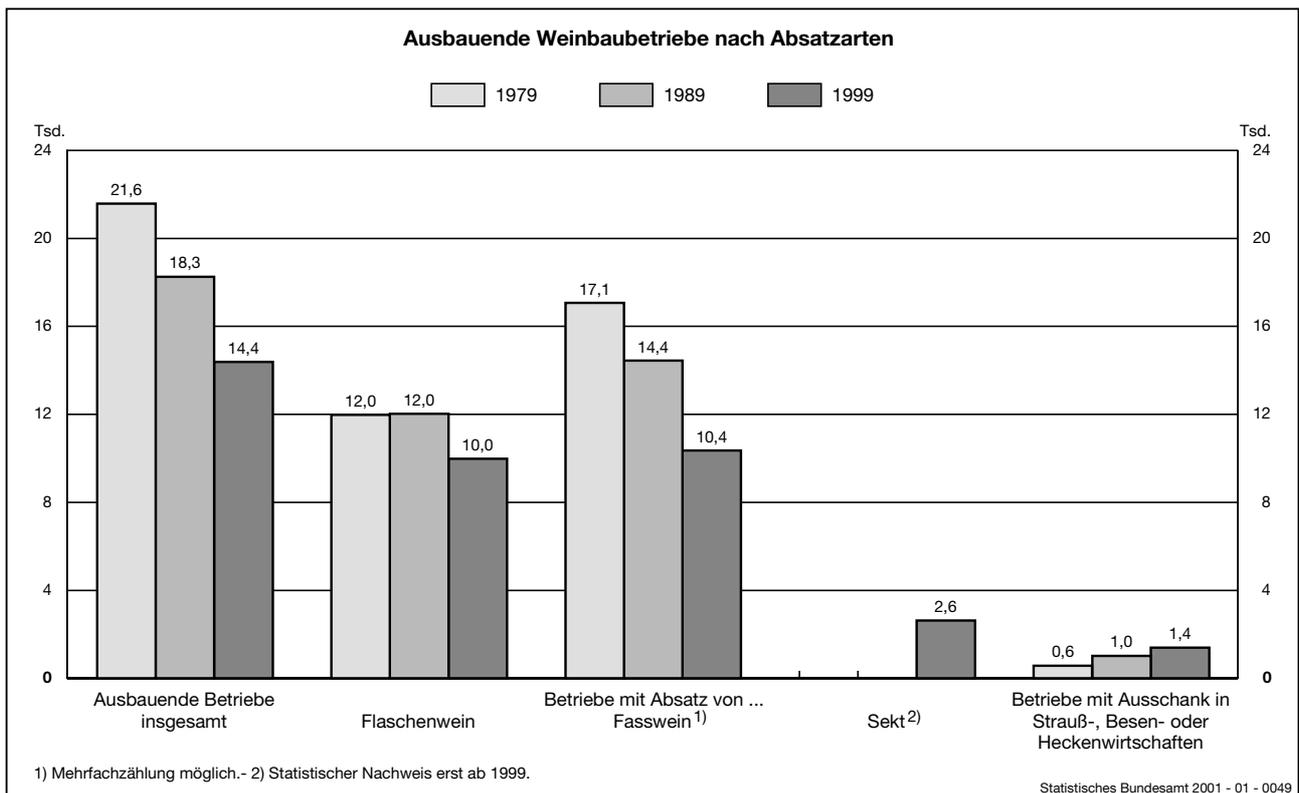


Tabelle 3: Ein- und Ausfuhr von Rot- und Weißwein

Gegenstand der Nachweisung	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Einfuhr in 1 000 hl									
Rotwein .....	3 761	3 697	3 269	3 427	3 742	4 577	5 227	5 885	5 687
Weißwein .....	3 471	3 219	4 673	5 186	4 707	5 098	5 013	5 063	4 700
Insgesamt ..	7 232	6 916	7 942	8 613	8 449	9 675	10 240	10 948	10 387
Nachrichtlich: Wein einschl. Likörweinen, Wermutweinen und Schaumweinen .....	11 624	10 900	10 889	11 334	10 717	11 778	12 210	13 066	13 129
Ausfuhr in 1 000 hl									
Rotwein .....	73	80	128	108	105	148	183	219	194
Weißwein .....	2 248	2 632	2 322	2 249	2 287	2 213	1 995	1 919	1 940
Insgesamt ..	2 321	2 712	2 450	2 357	2 392	2 361	2 178	2 138	2 134
Nachrichtlich: Wein einschl. Likörweinen, Wermutweinen und Schaumweinen .....	2 619	3 138	3 245	3 514	3 010	2 866	2 758	2 525	2 642
Einfuhr in 1 000 DM									
Rotwein .....	968 313	980 710	782 235	799 942	922 355	1 185 498	1 474 246	1 817 186	1 828 725
Weißwein .....	684 354	673 395	661 166	716 637	730 108	871 711	903 576	948 669	838 457
Insgesamt ..	1 652 667	1 654 105	1 443 401	1 516 579	1 652 463	2 057 209	2 377 822	2 765 855	2 667 182
Nachrichtlich: Wein einschl. Likörweinen, Wermutweinen und Schaumweinen .....	2 789 002	2 725 085	2 263 358	2 352 661	2 488 899	2 940 158	3 268 930	3 705 573	3 928 118
Ausfuhr in 1 000 DM									
Rotwein .....	25 502	26 122	32 708	34 535	37 465	53 525	76 905	91 971	94 579
Weißwein .....	639 322	718 746	514 380	553 126	595 814	635 851	603 295	611 186	575 432
Insgesamt ..	664 824	744 868	547 088	587 661	633 279	689 376	680 200	703 157	670 011
Nachrichtlich: Wein einschl. Likörweinen, Wermutweinen und Schaumweinen .....	763 841	853 604	699 871	832 104	782 203	828 342	834 855	842 988	884 581

42% der Betriebe mit 69% der Rebfläche bauten ihr Lesegut selbst aus. Der Weinausbau ist vor allem in „größeren“ Betrieben anzutreffen. Erst bei entsprechender Rebflächenausstattung rechtfertigen sich die hohen Investitionen im kellerwirtschaftlichen Bereich. Vier von fünf Betrieben mit 5 ha Rebfläche und mehr bauten Wein selbst aus. Im Vergleich zur letzten Weinbauerhebung 1989 hat der Anteil der ausbauenden Betriebe an den Betrieben insgesamt nur unwesentlich (+2%) zugenommen.

Die meisten ausbauenden Betriebe liegen an Mosel-Saar-Ruwer, in Rheinhessen (jeweils knapp 4 000 Betriebe) und der Pfalz (knapp 3 000 Betriebe). Prozentual war 1999 der Anteil der ausbauenden Betriebe am höchsten an Nahe (79%), in Rheinhessen (78%), am Mittelrhein (75%), an Mosel-Saar-Ruwer (73%) und im Rheingau (71%).

Von den ausbauenden Betrieben zählten zwei Drittel (66%) zu den vollausbauenden Betrieben, das heißt sie bauten das gesamte Lesegut im eigenen Betrieb aus, und ein Drittel (34%) zu den teilausbauenden Betrieben. Von den teilausbauenden Betrieben nutzten sechs von zehn Betrieben die Möglichkeit, einen Teil der Ernte an Erzeugergemeinschaften, Winzergenossenschaften und Verbundkellereien abzuliefern. Jeder zweite der teilausbauenden Betriebe verkaufte zudem einen Teil der Ernte an Dritte.

### 3.9 Absatzarten des Weines

Flaschenweinabsatz setzt einerseits zusätzliche Investitionen für Abfüll- und Etikettiereinrichtungen voraus. Andererseits ergibt sich eine bessere Erlössituation beim

Verkauf von Flaschenwein im Vergleich zum Fassweinabsatz. 69% der Betriebe mit Weinausbau verkauften Flaschenwein, 72% der Betriebe Fasswein. Im Vergleich zur letzten Weinbauerhebung hat sich der Anteil von Betrieben mit Flaschenweinabsatz um 3 Prozentpunkte

Tabelle 4: Ein- und Ausfuhr von Rot- und Weißwein 1999 nach Ländern

Gegenstand der Nachweisung	Menge		Wert	
	1 000 hl	%	1 000 DM	%
Einfuhr .....	10 387	100	2 667 182	100
EU-Länder .....	8 747	84,2	2 254 882	84,5
darunter:				
Frankreich .....	2 613	25,2	922 474	34,6
Italien .....	4 878	47,0	967 218	36,3
Spanien .....	813	7,8	260 736	9,8
Osterreich .....	204	2,0	35 318	1,3
Griechenland .....	170	1,6	50 600	1,9
Drittländer .....	1 640	15,8	412 300	15,5
darunter:				
Südafrika .....	89	0,9	36 467	1,4
Vereinigte Staaten ..	137	1,3	84 984	3,2
Ungarn .....	201	1,9	38 211	1,4
Australien .....	79	0,8	44 905	1,7
Rumänien .....	157	1,5	21 848	0,8
Ausfuhr .....	2 134	100	670 011	100
EU-Länder .....	1 635	76,6	108 534	16,2
darunter:				
Niederlande .....	253	11,9	227 508	34,0
Großbritannien und Nordirland .....	945	44,3	13 987	2,1
Dänemark .....	87	4,1	33 496	5,0
Schweden .....	96	4,5	12 668	1,9
Belgien .....	47	2,2	15 899	2,4
Drittländer .....	499	23,4	561 477	83,8
darunter:				
Norwegen .....	43	2,0	14 695	2,2
Vereinigte Staaten ..	114	5,3	62 211	9,3
Japan .....	146	6,8	88 857	13,3
Brasilien .....	28	1,3	8 221	1,2
Kanada .....	38	1,8	15 565	2,3

erhöht. Der Fassweinabsatz ging im gleichen Zeitraum um 7 Prozentpunkte zurück. Die meisten Betriebe mit Flaschenweinabsatz haben ihren Betriebssitz an Mosel-Saar-Ruwer (knapp 3000 Betriebe), in Rheinhessen und der Pfalz (jeweils 2000 Betriebe).

Nahezu alle Betriebe mit Flaschenwein (99%) setzten ihre Produkte im Inland ab. Nur 9% der Betriebe exportierten auch Flaschenwein ins Ausland.

Die ausbauenden Betriebe setzten den Wein daneben in Form von Sekt ab oder schenkten ihn in Strauß-, Besen- oder Heckenwirtschaften aus. Von den Betrieben mit Weinausbau nutzten 20% der Betriebe die Möglichkeit, den Wein selbst zu versetzen bzw. versetzen zu lassen und ihn so zu vermarkten (dieses Erhebungsmerkmal wurde erstmals bei der Weinbauerhebung 1999 erfragt). 10% der ausbauenden Betriebe schenkten den Wein in Strauß-, Besen- oder Heckenwirtschaften aus (siehe auch das vorstehende Schaubild 12 auf S. 43).

### 3.10 Außenhandel mit Rot- und Weißwein

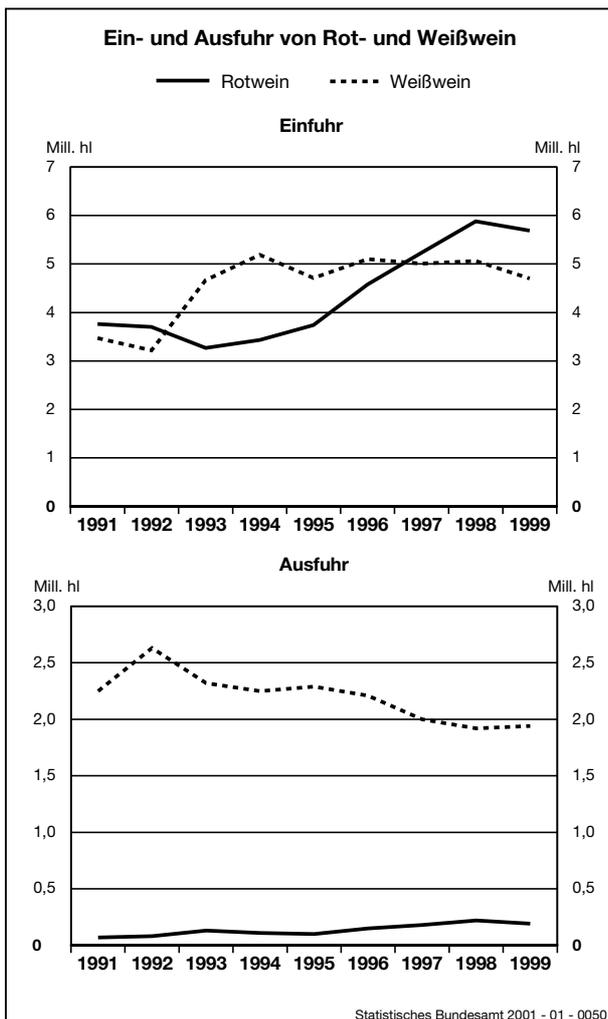
1999 exportierte Deutschland 2,13 Mill. hl Rot- und Weißwein im Gesamtwert von 670 Mill. DM. Traditionsgemäß dominiert die Ausfuhr von Weißwein mit 1,9 Mill. hl (91%), Rotwein spielt entsprechend mit einem Anteil von 9% nur eine nachrangige Rolle. Bei den Weinimporten Deutsch-

lands (10,39 Mill. hl) hingegen sind mittlerweile mehr als die Hälfte (55%) Rotweine; ein Trend, der seit drei Jahren anhält (siehe die vorstehende Tabelle 3 und Schaubild 13).

Der überwiegende Teil der deutschen Einfuhren von Rot- und Weißwein stammt aus EU-Ländern (8,75 Mill. hl oder 84,2%), wie Tabelle 4 zu entnehmen ist. Hauptlieferanten sind Italien und Frankreich, gefolgt von Spanien. Aus Drittländern stammen nur rund 16% aller Importe (1,64 Mill. hl). Ungarn (0,2 Mill. hl) führt hier vor Rumänien (0,16 Mill. hl), den Vereinigten Staaten (0,14 Mill. hl) und Südafrika (0,09 Mill. hl).

Auf der Exportseite geht das Gros der deutschen Ausfuhren in EU-Mitgliedsländer (76,6% oder 1,64 Mill. hl). Hier ist an erster Stelle Großbritannien und Nordirland zu nennen, gefolgt von den Niederlanden und Schweden. In Drittländer werden 0,50 Mill. hl (23,4%) geliefert. Hauptabnehmer sind Japan, die Vereinigten Staaten und Norwegen. ■

Schaubild 13



# Spiegelvergleich der deutschen und spanischen Intrahandels- ergebnisse

*Um die Qualität der Intrahandelsresultate zu überprüfen, werden u.a. die Resultate der EU-Mitgliedstaaten durch bilaterale Vergleiche auf Differenzen untersucht. Bei den so ermittelten Spiegeldifferenzen fällt auf, dass tendenziell die gemeldeten Versendungen die Eingänge übertreffen und daher die Bilanz im Intrahandel nicht ausgeglichen ist. Daher wird nach Möglichkeiten gesucht, diese Asymmetrien in den Handelsbilanzen aufzuklären bzw. zu beseitigen.*

*In diesem Zusammenhang berichtet der vorliegende Beitrag über einen bilateralen Vergleich des Warenverkehrs mit Spanien. Der Vergleich der spanischen und deutschen Intrahandelsresultate zeigt, dass das Intrastatsystem keineswegs in allen Fällen zu einschneidenden Qualitätseinbußen geführt hat, wie die Diskussion über die Asymmetrien gelegentlich vermuten lässt. Eine wesentliche Erkenntnis aus dem Spiegelvergleich ist auch, dass es Zuschätzverfahren für Antwortausfälle gibt, die zumindest auf hoch aggregierter Ebene die Qualität der Resultate erheblich verbessern können. Dies gilt in besonderem Maße für Resultate, die zu einem Zeitpunkt veröffentlicht werden, zu dem noch verspätete Meldungen in erheblichem Umfang zu erwarten sind. Die gestiegenen Anforderungen an die Aktualität der Resultate können daher nur mit Hilfe geeigneter Zuschätzverfahren erreicht werden, ohne größere qualitative Einbußen in Kauf nehmen zu müssen.*

---

Dipl.-Volkswirt Sebastian Koufen

---

## Vorbemerkung

Mit der Einführung der Intrahandelsstatistik im Jahr 1993 musste ein neues Erhebungssystem für den innergemeinschaftlichen Warenverkehr etabliert werden, das auf direkten Meldungen der Unternehmen an das Statistische Bundesamt aufbaut, da die zuvor für statistische Zwecke genutzten Zollunterlagen an den Binnengrenzen der Europäischen Union (EU) wegfielen. In der Folgezeit stellte sich die Frage, inwieweit diese neue Erfassung qualitativ gute Resultate gewährleistet. Eine Kontrollmöglichkeit besteht in dem Vergleich der steuerlich gemeldeten innergemeinschaftlichen Lieferungen und Erwerbe mit den Intrahandelsmeldungen.

Eine zweite Möglichkeit, die Qualität der Intrahandelsresultate zu überprüfen, besteht darin, die Resultate der Mitgliedstaaten durch bilaterale Vergleiche auf Differenzen zu untersuchen. Für diese sogenannten Spiegelvergleiche werden die Versendungen eines Mitgliedstaates in einen anderen Mitgliedstaat den dort gemeldeten Eingängen aus dem ersten Land gegenübergestellt.

Die so ermittelten Spiegeldifferenzen sind zwischen den einzelnen EU-Ländern sehr unterschiedlich, meist aber nicht viel höher als unter dem alten „Zollerfassungssystem“. Es fällt jedoch auf, dass tendenziell die gemeldeten Versendungen die Eingänge übertreffen und daher die Bilanz im Intrahandel nicht ausgeglichen ist. Da diese Handelsbilanzen der Länder in die jeweiligen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten einfließen, können die nationalen Resultate auch in diesen Statistiken nicht ohne weiteres zu einem Ergebnis für die EU oder die Eurozone aggregiert werden. Daher wird nach Möglichkeiten gesucht, diese Asymmetrien in den Handelsbilanzen zu verringern bzw. zu beseitigen. Um dies zu erreichen, werden zwei

unterschiedliche Ansätze verfolgt. Bei dem vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, favorisierten „top-down-Ansatz“ wird aus vorhandenem Datenmaterial mittels mathematisch-statistischer Zeitreihenverfahren ein ausgeglichenes Datenmaterial erzeugt. Der sogenannte „bottom-up-Ansatz“ versucht durch bilaterale Spiegelvergleiche, Kenntnisse über den Umfang der bestehenden Abweichungen der Versendungs- und Eingangsdaten mit dem betreffenden Partnerland zu ermitteln und die Gründe dieser Differenzen weitestgehend zu klären und wenn möglich zu beseitigen.

In diesem Zusammenhang wurde in dieser Zeitschrift bereits über die Resultate eines bilateralen Vergleichs mit den Niederlanden berichtet, der in hohem Maße durch Transitgüter aus Drittländern, die bereits in den Niederlanden zollrechtlich abgefertigt wurden und daher zum Intrahandel zählen, beeinflusst wird.<sup>1)</sup> In diesem Beitrag wird nun über einen bilateralen Vergleich des Warenverkehrs mit Spanien berichtet, der nicht von solchen Sondereffekten geprägt wird.

Nach der Beschreibung der Datenquelle wird zunächst eine globale Betrachtung der Spiegelbilddaten für den Zeitraum 1991 bis 1999 vorgenommen. Im folgenden Abschnitt wird der Einfluss von vorläufigen Resultaten, Zuschätzungen und Meldeschwellen beschrieben. Anschließend folgt eine Gegenüberstellung auf Warenebene. Am Ende des Berichts werden die Erkenntnisse der Abweichungsanalyse insbesondere hinsichtlich ihrer Folgen für die Abgleichungsverfahren zusammengefasst.

Für den Spiegelvergleich wurden Daten aus der Comext-Datenbank von Eurostat verwendet, die Außenhandelsdaten aller EU-Mitgliedstaaten nach dem Gemeinschaftskonzept enthält – das heißt unter anderem, dass die Eingänge zwischen den EU-Mitgliedstaaten nach Versendungsländern nachgewiesen werden. Damit ist aus methodischer Sicht sichergestellt, dass in den Statistiken jeder Warensendung in ein EU-Land ein entsprechender Eingang im anderen Land gegenübersteht. Die für die

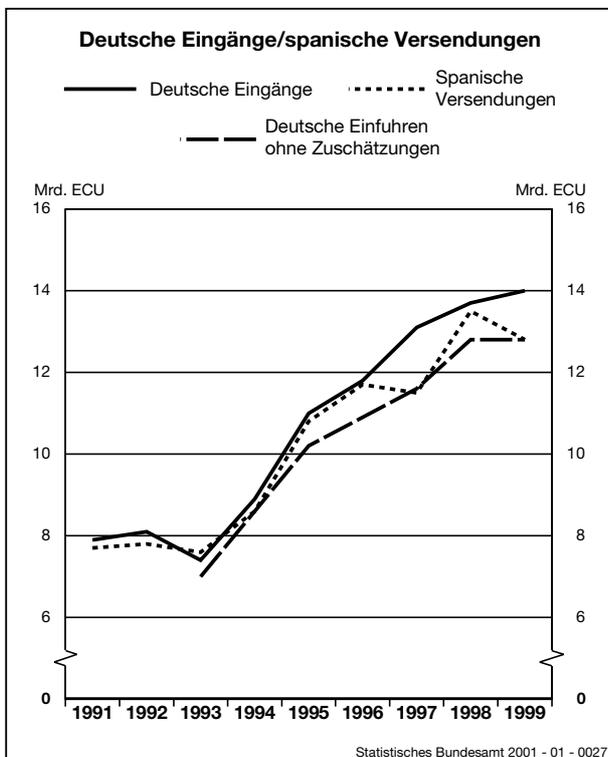
1) Siehe Walter, J.: „Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik“ in WiSta 2/1999, S. 85 ff. sowie Kombert-Engelhardt, B./Walter, J.: „Analyse der Abweichungen beim deutsch-niederländischen Warenverkehr“ in WiSta 7/1999, S. 555 ff.

Untersuchung verwendeten Daten wurden der Datenbank am 21. August 2000 entnommen. Für das Jahr 1999 enthält das Datenmaterial noch vorläufige Ergebnisse. Daher wurde die Auswertung auf Kapitelebene für 1998 durchgeführt.

## 1 Globale Betrachtung

Wie Schaubild 1 zeigt, ist der Wert der vom Statistischen Bundesamt ermittelten deutschen Eingänge aus Spanien 1991 und 1992 – also unter dem klassischen „Zollerfassungssystem“ – geringfügig höher als die von Spanien gemeldeten Versendungen nach Deutschland. Diese Differenz kann auf die Bewertungsmethodik – in der Statistik wird der Wert der Ware an der Außengrenze des jeweiligen Landes nachgewiesen (Grenzübergangswerte)<sup>2)</sup> – zurückgeführt werden, da die zwischen den Grenzen beider Länder anfallenden Transport- und Versicherungskosten nur bei den Eingangsmeldungen Teil des statistischen Wertes sind.

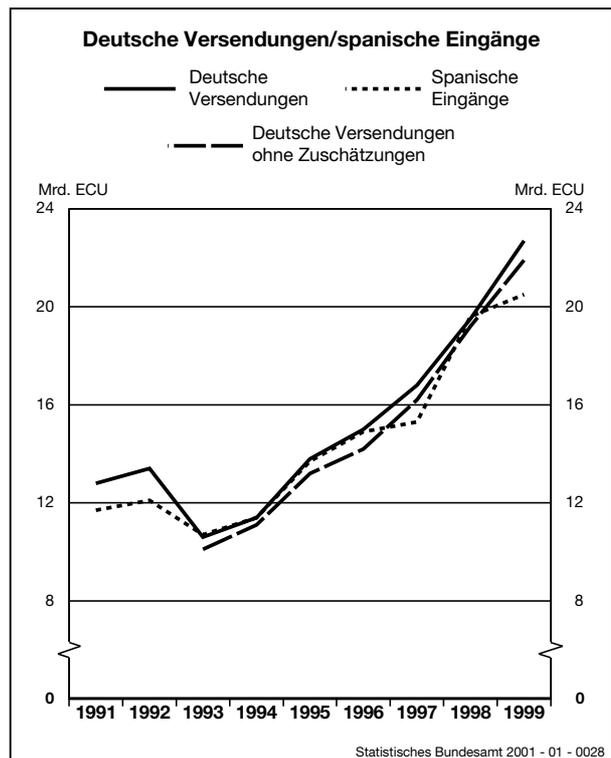
Schaubild 1



Im ersten Jahr des neuen Erfassungssystems Intrastat sind die von Spanien nachgewiesenen Versendungen etwas höher. Seit 1994 ergibt sich wieder ein geringfügig höherer Wert bei den deutschen Eingängen, wie aus methodischen Gründen zu erwarten ist. Eine Ausnahme ergibt sich in den Jahren 1997 und 1999, in dem die in Deutschland ermittelten Eingänge deutlich über den von Spanien ermittelten Versendungen liegen.

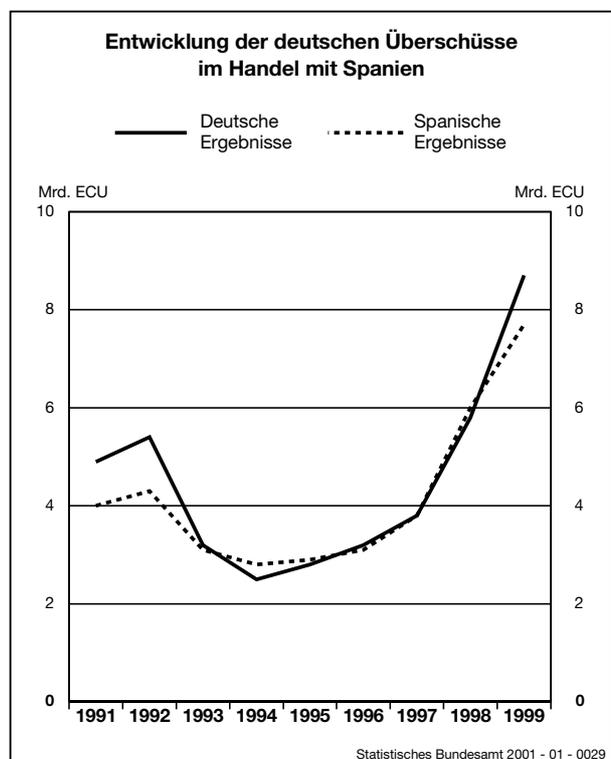
Beim entgegengesetzten Warenstrom sind die deutschen Versendungen vor Einführung des Intrastat-Erhebungs-

Schaubild 2



systems höher als die spanischen Eingänge (siehe Schaubild 2) – methodisch gesehen müssten auch hier die Eingänge geringfügig über den Versendungen liegen. Nach Einführung des neuen Systems gibt es seit 1993 in dieser

Schaubild 3



2) Dies entspricht den Lieferbedingungen cif beim Eingang und fob bei der Versendung.

Verkehrsrichtung praktisch keine Differenzen mehr. Wie beim Vergleich der deutschen Eingänge mit den spanischen Versendungen erweist sich das Jahr 1997 als Ausnahme: Hier sind die von Spanien ermittelten Ergebnisse in beiden Verkehrsrichtungen deutlich niedriger als die deutschen. Ähnliches gilt für das Jahr 1999.

Festzuhalten ist auch, dass die Spiegeldifferenzen in der Handelsbilanz im spanisch-deutschen Handel durch die Einführung der Intrahandelsstatistik deutlich zurückgegangen sind (siehe Schaubild 3). Insbesondere sind keine Verzerrungen der Handelsbilanz zu erkennen, die auf eine systematische Untererfassung der Eingänge hindeuten könnten.

## 2 Auswirkungen von Antwortausfällen, Zuschätzungen und Schwelleneffekten

Eine Ursache für die Differenzen kann im unterschiedlichen Vorgehen bei Zuschätzungen zu finden sein. Während das Statistische Bundesamt für den Handel unterhalb der Assimilationsschwelle<sup>3)</sup> – unter Berücksichtigung der Umsatzsteuermeldungen der Unternehmen – Zuschätzungen unterteilt nach Ländern vornimmt, wird dieser Handel in der spanischen Statistik nicht berücksichtigt. Daher müssten die Angaben der deutschen Statistik tendenziell über den spanischen Werten liegen. Zwischen 1994 und 1999 wurde die Assimilationsschwelle in Spanien in mehreren Schritten von 4 000 000 Peseten auf 16 000 000 Peseten (96 162 Euro) angehoben, allerdings ist sie damit im internationalen Vergleich immer noch relativ niedrig. Der Schwelleneffekt dürfte demzufolge eher niedrig ausfallen und höhere deutsche Werte nur in geringem Umfang erklären können.

Mit Schwelleneffekten können die ungewöhnlich hohen Differenzen in den Jahren 1997 und 1999 daher nicht erklärt werden. Hauptursache hierfür dürfte sein, dass in der spanischen Intrahandelsstatistik – im Gegensatz zur deutschen – auch für Antwortausfälle keine Zuschätzungen enthalten sind. Dies hat zur Folge, dass die Ergebnisse am aktuellen Rand zu niedrig ausgewiesen werden, da verspätet eingehende Meldungen erst mit Zeitverzögerung berücksichtigt werden können. Vom Statistischen Bundesamt werden derartige Meldeverzögerungen mit Hilfe von Zuschätzungen auf aggregierter Ebene (bisher unterteilt nach Ländern, nicht nach Waren) abgefangen und erst zu einem späteren Zeitpunkt weitgehend durch tatsächliche gemeldete Warenverkehre ersetzt. Hierdurch ist der Revisionsbedarf auf Ebene des Außenhandels nach Ländern relativ gering.

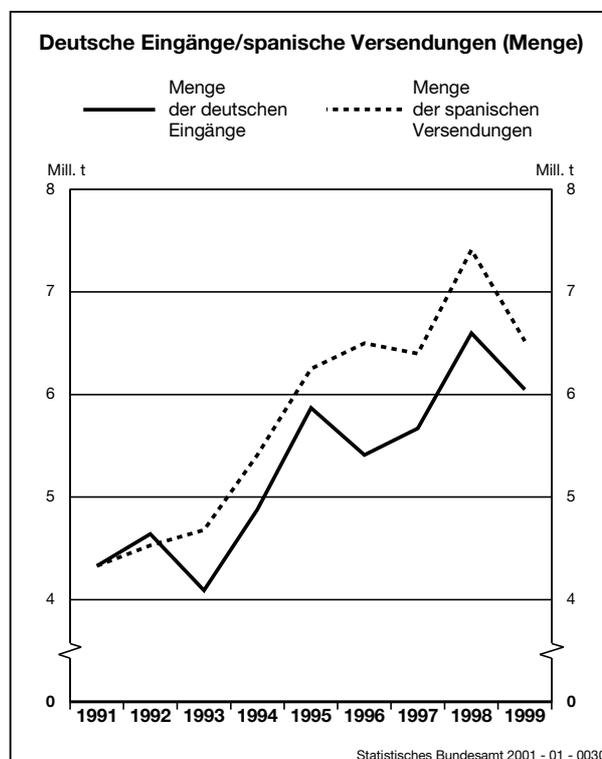
Bei den spanischen Ergebnissen führt der Verzicht auf Zuschätzungen dazu, dass zu einem späten Zeitpunkt noch hohe Revisionen auch auf aggregierter Ebene anfallen. So wurden beispielsweise die Versendungen nach Deutschland für das Jahr 1998 erst im Sommer des Jahres 2000 um 874 Mill. ECU und die Eingänge aus Deutschland gar um 1 943 Mill. ECU nach oben korrigiert. Dies hatte zur Folge, dass die bis zu diesem Zeitpunkt

bestehenden Differenzen fast vollständig eliminiert wurden. Da die spanischen Ergebnisse für das Jahr 1999 noch vorläufigen Charakter haben, kann damit gerechnet werden, dass auch die Spiegeldifferenzen für das Jahr 1999 noch deutlich zurückgehen werden.

Für das Jahr 1997 wurden in der Comext-Datenbank bis heute keine Revisionen bei den spanischen Ergebnissen vorgenommen. Die spanischen Kollegen prüfen derzeit noch, warum für die Ergebnisse des Jahres 1997 keine Revisionen vorgenommen wurden. Durch ähnlich hohe Revisionen wie 1998 würden auch die Differenzen des Jahres 1997 weitgehend beseitigt.

Um die Auswirkungen der Zuschätzungen auf die Spiegeldifferenzen zu verdeutlichen, sind die Ergebnisse ohne Zuschätzungen in den Schaubildern 1 und 2 zusätzlich ausgewiesen. Es ist zu erkennen, dass das Niveau der vorläufigen spanischen Versendungen in etwa den deutschen Eingängen ohne Zuschätzungen entspricht. Auf Seite der deutschen Versendungen ist der Anteil der Antwortausfälle deutlich niedriger. Daher liegen die vorläufigen spanischen Ergebnisse noch unter den deutschen Ergebnissen ohne Zuschätzungen. Die endgültigen spanischen Ergebnisse weisen eine sehr gute Erfassung der Warenverkehre auf, allerdings auf Kosten der Aktualität der Ergebnisse. Die gute Erfassung des deutsch-spanischen Warenverkehrs in Spanien in den endgültigen Ergebnissen wird auch bei Gegenüberstellung der Mengen deutlich: Seit Einführung der Intrahandelsstatistik werden in der spanischen Statistik höhere Werte nachgewiesen als in der deutschen<sup>4)</sup> (siehe die Schaubilder 4 und 5).

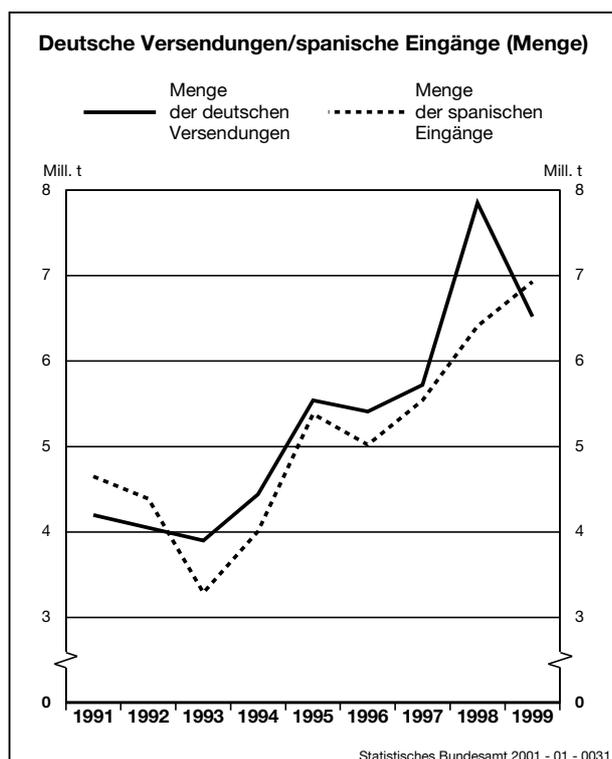
Schaubild 4



3) Unternehmen, deren Intrahandelswerte je Verkehrsrichtung in einem Jahr unterhalb dieser Schwelle liegen, sind von der statistischen Meldung befreit.

4) Für die Mengen werden vom Statistischen Bundesamt keine Zuschätzungen vorgenommen.

Schaubild 5



### 3 Vergleich auf Warenebene

Um die Spiegeldifferenzen auf Warenebene näher zu untersuchen, wurden die Daten für 1998 zunächst auf Ebene aller KN<sup>5)</sup>-Zweisteller gegenübergestellt. Die größten Abweichungen beim Vergleich der deutschen Versendungen mit den spanischen Eingängen ergeben sich auf dieser Aggregationsstufe in den Kapiteln 87 (Fahrzeuge, Teile und Zubehör), 84 (Maschinen u.a.), 29 (Organische chemische Erzeugnisse) und 85 (Elektrotechnik) (siehe Ta-

Tabelle 1: Abweichungen auf Kapitelebene der Kombinierten Nomenklatur für 1998 bei deutschen Versendungen und spanischen Eingängen  
1 000 ECU

Kapitel-Nr.	Bezeichnung (auszugsweise)	Deutsche Versendungen	Spanische Eingänge	Spiegeldifferenz (deutsche Versendungen – spanische Eingänge)
87 29	Kraftwagen .... Organische chemische Erzeugnisse ..	4 513 508	5 322 058	- 808 550
85	Elektrotechnik ..	2 342 186	2 230 857	111 329
84	Maschinen .....	4 083 141	3 647 262	435 879

belle 1). In umgekehrter Verkehrsrichtung sind die größten Spiegeldifferenzen in den Kapiteln 85, 87 und 82 (Werkzeuge u.a.) zu finden (siehe Tabelle 2). Das Kapitel 99 wurde jeweils nicht in die Betrachtung mit einbezogen, da es nicht harmonisiert ist. Auf deutscher Seite enthält es in erster Linie die Zuschätzungen, die vollständig diesem Kapitel zugeschlagen werden.

Tabelle 2: Abweichungen auf Kapitelebene der Kombinierten Nomenklatur für 1998 bei deutschen Eingängen und spanischen Versendungen  
1 000 ECU

Kapitel-Nr.	Bezeichnung (auszugsweise)	Deutsche Eingänge	Spanische Versendungen	Spiegeldifferenz (deutsche Eingänge – spanische Versendungen)
85	Elektrotechnik ..	859 017	1 082 424	- 223 407
87	Kraftwagen ....	4 279 704	4 183 476	96 228
82	Werkzeuge u.a.	35 051	95 420	- 60 369

Eine nähere Untersuchung der Kapitel 84, 85 und 87 ergab, dass in Deutschland wesentlich höhere Versendungswerte bei den Warennummern 84082010 (Motoren für die industrielle Montage von Fahrzeugen des Kapitels 87) und 85115090 (Lichtmaschinen) angemeldet wurden als in Spanien entsprechende Eingänge. Andererseits wurden in Spanien höhere Werte unter den Codes 87089910 und 87089998 (andere Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge) gemeldet. Möglicherweise sind diese Differenzen auf fehlerhafte Tarifierungen von Kfz-Motoren und Lichtmaschinen als „anderes Kfz-Zubehör“ zurückzuführen. Neben diesem Zuordnungsproblem einzelner Waren, durch das ein großer Teil der Differenzen erklärt werden kann, existieren vor allem Abweichungen bei den Nummern 847130 (andere tragbare digitale Datenverarbeitungsmaschinen) und 85252091 (Handys). Für diese Differenzen konnten in Deutschland keine Ursachen festgestellt werden. Die niedrigeren deutschen Versendungen bei Waren des Kapitels 29 sind teilweise auf Geheimhaltungen in den deutschen Ergebnissen zurückzuführen.

Beim Vergleich der spanischen Versendungen mit den deutschen Eingängen stellte sich heraus, dass insbesondere die in Deutschland verwendeten Sammelnummern für Kfz-Teile und -Zubehör 99908702 und 99908704, die in der Comext-Datenbank unter dem Code 87EE002 verbucht werden, zu den höheren deutschen Werten in Kapitel 87 beitragen. Unter diesen Sammelnummern können teilweise auch Waren angemeldet werden, die nicht dem Kapitel 87 zuzuordnen sind. Damit ließe sich auch ein Teil der Differenzen aus Kapitel 85 erklären: Unter der Warennummer 85129000 (Teile von Beleuchtungs- und Signalgeräten, Scheibenwischern und -entfroster) sind erheblich höhere Versendungen in Spanien ausgewiesen als Eingänge in Deutschland. Die Differenzen im Kapitel 82 sind fast ausschließlich auf auswechselbare Werkzeuge für Werkzeugmaschinen der Warennummer 82073010 zurückzuführen.

### 4 Schlussfolgerungen

Der Vergleich der spanischen und deutschen Intrahandelsresultate zeigt, dass das Intrastatsystem keineswegs in allen Fällen zu einschneidenden Qualitätseinbußen geführt hat, wie die Diskussion über die Asymmetrien gelegentlich vermuten lässt. Eine wesentliche Erkenntnis aus dem Spiegelvergleich ist auch, dass es Zuschätzverfahren für Antwortausfälle gibt, die zumindest auf hoch aggregierter Ebene die Qualität der Ergebnisse erheblich verbessern können. Dies gilt in besonderem Maße für Ergebnisse, die zu einem Zeitpunkt veröffentlicht wer-

5) Die Kombinierte Nomenklatur (KN) ist eine 8-stellige, innerhalb der EU harmonisierte Warennomenklatur.

den, zu dem noch verspätete Meldungen in erheblichem Umfang zu erwarten sind. Die gestiegenen Anforderungen an die Aktualität der Ergebnisse können daher nur mit Hilfe geeigneter Zuschätzverfahren erreicht werden, ohne größere qualitative Einbußen in Kauf nehmen zu müssen.

Für die weitere Arbeit auf Ebene der EU bedeutet dies, dass die Bewertung der verschiedenen Zuschätzverfahren der Mitgliedstaaten wichtig ist und in der Prioritätenliste vorrangig behandelt werden sollte. Wünschenswert wäre eine gewisse Harmonisierung im Bereich der Zuschätzungen, die zumindest zur Abschätzung der absoluten Höhe der Antwortausfälle verpflichten würde. Im übrigen müsste eine solche Angleichung auch Voraussetzung für die Weiterentwicklung jeglicher „top-down“-Abgleichungsverfahren sein, da ansonsten die Vergleichbarkeit der Datenbasis insbesondere am aktuellen Rand nicht gewährleistet ist. ■

# Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich

## Ergebnisse einer vergleichenden Analyse der Statistischen Zentralämter

Dieser Beitrag über die kurzfristigen, unterjährlichen Lohnstatistiken bildet den vorläufigen Abschluss der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Lohnstatistik, in deren Rahmen bereits ein allgemeiner Methodenaufsatz<sup>1)</sup>, eine Analyse des Datenmaterials der Europäischen Verdiensterhebung für das Jahr 1995<sup>2)</sup> und eine gemeinsame Pressemitteilung zur Arbeitskostenerhebung der Europäischen Union (EU) für das Jahr 1996 veröffentlicht worden sind. Die Untersuchung der kurzfristigen Lohnstatistik mündet in die Konzeption spezieller, auf den deutsch-französischen Vergleich ausgerichteter Indizes, die die Statistischen Zentralämter ab dem dritten Quartal 2000 vierteljährlich in Pressemitteilungen zeitgleich bekannt geben werden.

Die französische Fassung dieses Beitrags erscheint im *Courrier des statistiques*, Nr. 94/2000.

---

Peter Kaukewitsch  
Gruppe „Löhne und Gehälter“  
Statistisches Bundesamt

Pierrette Briant  
«Service des études et des statistiques industrielles»  
Ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie

---

ihre Zwecke geeigneten Vergleichsdaten zu bestimmen. Als Schlussfolgerung aus dem Methodenvergleich wird die Berechnung zusätzlicher, in der bilateralen Zusammenarbeit entwickelter Indizes dargestellt, die den Vergleich zwischen der deutschen und der französischen Lohnentwicklung verbessern. Aktuelle Ergebnisse werden ab dem dritten Quartal 2000 zeitgleich in abgestimmten Pressemitteilungen bekannt gegeben. Den Beitrag beschließt die Darstellung dieser Indizes im Zeitraum 1992 bis 1999.

### Vorbemerkung

Die Lohnstatistiken sollen einerseits Niveau, Struktur und Verteilung der Verdienste darstellen, die die Arbeitnehmer für ihre Tätigkeit vom Arbeitgeber erhalten, und andererseits Niveau und Struktur der Arbeitskosten abbilden, die den Arbeitgebern durch die Beschäftigung der Arbeitnehmer entstehen. Hierzu werden von den statistischen Ämtern Erhebungen verschiedener Art durchgeführt, die jeweils Teile des Gesamtbildes wiedergeben: Die Verdienststruktur wird in den mehrjährigen (ab 2006 vierjährigen) Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen dargestellt, die Aufwendungen der Arbeitgeber für die Beschäftigten in den vierjährigen Arbeitskostenerhebungen. Aktuelles Datenmaterial mit eingeschränktem Merkmalskatalog liefern laufende Verdiensterhebungen sowie zeitnahe Auswertungen sekundärstatistischer Quellen, insbesondere der Tarifverträge.

Für die beiden mehrjährigen Erhebungen hat der Rat der Europäischen Union mit der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten sichergestellt. Bei den kurzfristigen Statistiken haben sich die Mitgliedstaaten dagegen bisher nicht auf einheitliche Vorschriften einigen können. Die Bemühungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die kurzfristigen Lohnstatistiken auf informeller Basis durch Absprachen mit den Mitgliedstaaten zu vereinheitlichen, haben zu keinem überzeugenden Ergebnis geführt.

Dieser Beitrag stellt für die benachbarten EU-Mitgliedstaaten Deutschland und Frankreich die Methoden und verfügbaren Ergebnisse der kurzfristigen Lohnstatistiken dar und gibt damit den Benutzern die Möglichkeit, die für

## 1 Verfügbare kurzfristige Lohnstatistiken in Deutschland und Frankreich

Die französische kurzfristige Lohnstatistik basiert ganz überwiegend auf einer einzigen Quelle: der Erhebung über Beschäftigung und Beschäftigungsbedingungen der Arbeitskräfte («activité et conditions d'emploi de la main d'oeuvre»), im folgenden kurz „ACEMO“ genannt, die vom Arbeitsministerium durchgeführt und vom Statistischen Zentralamt (Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, INSEE) zur Errechnung verschiedener Aggregate und Indikatoren verwendet wird. Die deutsche kurzfristige Lohnstatistik dagegen verfügt über zwei Datenquellen, und zwar die vierteljährliche Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie die in den Tarifverträgen zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden vereinbarten Lohn- und Gehaltssätze, die vom Statistischen Bundesamt und der Deutschen Bundesbank mit unterschiedlicher Zielsetzung ausgewertet werden. Mithin ist die deutsche kurzfristige Lohnstatistik vielfältiger als die französische und beansprucht deswegen einen größeren Umfang in der Darstellung.

### 1.1 Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland

#### 1.1.1 Vierteljährliche Verdiensterhebung

Seit 1949 werden im früheren Bundesgebiet und seit 1991 in ganz Deutschland vierteljährlich Verdienstan-

1) Siehe De Gimmel, L./Alexandre, V./Dresch, A./Heinlein, D.: „Das System der deutschen und französischen Lohnstatistiken im Vergleich“ in WiSta 5/1998, S. 373 ff.

2) Siehe Rouault, D./Kaukewitsch, P./Söll, H.: „Verdienststruktur in Frankreich und Deutschland 1995 im Vergleich“ in WiSta 11/1998, S. 867 ff.

gaben von ausgewählten Stichprobenbetrieben erfragt. Die Erhebung erstreckt sich auf Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe (ohne Handwerk), Energie- und Wasserversorgung, Hoch- und Tiefbau, Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitte C, D ohne Handwerk, E, G, J sowie Gruppe 45.2 der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 – WZ 93). Die Handwerksbetriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie der überwiegend handwerklich geprägte Teil des Baugewerbes, das Ausbaugewerbe, sind nicht einbezogen, da hier besondere Tarifverträge gelten, das Erhebungsverfahren Besonderheiten des Handwerks nicht berücksichtigt und die überwiegend kleinen Handwerksbetriebe nicht vierteljährlich befragt werden sollten. (Für die wichtigsten Gewerbebezüge des Handwerks wird aber eine gesonderte Erhebung mit anfangs halbjährlicher, nun jährlicher Periodizität durchgeführt, die auch Kleinbetriebe einbezieht und gesonderte Angaben für die Gesellen des jeweiligen Gewerbebezuges liefert.)

Um regional und wirtschaftssystematisch tief gegliederte Ergebnisse zu erzielen, werden von den statistischen Ämtern Betriebe befragt. Kleinbetriebe – das sind hier Einheiten mit weniger als zehn Beschäftigten im Bergbau, Verarbeitenden Gewerbe sowie in der Energie- und Wasserversorgung und Einheiten mit weniger als fünf Beschäftigten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe – werden nicht berücksichtigt. Zur besseren Vergleichbarkeit und zur Vereinfachung der Datenerfassung beschränkt sich die Erhebung auf Vollzeitbeschäftigte, und zwar Arbeiter und Angestellte im Produzierenden Gewerbe sowie – wegen der hier geringeren Bedeutung von Arbeitern – ausschließlich Angestellte im erfassten Dienstleistungsbereich. Auch die leitenden Angestellten werden in diese kurzfristige Statistik nicht einbezogen. Ergebnisse für die nicht berücksichtigten Personengruppen liefern die mehrjährigen Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen.

Zur Vereinfachung des Aufbereitungsverfahrens werden als Merkmale Summenangaben erfasst, etwa Lohn- und Gehaltssummen sowie Beschäftigtenzahlen, die die Berechnung von Durchschnittsverdiensten ermöglichen. Erfragt werden diese Angaben in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen, Geschlecht und Leistungsgruppen sowie – bei den Angestellten – nach kaufmännischer und technischer Tätigkeit.

Die Leistungsgruppen untergliedern die Arbeitnehmer nach der ausgeübten Tätigkeit. Bei den Arbeitern berücksichtigt die Gliederung in ungelernete und angelernte Arbeiter sowie Fachkräfte nur das erforderliche Ausbildungsniveau. In der Definition der fünf Leistungsgruppen von Angestellten finden neben der Ausbildung noch die mit der ausgeübten Tätigkeit verbundene Selbständigkeit, Verantwortlichkeit und Dispositionsbefugnis ihren Ausdruck.

Die gemeldeten Lohn- und Gehaltssummen umfassen nur die laufend gezahlten Verdienstbestandteile. Nicht berücksichtigt werden Einmalzahlungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Gewinnbeteiligungen u.a., deren Einbeziehung zu schwer interpretierbaren Ergebnisschwankungen in den einzelnen Berichtsmonaten führen würde. Verdienstangaben einschließlich der Einmalzahlungen liefern die Jahresverdiensterhebung, allerdings ohne Leistungs-

gruppengliederung, sowie die mehrjährige Gehalts- und Lohnstrukturerhebung.

Für die Arbeiter im Produzierenden Gewerbe werden zusätzlich Arbeitszeitangaben erfragt, und zwar die Summe der insgesamt bezahlten Stunden und darunter gesondert die Mehrarbeitsstunden. In diesen Angaben zur Arbeitszeit kommt die konjunkturelle Entwicklung durch Kurzarbeit oder Mehrarbeit (Überstunden) häufig deutlicher zum Ausdruck als in den Verdiensten.

Als Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung werden nachgewiesen: die bezahlten wöchentlichen Arbeits- und Mehrarbeitsstunden sowie die Bruttostunden- und -monatsverdienste der Arbeiter und die Bruttomonatsverdienste der Angestellten, jeweils in der Gliederung nach Bundesländern, Wirtschaftszweigen, Geschlecht, Leistungsgruppen sowie – bei Angestellten – kaufmännischer oder technischer Tätigkeit.

Zur Darstellung der „reinen“, von Strukturveränderungen unbeeinflussten Entwicklung der Verdienste und Arbeitszeiten werden außerdem Laspeyres-Indizes mit konstanter Arbeitnehmerstruktur berechnet und veröffentlicht.

#### 1.1.2 Auf Auswertung der Tarifverträge basierende Statistiken

Die zwischen den Tarifparteien geschlossenen Verträge finden in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik ein breites Interesse, da etwa 90 % der Arbeitnehmer in Wirtschaftszweigen beschäftigt sind, für die Tarifverträge bestehen, und auch Unternehmen ohne rechtliche Bindung an die Tarifverträge deren Regelungen weitgehend in ihrer betrieblichen Lohnpolitik berücksichtigen. Die Vereinbarungen in den Tarifverträgen üben deshalb einen prägenden Einfluss auf die effektive Entwicklung der Löhne und Arbeitskosten aus. Beachtung finden die Tarifverträge außerdem als wirtschafts- und gesellschaftspolitisch übereinstimmende Willenserklärungen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Diesem großen Interesse trägt das beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) geführte Tarifregister Rechnung, dem die Tarifparteien nach § 4 des Tarifvertragsgesetzes eine Ausfertigung jedes Tarifabschlusses übermitteln müssen. Das Tarifregister veröffentlicht jährlich seit über zwei Jahrzehnten eine umfassende Darstellung der Tarifentwicklung des vergangenen Jahres im Bundesarbeitsblatt, das vom BMA herausgegeben wird.

Eine laufende Darstellung und Kommentierung der Tarifabschlüsse erfolgt außerdem durch das Tarifregister des gewerkschaftlich orientierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Als Veröffentlichungen sind die monatlichen „Informationen zur Tarifpolitik“, halbjährliche und jährliche Bilanzen der Tarifentwicklung in den „Mitteilungen“ des WSI sowie das „WSI-Handbuch“ zu erwähnen. Entsprechende, aber weniger regelmäßige und ausführliche Darstellungen und Kommentierungen werden von den Arbeitgeberorganisationen, zum Beispiel im sozialpolitischen Magazin der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ veröffentlicht.

Die Tarifverträge bilden eine wichtige Quelle für die amtlichen Lohnstatistiken: So publiziert das Statistische

Bundesamt halbjährlich für ausgewählte Tarifbereiche die Lohn- und Gehaltssätze für wichtige Arbeitnehmergruppen sowie die bedeutendsten Regelungen über die Arbeitsbedingungen, wie Wochenarbeitszeit, Höhe des Urlaubsanspruchs und der Einmalzahlungen.

Darüber hinaus dienen die Tarifverträge als Ausgangsbasis für die Berechnung von Indizes und Messzahlen über die tarifliche Lohn- und Gehaltsentwicklung, auf die im folgenden detaillierter eingegangen wird. Das Statistische Bundesamt berechnet Indizes zu den tariflichen Stunden- und Wochenlöhnen der Arbeiter, den Monatsgehältern der Angestellten sowie der Wochenarbeitszeit der Arbeiter und der Angestellten in ausgewählten Wirtschaftszweigen. Außerdem veröffentlicht die Deutsche Bundesbank Messziffern über Tarif- und Effektivverdienste, die tarifliche Arbeitszeit für die Gesamtwirtschaft sowie das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe). Wie im Folgenden gezeigt wird, unterscheiden sich die vom Statistischen Bundesamt und von der Deutschen Bundesbank publizierten Angaben in Zielsetzung, Berechnungsweise und Aussagewert und bilden somit jeweils einen eigenständigen Bestandteil der Lohnstatistik.

#### 1.1.2.1 Tarifindizes des Statistischen Bundesamtes

Die Tarifindizes des Statistischen Bundesamtes beschreiben die Entwicklung der zwischen den Tarifparteien vereinbarten Arbeitszeiten sowie Löhne und Gehälter in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen, Arbeitnehmergruppen (Arbeiter, Angestellte) sowie Geschlecht. Ihr Vergleich mit der Entwicklung der Effektivverdienste und der Effektivverdienstindizes gibt Aufschluss über außertarifliche Einflüsse auf die Verdienstentwicklung, wie die freie Lohngestaltung nicht tariflich gebundener Betriebe, übertarifliche Leistungen tariflich gebundener Betriebe, Auswirkungen der Wirtschaftskonjunktur, wie Mehr- oder Kurzarbeit. Darüber hinaus bilden die Tarifindizes für einige, nicht in der vierteljährlichen Verdiensterhebung berücksichtigte Wirtschaftszweige die einzigen Informationen über die Entwicklung der Arbeitnehmer-einkommen.

Die Indexberechnungen beziehen sich auf Kollektivtarifverträge, bei denen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände Vertragsparteien sind, und Firmentarifverträge, die zwischen Gewerkschaften und einem Arbeitgeber abgeschlossen werden. Ohne Gewerkschaftsbeteiligung abgeschlossene Verträge, wie zwischen Arbeitgeber und Belegschaftsvertretung vereinbarte Haustarife, bleiben unberücksichtigt.

Die Tarifindizes erstrecken sich auf das gesamte Produzierende Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, die Gebietskörperschaften sowie, zusätzlich für Arbeiter, das Friseurgewerbe.

Als Lohn/Gehalt berücksichtigt die Indexberechnung die in den Verträgen aufgeführten Grundlöhne/-gehälter, bei deren Differenzierung nach Alters- oder Ortsklassen jeweils den Wert der höchsten Klasse. Einbezogen werden außerdem tariflich vereinbarte, allgemein und laufend zu bezahlende Beträge, wie etwa monatlich zu entrich-

tende vermögenswirksame Leistungen. Dagegen vernachlässigt das Verfahren tariflich vereinbarte Zuschläge, die auf besondere Umstände abstellen und daher nicht allen Arbeitnehmern gezahlt werden, wie Familien-, Erschwernis-, Nacht- oder Schichtzuschläge, da den statistischen Ämtern keine Informationen über deren Verbreitung vorliegen. Die Berücksichtigung der Zulagen dürfte allerdings die Indexentwicklung nicht stark verändern, da die Zulagen überwiegend in Prozent des Basislohnes fixiert sind und sich damit meist in gleicher Weise wie der Grundlohn verändern. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung werden die Einmalzahlungen, wie Weihnachtsgeld, 13. Monatsgehalt, hier gleichfalls nicht berücksichtigt.

Da Tarifverträge keine Differenzierung der Lohn- und Gehaltssätze für Männer und Frauen vorsehen, ist die Nachweisung gesonderter Indizes für männliche und weibliche Arbeitnehmer nur deswegen sinnvoll, weil sich Männer und Frauen unterschiedlich auf Tarifverträge und deren Lohn- und Gehaltsgruppen verteilen. Aus diesem Grund liefert auch die gesonderte Berechnung von Indizes für Arbeiter und für Angestellte aussagefähige Ergebnisse, obwohl für die Lohn- und Gehaltssätze in den einzelnen Tarifbezirken meist die gleichen Steigerungsraten vereinbart werden.

Die Berechnung der Tarifindizes erfordert daher detaillierte Kenntnis über die Verteilung der Arbeitnehmer auf die Lohn- und Gehaltsgruppen der angewandten Tarifverträge in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Das benötigte Datenmaterial liefert die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (GLS), die für jeden tariflich bezahlten Arbeitnehmer Tarifvertrag und Lohn-/Gehaltsgruppe erfragt. Für die in den Indizes berücksichtigten, aber in der GLS nicht erfassten Wirtschaftszweige wird entsprechendes Datenmaterial durch Befragung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und Auswertung sonstiger Datenquellen, wie der Erwerbstätigenstatistik, zusammengestellt.

Entsprechend wird das Gewichtungsschema der Indizes aufgebaut, das – ihrem Charakter als Laspeyres-Indizes nach – bis zur nächsten Basisjahrumstellung konstant gehalten wird: Sein kleinster Baustein ist der Lohn-/Gehaltssatz multipliziert mit der Zahl der in der GLS ermittelten männlichen/weiblichen Arbeiter bzw. Angestellten in den einzelnen nachgewiesenen Wirtschaftszweigen. Hierbei werden jeweils so viele Tarifverträge bei einem Wirtschaftszweig berücksichtigt, dass deren einbezogene Arbeitnehmer wenigstens 75% aller nach Tarif bezahlten Beschäftigten umfassen. Von den Lohn- und Gehaltsgruppen werden nur die nach der Arbeitnehmerzahl bedeutendsten in die Berechnung einbezogen, wobei die Beschäftigten der nicht berücksichtigten Lohn- und Gehaltsgruppen den erfassten hinzugerechnet werden.

Die Tarifindizes werden vierteljährlich für die Berichtsmomente der laufenden Verdiensterhebung (Januar, April, Juli und Oktober) berechnet. Veröffentlicht werden Indizes der tariflichen Wochenarbeitszeit für Arbeiter und für Angestellte, Indizes der tariflichen Stunden- und Wochenlöhne der Arbeiter sowie der tariflichen Monatsgehälter der Angestellten, jeweils in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung.

### 1.1.2.2 Tarifindizes der Deutschen Bundesbank

Seit 1957 berechnet die Deutsche Bundesbank monatliche und vierteljährliche Tarifindizes, die ihr im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturbeobachtung zur Analyse der kurzfristigen Lohnentwicklung dienen. Besondere Beachtung widmet sie hierbei dem Vergleich mit der Effektivlohnentwicklung: Dazu errechnet sie eine „Lohn-drift“, die als Differenz zwischen den Veränderungsraten des Tarifindex auf Monatsbasis sowie der Messziffer für die Monatslöhne und -gehälter je Arbeitnehmer definiert wird. Diese Angaben veröffentlicht die Deutsche Bundesbank für die gesamte Volkswirtschaft und das Produzierende Gewerbe. Als Datenquellen für die Effektivverdienste dienen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, auf die im Folgenden noch eingegangen wird, sowie Lohn- und Gehaltssummen und Beschäftigtenzahlen aus den Bereichsstatistiken des Produzierenden Gewerbes.

Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Effektivverdiensten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berücksichtigt die Deutsche Bundesbank in ihren Tarifindizes neben den Kollektiv- und Firmentarifverträgen zusätzlich die Besoldungsgesetze für die Beamten und verwendet außerdem eine weiter gefasste Definition für die einbezogenen Löhne und Gehälter: Im Gegensatz zum Statistischen Bundesamt erfasst ihr Berechnungsverfahren auch Einmalzahlungen, wie Weihnachtsgeld, und Pauschalzahlungen für befristete Zeiträume, die bei lang andauernden Tarifverhandlungen häufig für die Monate zwischen dem Kündigungstermin des vorangegangenen und dem Abschluss des neuen Tarifvertrages vereinbart werden. Da diese Leistungen in dem Vierteljahr nachgewiesen werden, in dem die Zahlung erfolgt, ergeben sich wegen der Konzentration der Einmalzahlungen auf die Urlaubszeit (zusätzliches Urlaubsgeld) und das Jahresende (13. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld) im Jahresverlauf erhebliche Veränderungen der Lohnindizes. (Wie oben erwähnt, verzichten die vierteljährliche Verdiensterhebung und die Tarifstatistik des Statistischen Bundesamtes auf die Erfassung der Einmalzahlungen, um die ausschließlich von deren Zahlungsweise ausgelösten Schwankungen zu vermeiden.)

Auch in der Definition der Arbeitszeit, für die Berechnung des Index der Tariflöhne und -gehälter auf Stundenbasis sowie des Index der tariflichen Arbeitszeit, unterscheidet sich die Deutsche Bundesbank etwas vom Konzept des Statistischen Bundesamtes: Sie berücksichtigt nicht nur Veränderungen der tariflichen Wochenarbeitszeit, sondern auch des tariflichen Urlaubsanspruchs.

Die geforderte Aktualität und der Verzicht auf tief gegliederte Wirtschaftszweignachweisungen erlauben der Deutschen Bundesbank, ein einfacheres Gewichtungsschema anzuwenden als das Statistische Bundesamt. Während sich das Gewichtungsschema des Statistischen Bundesamtes auf den Angaben für eine Lohn-/Gehaltsgruppe eines Tarifbereichs in den einzelnen Wirtschaftszweigen aufbaut, basiert das Gewichtungsschema der Deutschen Bundesbank auf den Angaben für die einzelnen Tarifbezirke. Die hier beschäftigten Arbeiter und Angestellten bilden die Mengenkomponente und die Ecklöhne/-gehälter dienen als Preiskomponente. Soweit für Tarifbezirke keine explizit definierten Ecklöhne/-gehälter ausgewie-

sen sind, verwendet die Deutsche Bundesbank stattdessen eine Tarifgruppe mit durchschnittlichem Lohn-/Gehaltsniveau.

Das Gewichtungsschema hält die Deutsche Bundesbank nicht – wie bei einem Laspeyres-Index – über einen längeren Zeitraum konstant, sondern passt es in früher jährlichen, nun mehrjährigen Abständen der aktuellen Beschäftigtenstruktur an. Auch hieraus ergibt sich, dass dieser Index nicht darauf angelegt ist, die „reine“, von sonstigen Veränderungen unbeeinflusste Lohnentwicklung darzustellen wie etwa die Tarifindizes des Statistischen Bundesamtes.

### 1.1.3 Lohnstatistische Angaben der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern einige Kennzahlen, die das Gesamtbild der Lohnstatistik wesentlich erweitern: Hierzu zählen Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter sowie Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer, außerdem Lohnkosten je Arbeitnehmer und je Arbeitnehmerstunde im Monat.

Für die Berechnung dieser Größen gelten als Arbeitnehmer „Personen, die auf vertraglicher Basis für eine andere gebietsansässige institutionelle Einheit abhängig arbeiten und eine Vergütung erhalten“. Diese Definition differenziert nicht nach dem Umfang der Arbeitszeit und berücksichtigt sogar Personen, die vorübergehend nicht arbeiten, aber „formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind“.

„Arbeitnehmerentgelt“ und „Lohnkosten je Arbeitnehmer“ bezeichnen dieselbe Größe, einmal aus der Arbeitnehmer-, einmal aus der Arbeitgebersicht. Sie umfasst die Bruttolöhne und -gehälter sowie die tatsächlich an Versicherungen gezahlten und die unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber für ihre Beschäftigten. Zu den tatsächlichen Sozialbeiträgen rechnen insbesondere die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen zählen direkte betriebliche Zahlungen an die Arbeitnehmer zur sozialen Absicherung, wie die Gehalts- und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, betriebliche Zuschüsse zum gesetzlichen Kranken- oder Kurzarbeitergeld, zu Kuren und Behandlungskosten.

Bruttolöhne und -gehälter umfassen Geldleistungen, wie die Grundlöhne, prozessbedingte Zulagen und Zuschläge zum Beispiel für Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit, leistungsbezogene Lohnbestandteile, wie Produktivitätszuschläge und Einmalzahlungen, sowie außerdem Sachleistungen (die in Deutschland allerdings eine untergeordnete Rolle spielen). Die Lohn- und Gehaltssumme enthält auch die Besoldung der Beamten. Subtrahiert man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und die Lohnsteuerabzüge, so ergeben sich die Nettolöhne und -gehälter.

Die Kennziffer „Lohnkosten je Arbeitsstunde“ bezieht sich auf die tatsächlich geleistete Arbeitsstunde und unterscheidet sich auch damit vom Bruttostundenverdienst der Arbeiter der vierteljährlichen Verdienstatistik, der sich auf die bezahlte Stunde bezieht.

Bruttolöhne und -gehälter und Sozialbeiträge werden grundsätzlich der Periode zugeordnet, in der die ihnen entsprechende Arbeitsleistung erbracht wird. Einmalzahlungen und freiwillige Sozialleistungen werden allerdings erst in der Zahlungsperiode nachgewiesen.

Als Quellen benutzen die vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die im Zeitraum verfügbaren aktuellen Daten, darunter insbesondere die kurzfristigen Statistiken des Produzierenden Gewerbes und des Handels, tarifvertragliche Regelungen für den Dienstleistungsbereich, zu dem keine aktuellen Löhne und Gehälter vorliegen, die kurzfristigen Angaben der Bundesanstalt für Arbeit über die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, aus der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes die Anzahl der Beamten und Informationen der Bundesanstalt für Arbeit über geringfügig Beschäftigte auf der Basis des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung.

Die Zahl der geleisteten Stunden wird nach einem differenzierten Schätzverfahren vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ermittelt. Berücksichtigt werden hierbei unter anderem die tarifvertraglich festgelegten Arbeitszeiten, die in der laufenden Verdiensterhebung erfassten Mehrarbeitsstunden, die Angaben der gesetzlichen Krankenkassen über den Krankenstand, Urlaubsangaben aus dem Tarifarchiv des WSI sowie aus Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit die Kurzarbeitszeiten, die durch Streik verlorenen Arbeitstage und der Schlechtwetterausfall.

Das Statistische Bundesamt publiziert die Angaben der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Abstand von zwei bis drei Monaten nach dem Berichtsquartal. Es überprüft diese Ergebnisse jedoch in den Jahresnachweisen und überarbeitet sie schließlich nochmals in den großen Revisionen für längere Zeiträume (derzeit liegen vergleichbare Ergebnisse ab 1991 vor).

## 1.2 Kurzfristige Lohnstatistiken in Frankreich

Anders als Deutschland verzichtet Frankreich auf umfassende Auswertungen der Tarifverträge. Das Arbeitsministerium fertigt hier lediglich eine Übersicht über die vereinbarten Mindestlöhne in den 210 wichtigsten Tarifbereichen (mit wenigstens 10 000 Beschäftigten) für die Commission des conventions collectives.

### 1.2.1 Vierteljährliche ACEMO-Erhebung des Arbeitsministeriums

In Frankreich wird die kurzfristige Verdienstentwicklung von der amtlichen Statistik durch die ACEMO-Erhebung beobachtet, die zugleich eine wichtige Quelle zur Darstellung der Beschäftigungs- und Arbeitszeitentwicklung bildet. In den vorangegangenen Jahren entwickelte das Arbeitsministerium – in engem Kontakt mit INSEE, den Sozialpartnern und wichtigen Nutzergruppen – eine Neukonzeption dieser Erhebung, die ab Dezember 1998 realisiert wird.

ACEMO wird vierteljährlich durchgeführt, vor der Neukonzeption für die Berichtsmonate Januar, April, Juli

und Oktober, danach für März, Juni, September und Dezember.

Die Erhebung wendet sich an stichprobenmathematisch ausgewählte Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft, einschließlich der in diesem Sektor tätigen Betriebe der öffentlichen Hand. Es erfolgt ein kontinuierlicher Austausch der Berichtsbetriebe mit einer Quote von 5% bei jeder Einzelbefragung.

Bis Dezember 1998 bezog sich die Erhebung auf die Arbeitnehmer in der Untergliederung nach den Lohn- und Gehaltsgruppen der Tarifverträge. In der Folgezeit werden die Betriebe zur Bestimmung der zu beobachtenden Arbeitnehmergruppen bei der Erstbefragung aufgefordert, die Arbeitnehmergruppen unter den Beschäftigten auszuwählen, die am besten die vier Hauptgruppen der sozioprofessionellen Klassifikation (Arbeiter; Bürokräfte und Verkaufspersonal; Techniker und andere Sachbearbeiter; wissenschaftliche Fachkräfte und leitende Angestellte) repräsentieren. Diese ausgewählten Arbeitnehmergruppen werden den Meldungen im gesamten Berichtszyklus zugrunde gelegt.

Als Merkmale liefern die Betriebe für die ausgewählten Arbeitnehmergruppen das Basismonatsentgelt und die Normalarbeitszeit im Berichtsmonat. Somit bleiben alle Zuschläge und Zulagen sowie unregelmäßige Zahlungen, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, unberücksichtigt. Die Definition der Merkmale schließt auch den Einfluss von Kurz- oder Mehrarbeit aus.

Zusätzlich erfragt die Neufassung von ACEMO die Zahl der Arbeitnehmer, darunter die der Teilzeitbeschäftigten, am Ende des Berichtsquartals sowie die Lohn- und Gehaltssumme, die insgesamt bezahlten Arbeitsstunden, darunter die Mehrarbeitsstunden, für das gesamte letzte Quartal. Dieser Merkmalskomplex ähnelt zwar den Angaben der vierteljährlichen Verdiensterhebung, entspricht jedoch noch mehr den Fragen nach Löhnen und Gehältern und tätigen Personen im Monatsbericht für das Verarbeitende Gewerbe und für den Bergbau, insbesondere durch die Kombination von Zeitraum- und Stichtagsangaben.

Veröffentlicht werden Indizes über das Basismonatsentgelt für die Arbeitnehmer insgesamt und die vier Hauptgruppen der sozioprofessionellen Klassifikation sowie über den Basisstundenlohn der Arbeiter. Es handelt sich hierbei um Laspeyres-Indizes mit konstanter Gewichtung, die aus den Ergebnissen einer zusätzlichen vierteljährlichen Erhebung abgeleitet wird.

Die zusätzlich erfassten Merkmale ermöglichen die Berechnung effektiver Bruttomonats- und Stundenverdienste unter Berücksichtigung aller Zulagen und unregelmäßigen Zahlungen sowie von Kurz- und Mehrarbeit.

### 1.2.2 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die lohnstatistischen Kennzahlen der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die durch das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den EU-Mitgliedstaaten definiert sind, werden in Frankreich auf folgende Weise ermittelt: Eine erste Schätzung der Lohn- und Gehaltssumme erfolgt aus den Angaben zur Arbeitszeit, zum Stundenlohn der Arbeiter sowie zur

Beschäftigung aus ACEMO und Unterlagen der Sozialversicherung (DADS). Diese Summe wird in einem Abstimmungsverfahren den Jahresangaben, die sich auf vollständigeren Quellen stützen, angepasst. Aus ihr errechnet sich durch Division durch die Beschäftigtenzahl die Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer. Zur Ermittlung des Arbeitnehmerentgelts sowie der Lohnkosten je geleistete Arbeitsstunde werden die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Lohn- und Gehaltssumme zugeschlagen und dieser Wert dann wieder durch die Anzahl der Arbeitnehmer bzw. der geleisteten Stunden geteilt. Zur Ermittlung der Arbeitgeberbeiträge werden die aktuellen gesetzlichen Beitragssätze auf die Lohn- und Gehaltssumme unter der Berücksichtigung der Verteilung der Verdienste nach DADS angewendet.

## 2 Hauptverwendungszwecke der kurzfristigen Lohnstatistiken in Deutschland und in Frankreich

Löhne und Gehälter bilden für die meisten Arbeitnehmer die einzige oder doch die hauptsächliche Quelle zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts. Daher dienen Lohn- und Gehaltsangaben als eine unverzichtbare Grundlage für sozialpolitische Maßnahmen und Analysen. Sie gehen außerdem als Preis der Arbeit in arbeitsmarkt- und konjunkturpolitische Untersuchungen ein. Schließlich spielen sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine wichtige Rolle, u.a. zur Berechnung der Konsumnachfrage. Im Folgenden werden einzelne, besondere Verwendungszwecke von Lohn- und Gehaltsangaben dargestellt.

### 2.1 Sozialpolitische Zwecke

Mitunter beziehen sich sozialpolitische Regelungen unmittelbar auf Angaben der Lohnstatistik: So werden in Deutschland die im Rahmen des Berufsschadensausgleichs gezahlten Renten mit den entsprechenden Angaben der laufenden Verdiensterhebung fortgeschrieben und Altersrenten in Sonderfällen, zum Beispiel für Spätaussiedler, aus diesem Datenmaterial abgeleitet. In den Rechtsvorschriften über die Anpassung von Erbpachtzinsen wird die Entwicklung der Verdienstindizes ausdrücklich als Maßstab für die Änderung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse herangezogen. Von größter Bedeutung ist die Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Anlehnung an die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen Nettolöhne/-gehälter.

Die tiefe Gliederung der vierteljährlichen Verdiensterhebung nach Wirtschaftszweigen, Geschlecht und Leistungsgruppen ermöglicht den Nachweis sozialpolitisch benachteiligter Arbeitnehmergruppen, zum Beispiel der Niedrigverdiener. Die Verdienste dieser Arbeitnehmergruppen werden bei Analysen über die Realisierung des Abstandsgebots, das heißt die Wahrung eines gewissen Abstands zwischen Lohnhöhe und Sozialleistungen, herangezogen.

Das herausragendste Beispiel für die Nutzung lohnstatistischer Angaben für sozialpolitische Zwecke in Frankreich bildet die Berücksichtigung der ACEMO-Ergeb-

nisse bei der Anpassung des gesetzlichen Mindestlohnes (SMIG) an die wirtschaftlichen Verhältnisse, die jeweils bis zum 1. Juli jeden Jahres vorzunehmen ist. Die Erhöhung des SMIG muß wenigstens die Hälfte des Kaufkraftgewinnes ausmachen, der für den Bruttostundenverdienst der Arbeiter ermittelt worden ist. Die Entwicklung des SMIG ist für die französische Sozialpolitik auch deswegen von großer Bedeutung, weil sich weitere sozialpolitisch relevante Minima nach diesem Wert richten.

### 2.2 Arbeitsmarktpolitische Zwecke

In den Verhandlungen der Tarifparteien bilden lohnstatistische Angaben eine wichtige Basisinformation. Hierbei stellt Deutschland in den von der vierteljährlichen Verdiensterhebung berücksichtigten Wirtschaftszweigen mit dem Nachweis der effektiven Verdienste sowie den bezahlten Wochenstunden, darunter Mehrarbeitsstunden für Arbeiter, den Indizes über Verdienste und Arbeitszeiten mit konstanter Arbeitnehmerstruktur sowie den Tarifindizes Material für sehr detaillierte Analysen zur Verfügung; so ermöglicht der Vergleich zwischen den Veränderungsraten der Verdienste und der Verdienstindizes zum Beispiel die Quantifizierung des Einflusses von Strukturveränderungen, der zwar nicht unmittelbar Gegenstand der Tarifverhandlungen ist, hier aber als unabhängige zusätzliche Veränderungsgröße der Verdienste zu berücksichtigen ist. Darüber hinaus zeigt der Vergleich zwischen Verdienst- und Tarifindizes das Ausmaß weiterer nicht tariflich geregelter oder zu regelnder Einflüsse. Die Arbeitszeitangaben für Arbeiter lassen den konjunkturellen Einfluss durch Kurz- und Mehrarbeit erkennen.

Besonderes Interesse besteht bei den französischen Arbeitgebern an der Entwicklung des Index der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde, jener Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die neben den Löhnen die Belastung der Arbeitgeber durch die Arbeitgeberbeiträge berücksichtigt.

Auch Branchenanalysen im Rahmen der Industrie- und Beschäftigungspolitik benötigen die detaillierten Verdienstangaben der laufenden Erhebungen, da Löhne und Arbeitskosten für die Personalpolitik und Investitionsentscheidungen der Unternehmen von großer Bedeutung sind.

### 2.3 Zur Konjunkturbeobachtung

Konjunkturforschungsinstitute sind an der Entwicklung der Löhne zur Abschätzung der Nachfrage der Haushalte nach Verbrauchs- und Gebrauchsgütern und als Bestimmungsgröße für die Nachfrage nach Arbeit, aber auch für das gesamte Preisniveau, interessiert. Sie verwenden für ihre Analysen überwiegend die Indikatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in Deutschland zusätzlich die von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Tarifindizes, da zum Beispiel durch den Vergleich der Entwicklung der Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer und der Entwicklung der Tarifindizes auf Stunden- und Monatsbasis häufig zusätzliche Erkenntnisse für die Analyse des Konjunkturverlaufs gewonnen werden können. INSEE erweitert die Analysemöglichkeiten durch Fortschätzung der Verdienste, die von den ACEMO-Ergeb-

nissen ausgehend weitere Einflussgrößen, wie Preisentwicklung und Arbeitslosenquote, berücksichtigen.

## 2.4 Weitere Verwendungszwecke

Den einzelnen Unternehmen dienen die lohnstatistischen Ergebnisse zur Indexierung der Lohnkosten in Preisgleitklauseln bei langfristigen Lieferverträgen; hierbei werden in Deutschland recht unterschiedliche statistische Angaben verwendet, sowohl die Absolutwerte als auch Indizes der Effektiv- und Tariflöhne. In Frankreich wird hierzu häufig der Index der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde herangezogen, der auch die Entwicklung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung berücksichtigt.

Die Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung dienen den Unternehmen auch für Vergleiche zwischen den eigenen Lohnkosten und dem Branchendurchschnitt und bieten den Betrieben ohne Tarifbindung Anhaltspunkte für die eigene Lohnpolitik.

In gleicher Weise können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Vertragsverhandlungen aus der laufenden Verdiensterhebung Anhaltspunkte für die eigenen Gehaltsforderungen ableiten.

Außerdem benutzen Verbände, Gemeinden und Privatpersonen die Verdienstindizes zur Anpassung von Einkommensklauseln in wirtschaftlichen und privaten Verträgen (Erbbauszinsanpassung, Unterhaltsverträge).

## 3 Geeignete lohnstatistische Angaben für den Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich

Mit der Globalisierung der Märkte und der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes hat die Nachfrage nach international vergleichbaren Daten zugenommen. Unverzichtbar sind vergleichbare Daten über die EU-Mitgliedstaaten für alle Institutionen der EU, insbesondere für die Kommission und das Europäische Parlament, sowie die Europäische Zentralbank. Die Bereitstellung solcher Daten für alle Mitgliedstaaten ist Aufgabe Eurostats. Soweit die Datenbereitstellung nicht durch EG-Verordnungen geregelt ist, muss Eurostat Ergebnisse für die einzelnen Mitgliedstaaten publizieren, die die besten Vergleichsmöglichkeiten im Hinblick auf die jeweiligen Verwendungszwecke bieten.

Die Integration der Märkte über die Grenzen hinweg schafft aber besonders in benachbarten EU-Staaten, wie Frankreich und Deutschland, eine dringliche Nachfrage nach bilateral vergleichbaren Daten<sup>3)</sup>. Die hierfür am besten geeigneten Daten müssen nicht mit den von Eurostat veröffentlichten übereinstimmen, die unter dem Gesichtspunkt des bestmöglichen Vergleichs zwischen allen Mitgliedstaaten ausgewählt worden sind, wie im Fol-

genden für die lohnstatistischen Angaben von Deutschland und Frankreich gezeigt wird.

## 3.1 Von Eurostat veröffentlichte Indikatoren

Eurostat sammelt kurzfristige Verdienstangaben der Mitgliedstaaten, um einerseits Gesamtwerte für die EU berechnen zu können und andererseits in Veröffentlichungen einen vergleichenden Überblick über die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Diese Informationen sind für die Kommission, die Regierungen der Mitgliedsländer, die Öffentlichkeit und die Unternehmen gedacht, sollen aber insbesondere den Datenbedarf der Europäischen Zentralbank befriedigen. Hierzu hat sich Eurostat mit einem konkreten Forderungskatalog an die Mitgliedsländer gewandt. Die Lieferung der Daten wurde nicht in einer Rechtsnorm geregelt, sondern in bilateralen Vereinbarungen zwischen Eurostat und den einzelnen Mitgliedstaaten auf Grundlage des vorhandenen Datenmaterials festgelegt.

Im einzelnen vereinbarte Eurostat mit den Mitgliedstaaten die Lieferung vierteljährlicher Indikatoren zur Entwicklung der Verdienste sowie der Arbeitskosten. Als Indikatoren über die Verdienstentwicklung werden Indizes über die Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter und die Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer in der gesamten Wirtschaft angefordert.

Die Entwicklung der Arbeitskosten stellt Eurostat in drei Indikatoren dar, und zwar den Kosten einer geleisteten Arbeitsstunde als Gesamtwert sowie in der Untergliederung nach direkten Kosten (Löhne und Gehälter) und indirekten Kosten (Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung u.a. sowie „sonstige“ Arbeitskosten). Gefordert werden diese Indikatoren für die gesamte gewerbliche Wirtschaft, in der Abgrenzung der Abschnitte C bis K der WZ 93, sowie für die Industrie, Abschnitte C bis E, mit geringerer Priorität die entsprechenden Angaben nach Wirtschaftsabteilungen.

Als Verdienstindikatoren liefert Deutschland Indizes für die Bruttostundenverdienste der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe sowie die Bruttomonatsverdienste aller in der vierteljährlichen Verdiensterhebung erfassten Arbeitnehmer, also der Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe sowie der Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Aufgrund des bestehenden begrenzten Erfassungsbereichs der vierteljährlichen Verdiensterhebung kann Deutschland die Datenwünsche Eurostats nicht in vollem Umfang erfüllen.

Da Arbeitskosten nur mit vierjähriger Periodizität erhoben werden, beruhen die vierteljährlichen Arbeitskostenindikatoren auf Schätzungen. Von Niveau und Struktur der in der letzten Erhebung ermittelten Arbeitskosten ausgehend, berechnet Deutschland die gewünschten Indizes durch Fortschreibung der einzelnen Kostenbestandteile mit den verfügbaren aktuellen Informationen. Das sind insbesondere die Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung mit der Folge, dass auch die Arbeits-

3) Zum grenzüberschreitenden Einfluss auf Niveau und Struktur der Löhne in benachbarten Regionen siehe Briant, P./Sinner-Bartels, B.: „Verdienstniveau in Baden-Württemberg merklich höher als im Elsaß“ in Baden-Württemberg in Wort und Zahl 8/1999, S. 363 ff.

kostenindikatoren nur für den Erfassungsbereich dieser Erhebung berechnet werden können.

Das französische Arbeitsministerium liefert als Verdienstindikatoren die Indizes über den Basisstundenlohn der Arbeiter in der Industrie und den Basismonatslohn für die Gesamtheit der Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft, die auf der ACEMO-Erhebung basieren. Anders als in Deutschland werden die übermittelten Arbeitskostenindizes aus Ergebnissen der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgeleitet.

### 3.2 Verbessertes Datenangebot für den deutsch-französischen Vergleich

Nach Analyse des vorliegenden Datenmaterials sowie der Benutzerwünsche ist die Feststellung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Lohnstatistiken der beiden Länder Voraussetzung für die Entwicklung möglichst aussagefähiger Indikatoren für den deutsch-französischen Vergleich. Hierbei werden die lohnstatistischen Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die an Eurostat gelieferten Arbeitskostenindizes nicht berücksichtigt, die durch europäische Rechtsvorschriften bereits definiert sind oder in naher Zukunft definiert werden.

#### 3.2.1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede von ACEMO und den deutschen Lohnstatistiken

Die von Eurostat als Verdienstindikatoren veröffentlichten Daten sind Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung für Deutschland und der ACEMO-Erhebung für Frankreich. Diese beiden Erhebungen weichen in vielerlei Hinsicht voneinander ab:

- Die deutsche Erhebung (LVE) erfasst mit Bergbau, Verarbeitendem Gewerbe (ohne Handwerk), Energie und Wasserversorgung, Hoch- und Tiefbau, Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe nur einen Teilbereich der gesamten von ACEMO befragten gewerblichen Wirtschaft.
  - Die deutsche Erhebung berücksichtigt die im Berichtsmonat vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes und Angestellten des erfassten Dienstleistungsbereichs in der Gliederung nach Leistungsgruppen. Dagegen hat sich ACEMO bis Juli 1998 auf die in den Tarifverträgen ausgewiesenen Lohn- und Gehaltsgruppen bezogen und legt den Meldungen seitdem bei der Erstbefragung ausgewählte Arbeitnehmergruppen zugrunde, die die vier Hauptgruppen der sozioprofessionellen Klassifikation in den Betrieben am besten repräsentieren. Die Gewichtung der Positionen erfolgt, wie bereits erwähnt, nach den Ergebnissen einer weiteren vierjährigen Erhebung und wird im Zeitraum zwischen diesen Erhebungen konstant gehalten. Die laufenden Veränderungen der Beschäftigtenstruktur bleiben also – im Gegensatz zur deutschen Erhebung – unberücksichtigt.
  - Als Verdienst erfasst die deutsche Erhebung alle Zahlungen, die sich auf den Berichtsmonat beziehen; damit bleiben insbesondere die Einmalzahlungen unberücksichtigt; ACEMO lässt neben den Einmalzahlungen auch alle Zulagen und Zuschläge außer Betracht.
- Als Arbeitszeit erfragt ACEMO die Normalarbeitszeit, die deutsche Erhebung hingegen die bezahlten Stunden der Arbeiter im Berichtsmonat. Kurz- oder Mehrarbeit kommt somit in den deutschen, nicht aber in den französischen Ergebnissen zum Ausdruck. Die seit Neukonzeption von ACEMO zusätzlich erfragten Merkmale, die bezahlten Stunden und die Lohn- und Gehaltssumme des Quartals sowie die am Ende des Quartals beschäftigten Arbeitnehmer, berücksichtigen gleichfalls Kurz- und Mehrarbeit, stimmen aber in keinem Fall mit Merkmalen der deutschen Erhebung überein: Die bezahlten Stunden umfassen in der ACEMO auch die Arbeitszeit der Angestellten, die Lohn- und Gehaltssumme schließt auch die Einmalzahlungen ein, die Arbeitnehmer werden nur als Stichtagsangabe erfasst und schließen auch die Teilzeitbeschäftigten ein. Es ist nicht zu erwarten, dass sich aus diesen Merkmalen aussagefähige Ergebnisse für den Vergleich mit der deutschen Erhebung errechnen lassen.

Insgesamt ist also festzustellen, dass sich die Merkmale von LVE und ACEMO deutlich unterscheiden und sich deren Ergebnisse nicht für kurzfristige Vergleiche zwischen den beiden Ländern eignen.

Deutlich mehr Gemeinsamkeiten und geringere Abweichungen zeigt der Vergleich zwischen ACEMO und der Tarifstatistik des Statistischen Bundesamtes:

- Es wird weitgehend derselbe Wirtschaftsbereich abgebildet: Im Gegensatz zu Frankreich berücksichtigt Deutschland die Gebietskörperschaften, aber nicht das Gastgewerbe sowie die Dienstleistungen für Unternehmen.
- Vor der Neukonzeption bezog sich ACEMO auf die Lohn- und Gehaltsgruppen der Tarifverträge, auf denen auch die Tarifindizes des Statistischen Bundesamtes basieren. Mit dem Ersatz der tariflichen Lohn- und Gehaltsgruppen durch Arbeitnehmergruppen, die im Betrieb die Hauptgruppen der sozioprofessionellen Klassifikation repräsentieren, ist eine Gemeinsamkeit aufgegeben worden. Als Gemeinsamkeit bleibt aber erhalten, dass beide Lohnstatistiken sich auf Arbeitnehmerpositionen beziehen, die für eine längere Berichtsperiode – bis zur nächsten Umbasierung – konstant gehalten werden, und somit die laufenden Veränderungen der Arbeitnehmerstruktur außer Betracht bleiben.
- Vernachlässigt man den neuen zusätzlichen Merkmalskomplex von ACEMO, so zeigen die berücksichtigten Arbeitszeit- und Lohnangaben große Ähnlichkeit: ACEMO bezieht sich auf die betrieblich vereinbarte, die deutschen Tarifindizes auf die zwischen den Tarifparteien vereinbarte Arbeitszeit. In den meisten Betrieben dürfte die tarifliche mit der betrieblichen Arbeitszeit übereinstimmen. Als Lohn erfragt ACEMO die effektiv gezahlten Basislöhne bzw. -gehälter ohne alle Zuschläge, während die deutschen Tarifindizes das tariflich vereinbarte Basisentgelt verwenden, allerdings einschließlich allgemein und laufend gezahlter Zulagen und Zuschläge (hierbei handelt es sich meist nur um laufend gezahlte vermögenswirksame Leistungen). Unregelmäßig gezahlte Verdienstbestandteile und die

Einmalzahlungen wie auch der Einfluss von Kurz- und Mehrarbeit auf den Verdienst bleiben in beiden Statistiken unberücksichtigt.

- Ein erheblicher Unterschied ist jedoch in den veröffentlichten Ergebnissen festzustellen: Deutschland publiziert Indizes für Arbeiter und Angestellte in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht, Frankreich gibt dagegen Indizes für die Arbeitnehmer insgesamt und für die vier sozioprofessionellen Hauptgruppen nach Wirtschaftszweigen bekannt.

Zwischen dem Tarifindex der Deutschen Bundesbank und ACEMO bestehen Gemeinsamkeiten und Unterschiede wie zwischen ACEMO und der Tarifstatistik des Statistischen Bundesamtes. Das sind im einzelnen:

- Der Tarifindex der Deutschen Bundesbank erfasst die gesamte Volkswirtschaft, ACEMO nur den gewerblichen Sektor.
- Er bezieht sich auf alle Arbeitnehmer eines Tarifbereichs; auf eine Differenzierung nach Arbeitnehmergruppen, wie in ACEMO, wird verzichtet.
- Er berücksichtigt zusätzlich, was die Arbeitszeit betrifft, auch Änderungen des Urlaubsanspruchs, und, was den Lohn betrifft, auch die Einmalzahlungen.
- Die Deutsche Bundesbank veröffentlicht nur hochaggregierte Angaben, nämlich Indizes der Arbeitszeit und der Verdienste aller Arbeitnehmer für die gesamte Volkswirtschaft und für das Produzierende Gewerbe.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass zwischen ACEMO und den einzelnen deutschen Lohnstatistiken zwar durchaus Gemeinsamkeiten festzustellen sind, zugleich aber auch so große Abweichungen bestehen, dass ein unmittelbarer Ergebnisvergleich erhebliche Einschränkungen in Kauf nehmen muss.

### 3.2.2 Neue Indizes für den deutsch-französischen Vergleich

Neben den Unterschieden ergeben sich aus der vorangehenden Darstellung jedoch auch Ansatzpunkte zur Berechnung besserer Vergleichsdaten aus dem vorliegenden Material. Die besten Möglichkeiten hierzu sahen die Statistischen Zentralämter in einer Annäherung von ACEMO und der Tarifstatistik des Statistischen Bundesamtes. ACEMO konnte durch eine zusätzliche Aufbereitung weitgehend dem in der Tarifstatistik dargestellten Wirtschaftsbereich angepasst werden. Andererseits übernahm die deutsche Tarifstatistik von ACEMO die Berechnung des Stundenentgeltindex für Arbeitnehmer.

#### 3.2.2.1 Zusätzliche deutsche Tarifindizes und angepasste ACEMO-Indizes

Die Beschränkung auf Indizes für Arbeiter und Angestellte in der deutschen Tarifstatistik, also der Verzicht auf die Berechnung eines Gesamtindex für beide Arbeitnehmergruppen, stellte für Vergleiche einen erheblichen Störfaktor dar. Da die Aufstellung aggregierter Indizes aus den Teilindizes lediglich eine Anpassung der EDV-Programme erforderte, erklärte sich das Statistische Bun-

desamt bereit, zusätzliche Indizes für Arbeitnehmer insgesamt zu berechnen.

Zur Vereinheitlichung der unterschiedlichen Erhebungsbereiche vereinbarten die statistischen Ämter, die Indexberechnung auf den bisher gemeinsam erfassten Wirtschaftsbereich, Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenwesen sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe, zu beschränken; denn einerseits war eine Ausdehnung von ACEMO auf die Gebietskörperschaften nicht realisierbar, andererseits konnte die deutsche Tarifstatistik nicht die Sektoren Gastgewerbe und Dienstleistungen für Unternehmen einbeziehen, da hier die Arbeitnehmer einen geringen Organisationsgrad aufweisen und Tarifregelungen eine unbedeutende Rolle bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen spielen.

Um den Benutzern ein möglichst vollständiges Bild von der Lohnentwicklung zu geben, entschlossen sich die Statistischen Zentralämter, mehrere Indizes anzubieten, Indizes der Stundenentgelte, der nominalen und realen Monatsentgelte sowie der wöchentlichen Arbeitszeit.

Die Stundenentgeltindizes vermitteln den Benutzern vor allem eine Vorstellung von der Entwicklung der Arbeitskosten in den Unternehmen. Mit Hilfe der Indizes der nominalen und realen Monatsentgelte können sie die Einkommens- und Kaufkraftentwicklung der Arbeitnehmer verfolgen. Schließlich informiert der Index der Wochenarbeitszeit über Veränderungen der den Arbeitgebern zur Verfügung gestellten Arbeitszeit und kann – als Bindeglied zwischen Stunden- und Monatsentgeltindex – Unterschiede in der Entwicklung dieser Werte erklären, die beispielsweise bei der Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich auftreten werden.

Mit diesen Indizes haben die Benutzer erstmals die Gelegenheit, die Lohnentwicklung in Deutschland und Frankreich anhand aktueller und vergleichbarer Angaben zu verfolgen und zu analysieren. Bei Nutzern aus der Privatwirtschaft dürften diese Indizes in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen ein besonderes Interesse finden.

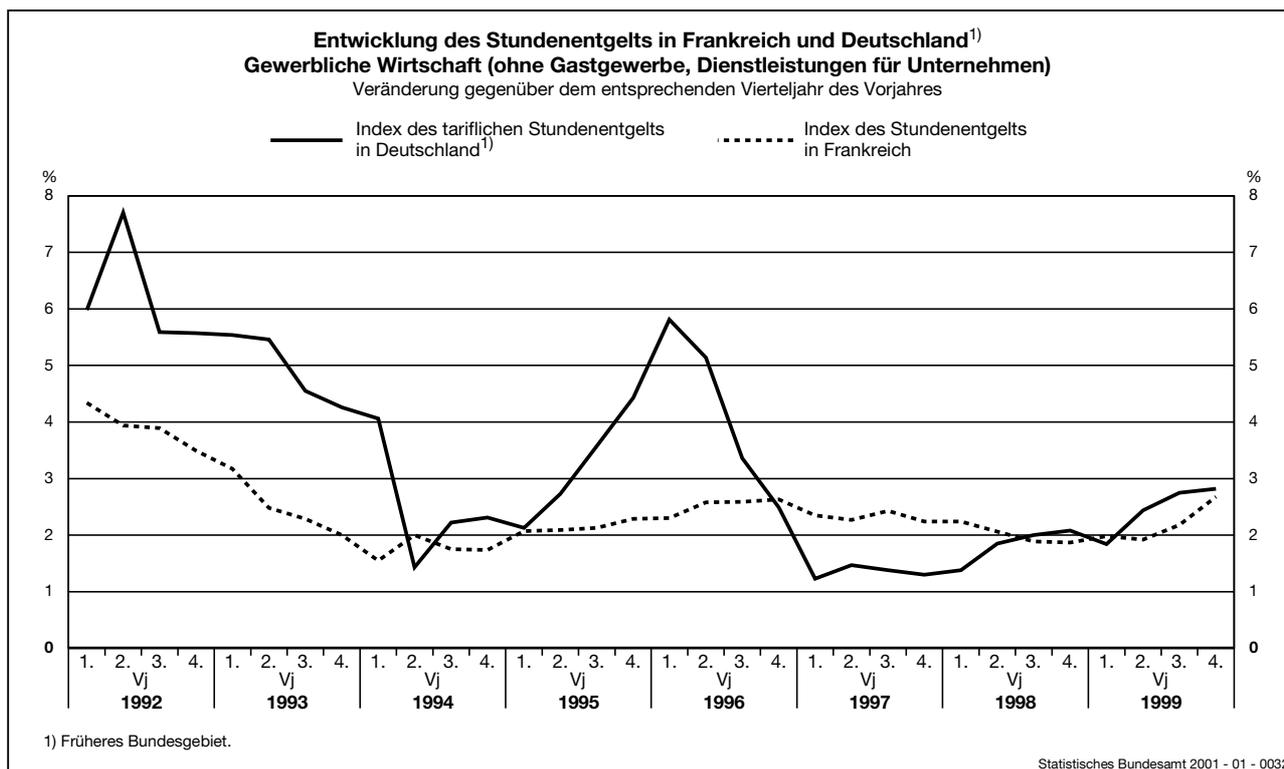
In der Anwendung ist jedoch der besondere Charakter dieser Indizes zu beachten, die auf Beobachtung der „reinen“ Lohnentwicklung abgestellt sind, wie sie in Tarifverträgen und – auf französischer Seite – auch in Betriebsvereinbarungen zum Ausdruck kommt.

Sie berücksichtigen weder Veränderungen in der Arbeitnehmerstruktur noch den Einfluss von Kurz- und Mehrarbeit; in dieser Hinsicht entsprechen sie dem Employment Cost Index der Vereinigten Staaten.

#### 3.2.2.2 Entwicklung der neuen Indizes 1991 bis 1999

Als Einführung zu den vorgesehenen Pressemitteilungen ab dem dritten Quartal 2000 wird im Folgenden die Entwicklung dieser Indikatoren zusammenfassend von 1991 bis 1999 dargestellt. Dieser Zeitabschnitt wurde gewählt, weil die deutsche Volkswirtschaft durch die deutsche Vereinigung 1990 eine bedeutende Veränderung erfuhr, die die Indikatoren wesentlich beeinflusst hat. Die Darstellung muss sich in Deutschland auf das frühere Bundesgebiet beschränken, da die für die Berechnung der Tarifindizes benötigten Unterlagen für die neuen Länder und

Schaubild 1



Berlin-Ost erst mit der 1995 durchgeführten Gehalts- und Lohnstrukturerhebung bereitgestellt werden konnten.

Betrachtet man den gesamten Beobachtungszeitraum, so stiegen die Indizes der Stundenentgelte durchschnittlich um jährlich 3,3% in Deutschland und 2,6% in Frankreich und die Indizes der Bruttomonatsentgelte etwas weni-

ger, um 3,0 bzw. 2,4% (siehe die Schaubilder 1 und 2). Den Unterschied in den Zuwachsraten der Stunden- und Monatsentgelte erklären Verkürzungen der vereinbarten Arbeitszeit (siehe Schaubild 3), die in Deutschland 1991 bis 1999 insgesamt 3%, in Frankreich 1,5% ausmachten. Da der deutsche Preisindex für die Lebenshaltung etwas stärker zunahm als der französische, erhöhten

Schaubild 2

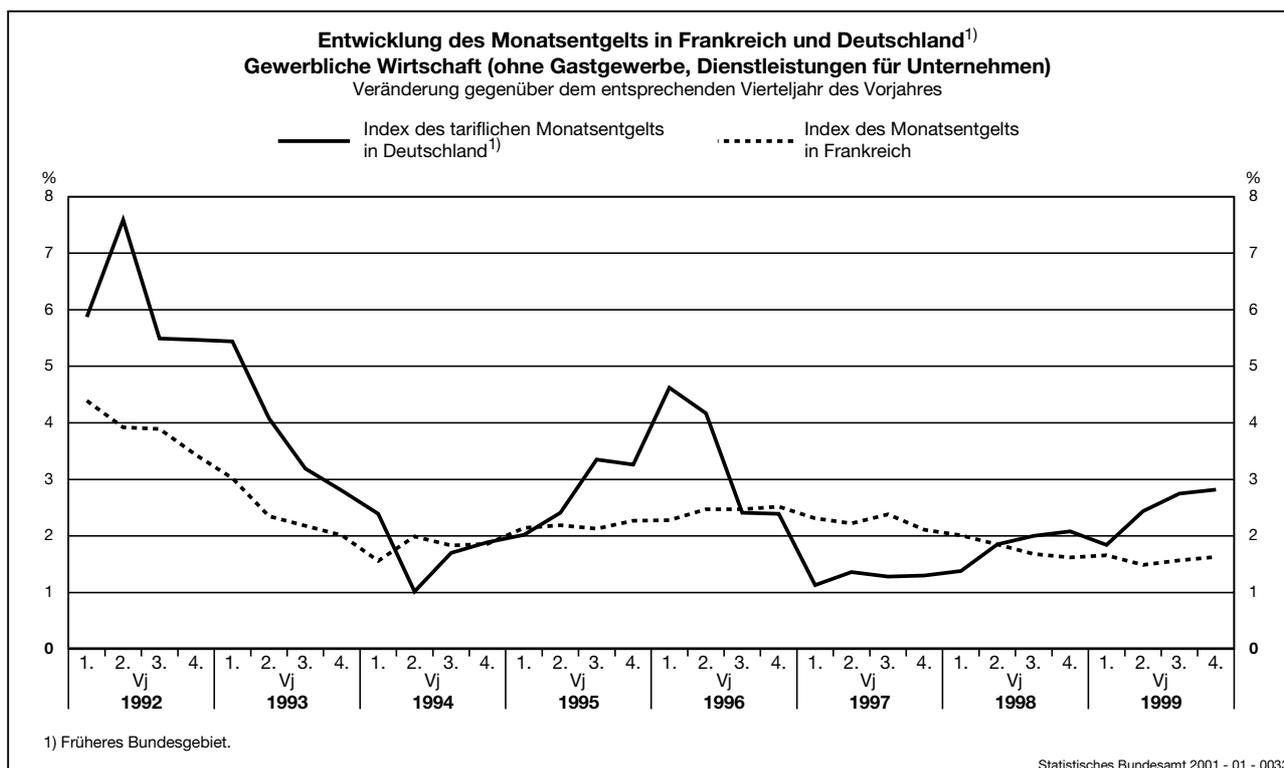
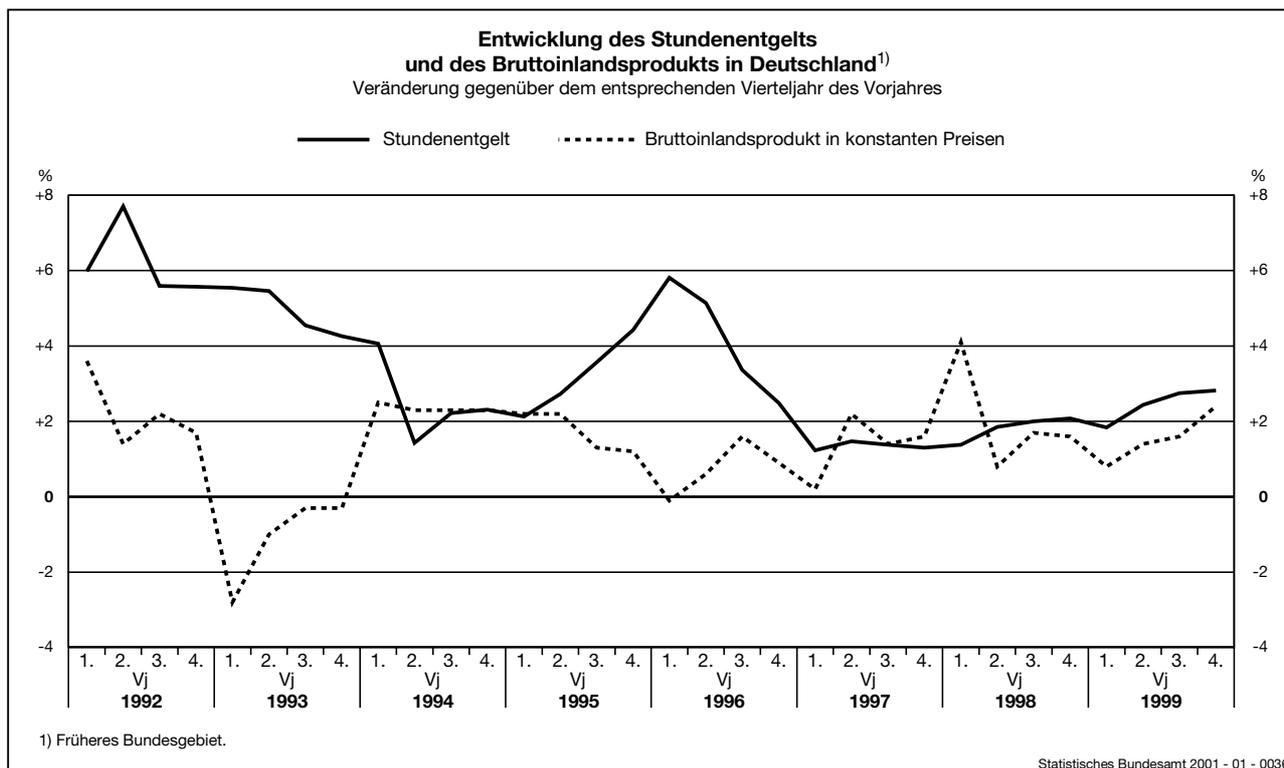




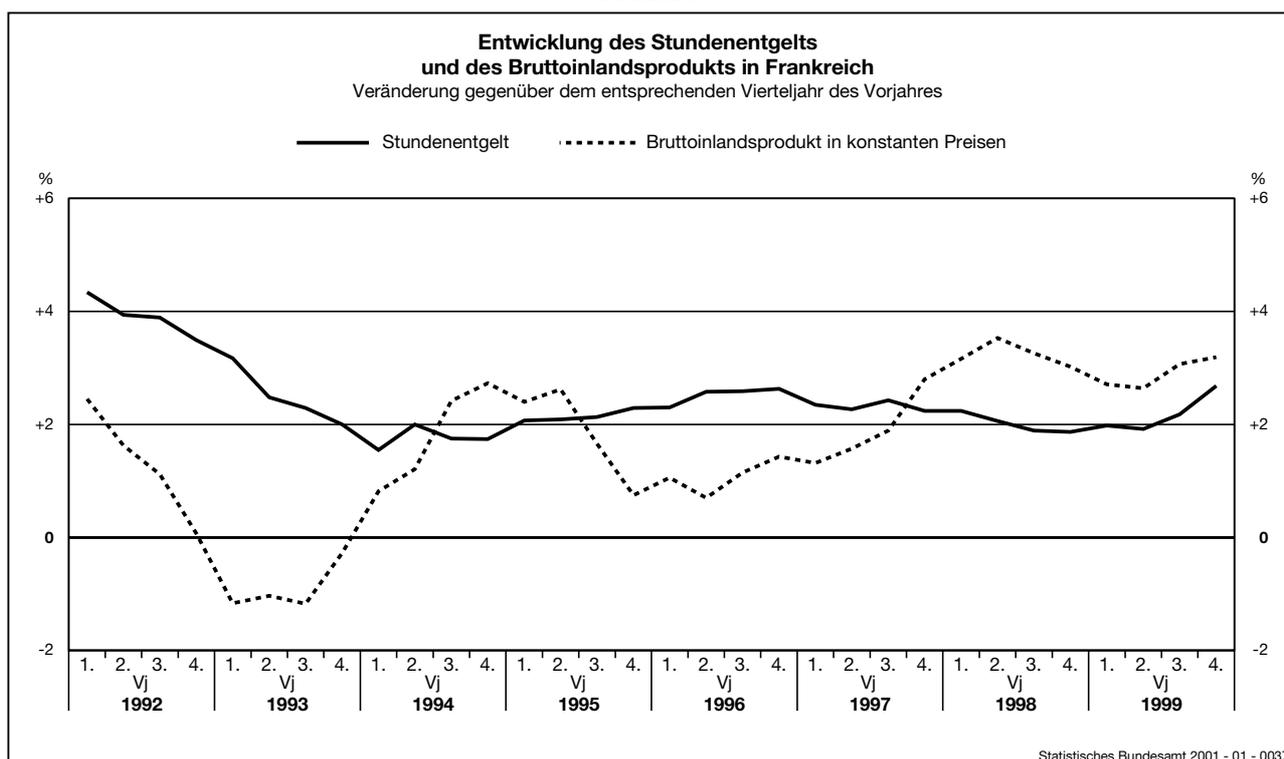
Schaubild 5



1992/93 sowie 1995/96. In den Jahren 1992/1993 befanden sich die Volkswirtschaften beider Länder in einer konjunkturellen Abschwungphase nach einem Aufschwung, der in Deutschland, getragen vom Nachfrageboom aus den neuen Bundesländern nach der deutschen Vereinigung, stärker ausgeprägt war und auch länger anhielt (siehe hierzu die Schaubilder 5 und 6). Wie in derartigen

Phasen des Wirtschaftsverlaufs häufig zu beobachten ist, wiesen damals beide Länder, also auch Frankreich, relativ hohe Zuwachsraten auf. Im Verlauf des Abschwungs verlangsamte sich die Lohnentwicklung, besonders stark in Deutschland. Im Jahr 1994 bewegten sich die Zuwachsraten in beiden Ländern auf etwa gleichem Niveau. Als sich aber Ende 1994 die Wirtschaft wieder belebte, ver-

Schaubild 6



einbarten die Tarifparteien in Deutschland anfänglich hohe Lohnsteigerungen, während Frankreich relativ niedrige Lohnsteigerungen bis zum Ende der Beobachtungsperiode beibehielt. Als sich die wirtschaftliche Belebung 1995 als nicht tragfähig erwies und die Konjunktur noch im Verlauf dieses Jahres wieder in eine Rezessionsphase abglitt, wurden auch in Deutschland niedrigere Lohnsteigerungen realisiert, die bis Anfang 1997 sogar das Niveau der französischen Lohnsteigerungen unterschritten. Anschließend ist eine Annäherung der Zuwachsraten in beiden Ländern zu beobachten mit einer fast gleichförmigen Entwicklung 1998 und 1999.

Für die Monatsentgelte zeigt Schaubild 2 eine etwas abweichende Entwicklung, da beide Länder 1991 bis 1999 Arbeitszeitverkürzungen – mit Lohnausgleich – vereinbarten, von denen sie positive Beschäftigungswirkungen erhofften. Die Arbeitszeitverkürzungen erreichten unterschiedliches Ausmaß (3% der Arbeitszeit in Deutschland, 1,5% in Frankreich) und erfolgten in anderen Zeiträumen, 1993 bis 1995 in Deutschland, am Ende des Beobachtungszeitraums, in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 beginnend, in Frankreich (siehe Schaubild 3). Hier sind über das Jahr 1999 hinaus weitere Arbeitszeitverkürzungen zu erwarten, bis die Einführung der 35-Stunden-Woche abgeschlossen ist.

In Perioden von Arbeitszeitverkürzungen sind jeweils relativ hohe Zuwachsraten der Stundenentgelte zu beobachten. Da die Arbeitszeitverkürzung die Zuwachsraten der Monatsentgelte vermindert, ergibt sich für sie eine gleichmäßigere Entwicklung als für die Stundenentgelte: So haben die starken Steigerungen der deutschen Stundenentgelte 1993 bis 1995 nur eine schwache Entsprechung in den Zuwachsraten der Monatsentgelte gefunden, und die beschleunigte Entwicklung der französischen Stundenentgelte 1999 hat die Zuwachsraten der Monatsentgelte so gut wie nicht beeinflusst.

Die Deflationierung mit dem Preisindex für die Lebenshaltung verändert die deutsche Entwicklung der Monatsentgelte stärker als die französische: Die hohen deutschen Zuwachsraten in den Anfangsjahren verringern sich erheblich – in den Jahren 1993 und 1994 sinken die realen Monatsentgelte sogar –, während die Steigerungen in den Jahren 1995 und 1996 weitgehend erhalten bleiben. In Frankreich erhöhte sich die Kaufkraft der Monatsentgelte in der Anfangsperiode bis 1993 und ab 1997 um 1 bis 2% und stagnierte in der Zwischenzeit.

Die vorgesehenen Pressemitteilungen werden zeigen, ob sich die in den beiden letzten Jahren abzeichnende Angleichung der Lohnentwicklung in den beiden Ländern fortsetzt. Mit der Vereinheitlichung wichtiger Rahmenbedingungen, wie der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank und in deren Folge die Anpassung der Inflationsraten, bestehen hierfür günstige Voraussetzungen. ■

# 100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik

## Gedanken und Erinnerungen

*Unsere Serie historischer Aufsätze setzen wir heute mit einem Beitrag fort, der einen Bogen von der Zeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes im Deutschen Reich in die statistische Neuzeit spannt. Indem er die Aufbauzeit des Statistischen Bundesamtes schildert, schlägt er zugleich eine Brücke zum aktuellen Logo des Jahres 2000 „50 Jahre Statistisches Bundesamt – Ihr Partner für Information 1950 – 2000“.*

*Könnte man sich für diesen Beitrag einen geeigneteren Autor vorstellen, als Herrn Dr. Dr. h. c. Gerhard Fürst, den ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, der diese Aufbauzeit selbst erlebt und mitgestaltet hat? Der das Gesicht der amtlichen Statistik in der Nachkriegszeit in organisatorischer, rechtlicher und vor allem fachlicher Hinsicht entscheidend geprägt und ihr im In- und Ausland hohes Ansehen verschafft hat, wie es die spätere Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, Frau Dr. Hildegard Bartels, in einer Würdigung einmal ausgeführt hat.*

*Zu seinem 70. Geburtstag im Jahr 1967 hat die Deutsche Statistische Gesellschaft, deren Vorsitzender er seit 1960 war, eine Festschrift „Die Statistik im Dienste der Wirtschaftspolitik“ herausgegeben (erschieden als Heft 2/3, 1967, des Allgemeinen Statistischen Archivs). Neben einer ausführlichen Darstellung der Leistungen und Verdienste von Dr. Fürst enthält sie auch ein umfassendes Verzeichnis seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen, von denen viele auch heute noch lesenswert sind. Die Vielfalt der behandelten Themen zeigt, wie weit gespannt seine Interessen waren. Zugleich spiegeln sich darin herausragende Merkmale seiner Persönlichkeit: der Blick fürs Wesentliche und die klare Linie, die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Fragestellungen und Entwicklungen und nicht zuletzt sein Humor.*

*Auch der nachfolgende Aufsatz ist dem Allgemeinen Statistischen Archiv (Band 56/1972, Seite 336 – 363) entnommen. Wir danken dem Herausgeber, Herrn Professor Dr. Karl Mosler, für die freundliche Zustimmung.*

*Als derjenige, der *Wirtschaft und Statistik* – in Anknüpfung an die gleichnamige, erstmals 1921 herausgegebene Zeitschrift des Statistischen Reichsamtes – im April 1949 ins Leben gerufen hat, ist Dr. Fürst respektive sein Beitrag natürlich auch besonders geeignet, *Wirtschaft und Statistik* beim Aufbruch ins Informationszeitalter zu begleiten (siehe Rubrik „In eigener Sache“).*

---

Dr. Gerhard Fürst †

---

## Vorwort und Einleitung

Vor 100 Jahren, am 23. Juli 1872, hat das Kaiserliche Statistische Amt im neugegründeten Deutschen Reich seine Tätigkeit aufgenommen. Da die runden Gedenktage im Leben der Menschen und Institutionen immer Anlaß zu Rückblick und Ausblick geben, hat das Statistische Bundesamt anläßlich des 100jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik zwei Schriften herausgegeben. Unter dem Titel: „Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972<sup>1)</sup>“ werden in einem Tabellenteil von rund 200 Seiten „Lange Reihen“ aus vielen Gebieten der Statistik gebracht. Der Verfasser dieses Beitrags hatte den ehrenvollen Auftrag, in einem vorangestellten Textteil von rund 80 Seiten über die Wandlungen des Arbeitsprogramms der zentralen amtlichen Statistik zu berichten. Die zweite Schrift ist dem Ausblick gewidmet und behandelt die „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik<sup>2)</sup>“.

Nun war der Schriftleiter dieser Zeitschrift der Meinung, daß es damit nicht genug sei und daß auch das „Allgemeine Statistische Archiv“ an dieser Hundertjahrfeier nicht vorübergehen dürfe. Er hat daher den Verfasser, der fast 50 Jahre lang die Entwicklung der amtlichen Statistik miterlebt hat und sie z.T. mitgestalten durfte, gebeten,

auch dem „Archiv“ einen Beitrag zu liefern. Wenn man das Wichtigste, nämlich die Entwicklung des Arbeitsprogramms, bereits in ziemlicher Ausführlichkeit dargelegt hat und nicht gern zweimal dasselbe schreibt, ist man in einiger Verlegenheit, wie diesem Wunsche nach einem Beitrag am besten nachzukommen sei. Ich habe diesen Beitrag kühn mit dem Untertitel „Gedanken und Erinnerungen“ versehen, nicht nur weil Bismarck die „Geschäfts-instruktion für das Kaiserliche Statistische Amt“ erlassen und sich auch späterhin mit der Statistik, besonders der ersten landwirtschaftlichen Betriebszählung, persönlich befaßt hat, sondern weil ich hier keinen historischen Rückblick wiederholen und mich vielmehr auf Zusammenfassungen unter verschiedenen Blickwinkeln, Schlußfolgerungen und Anmerkungen auch kritischer Art beschränken will.

In einem ersten Kapitel habe ich versucht, die Grundtendenzen in der Programmentwicklung herauszuarbeiten. Wer den historischen Ablauf in der zeitlichen Reihenfolge verfolgen will, sei auf die obengenannte Schrift des Statistischen Bundesamtes verwiesen. Es werden dort die vier Zeitabschnitte von der Gründung des Amtes bis zum ersten Weltkrieg, die Zeit der Weimarer Republik, die Zeit des Nationalsozialismus und die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg unterschieden. Für jeden Zeitraum werden die allgemeinen Entwicklungstendenzen und die Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten dargelegt. Die Gliederung schließt sich der Einteilung der heutigen Statistischen Jahrbücher an. Wer sich nur für wenige der 27 in allen Zeitabschnitten gleichmäßig unterschiedenen

1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972“, W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart und Mainz, Oktober 1972.

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik“, W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart und Mainz 1972.

Sachgebiete interessiert, hat es leicht, sich über die vier Perioden hinweg, z.B. über die Entwicklung der Statistik der Bevölkerungsbewegung, des Außenhandels, des Verkehrs, der Preise usw., zu unterrichten.

Ein zweites Kapitel behandelt das Verhältnis zwischen der Reichs- bzw. Bundeszentrale und den Statistischen Landesämtern und damit eine Frage, die in der historischen Schrift des Statistischen Bundesamtes nicht erörtert ist.

Das dritte Kapitel ist dem Problem der „ausgelösten“ und der „nichtausgelösten“ Statistiken gewidmet, das während des ganzen Zeitraums eine Rolle spielte und ebenfalls nur hier untersucht wird.

Das vierte Kapitel ist persönlichen Erinnerungen an die Aufbauzeit nach 1945 gewidmet. Der Verfasser ist, wenn man unter Kollegen auf diese Zeit zu sprechen kam, häufig gefragt worden, wann er denn seine „Memoiren“ schreibe. Auch wenn ich glaube, daß solche Erinnerungen weniger die Nachwelt, sondern in erster Linie die Zeitgenossen interessieren, die alles miterlebt haben, will ich hier diesen Wunsch zum Teil erfüllen. Das Studium der Quellen über die historische Entwicklung hat stets nur sachlich nüchterne Ergebnisse gebracht und die Menschen dahinter wurden nur lebendig, soweit man wußte, wer dahinter stand, und man sie selber kannte. Vielleicht schadet es deshalb nichts, wenn den Gedanken über die Statistik auch einige persönliche Erinnerungen angefügt werden.

## I. Grundtendenzen in der Entwicklung des Programms der amtlichen Statistik

Wenn man versucht, in der verwirrenden Fülle der Entwicklungen auf den verschiedenen statistischen Sachgebieten den „roten Faden“ oder die großen Linien zu entdecken, so drängen sich die folgenden Erkenntnisse auf:

1. Die Entwicklung des statistischen Programms war im gesamten Zeitraum der 100 Jahre an die sich wandelnden und erweiternden Verwaltungsbedürfnisse gebunden.
2. Die Verwaltungsbedürfnisse waren ihrerseits abhängig vom Staats- und Wirtschaftssystem, das in den vier großen Zeitabschnitten die Akzente verschieden setzte und damit letzten Endes das Gesicht der Statistik bestimmte.
3. Die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften übten einen zunehmenden Einfluß auf den Stil der staatlichen Wirtschaftspolitik und damit auch auf das statistische Programm aus, das mehr und mehr der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung dienstbar gemacht wurde.
4. Die Zeit ist schneller geworden und damit ergänzten kurzfristige, laufende Statistiken die anfänglich stark im Vordergrund stehenden Großzählungen mit großen zeitlichen Abständen.

5. Die internationale Zusammenarbeit gewinnt an Bedeutung und nimmt besonders innerhalb der EWG zunehmenden Einfluß auf das Programm der Statistik.

6. Der Weg von der Einzelstatistik zur Gesamtschau wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhänge ist unverkennbar.

Es ist natürlich nicht möglich, jede Statistik eindeutig auf eine der verschiedenen „treibenden Kräfte“ zurückzuführen, denn viele Statistiken dienen oft gleichzeitig der Verwaltung und der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung durch alle daran interessierten Stellen.

### A. Die Bindung des statistischen Programms an die jeweiligen Verwaltungsbedürfnisse

Die amtliche Statistik hat seit den Zeiten der chinesischen Kaiser und dem viel zitierten Kaiser Augustus stets die Aufgabe gehabt und behalten, unmittelbaren Verwaltungsbedürfnissen zu dienen. Das Interesse an der Volkszahl und damit an den Wehrpflichtigen oder Steuerpflichtigen stand am Anfang. Späterhin war die Frage, ob irgendwelche Vorgänge oder Erscheinungen einer gesetzlichen Regelung bedürfen, meist nicht ohne statistische Unterlagen zu entscheiden. Die Beurteilung der Auswirkungen einmal getroffener gesetzlicher Maßnahmen, die Kontrolle von Verwaltungsvorgängen usw. war gleichfalls nicht ohne Statistiken möglich. Verwaltungsbedürfnisse standen also und stehen noch heute als bedeutsamste treibende Kraft hinter der Entwicklung des statistischen Programms. Das Ausmaß der staatlichen Aktivität bestimmt dabei Art und Umfang der erforderlichen Statistiken. Die Ausdehnung staatlicher Regelungen oder Kontrollen auf immer neue Gebiete des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens hat dazu geführt, daß die vorliegenden statistischen Informationen immer reichhaltiger geworden sind. Auf diese pragmatische Weise ist ein nicht in allen Teilen ausgewogenes statistisches Programm entstanden.

Zusätzliche Triebkräfte – vor allem mit wissenschaftlicher Fundierung – (siehe unter Abschnitt IC) waren notwendig, um ein systematisch vollständiges Programm aufzubauen. Das Statistische Bundesamt ließ sich von Anfang an von dem Bestreben leiten, zu einem statistischen Gesamtbild der Wirtschaftsstruktur und des Wirtschaftsablaufs und der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kommen. Mit Zähigkeit und Ausdauer ist dabei vieles erreicht worden. Da Statistiken im Deutschen Reich – wenn dort auch weniger streng – und in der Bundesrepublik Deutschland seit jeher einer rechtsverbindlichen Anordnung bedurften, und lange Zeit Statistiken nur im Hinblick auf konkrete Verwaltungszwecke der einzelnen Ministerien angeordnet wurden, galt es, die übergeordneten Gesichtspunkte soweit als möglich in den von diesen Ministerien zu verantwortenden Gesetzen und Verordnungen zu verankern.

Der hier gebrauchte Ausdruck „Verwaltungsbedürfnisse“ darf nicht allzu eng verstanden werden, denn er soll auch die Bedürfnisse der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit decken, für die Untersuchungen auf einzelnen Gebieten und die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung und die hier-

für notwendigen Statistiken große Bedeutung gewonnen haben.

Die eingangs dargelegten allgemeinen Entwicklungslinien seien nun durch wichtige Beispiele illustriert. Das Kaiserliche Statistische Amt übernahm bei seiner Gründung die vom früheren Centralbureau des Zollvereins geführten „Verwaltungsstatistiken“. Die Ergebnisse der Volkszählung wurden für die Abrechnung des „Ertrages der in die Gemeinschaft fallenden Abgaben“, also der Zölle und Verbrauchsteuern gebraucht. Die Bevölkerungszahlen wurden sehr bald auch für die Matrikularbeiträge, die Reichstagswahlen usw. benötigt.

Die Statistik des Außenhandels war zunächst ganz auf die Zolleinnahmen abgestellt, sie erfaßte zunächst nur die zollpflichtigen Einfuhrwaren, es wurden keine Werte erfaßt und keine Herkunfts- und Bestimmungsländer unterschieden. Wirtschaftspolitische Erfordernisse, vor allem die Handelsvertragsverhandlungen, führten zu ständigen Verbesserungen dieser Statistik, besonders zu einer vollständigen Erfassung und tieferen Unterteilung aller Warengruppen und zur Erfassung der Werte, erst nur für einige Einfuhrwaren, dann für die gesamte Ausfuhr (1911) und schließlich auch für die gesamte Einfuhr (1921). Das Prinzip des bilateralen Warenverkehrs unter dem Nationalsozialismus gab einen weiteren Anstoß, die Ursprungs- und Verbrauchsländer so genau wie möglich zu erfassen.

Das Verkehrswesen, das sich seit jeher besonderen staatlichen Interesses erfreut, wurde zunächst mit einer Statistik der Binnenschifffahrt und des Seeverkehrs durchleuchtet. Im Laufe der Zeit folgte die Statistik für Schiene und Straße und schließlich der Luftverkehr und die Rohrleitungen. Da der Staat für die öffentlichen Verkehrswege sorgen muß und, vor allem beim Eisenbahnverkehr selbst Träger des Verkehrs ist, Tarife genehmigt usw., ist das rege Interesse an der Verkehrsstatistik verständlich.

Der Schutz der heimischen Landwirtschaft verlangte schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts den Aufbau der Agrarstatistik (Viehählung, Obsternte 1873, Bodenbenutzung und Ernteerträge 1878, erste Betriebszählung 1882). Die Landwirtschaft war in den ganzen 100 Jahren ein Sorgenkind des Staates. Subventionen wurden in vielfältiger Form geleistet und auch heute fließen, vornehmlich über die EWG, sehr große Beträge öffentlicher Mittel in die Landwirtschaft oder werden zum Schutz der Einkommen der Landwirte verausgabt. Die erforderliche statistische Kontrolle der Wirkungen all dieser Maßnahmen hat die Landwirtschaftsstatistik erheblich anwachsen lassen.

Zur Vorbereitung der Sozialversicherungsgesetzgebung in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde zweimal der Umfang der öffentlichen Armenpflege festgestellt. Die Berufszählung 1882 sollte Anhaltspunkte über die zukünftigen Alters- und Hinterbliebenenrentner bringen. Die Reichsgewerbeordnung führte zu einer Reihe von Enquêtes, die feststellen sollten, ob Sonderregelungen für die Arbeitsbedingungen in den ausgewählten Gewerbebranchen notwendig wären.

Viele Reichsgesetze führten zu Statistiken, die die gesetzlich geregelten Sachverhalte quantitativ verfolgen und

etwaige Gesetzesänderungen vorbereiten sollten. So kam es zur Krankenkassenstatistik, zur Statistik der abgetheilten Personen, zur Konkursstatistik, später zur Reichsiedlungsstatistik, zur Fürsorgetatistik usw. Auch der gesamte Bereich der Statistik der öffentlichen Finanzen und die Steuerstatistiken gehörten zu dieser Gruppe.

Zu den „Verwaltungsstatistiken“ sind auch alle Statistiken zu rechnen, die die Verwaltungsvorgänge statistisch festhalten, auch wenn die Ergebnisse, wie z.B. bei der Statistik der Geburten und Sterbefälle, der Eheschließungen und Ehescheidungen, kaum der Geschäftstätigkeit der beteiligten Behörden gelten, sondern allgemeinen Zwecken dienen. Ähnliches gilt für die Schulstatistiken.

Die vorstehend genannten Beispiele stellen keineswegs eine vollständige Liste der auf Verwaltungsbedürfnisse zurückzuführenden Statistiken dar. Sie dürften jedoch ausreichend zeigen, in wie starkem Maße konkrete Zwecke der Verwaltung sowie der Vorbereitung und Kontrolle von Gesetzen das statistische Programm gestaltet haben.

Wie schon eingangs gesagt, ist es nicht möglich, jede Statistik eindeutig auf eine der hier unterschiedenen Grundtendenzen zurückzuführen. Die Eingruppierung der Statistiken mag daher etwas willkürlich erscheinen. So sind z.B. die durch den Übergang zur Plan- und Kriegswirtschaft unter dem Nationalsozialismus neu entstandenen Statistiken nicht hier, sondern im Abschnitt IB genannt, die der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung dienenden Statistiken dem Abschnitt IC zugewiesen.

## B. Der Einfluß des Wirtschaftssystems auf das statistische Programm

Während des allergrößten Teils der hier betrachteten 100 Jahre sind die Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung – bei allen Nuancen im einzelnen – die gleichen geblieben. Es galten marktwirtschaftliche Prinzipien, also freier Wettbewerb und Regelung von Angebot und Nachfrage über den Preis, wobei unmittelbare Eingriffe in den Wirtschaftsprozess möglichst vermieden wurden. Ausnahmeszeiten waren die Kriegswirtschaft des ersten Weltkrieges, die jedoch weder bleibende Folgen für die Wirtschaftsordnung noch für die Statistik hinterlassen hat, und die planwirtschaftlichen Entwicklungen in der Zeit des Nationalsozialismus, die ebenfalls in der Bewirtschaftung des Mangels in und nach dem zweiten Weltkrieg endeten, bis 1948 konsequent die Marktwirtschaft wieder eingeführt wurde. Die rüstungswirtschaftlichen Pläne des Nationalsozialismus setzten eine Kenntnis der Leistungskraft der eigenen Industrie voraus. Es wurde daher die bis dahin vernachlässigte Produktionsstatistik, die sich nur mit wenigen ausgewählten Industriezweigen befaßt hatte, durch einen umfassenden Industriezensus 1936 ersetzt. Auch die vorher nur auf freiwilliger Grundlage geführte Industrieberichterstattung wurde umfassend ausgebaut und durch Umsatz- und laufende Produktionsmeldungen ergänzt, die eine wichtige Grundlage für die Bewirtschaftung von Rohstoffen und die Verteilung von Fertigwaren darstellten. Die nachhaltigsten Wirkungen lagen in der nationalsozialistischen Zeit allerdings auf dem Gebiet der statistischen Organisation. Die „Bewirtschaftung“ führte dazu, daß statistische Fragebogen nicht nur der Zusammenstellung von Ergebnissen, sondern auch der Betreu-

ung und Kontrolle von Einzelfirmen dienten. Zu diesem Zweck wurden wichtige Statistiken aus dem Statistischen Reichsamt herausgelöst und der Organisation der gewerblichen Wirtschaft zugewiesen.

Aber auch in den Zeiten der Marktwirtschaft haben sich in den einzelnen Perioden die Akzente verschoben, denn es gab immer Wirtschaftsbereiche, denen der Staat auf die eine oder andere Weise die Wettbewerbssituation, vor allem gegenüber dem Ausland, erleichtern wollte. Hierzu gehört seit jeher die Landwirtschaft, aber auch der Industrie wurde durch Handelsverträge mit den Mitteln des Zollschatzes oder gar der Kontingente Hilfe geleistet. Die Verbesserung der Außenhandelsstatistik als wichtigste Grundlage der Handelsverträge zieht sich daher über alle Perioden hin, und auch der Aufbau und die Entwicklung der Auslandsstatistik ist auf das Informationsbedürfnis für Handelsvertragsverhandlungen zurückzuführen.

Überall, wo staatliche Hilfen in Frage kamen, verstärkte sich das Bedürfnis nach statistischer Information. Das gilt nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Kohlewirtschaft, die Eisen- und Stahlindustrie, die Textilindustrie sowie auch für das gesamte Verkehrswesen. Dazu kam nach dem ersten, in viel stärkerem Maße aber nach dem zweiten Weltkrieg die Wohnungswirtschaft. Der starke Einsatz staatlicher Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, staatliche Mietregelungen und schließlich die Städtebauförderung verlangten entsprechende statistische Unterlagen, die durch eine Verbesserung der Bautätigkeitsstatistik und durch die Wohnungszählungen und Wohnungsstichproben geschaffen wurden. Dabei ging es vielfach auch um die Feststellung des Wohnbedarfs. Generell läßt sich sagen, daß auf allen Gebieten, auf denen der Marktmechanismus durch staatliche Eingriffe beeinflußt oder außer Kraft gesetzt wird, der Bedarf an Statistiken gestiegen ist.

Infolge der zunehmenden Industrialisierung im neugegründeten Deutschen Reich gewannen das Arbeiterproblem, der Schutz und die soziale Sicherung der Arbeiter an Bedeutung. Sozialversicherungsgesetze der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts gaben vorher und nachher den Anstoß für statistische Untersuchungen und Kontrollen. Nach dem ersten Weltkrieg entstanden u. a. das Reichsarbeitsministerium und die Reichsarbeitsverwaltung, auf die große Teile der Aufgaben der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes übergingen und auch nach dem zweiten Weltkrieg dort verblieben.

Zu den Grundpfeilern der marktwirtschaftlichen Ordnung gehören die freie Entscheidung der Unternehmer über Produktion und Preise und die Tarifautonomie, also die Verantwortung der Arbeitgeber und der Gewerkschaften für die Lohngestaltung. Der Staat hat auch hier Hilfestellung geleistet. Die durch das statistische Bild zu erreichende „Transparenz der Märkte“ ist vor allem durch eine Weiterführung der detaillierten amtlichen Produktionsstatistiken gewährleistet worden. Für staatliche Zwecke hätte nach der Aufhebung der Bewirtschaftungsmaßnahmen auch eine weniger detaillierte Produktionsstatistik ausgereicht. Auf ausdrücklichen Wunsch der Industrie blieb es aber bei einer ausführlichen Statistik, die im Verein mit der Außenhandelsstatistik vor allem auch der Marktforschung dient.

Die autonomen Entscheidungen der Tarifpartner wurden schon in der Weimarer Zeit durch den Ausbau der Statistiken der Tariflöhne und der Effektivverdienste und durch die Preisstatistik, vor allem der Verbraucherpreise, erleichtert. In den Inflationsjahren bis 1923 hatte sich das Interesse an den „Teuerungszahlen“ sehr verstärkt. In der Bundesrepublik ist es unter Mitarbeit der Tarifpartner gelungen, den Streit über die Richtigkeit der Ausgangszahlen über die Löhne und die Preisentwicklung aus den Tarifverhandlungen herauszuhalten. Die amtlichen Zahlen werden von beiden Seiten als objektiv anerkannt.

## C. Der Einfluß der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften auf das Programm der Statistik

Schon bei der Gründung des Kaiserlichen Statistischen Amtes wurde großer Wert darauf gelegt, eine Behörde zu schaffen, die nicht nur – wie es im Zollverein geschehen war – Tabellenbände produziert, sondern zur wissenschaftlichen Auswertung der Ergebnisse in der Lage war. Das ständige Personal sollte zwischen den Großzählungen, die damals das Programm weitgehend beherrschten, sich einer eingehenden Analyse der Ergebnisse widmen. Das geschah auch in solchem Umfang, daß ein kaiserlicher Wunsch dahin ging, die „Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählungen in einer kürzeren, gemeinverständlichen Form zusammenzufassen und zu veröffentlichen ...“. Dieser Aufgabe unterzog sich der damalige Präsident von Scheel persönlich durch die Abfassung der Schrift: „Die Deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts“. In der Weimarer Zeit und bis auf den heutigen Tag dient die Veröffentlichung der statistischen Ergebnisse in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ der kurzen und gemeinverständlichen wissenschaftlichen Darstellung.

Mit der Weimarer Zeit begann ein stärkeres Eindringen der Volkswirte in die öffentliche Verwaltung, vor allem auch in das Statistische Reichsamt. Präsident Delbrück würdigte diesen Wandel bei einer Abschiedsrede vor den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Amtes folgendermaßen: „Als ich als junger Mann in die Behörde eintrat, kam man nach dem Morgenritt im Tiergarten gegen 11 Uhr ins Amt. Gegen 15 Uhr gab dann der Amtsbote mit der Mitteilung, der Herr Präsident sind gegangen, das Zeichen zum Aufbruch, während die jungen Volkswirte heute oft bis tief in die Nacht arbeiten“. Die Volkswirte wurden, wie bis dahin nur die Juristen, zu „Regierungsräten“ ernannt. In Preußen wurde für sie der „Regierungs- und Volkswirtschaftsrat“ geschaffen, der keinen Anspruch auf das Statussymbol des „richtigen“ Regierungsrats – ein meist scheußlich durchgesessenes Sofa – hatte, was, wie mir Rudolf Meerwarth einmal erzählte, die volle Anerkennung der Volkswirte zumindest in den Augen der Amtsboten verhinderte.

Im Statistischen Reichsamt bedeutete seit 1924 die Präsidenschaft Ernst Wagemanns, der studierter Nationalökonom und a. o. Professor an der Universität Berlin war, den Durchbruch zur wissenschaftlichen Sicht der Aufgaben des Statistischen Reichsamtes. Sein Interesse galt neben Fragen des Geldwesens vor allem der Erforschung der Konjunkturbewegungen, für die er – in Personalunion mit dem Statistischen Reichsamt – das Insti-

tut für Konjunkturforschung gründete. Die Unterlagen für diese Arbeiten zur Darstellung des Wirtschaftsablaufs flossen aus den verschiedenen Arbeitsgebieten des Statistischen Reichsamtes im Referat für Konjunkturbeobachtung zusammen und ein regelmäßiges Berichterstattungssystem wurde aufgebaut. Eine Anzahl von Statistiken wurde für diese Zwecke in Form monatlicher oder vierteljährlicher Reihen gebracht. Die „kurzfristigen Konjunkturindikatoren“ sind seitdem auch in der Bundesrepublik ein wichtiger Teil des Programms geblieben.

Auf einem anderen Felde gab die große Politik einen Anstoß. Die Reparationsfrage verlangte Statistiken über die Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft, der die Reparationen ja angepaßt werden sollten. Da es noch keine Sozialprodukts- oder Volkseinkommensberechnungen gab, mußte man sich mit behelfsmäßigen Indikatoren, einem „Wohlstandsindex“, zufriedengeben. Die Reparationsfrage wurde so zur Triebfeder, die die wissenschaftlich fundierte Berechnung des Volkseinkommens und der Zahlungsbilanz in Gang setzte. Das Neue an diesen Berechnungen war, daß die Ergebnisse erhobener Statistiken durch Schätzungen ergänzt werden mußten, um dem Inhalt des von der Nationalökonomie definierten Begriffs zu entsprechen.

In der Bundesrepublik haben dann die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Anfang an als Leitbild und Rahmen für den Ausbau der Wirtschaftsstatistiken gedient. Beeinflußt von der Kreislauftheorie und von Keynes hat es im Ausland während des Krieges verschiedene Versuche zum Aufbau von „National Accounts“ gegeben. Da die Amerikaner im Zusammenhang mit der Marshallplan-Hilfe und ihrer Wirkungen statistische Nachweise der Leistungskraft der Volkswirtschaften verlangten, nahm sich die im Zusammenhang mit dem European Recovery Programm gegründete OEEC dieses Problems an. Auf Grund von Vorschlägen von Richard Stone wurde in zahlreichen Verhandlungen, die auch uns Deutsche wieder ins Ausland brachten, ein „Simplified System of National Accounts“ erarbeitet, das sich dann späterhin zum Standardsystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen entwickelte.

In der Bundesrepublik hatten wir es nicht leicht, den Vorsprung der anderen einzuholen und gleichzeitig an der Weiterentwicklung zu arbeiten. Zunächst fehlten nach dem Zusammenbruch die erforderlichen Statistiken, so daß sehr behelfsmäßig mit der Fortschreibung von Vorkriegszahlen begonnen werden mußte. Erst mit den Zählungen des Jahres 1950 fiel genügend Material an, um die Berechnungen auf eine Nachkriegsbasis umzustellen. Für die Entstehung des Sozialprodukts war relativ am meisten Material da und die erste Kostenstrukturstatistik für 1950 erbrachte die erforderlichen Strukturquoten. Für die Verteilungsrechnung kamen als wichtige Quelle die Einkommensteuerstatistiken und die Lohnstatistiken wieder in Gang. Für die Verwendungsseite wurden die verschiedensten Statistiken als Schätzungsgrundlage entwickelt, nicht zuletzt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und die Investitionserhebungen. Das für die

Berechnungen erforderliche statistische Instrumentarium ist so Schritt für Schritt erweitert und verbessert worden, wobei viele wissenschaftliche Impulse auf die Einzelstatistiken ausstrahlten und zur Vereinheitlichung von Begriffen, Konzepten, Klassifikationen führten.

Diese wissenschaftlichen Arbeiten, an denen die jetzige Präsidentin des Statistischen Bundesamtes einen hervorragenden Anteil hatte<sup>3)</sup>, fanden nicht gerade die begeisterte Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums. Zwar stand mit dem Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard ein Nationalökonom von Rang an der Spitze der deutschen Wirtschaftspolitik, aber die vorherrschende ordoliberalen Gedankenrichtung war nicht gerade statistikfreundlich. Das quantifizierte Bild der Wirtschaft wurde etwas mißtrauisch, fast wie eine Vorstufe zu planwirtschaftlichen Gedankengängen, betrachtet. Dennoch hat das Instrument der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, als es einmal vorlag, seine mannigfaltige Brauchbarkeit bewiesen. Die wissenschaftliche Wirtschaftsbeobachtung in den Instituten, in der Deutschen Bundesbank, schließlich auch im Bundeswirtschaftsministerium selbst und nicht zuletzt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bedienten sich mehr und mehr der von der Kreislauftheorie geschaffenen und von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen quantifizierten Kategorien des Angebots, der Gesamtnachfrage, der Ersparnis, der Verwendung der Güter für den privaten Verbrauch, den Staatsverbrauch, die Investitionen usw.

Als Professor Karl Schiller das Bundeswirtschaftsministerium übernahm, wurde – obgleich sich an der Ordnung der sozialen Marktwirtschaft nichts änderte – die Statistik in ganz anderem Maße als vorher „hoffähig“. Der Politik der „Globalsteuerung“ oder der Anwendung des Stabilitätsgesetzes usw. hätten die konkreten Ausgangsdaten gefehlt, wenn das Statistische Bundesamt nicht die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entwickelt hätte.

## D. Die Verkürzung der Periodizitäten

In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung des Kaiserlichen Statistischen Amtes gingen die Wandlungen in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur so langsam vor sich, daß man sich mit statistischen Feststellungen in verhältnismäßig großen zeitlichen Abständen begnügen konnte. Die Volkszählungen fanden zwischen 1875 und 1910 alle 5 Jahre statt, die Einwohnerzahlen mußten also 5 Jahre gelten, denn es gab noch keine Fortschreibung. Berufszählungen und Betriebszählungen im Gewerbe und in der Landwirtschaft wurden nur 1882 und 1895 durchgeführt, nachdem 1875 eine erste gewerbliche Betriebszählung vorausgegangen war. Auch für die Agrarstatistiken waren lange Abstände vorgesehen, so für die Bodenbenutzung und auch für die Viehzählungen ein 10jähriger Turnus. Erst 1897 führte man für die Viehzählungen „Zwischenzählungen“ (alle 5 Jahre) ein.

3) Vgl. H. Bartels: „Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland“, 1. Teil: ‚Das angestrebte Kontensystem‘, *Wirtschaft und Statistik*, 12. Jahrg. N. F., Heft 6, Juni 1960, Seite 317ff. sowie H. Bartels, K.-H. Raabe, O. Schörry und Mitarbeiter: „Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland“, 2. Teil: ‚Das ausgefüllte vereinfachte Kontensystem, 1950 bis 1959‘, *Wirtschaft und Statistik*, 12. Jahrg. N. F., Heft 10, Oktober 1960, Seite 571ff.

An den langen zeitlichen Abständen der sog. „Großzählungen“, die einen sehr aufwendigen örtlichen Zählungsapparat notwendig machen, hat sich auch in den folgenden Zeitabschnitten verhältnismäßig wenig geändert. Für die Volkszählungen sind die Fristen sogar länger geworden. In der Weimarer Zeit gab es nur eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925 und eine Wohnungszählung 1927. Im nationalsozialistischen Reich wurde 1933 und 1939 gezählt. In der Bundesrepublik paßte man sich bei den Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen dem international üblichen 10-Jahres-Turnus an (1950, 1961, 1970). Gebäude- und Wohnungszählungen fanden 1956 und 1968 statt. Der Kreis der Großzählungen wurde erweitert durch Handwerkszählungen 1956, 1963 und 1968, Handels- und Gaststättenzählungen 1960 und 1968/70 und schließlich – auf Anstoß der EWG – durch Industriezensusen 1962 und 1967. Genannt seien hier außerdem, auch wenn sie nur als allerdings umfangreiche Stichproben durchgeführt werden, die Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1962/63 und 1969.

Die von diesen Großzählungen erfaßten Bereiche sind hinsichtlich vieler Sachverhalte durch laufende Statistiken auf Jahres-, Vierteljahres- oder Monatsbasis ergänzt worden. Zu nennen ist hier die laufende Fortschreibung der Bevölkerungszahlen, der Mikrozensus, der laufend Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit liefert, die Wohnungstichproben usw.

Der größte Teil der in der Weimarer Zeit und der später neu eingeführten Statistiken hat, vom etwas längeren Turnus der Steuerstatistiken abgesehen, von vornherein jährliche und in großem Umfang kurzfristige Periodizitäten. Es wurde schon gesagt, daß der Gesichtspunkt der Konjunkturbeobachtung zu monatlichen Statistiken drängte. Der Raum verbietet hier all die Jahresstatistiken und die monatlichen Beschäftigungs-, Produktions- und Umsatzstatistiken in den verschiedenen Bereichen aufzuführen, die heute einen sehr gewichtigen Teil des statistischen Programms darstellen.

Die Verfügbarkeit kurzfristiger Statistiken hat es vor allem auch möglich gemacht, die zusammenfassenden Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für jedes Halbjahr aufzustellen und schon wenige Wochen nach dem Ablauf des Berichtszeitraums zu veröffentlichen.

## E. Die internationale Zusammenarbeit

Die Statistiker waren sich von Anfang an bewußt, daß viele Daten zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur größere Aussagekraft gewinnen, wenn man sie international vergleichen kann. Die Bemühungen um solche Vergleiche lagen bis zur Gründung des Völkerbundes nach dem ersten Weltkrieg beim Internationalen Statistischen Institut. Das Institut stellte damals – im Gegensatz zu heute – eine Vereinigung der amtlichen Statistiker dar, unter denen auch die Deutschen sehr aktiv waren. So fand die bisher einzige Tagung des Instituts auf deutschem Boden im Jahre 1893 im Reichstagsgebäude in Berlin statt und noch 1934 war Friedrich Zahn gewählter Präsident des Instituts.

Die neuartige Regierungsorganisation des Völkerbundes übernahm es nach dem ersten Weltkrieg, für die internationale Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu sorgen, sei

es im Rahmen des Völkerbundes selbst oder innerhalb seiner Unterorganisationen (Internationales Arbeitsamt, Weltgesundheitsorganisation usw.). Daneben bestand das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom. Die Bemühungen des Völkerbundes führten zur Internationalen Konvention über Wirtschaftsstatistik von 1928, an der Deutschland mitgearbeitet und die es unterzeichnet hatte. Zur Ratifizierung ist es in der Brüning'schen Notverordnungszeit nicht mehr gekommen, und das nationalsozialistische Reich zog sich dann von jeder internationalen Zusammenarbeit zurück.

Die Konvention von 1928 verpflichtete die Teilnehmerstaaten zur Aufstellung bestimmter Statistiken. Da das Deutsche Reich damals nicht zu den statistisch unterentwickelten Staaten zählte, konnten keine großen Impulse auf das statistische Programm ausgehen, da die allgemeinen Forderungen der Konvention ohnehin erfüllt waren. Die späteren Arbeiten des Ausschusses Statistischer Sachverständiger, dessen Sekretär ich von 1930 bis 1939 war, betrafen internationale Klassifikationen und methodische Empfehlungen zu ausgewählten Statistiken, die aber für niemanden verbindlich waren.

Die internationale Zusammenarbeit setzte für uns bei der OEEC in Paris ein, wo das Thema der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beherrschend war. Dann kam, nachdem die Bundesrepublik Mitglied der ECE in Genf geworden und dort die Konferenz Europäischer Statistiker gegründet worden war, eine vielverzweigte Arbeit in Genf hinzu. Die Schwerpunkte lagen bei der Weiterentwicklung des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, bei den Volks- und Wohnungszählungen und der Industriestatistik. Die Arbeiten auf Teilgebieten der Statistik bei den Unterorganisationen (ILO, FAO, UNESCO, WHO und andere) gingen weiter. Auch wenn all diese Arbeiten nur zu unverbindlichen „Empfehlungen“ führten, für deren Verwirklichung nur eine Art moralischer Verpflichtung der Teilnehmer besteht, so hatte und hat der persönliche Gedankenaustausch mit den ausländischen Kollegen doch den unschätzbaren Vorteil, daß man sich über Erfahrungen und Schwierigkeiten informieren und beim Aufbau der deutschen Statistik manchen Irrweg vermeiden konnte, den man sonst vielleicht gegangen wäre.

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften, die selbst ein Statistisches Amt in der Form nationaler statistischer Ämter aufgebaut haben, hat dann für die 6 Mitgliedstaaten zu einer sehr viel konkreteren Zusammenarbeit geführt. Der Gemeinschaft kam es auf addierbare Zahlen an. Diese konnten so z. B. für den wichtigen Außenhandel durch freiwillige Koordinierung und Annahme einheitlicher Warenverzeichnisse erreicht werden. Der Gemeinschaft stehen aber weit stärkere Mittel für die Koordinierung der Statistiken zur Verfügung. Durch „Verordnungen“ des Ministerrats kann unmittelbar geltendes Recht in allen Mitgliedstaaten geschaffen werden. Dieses Verfahren ist auf dem Gebiet der Lohnstatistik und der Erwerbstätigen-Stichprobe (Mikrozensus) und für einige Agrarstatistiken angewendet worden. Erläßt der Ministerrat eine „Richtlinie“, so sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, eigene Rechtsvorschriften zur Erfüllung dieser Richtlinien zu erlassen. Dieses Verfahren wurde für den Industriezensus gebraucht. Es steht außer Zweifel, daß die vorhandenen „Zwangsmittel“, wenn man sie

einmal so nennen will, die Bereitschaft zur freiwilligen Koordinierung erhöhen, zumal die durch „Verordnungen“ angeordneten Statistiken von der Gemeinschaft finanziert werden.

Auch hier ist der Einfluß auf das deutsche Programm deshalb nicht so groß, weil bisher die deutsche Statistik vielfach als Vorbild gedient hat und z. B. die Lohnstatistik oder der Mikrozensus ohnehin durchgeführt wurden. Bei der Industriestatistik haben die geforderten Angaben u. a. die Aufstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erleichtert und die ebenfalls erwünschte Zusammenfassung der Industrie- und der Handwerksstatistik möglich gemacht.

Es muß damit gerechnet werden, daß die für die EWG erforderlichen Statistiken in zunehmendem Maße das deutsche Programm beeinflussen werden, schon weil man sich aus Kostengründen ein Nebeneinander eines nicht integrierten deutschen und eines EWG-Programms nicht leisten kann.

## F. Von der Einzelstatistik zur Gesamtschau

Die erste Hälfte der hier untersuchten 100 Jahre hatte im Grunde nur „Einzelstatistiken“, wenn auch manchmal recht komplexer Art. Verschiedene Merkmale der Personen oder der Betriebe wurden zu einem Zeitpunkt mit einer Erhebung erfragt, die erfaßten Merkmale kombiniert und Vergleiche mit den gleichartigen Statistiken früherer Zeitpunkte gezogen. Die Zusammenschau der Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken beginnt mit der Berechnung von Sterbetafeln, für die der Altersaufbau der Bevölkerung aus der Volkszählung und die Sterblichkeit nach Geschlecht und Alter bekannt sein mußten. In der Weimarer Zeit führte der Gesichtspunkt der Konjunkturbeobachtung zu einer Zusammenschau der verschiedensten Statistiken. Auch die Berechnungen des Volkseinkommens vor und nach dem Kriege, die im Auftrage des 1926 eingesetzten Enquête-Ausschusses durchgeführt worden sind, und die Steuerbelastungsvergleiche stellen eine Weiterverarbeitung erhobener Statistiken dar. Die Arbeiten zur Aufstellung einer „realen Wirtschaftsbilanz“ wurden in Angriff genommen. Verschiedene, in der nationalsozialistischen Zeit erschienene Veröffentlichungen, so über Kapitalbildung und Investitionen, über Geldkapitalbildung und Kreditverschuldung sowie eine Geldbilanz der Landwirtschaft waren erste Früchte dieser Arbeiten.

Die systematische Zusammenfassung der Ergebnisse der verschiedensten Statistiken blieb jedoch den in der Bundesrepublik aufgestellten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorbehalten, die ein geschlossenes Bild des Güter- und Einkommenskreislaufs zeichnen. Das Bedürfnis nach einem Gesamtüberblick über die Erscheinungen des gesellschaftlichen und sozialen Lebens kommt in der Suche nach einem System sozialer Indikatoren und in den Bemühungen um ein integriertes System demographischer Daten zum Ausdruck.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Arbeiten am Aufbau einer Datenbank für Statistik und am numerischen Teil eines allgemeinen Informationssystems genannt werden. Diese Arbeiten sollen es u. a. ermöglichen, statistische Ergebnisse aus den verschiedensten Quellen

zusammenzuführen, um ökonomisch definierte Sachverhalte, Zusammenhänge und Abhängigkeiten im Sinne einer „Gesamtschau“ besser durchleuchten zu können.

## II. Das Zentrale Statistische Amt und die Statistischen Landesämter

Die Organisation der Statistik in einem Bundesstaat ist in Hinblick auf die Verteilung der „Macht“ zwischen der Reichs- bzw. Bundeszentrale und den Ländern als Teil der allgemeinen Verwaltungsorganisation durch die diesbezüglichen Verfassungsvorschriften bestimmt. In den hier betrachteten 100 Jahren waren das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland unter allen Verfassungen bundesstaatlich organisiert. Dabei haben sich allerdings die Akzente erheblich verschoben. Einer langsamen Stärkung der Zentralgewalt im kaiserlichen Deutschland und auch in der Weimarer Republik folgte ein energischer Zug zum Zentralismus im nationalsozialistischen Reich. Nach dem Zusammenbruch schlug – nicht zuletzt unter dem Einfluß der Siegermächte – das Pendel nach der anderen Seite aus und der Föderalismus kam stärker denn je zum Zuge. Diese Tendenzen sind auch in der amtlichen Statistik deutlich sichtbar. Gesichtspunkte einer – betriebswirtschaftlich gesehen – rationellen Arbeitsweise konnten sich dagegen nur mühsam durchsetzen.

Als das Kaiserliche Statistische Amt im Jahre 1872 seine Tätigkeit aufnahm, blickten die Statistischen Landesämter in den größeren der „verbündeten Einzelstaaten“, wie es damals hieß, schon auf die Arbeit mehrerer Jahrzehnte zurück. Die Frage der Arbeitsteilung, oder wie wir heute sagen, des „Arbeitsschnittes“ zwischen der neuen Reichsinstanz und den Bundesstaaten stellte sich also von Anfang an. Schon in der Kommission, die die Vorschläge zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins und praktisch damit der Reichsstatistik vorlegte, unterschied man zwischen der zentralen, der föderierten und der partikularen Statistik.

### A. Die zentral aufbereiteten Statistiken

Als „zentrale Statistiken“ sollten alle Arbeiten gelten, welche ohne jegliche Mitwirkung ganz und unmittelbar von Behörden des Reichs besorgt wurden. Das Hauptbeispiel sind die Außenhandelsstatistik und die Statistiken über Geschäftsvorfälle bei den Reichsbehörden. In Hinblick auf die spätere Entwicklung sei hier von „zentral aufbereiteten Statistiken“ gesprochen, wodurch diejenigen Statistiken einbezogen werden, bei denen das Urmaterial nicht durch eigene Beobachtungsorgane oder Erhebungsverfahren des Reiches, sondern durch Landesorgane gewonnen wurden. Dabei wurde recht liberal und nach Zweckmäßigkeitsgründen entschieden, ohne grundsätzlichen Kampf um föderalistische Rechte. Landesbehörden wurden autorisiert, ohne Umweg über die Statistischen Landesämter unmittelbar an das zentrale Amt des Reiches zu melden. Statistiken, die sich als Folge neuer Reichsgesetze ergaben, wurden zentral aufbereitet, so z. B. die Meldungen der Krankenkassen nach Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung, die Verbrauchsteuerstatistiken, die (Reichs-) Erbschaftsteuerstatistik, die Statistik des Wehrbeitrages, die Sied-

lungsstatistik. Die für das Deutsche Reich einheitliche neue Strafprozeßordnung führte zur sogenannten Kriminalstatistik, wofür die Staatsanwaltschaften die für jede abgeurteilte Person auszustellende Zählkarte unmittelbar an das Kaiserliche Statistische Amt einsandten. Ein analoges Verfahren galt für die Reichskonkursordnung und die Konkursstatistik, um auch diese Beispiele zu nennen.

Der Grundsatz, daß Statistiken auf Grund von Reichsgesetzen zentral im Statistischen Reichsamte bearbeitet werden, wurde auch in der Weimarer Zeit beibehalten. Die Statistik der öffentlichen Finanzen, also auch die Gemeindefinanzstatistik und die Steuerstatistiken nach der Erzbergerschen Finanz- und Steuerreform, die auch eine Reichsfinanzverwaltung schuf, wurden zentral im Statistischen Reichsamte bearbeitet. Auch daß das Statistische Reichsamte die Meldungen zur Produktionsstatistik in ausgewählten Bereichen oder die Industrierichterstattung aus Zweckmäßigkeitsgründen zentral aufbereitete, war unumstritten.

In der zum Zentralismus neigenden Zeit des Nationalsozialismus wurden die zentral bearbeiteten Statistiken um die umfassende Produktionsstatistik in der Industrie erweitert. An der Zuständigkeit der Statistischen Landesämter wurde nichts geändert, wobei allerdings die Eingliederung des Preußischen Statistischen Landesamtes in das Statistische Reichsamte die Gewichte völlig veränderte. Für rund zwei Drittel der Reichsbevölkerung waren damit alle Statistiken zentralisiert.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland schuf eine grundsätzliche Änderung in den Kompetenzen des Bundes und der Länder. Vor allem das Prinzip, daß die Länder die Bundesgesetze in eigener Verantwortlichkeit durchführen, hat die zentral aufbereiteten Statistiken gewissermaßen zur Ausnahme gemacht. Die Außenhandelsstatistik, deren Urmaterial über die Bundeszollverwaltung anfällt, blieb in der zentralen Aufbereitung des Statistischen Bundesamtes, ebenso der Warenverkehr mit Berlin (West) und der DDR. Wichtige und umfangreiche Statistiken, so die Industrierichterstattung, die Industriezinsen, die Finanz- und Steuerstatistiken, fielen dagegen in die Aufbereitungszuständigkeit der Länder. Zweckmäßigkeitsabwägungen haben dann – mit der erforderlichen Zustimmung der Länder – den Katalog der zentral aufbereiteten Statistiken allmählich wieder vergrößert, besonders bei den Repräsentativstatistiken oder auch anderen Statistiken mit verhältnismäßig geringerem Materialanfall, aber schwieriger Bearbeitung. Als Beispiel von Repräsentativstatistiken seien genannt die Kostenstrukturstatistiken, Teile der Wohnungsstichprobe, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Teile der Handels- und Gaststättenzählung, die monatliche Großhandelsrichterstattung usw. Zu den zentral aufbereiteten Totalstatistiken gehören – neben den schon genannten Statistiken des Warenverkehrs über die Grenzen – die Fischereistatistik, die Eisen- und Stahlstatistik, Energie- und Wasserversorgung, Auftragsbestände, Teile der Binnenschiffahrtsstatistik, Eisenbahnstatistik, Luftfahrtstatistik und andere.

## B. Die „föderierten“ oder koordinierten Statistiken

„Die föderierte Statistik bildet dasjenige, was zwar von den Einzelstaaten, aber nach gemeinsamen Grundsätzen und gleichartigen Formularen zu erheben und an die Reichsbehörde vorzulegen ist. Auf die Zentralbehörde treffen hier die Arbeiten der Einsammlung und Prüfung und Berichtigung etwaiger Mängel und Ungleichheiten, der Zusammenstellung und Verarbeitung der Veröffentlichung“. Unter die vorstehende Definition der Kommission fiel von Anfang an die gesamte Bevölkerungsstatistik, also die Volkszählungen und die Bewegung der Bevölkerung, späterhin die Berufs- und Betriebszählungen in der Landwirtschaft und im Gewerbe, die sich allmählich erweiternden Agrarstatistiken und die Statistiken über den inneren Verkehr und Handel.

Im Jahre 1911 vertrat Dr. Platzer (Direktor des Statistischen Landesamtes für Elsaß-Lothringen) die Meinung, daß die Zukunft der deutschen Statistik im Ausbau der föderierten Statistik läge<sup>4)</sup>. Wie der Zug zum Zentralismus in der Weimarer Zeit und danach gezeigt hat, bestätigte die historische Entwicklung diese Voraussage nicht, denn wichtige neue Arbeitsgebiete wurden zentral bearbeitet. Auch wenn die obige Definition ziemlich genau den heutigen Arbeitsschnitt zwischen Bund und Ländern wiedergibt, so kann man die Erhebung und Aufbereitung der „Statistiken für Bundeszwecke“ durch die Länder wohl schlecht als „föderierte“ oder „koordinierte“ Statistik bezeichnen.

Die Koordinierung der in den größeren Einzelstaaten bereits vorhandenen Statistiken war eine langwierige Tätigkeit der Reichsbehörde, wobei die Ausdehnung einer Statistik auf das gesamte Reichsgebiet ein großes Problem war. Von den 26 Bundesstaaten des Kaiserreichs hatten nur 6 thüringische Kleinstaaten sich ein gemeinsames Statistisches Büro geschaffen. In zahlreichen anderen Kleinstaaten bestanden keine statistischen Ämter, so daß sie höchstens in der Lage waren, auf dem normalen Verwaltungswege Statistiken zu erheben. Die Aufbereitung wurde vielfach dem Kaiserlichen Statistischen Amt übertragen.

Auch in der Weimarer Zeit hat sich in der ungleichen Größe der Einzelstaaten nicht sehr viel geändert, so standen sich z. B. Preußen mit rund 40 Mill. und Schaumburg-Lippe mit 40 000 Einwohnern auf formal gleichem Fuße gegenüber. Die Übertragung von Aufbereitungsarbeiten auf das Statistische Reichsamte hatte auch seine Vorteile, denn es verschaffte den Reichsamtsangehörigen, die die Aufbereitungsanweisungen auszuarbeiten hatten, die Möglichkeit, „Fronterfahrungen“ zu sammeln. Bei der heutigen Arbeitsteilung haben die Referenten des Statistischen Bundesamtes meist keine Gelegenheit, praktische Aufbereitungserfahrungen aus unmittelbarer Anschauung zu gewinnen. Das Kaiserliche Statistische Amt hat auf manchen Gebieten – lange bevor es zur Anordnung einheitlicher Statistiken durch den Bundesrat kam – vielfach die Initiative ergriffen, um einheitliche Formulare für Berichte einzuführen und so statistische Zusammenstellungen zu ermöglichen, auch wenn damit

4) Vgl. H. Platzer: „Organisation des statistischen Dienstes“, in: „Die Statistik in Deutschland“ (Sammelwerk hrsg. von F. Zahn), Berlin 1911, Seite 149.

nicht das ganze Reichsgebiet erfaßt werden konnte. Bevor es zu einer Reichswohnungszählung kam, hat das Statistische Reichsamt z. B. Verhandlungen mit den Städtestatistikern aufgenommen, um wenigstens die in zahlreichen Städten bearbeiteten Daten zu koordinieren.

Im Verhältnis Reich bzw. Bund/Länder darf der Einfluß der Frage: „Wer bezahlt?“ nicht übersehen werden. Solange es sich um echte „föderierte“ Statistiken handelte, die die Einzelstaaten seit langem für eigene Zwecke durchführten, war es selbstverständlich, daß sie auch die Kosten trugen. Das Reich war im übrigen großzügig und zahlte den Einzelstaaten Zuschüsse zu den Kosten der Volks-, Berufs- und Betriebszählungen und den Wohnungszählungen. Dieses Verfahren der Zuschüsse bei den Großzählungen ist auch in der Bundesrepublik beibehalten worden, obgleich es in einem gewissen Widerspruch zu dem Verfassungsprinzip steht, daß derjenige die Kosten zu tragen hat, bei dem die Verwaltungsarbeiten anfallen. Da die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit durchzuführen haben, gingen mit den früher zentral aufbereiteten und vom Reich bezahlten Statistiken auch die entsprechenden Kosten auf die Länder über, auch wenn die Länder kein eigenes Interesse an der Statistik hatten. Der Bund bestellte und die Länder mußten zahlen.

Es ist verständlich, daß bei einer solchen Regelung die Länder bemüht sind, auch für eigene Zwecke soviel wie möglich aus einer Statistik für Bundeszwecke herauszuholen. Das bedeutet meist Wünsche nach Landesergebnissen und tief gegliederten Regionalergebnissen, was, z. B. beim Stichprobenverfahren zu einer Vergrößerung der Stichprobe zwingt, über das für Bundeszwecke erforderliche Maß hinaus und auch sonst zu höheren Kosten für Landeszwecke führt. Bei allem Verständnis für die Wünsche der Länder darf jedoch bei einer Statistik für Bundeszwecke nicht die sachliche, für den Bund abschlußreiche Aufgliederung dem Verlangen nach Regionalergebnissen geopfert werden.

Die Veröffentlichung der von den Ländern aufbereiteten Statistiken wurde früher als eine Aufgabe der Zentralinstanz angesehen. So schreibt Platzer<sup>5)</sup>: „Das Reich und seine Organe, Wissenschaft und Politik wollen auf möglichst allen Gebieten einheitliche und vergleichbare Angaben haben und wollen diese selbst da, wo sie in den Veröffentlichungen der Einzelstaaten zerstreut zu finden wären, müheloser und für den unmittelbaren Gebrauch vorbereitet in den Reichsveröffentlichungen finden. Aber auch die Einzelstaaten haben ein Interesse daran, für die von ihnen bearbeiteten Zweige der zunächst partikularen Statistik Vergleichsziffern aus den anderen Teilen des Reichs zu erhalten und legen deshalb, abgesehen von dem meist auch vorhandenen wissenschaftlichen Interesse, auf eine einheitliche Bearbeitung mit den übrigen Staaten und die gleichmäßige Veröffentlichung durch das Reich besonderen Wert“.

In der Bundesrepublik wurde die Veröffentlichung von Kreis- und Gemeindeergebnissen der Bundesstatistiken auf Wunsch der Statistischen Landesämter diesen überlassen, was alle Benutzer, die z.B. für Marktforschungs-

zwecke, Bildung von Verkaufsbezirken usw. Angaben für kleinere Verwaltungsbezirke aller Bundesländer brauchen, zwingt, sich diese aus verschiedenen aufgemachten und unterschiedlich erscheinenden Landesveröffentlichungen mühsam zusammensuchen. Der Verfasser hat manchen Fluch über dieses Verfahren zu hören bekommen.

Mit jeder „föderierten“ oder von den Statistischen Landesämtern aufbereiteten Statistik sind die Nachteile des „Geleitzug-Fahrens“ verbunden. Bundesergebnisse werden oft übermäßig verzögert, weil immer auf das letzte Land gewartet werden muß. Die ungleiche Größe der Länder und die damit zusammenhängende ungleiche Leistungsfähigkeit der Statistischen Landesämter wirkt auf die Qualität der Ergebnisse und die Termine zurück. Die Gründung von Landesrechenzentren, auf die die maschinelle Aufbereitung der Länderergebnisse vielfach übertragen worden ist, hat in jüngster Zeit die Gefahr von Verzögerungen der Bundesergebnisse stark vergrößert. Betriebswirtschaftlich gesehen, wäre es sehr viel rationeller, die maschinelle Bearbeitung dem Statistischen Bundesamt zu übergeben, wo man mit einer Programmierung auskäme, während heute auf die verschiedenen Maschinentypen in den Landesrechenzentren Rücksicht genommen werden muß. Wer auf eine größere Aktualität der Bundesstatistiken drängt, sollte in erster Linie helfen, diese Überspitzung des „Föderalismus“ durch eine rationellere Arbeitsweise zu ersetzen.

## C. Die „partikularen“ Statistiken

Als „partikulare“ Statistik wurden anfänglich alle Arbeiten definiert, welche in den einzelnen Staaten nach freiem Ermessen und ohne Beziehung zum Reich ausgeführt wurden. Hierzu wurden die Gebiete der administrativen Statistik und der Kulturstatistik gezählt. Daß eine zusammenfassende Reichsveröffentlichung auch für diese Gebiete von Nutzen wäre, wurde bald erkannt. Je mehr man sich bemühte, die föderierte oder koordinierte Statistik zu erweitern, um so mehr schrumpfte die partikulare Statistik. Es blieb allerdings dabei, daß einzelne Länder für ihr Gebiet zusätzliche Fragen zu den reichseinheitlichen Statistiken stellten. In der Bundesrepublik sind diese auf Rechtsgrundlagen der Länder beruhenden Statistiken ziemlich bedeutungslos geworden. Was heute oft als „Landesstatistik“ bezeichnet wird, sind im Grunde die Regionalergebnisse der Statistiken für Bundeszwecke, die bei den Ländern anfallen.

## D. Organisation der Zusammenarbeit

In der Zeit vor und zwischen den Weltkriegen gab es keine „institutionalisierte“ Zusammenarbeit zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, die dem Statistischen Beirat beim Statistischen Bundesamt und seinen Unterorganisationen vergleichbar wäre. Es fanden jedoch – im allgemeinen jährliche – Konferenzen der Reichs- und Landesstatistiker statt, zu deren Thema vor allem die „Großzählungen“ (Volks-, Berufs- und Betriebszählungen) gehörten, aber auch andere Probleme der föderierten Statistik besprochen wurden.

5) Vgl. auch H. Platzer: a.a.O., Seite 150.

In der Bundesrepublik hat der Statistische Beirat mit seinen Fachausschüssen und Referentenbesprechungen zu einem erfreulich engen persönlichen Kontakt der Beteiligten in Bund und Ländern geführt. Besuche von Bundesamtsbediensteten in den Statistischen Landesämtern sind gang und gäbe. Als nach der Großzählung 1925 der Verfasser und ein weiterer Referent des Statistischen Reichsamts nach Bayern und Württemberg zum Erfahrungsaustausch entsandt wurden, bekamen wir nicht gerade ein Hausverbot, aber Präsident Zahn in München ließ sich nicht sprechen und Präsident Losch in Stuttgart empfing uns erst zum Abschluß. Wie die Dinge damals lagen, charakterisiert folgender Ausspruch des mir persönlich wohlgesinnten Präsidenten Losch: „Die Arbeitsanweisung für die Berufszählung, die Sie uns da geschickt haben, junger Mann, war ja recht gut, aber da sie aus Berlin kam, konnte ich sie natürlich nicht übernehmen“.

### III. Die fachliche Zentralisierung der Statistik in den statistischen Ämtern

Auch wenn die „Geschäfts-Instruktion“ von 1872 dies nicht ausdrücklich vorsah, hat sich das Kaiserliche Statistische Amt doch stets als die Stelle betrachtet, die alle für die Reichsstatistik zu leistenden Arbeiten übernehmen sollte. Man hat seinerzeit von „ausgelöster“ und „unausgelöster“ Statistik gesprochen, wobei die bei anderen Reichsbehörden geführten Statistiken als „unausgelöst“ galten. Die Ausdrücke sind m. E. nicht ganz glücklich, weil sie die Vorstellung hervorrufen, daß für jede Statistik ein Fachressort zuständig sei, aus dem die Statistik „herausgelöst“ werden müsse.

Wenn man bedenkt, daß zu den „unausgelösten“ Statistiken auch die Statistik der Geschäftsergebnisse des Patentamtes, des Justizamtes, der Reichspost, der Reichsbank oder des Kriegsministeriums und des Reichs-Marineamtes (Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts, Sanitätsberichte) oder die Zusammenstellung der meteorologischen Messungen der Deutschen Seewarte gerechnet werden, also „Geschäftsstatistiken“ im heutigen Sinne, die gar nicht „ausgelöst“ werden können, so war ein ziemlich hoher Grad an Konzentration der Statistiken im statistischen Dienst erreicht. Strittig blieben hauptsächlich die statistischen Arbeiten des Gesundheitsamtes (Todesursachen, Epidemien, Heilpersonal, Apotheken, Krankenhäuser), des Reichs-Versicherungsamtes (Berufsgenossenschaften und Arbeiterversicherungsanstalten) und die verkehrsstatistischen Arbeiten des Reichs-Eisenbahnamtes. Hier handelte es sich nicht um Geschäftsvorfälle, sondern um echte statistische Erhebungen, die „herauslösbar“ gewesen wären.

Nach dem ersten Weltkrieg, der mit seinen kriegswirtschaftlichen Organisationen einige Unklarheiten hinterlassen hatte und in dessen Folge, insbesondere durch die Gründung der Reichsarbeitsverwaltung, neue „statistische Kröpfe“ entstanden waren, gelang es dem Statistischen Reichsamt mit Hilfe des Reichssparkommissars, einige Statistiken zurückzuerobern oder an sich zu ziehen, hauptsächlich vom Reichsgesundheitsamt und der Reichsarbeitsverwaltung. Alles in allem ist in der Wei-

marer Zeit wohl der höchste Grad an fachlicher Zentralisierung erreicht worden.

Im nationalsozialistischen Reich mit seiner immer strafferen Plan- und Kriegswirtschaft kam es zu einer zunehmenden fachlichen Dezentralisation. Da die Meldungen der Betriebe nicht nur statistischen Zwecken, sondern als Grundlage für Rohstoffzuteilungen und andere Bewirtschaftungsmaßnahmen dienten, wurden Statistiken aus dem Statistischen Reichsamt herausgenommen und den Organisationen der Wirtschaft, die ja einen halbamtlichen Charakter besaßen, zugewiesen.

Nach dem zweiten Weltkrieg hat man sich bemüht, die bei den Überbleibseln der kriegswirtschaftlichen Behörden liegenden Statistiken – so die Industrieberichterstattung und die Produktionsmeldungen von den Landeswirtschaftsämtern – wieder in den amtlichen statistischen Dienst zurückzuführen. Die Auflösung der meisten Bewirtschaftungsstellen nach der Währungsreform und der Einführung der Marktwirtschaft hat dies erleichtert.

Mit dem „Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953“ ist dann die Frage der fachlichen Zentralisation gesetzlich geregelt worden. Grundsätzlich ist das Statistische Bundesamt für alle Bundesstatistiken mit Ausnahme der „Geschäftsstatistiken“ zuständig, die Bundesregierung kann jedoch in besonderen Fällen die einzelnen Bundesressorts oder die von ihnen bestimmten Stellen ermächtigen, die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes wahrzunehmen, im Klartext also, Statistiken in eigener Regie zu erheben und aufzubereiten. Auf diese Weise sind eine ganze Reihe von Statistiken der fachlichen Zentralisierung entzogen, was die allgemeine Koordinierung von Begriffen und Klassifikationen nicht erleichtert.

Außerhalb des Statistischen Bundesamtes werden einige Agrarstatistiken im Landwirtschaftsministerium bearbeitet (insbesondere Buchführungsergebnisse), einige „Fachstatistiken“ liegen beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft. Am buntesten ist das Bild bei den Verkehrsstatistiken, bei denen einige kleinere Statistiken des Straßenverkehrs dem Kraftfahrtbundesamt oder der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr übertragen worden sind. Die Zusammenstellung der Tätigkeiten der Träger der Sozialversicherung sind auf das Arbeitsministerium übergegangen, während z. B. die Krankenkassenstatistik von ihrem Beginn an bis zum Ende des zweiten Weltkrieges beim Statistischen Reichsamt bearbeitet worden ist. Die Statistik der privaten Versicherungen, die auch früher bei der Aufsichtsbehörde lag, ist auch dort verblieben. Durch das „Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957“ sind die gesamte Bankenstatistik und auch früher vom Statistischen Reichsamt bearbeitete Geld- und Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank übertragen worden. Diese Liste ist nicht vollständig, umfaßt aber die wichtigsten Komplexe.

Die Dinge liegen allerdings nicht so einfach, daß man alle diese „unausgelösten“ Statistiken – soweit sie nicht echte „Geschäftsstatistiken“ sind – mit einem Federstrich auf das Statistische Bundesamt überleiten könnte. Diese Frage ist, vor allem in Beantwortung von Entschliefungen des Bundestages, sorgfältig, aber stets mit sehr geringem Ergebnis geprüft worden. Das Hauptargument

ist stets, daß die statistischen Meldungen auch für die individuelle Überwachung durch die Aufsichtsbehörde gebraucht werden und deshalb nicht abgegeben werden könnten.

Es zeigt sich jedenfalls, daß die in der Bundesrepublik erstmalig erreichte gesetzliche Festlegung des Grundsatzes der fachlichen Zentralisation durch Ausnahmeregelungen zu einer etwas ausgehöhlten Wirklichkeit geführt hat und daß die fachliche Zentralisation weniger vollständig ist als im kaiserlichen Deutschland oder in der Weimarer Zeit.

#### IV. Persönliche Erinnerungen an die Aufbauzeit nach 1945

Mit dem Zusammenbruch 1945 war jede zentrale Reichsgewalt erloschen. Der Kontrollrat der Siegermächte war die einzige, für das gesamte verbliebene Reichsgebiet zuständige Stelle. Sie wurde auch für die Statistik tätig. Die deutsche Verwaltung, unter allmählich abnehmender alliierter Kontrolle, konstituierte sich – soweit es die Statistik angeht – in der amerikanischen Zone auf Länderbasis, in der britischen und sowjetischen Zone auf Zonenbasis. In der französischen Zone blieb es am längsten bei der unmittelbaren Militärregierung. Die Versuche, wieder zu einer größeren Einheit zu kommen, gingen daher, zunächst unabhängig voneinander, von den verschiedensten Stellen aus.

Meine persönlichen Erinnerungen an die Zeit des Zusammenwachsens sind durch meinen Standort in Hessen bestimmt, wo ich – praktisch von der Militärregierung – nach einigen anfänglichen Komplikationen als Leiter des Statistischen Landesamtes von „Groß-Hessen“, wie es damals hieß, eingesetzt wurde. Die „Gründungsurkunde“ war ein Papier in DIN-A5-Format, auf dem die Militärregierung anordnete, daß von einem bestimmten Tage an im November 1945, 0.00 Uhr, das Statistische Amt seine Tätigkeit aufzunehmen hätte. Ich sollte das sofort von meinem Ministerpräsidenten, damals Professor Geiler, unterschreiben lassen. Ich fuhr also zur Staatskanzlei, das Papier wurde dem Ministerpräsidenten in die Kabinettsitzung hineingereicht und der Bote brachte es sofort mit der Gegenzeichnung zurück. So einfach war das damals.

Die Initiative, was statistisch zu tun sei, ging sofort auf den Länderrat der amerikanischen Zone in Stuttgart über, von dem uns die Beschlüsse des Kontrollrats übermittelt wurden. Ich wurde ständiger Vorsitzender des Statistischen Ausschusses und gleichzeitig Dolmetscher in beiden Richtungen, was mir nach 10jähriger Tätigkeit im Völkerbundssekretariat in Genf unter einem englischen Direktor verständlicherweise nicht schwerfiel. Es wurde intensiv gearbeitet, nahezu jede Woche ging es früh um 5 Uhr mit dem Triebwagen nach Stuttgart, und es war manchmal recht beklemmend, mit einem solchen „Bonzentriebwagen“ an den mit Heimkehrern und Hamstern auf Trittbrettern und Dächern überladenen Zügen vorbeizubrausen. Auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof gab es eine markenfreie Gemüsesuppe und in der Villa Reitzenstein ein gutes, markenfreies Essen, was den Streß dieser Tagungen zu tragen erleichterte. Die Protokolle habe ich in der Sitzung diktiert und alle Teilnehmer konnten

sie vor der Heimfahrt gegen 19 Uhr mitnehmen. Zeit für lange Korrespondenzen blieb nicht, es mußte schnell gehandelt werden. Die US-Offiziere waren mit einer Ausnahme – mit der wir in Hessen fertig werden mußten – angenehme und hilfsbereite Partner und sehr erfreut, als wir sie später in den USA 1950 besuchten. Mit dem damaligen Major Mahder, der sich konsequent bemühte, deutsch zu sprechen, auch wenn dabei aus den Zahlen der Volkszählung die „statistischen Figuren (statistical figures) der Völkerzählung“ wurden, riß der freundschaftliche Kontakt nicht ab. Ich habe ihn noch Mitte der 60er Jahre als Berater in der Türkei wiedergetroffen.

Sachlich wurde ein Teil des alten Programms der Reichsstatistik wieder in Gang gesetzt, als wichtigste Themen seien hier die Industrierichterstattung, die Produktionsmeldungen und die Volkszählung vom 29. Oktober 1946 genannt. In den Ländern hatten wir dann die Anordnungen unter schwierigsten Verhältnissen hinsichtlich des Personals, der Arbeitsräume und Arbeitsmittel in die Tat umzusetzen. Dazu gehörte noch in unserem deutschen Interesse, die zersplitterten Statistiken wieder einzufangen, um wieder zu einem fachlich zentralen statistischen Dienst zu kommen, wofür die verschiedenen Militärregierungen – von Haus aus an fachlich dezentralisierte Statistiken bei den Ministerien gewohnt – wenig Verständnis aufbrachten, so daß mancher Widerspruch möglichst diplomatisch ausgeräumt werden mußte.

Hinsichtlich der Industrierichterstattung fiel uns in Hessen die Eingliederung zu, denn die Stelle, die für die ehemalige Reichsgruppe Industrie die Industrierichterstattung bearbeitet hatte, saß in Bad Nauheim in Badehäusern – buchstäblich auf den abgedeckten Badewannen sitzend. Hier lag ein Warenverzeichnis vor, geschulte Kräfte waren vorhanden, und vor allem gab es Rechenmaschinen, die wir für den Aufbau der Ämter dringend brauchten. Einer unserer hessischen US-Offiziere nahm mich – einen Tag bevor er in die USA zurückkehrte – mit einem Lastwagen nach Bad Nauheim mit und beschlagnahmte kurzerhand die Maschinen. Ich habe dann telefonisch meine Kollegen in Bayern und Baden-Württemberg informiert, daß ich die Maschinen hätte und wir sie aufteilen könnten. Bald darauf wurde ich zur Militärregierung zitiert, wo man das Telefongespräch abgehört hatte und offenbar ein Gangsterstück dahinter vermutete. Die Aufklärung war nicht ganz leicht, da mein Kronzeuge bereits in die USA verschwunden war.

Noch vorher sollte das Warenverzeichnis gedruckt werden. Mit Mühe und Not hatten wir in Wiesbaden eine Druckerei ausfindig gemacht, die unter allerlei Bedingungen, vor allem der Lieferung des Papiers, den Auftrag in einigen Wochen ausführen wollte. Der sehr ungeduldige US-Offizier, der für die Industriestatistik zuständig war, befahl mir, sofort eine Druckerei in Regensburg anzurufen, wo er vorher Stadtkommandant gewesen war. Ich mußte ihm sagen, daß ich kein Telefon besäße, mit dem ich nach Regensburg telefonieren könnte. Das Gespräch fand dann von seinem Apparat aus statt. Die Druckerei wollte den Auftrag natürlich nicht übernehmen, ohne das Manuskript gesehen und ohne eine Zusage für das Papier zu haben, wobei für die Zuteilung das bayerische Landeswirtschaftsamt zuständig war, auf das wir keinen unmittelbaren Einfluß hatten. So blieb es denn bei Wiesbaden. Dies nur als Beispiel, unter welchen Umständen

damals gearbeitet werden mußte. Selbst für die Straßenbahn mußten wir über die Amerikaner Glühbirnen besorgen, da sich die Straßenbahn weigerte, unsere Leute abends aus Biebrich ohne Licht abzuholen.

Bei der Vorbereitung der Volkszählung 1946 sollte es zu einer ersten gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der britischen Zone in Frankfurt am Main kommen. Wir hatten ein „Festessen“ mit kochfertigen Suppen vorbereitet, aber nach langer Zeit des Wartens marschierten nur die britischen Offiziere ein, darunter mein alter Kollege aus Genf, Mr. Nixon, mit Knotenstock und Schottenmütze. Unsere deutschen Kollegen, vor allem Herrn Horstmann und Herrn Wagenführ, sahen wir erst bei einem ersten Besuch in Minden.

Wegen der Volkszählung 1946 kam es zu einer Sitzung des zuständigen Kontrollratgremiums in Berlin, zu der nur die Russen und die Amerikaner ihre deutschen Partner mitgebracht hatten. Hauptdiskussionspunkt wurde die Frage nach der Hochschulbildung. Ein britischer Übersetzer war der Meinung gewesen, daß eine „höhere Schule“ doch mehr sein müßte als eine „Hochschule“. Auf diese Weise wurde in der britischen Zone nach der „Höheren Schulbildung“ gefragt. Der britische Offizier berief sich konsequent auf das Dokument Nr. so und so „dash/final“ und war nicht gewillt, etwas zu ändern. Obgleich ich vorher vergattert worden war, keine neuen Diskussionen heraufzubeschwören, konnte ich doch den – von den Russen unterstützten – Hinweis nicht unterdrücken, daß man schließlich doch auch in beschlossenen Gesetzen offensichtliche Druckfehler berichtigen könnte. Aber der britische Offizier blieb eisern bei seinem „dash/final“ – wie ich später erfuhr, weil die Haushaltungslisten mit der falschen Frage bereits gedruckt waren. Auch die Frage, wer des Lesens und Schreibens unkundig sei, blieb uns nicht erspart, weil sie in Hinblick auf weite Gebiete der Erde im internationalen Programm stand. Wir hatten vorausgesagt, daß in Deutschland nur noch nicht schulpflichtige Kinder und einige geistig Behinderte nicht lesen und schreiben könnten – aber es half nichts, die Frage mußte gestellt und aufbereitet werden. Im Dezember 1946 kam es zum Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Zone zur „Bizone“, deren wirtschaftliche Aufgaben einer deutschen „Verwaltung für Wirtschaft“ mit Sitz in Minden übertragen wurde. Die Zusammenarbeit der Statistiker verlagerte sich nach dorthin und z.T. nach Hamburg, wo das Statistische Amt für die britische Besatzungszone seinen Sitz hatte. Die Reise nach Minden konnte nicht in einem Tage erledigt werden, wie das nach Stuttgart der Fall war. Ich erinnere mich an eine Fahrt im besonders kalten Januar 1947, bei der der Triebwagen schon in Frankfurt am Main ausfiel. Zwei mitreisende Offiziere bestanden auf einer Weiterfahrt. Es wurde eine Dampflokomotive vorgespannt, die aber den Triebwagen nicht heizen konnte. So kamen wir mitten in der Nacht völlig durchgefroren in Minden an. Das vorgesehene Hotel war ein Gartenlokal, Risse in den Wänden der Zimmer, durch die der Wind piff und als einzigen Komfort den in ein Bierglas gesteckten Splitter eines Spiegels. Aber alle äußeren Schwierigkeiten wurden damals völlig von dem Bewußtsein überdeckt, daß es galt anzupacken und „die Karre aus dem Dreck zu ziehen“.

Bei den Verhandlungen spielte die Ausarbeitung eines Statuts für das neu zu gründende „Statistische Amt des

Vereinigten Wirtschaftsgebiets“ eine wichtige Rolle. Der damalige „Exekutivrat“, der aus je einem Vertreter der Länder bestand – Länder waren auch in der britischen Zone neu gebildet worden –, hat dann in einer Sitzung in Frankfurt am Main mich – und nicht den ebenfalls anwesenden Leiter des britischen Zonenamtes – zum Leiter des neuen Amtes ernannt und damit freie Bahn für den Aufbau des Amtes gegeben.

Noch im Laufe des Jahres 1947 wurde die Verwaltungsorganisation der Bizone wieder geändert und ein „Verwaltungsrat“ unter dem Oberdirektor Dr. Pünder eingesetzt. Diesem als „Kabinett“ anzusehenden Gremium gehörten die Direktoren der Verwaltungen für Wirtschaft, für Ernährung und Landwirtschaft, für Arbeit, für Verkehr, für die Post und für Finanzen an. Der Leiter des Rechtsamtes, des Personalamtes und des Statistischen Amtes hatten einen Sitz im Kabinett, aber kein Stimmrecht. Immerhin brachte diese Situation mir „Kabinetts Erfahrungen“ und den Angehörigen des Amtes Ministerialzulage ein.

An einem Vormittag haben dann die jetzige Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, Frau Dr. Bartels, die an allen vorbereitenden Arbeiten in Stuttgart und Minden einen großen Anteil hatte, und ich beim Justitiar des Verwaltungsrats das geplante Statut in die juristische Form gegossen, die dann im Januar 1948 als eines der ersten Gesetze des Wirtschaftsrates Gesetzeskraft erhielt. Mit diesem „Gesetz“ über die Errichtung eines Statistischen Amtes des „Vereinigten Wirtschaftsgebiets“, das bereits fast alle Elemente des 1953 in Kraft getretenen Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke enthielt, ist dann mehr als 5 Jahre lang gearbeitet worden.

Bei der Nähe Wiesbadens zum damaligen Regierungssitz Frankfurt am Main konnte das neue Amt in Wiesbaden aufgebaut werden, und zwar zunächst unter einem Dach mit dem Hessischen Statistischen Landesamt, dessen Maschinenanlage mitbenutzt wurde. Das Amt vergrößerte sich sehr schnell, da die Aufgaben ständig wuchsen. Mein erster Haushaltsentwurf mit 125 Stellen wurde von dem zuständigen US-Offizier – dem nur eine Koordinierungsstelle wie beim US-Bureau of the Budget vorschwebte – als „perfectly insane“ zurückgewiesen. Aber diese schwierige Klippe auf dem Wege zu einem wirklichen Statistischen Zentralamt konnte dank der bereits größeren Rechte der deutschen Verwaltung umschiffert werden.

Ein Verwaltungsratsbeschuß vom 5. Januar 1949 über die Aufgabenverteilung auf dem Gebiet der Statistik zwischen dem Statistischen Amt und den Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes schuf zum ersten Male eine deutsche Rechtsgrundlage für die bereits recht stattliche Anzahl von Statistiken. Der Katalog führte rund 60 Positionen auf. Der Beschuß sicherte die Existenz eines Statistischen Zentralamtes, dem von wenigen Ausnahmen abgesehen – der Eilbericht und der Produktionsindex blieben damals bei der Verwaltung für Wirtschaft – alle Statistiken übertragen wurden.

Während der Verhandlungen über das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland im Parlamentarischen Rat rief mich Professor Baade, der Mitglied dieses Rates war, wegen der Behandlung der Statistik im Grundgesetz an. Wir hielten beide eine Bindung an die Verteilung der

Verwaltungszuständigkeiten von Bund und Ländern für sehr unzweckmäßig, da dadurch möglicherweise die seit Beginn des Reiches erreichte Koordinierung aller Statistiken gefährdet worden wäre. Wir einigten uns auf die Formulierung „Statistik für Bundeszwecke“, die dann auch in die Liste der ausschließlichen Zuständigkeiten des Bundes in Artikel 73 Nr. 11 des Grundgesetzes eingegangen ist. Diese Fassung sollte es u.E. dem Bund ermöglichen, sich ggf. zur Vorbereitung von Gesetzes- oder Kompetenzänderungen statistische Unterlagen auch über Sachverhalte zu beschaffen, für die seine Zuständigkeit im Augenblick noch nicht gegeben war.

Bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden die Behörden des Vereinigten Wirtschaftsgebiets auf den Bund übertragen. Wir firmierten noch einige Zeit als „Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt“ bis der Name „Statistisches Bundesamt“ geführt werden durfte. Für den Umzug der im Frankfurter Raum sitzenden bizonalen Behörden nach Bonn wurde der Raumbedarf geplant. Ich meldete 1500 Personen an – wir waren damals schon rund 1000 und das Statistische Reichsamt hatte in den schlechtesten Zeiten (1932) 1900 Köpfe beschäftigt. Ich wurde, wenn auch in diplomatischer Form, wieder einmal für leicht großwahnsinnig erklärt, aber die 1500 Beschäftigten wurden bereits 1951 überschritten. An Räumen wurde uns das „Märchenschloß“ am Aufgang zum Drachenfels oder das halb zerstörte Kaufhaus Peters in Köln angeboten. Unter diesen Umständen versuchten wir in Wiesbaden zu bleiben, denn wir hätten bei einem Umzug sehr wahrscheinlich viel eingearbeitetes Personal verloren. Außerdem wäre es sehr schwierig gewesen, unseren wachsenden Personalbedarf im Bonner Raum in Anbetracht der Konkurrenz der Ministerialzulage zahlenden Ministerien zu befriedigen. Wir begnügten uns daher mit einer kleinen Verbindungsstelle in Bonn, die vor allem Dr. Szameitat, dem die allgemeine Verbindung zu den Ministerien oblag, als Stützpunkt diente.

Die Trennung eines Amtes, das allen Ministerien zuarbeiten muß, von der Hauptstadt hat natürlich auch Nachteile. Viele Reisen nach Bonn wurden erforderlich, aber der sich außerordentlich verbessernde Fernsprechdienst erleichterte vieles. Es kam dann ohnehin die Zeit, in der neugegründete Bundesbehörden wegen der Enge des Bonner Raumes außerhalb Bonns angesiedelt wurden (Deutsches Patentamt in München, Bundeskriminalamt in Wiesbaden, Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg usw.).

Da das Bundesgebiet die französische Zone einschloß, galt es, die dortigen statistischen Stellen in die Organisation der amtlichen Statistik, so wie sie im Vereinigten Wirtschaftsgebiet geschaffen worden war, einzugliedern. Da die beiden Statistischen Landesämter für Süd-Baden in Freiburg im Breisgau und Süd-Württemberg in Tübingen bald vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg in Stuttgart übernommen wurden, blieb nur die Übernahme einer für die französische Militärregierung arbeitenden Stelle in Forbach, mit der wir die alten Reichsamsangehörigen Dr. Herrmann und Dr. Schörry gewannen. Die Landwirtschaftsstatistik des Statistischen Reichsamtes war nach Wildbad ausgelagert worden, auch sie wurde mit einem Teil des alten Personals übernommen.

Die Aufsicht und Beratung über die Statistik blieb im Bund in den Händen der alliierten Kontrollkommission, die ihren Sitz auf dem Petersberg hatte. Die Herren hatten schon seit längerer Zeit die Uniform durch den Zivilanzug ersetzt oder es waren zivile Berater an die Stelle der Offiziere getreten. Wir kamen in größeren Zeitabständen auf dem Petersberg in freundschaftlichster Form zusammen und berichteten der Kontrollkommission über den Gang der Dinge. Die Zeiten der Befehle und der Einwirkungen waren vorüber.

In Wiesbaden war das Amt allmählich auf ein Dutzend Zweigstellen verteilt, was dem Zusammenhalt und der Zusammenarbeit nicht dienlich war. Dazu kam noch die Eisen- und Stahlstatistik in Düsseldorf. Zum Teil sind wir auf eine in Berlin gegründete Zweigstelle ausgewichen, um deren Aufbau sich Dr. Szameitat verdient gemacht hat. Neben dem Interzonenhandel und Berlinhandel als Grundstock wurden dort von Wiesbaden auslagerbare Arbeiten erledigt und vor allem anfänglich in großer Zahl Notstandsarbeiter beschäftigt. Diese durften allerdings nicht für die laufende Amtsarbeit eingesetzt, sondern mußten mit Sonderaufgaben beschäftigt werden. Hier konnten wir Experimente wagen, für die sonst keine Kräfte zur Verfügung gestanden hätten.

Die Raumnot und die hohen Mietkosten machten den Bau eines eigenen Dienstgebäudes unvermeidlich. Dabei kam noch einmal die Standortfrage auf: Berlin oder Wiesbaden, aber viele Gründe sprachen für Wiesbaden. Es gab ein Preisausschreiben für den Neubau und damit die Möglichkeit, die sachlichen Bedürfnisse des Amtes zu Papier zu bringen und gewissermaßen von innen heraus zu bauen. Ich hatte einige Erfahrungen mit dem Neubau des Genfer Völkerbundpalastes, der völlig auf den äußeren Anblick hin gebaut worden ist. Teile, die ständig aufeinander angewiesen waren, wie das Sekretariat und die Bibliothek, lagen an den entgegengesetzten Enden des langgestreckten Gebäudes, durch den Ratsflügel, den Saal der Vollversammlung und zahlreiche Sitzungssäle getrennt. Die Korridore waren zu breit, die Zimmer für einen zu groß und für zwei zu klein, alles war in der Breite und nicht in der Höhe angeordnet. Diese Erfahrungen führten zu dem Verlangen nach einem Hochhaus beim Neubau des Bundesamtes, denn Wege in die Höhe sind kürzer als in die Breite. Die Vereinigung unter einem Dach fördert das Gefühl des Zusammenhalts und die Kommunikation. Die Doppelflure mit den lichtlosen Neben- und Abstellräumen dazwischen sicherten jedem Zimmer den Blick nach außen. Die Mängel – vor allem ungenügender Sonnenschutz – sind darauf zurückzuführen, daß die Vorschläge des Architekten aus Ersparnisgründen nicht akzeptiert wurden. Es hat sogar lange gedauert, bis auf beiden Seiten des Gebäudes Sonnenschutz angebracht werden durfte, denn das war seit altersher nicht zulässig. Die vor allem auch im Betrieb sehr teuren Klimaanlageanlagen wurden erst nachträglich für einige Räume genehmigt, vor allem als die Maschinen wegen zu großer Hitze den Dienst versagten.

Das Haus wurde, ebenfalls nach alter aber nicht sehr sinnvoller Tradition, genau auf den Stellenplan des Planungsjahres zugeschnitten. Daß es nicht bereits zu klein war, als es bezogen wurde, war nur dem Umstand zu verdanken, daß im Planungsjahr eine erhebliche Zahl von Zeitangestellten der Zählungen von 1950 im Stellenplan

standen, deren Arbeitsplätze dann später von Dauer-Bediensteten für andere Statistiken eingenommen werden konnten. Die Erfahrungen, die ich im Statistischen Reichsamt am Lützowufer in Berlin gemacht habe – dort wurde ständig aufgestockt oder angebaut und der Bauschmutz in alle Büros getragen –, führten zu der Forderung, daß schon bei der ersten Planung ein Anbau ohne Betreten der benutzten Bauteile vorgesehen werden sollte. Als eine Erweiterung schließlich notwendig wurde, ging alles ohne Störung vonstatten.

Mit dem Beziehen des neuen Amtsgebäudes ist für mein Gefühl die Aufbauzeit zu Ende gegangen, an die hier einige persönliche Erinnerungen festgehalten werden sollten. Das Haus steht nun seit 17 Jahren. Die Weiterentwicklung der Statistik im letzten Sechstel der hier behandelten 100 Jahre hat sich hinter seinen Wänden aus Stahl und Glas vollzogen. Ich will diesen Bericht nicht schließen, ohne meiner Abteilungsleiter dankbar zu gedenken, die den Wiederaufbau der bundesdeutschen Statistik damals getragen haben, denn der Sinn dieser Erinnerungen sollte es ja sein, die Menschen lebendig werden zu lassen, die hinter der sachlichen Entwicklung standen. Der heutige Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Dr. Klaus Szameitat, war damals zuständig für allgemeine Organisationsfragen, Rechtsfragen, maschinelle Aufbereitung. Bei der jetzigen Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, Dr. Hildegard Bartels, lagen die allgemeine fachliche Koordinierung, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Verbindung zu den internationalen Organisationen. Für die Landwirtschaftsstatistik war Dr. Martin Rauterberg, für die Industriestatistik Dr. Kurt Werner, für Finanzen und Steuern Dr. Kurt Herrmann und für Bevölkerungs- und Kulturstatistik Dr. Kurt Horstmann verantwortlich, alle vier waren erfahrene Reichsamtseleute. Die Abteilung Handel und Verkehr wurde von Patrick Schmidt geleitet, der 1964, vom Bundesverkehrsministerium kommend, mein Nachfolger wurde. Preise und Löhne, Wohnungen und Bautätigkeit waren das Aufgabengebiet von Dr. Deneffe, der nun schon seit vielen Jahren Staatsrat in Hamburg ist.

## SUMMARY

100 years ago, the "Imperial Statistical Office" of the German Reich was set up. The activities of this Central Office ended in 1945 together with the end of all German central administrations. After World War II, the statistical Services of the occupation-zones grew slowly together and in 1950 the Office of the Bizone (British and American Zones) became the Central Statistical Office of the Federal Republic of Germany. At the occasion of this hundredth anniversary, the Federal Statistical Office has published as booklet under the title "Population and Economy 1872 – 1972". The long statistical series contained therein are introduced by a description of the development of the statistical program during the last hundred years, given by the author of the present article. In order to avoid duplication, the author tried for the purposes of the „Archiv“ to summarize only the most important forces which influenced the statistical program.

During the whole period, the growing and changing needs of the Governments for statistical information were

the main promotor of the program. These needs were, on their turn, dependent on the changing constitutional and economic systems during the periods to be distinguished, i. e. before World War I, the Republic of Weimar, the Nazi-period and the Federal Republic of Germany. In addition, the economic and social sciences influenced more and more the economic policy of the Governments and in this way also the statistical program. General economic analyses and short-term economic indicators were added to the large censuses, which at the beginning dominated the program. International cooperation, more especially in the European Common Market, was an other instrument for shaping the statistical program. General surveys, like the National Accounts, integrated Systems of population statistics etc. completed the program, which contained formerly only statistics on single topics. Two other chapters deal with the organizational problems of regional decentralisation and of centralising all statistics in the Central Statistical Office.

The last chapter brings some personal memories of the author related to the first years of reconstruction after 1945. ■

